

Landkreis verpfiehlt Asylbewerber; KONTROLLE Der Landkreis Cuxhaven soll unrechtmäßig die Dokumente eines Flüchtlings fotografiert und an die Ausländerbehörde weitergeleitet haben. Konsequenzen hat das für die Mitarbeiter nicht. Der Arbeitskreis Asyl spricht von Hausfriedensbruch

taz, die tageszeitung

Montag 15. Juni 2015

Copyright 2015 Contrapress media GmbH Vervielfältigung nur mit

Genehmigung des taz-Verlags All Rights Reserved



Section: NORD AKTUELL; S. 21

Length: 716 words

Byline: ANDREA SCHARPEN

Highlight: KONTROLLE Der Landkreis Cuxhaven soll unrechtmäßig die Dokumente eines **Flüchtlings** fotografiert und an die Ausländerbehörde weitergeleitet haben. Konsequenzen hat das für die Mitarbeiter nicht. Der Arbeitskreis **Asyl** spricht von Hausfriedensbruch

Body

VON ANDREA SCHARPEN

Der Landkreis Cuxhaven hat sich möglicherweise unrechtmäßig italienische Dokumente eines **Asylbewerber** beschafft und an die städtische Ausländerbehörde weitergeleitet. Die Papiere erleichtern der Behörde die Abschiebung des Somaliers in sein vermutetes Erstaufnahmeland Italien. Der **Flüchtling** bestreitet gegenüber dem lokalen Arbeitskreis (AK) **Asyl**, dass er die Papiere herausgegeben hat. Sie seien in einem kleinen Koffer in seinem Zimmer gewesen.

In einem Brief der Ausländerbehörde an das Bundesamt für Migration von August 2013, der der taz vorliegt, schreiben die Beamten, dass die italienischen Dokumente im Zusammenhang mit einer Kontrolle in der Unterkunft des Ausländers gesichtet worden seien. Die Ausländerbehörde selbst führt solche Kontrollen jedoch nicht durch.

Auf Nachfrage bestätigt Lothar Matthes von der Stadt Cuxhaven, dass die Dokumente nur vom Landkreis stammen können. Dessen Sozialdezernent Friedhelm Ottens versicherte jedoch im April, seine Mitarbeiter würden beim Betreten von Unterkünften nicht die persönlichen Gegenstände der Bewohner durchsuchen. Damals hatten sich Asylbewerber darüber beschwert, dass Mitarbeiter des Landkreises ihre Privatsphäre missachteten. Die taz berichtete.

Nun teilte Ottens schriftlich mit, dass die Dokumente im Rahmen einer Identitätsfeststellung der Polizei vorgelegt und bekannt geworden sind. Mitarbeiter des Landkreises seien dabei gewesen.

Landkreis verpfiehlt Asylbewerber KONTROLLE Der Landkreis Cuxhaven soll unrechtmäßig die Dokumente eines Flüchtlings fotografiert und an die Ausländerbehörde wei....

Unklar bleibt bei dieser Stellungnahme, warum die Identität des Somaliers, der offensichtlich bereits in einer Unterkunft des Landkreises untergebracht war, überhaupt festgestellt werden musste.

Gegenüber dem AK Asyl vermutete der Betroffene, dass es sich um eine Situation handelte, in der es in der Unterkunft Ärger gegeben habe. Er selbst jedoch sei gegangen, bevor die Polizei kam. Der Somalier bestreitet, dass er die Dokumente freiwillig an Beamte der Polizei oder des Landkreises weitergegeben hat. Er hat seine Unterlagen in einem kleinen Koffer aufbewahrt, sagt Unterstützer Karl-Heinz Zulkowski-Stüben, da müssen die Polizisten dran gewesen sein.

Die behördlichen Kopien der italienischen Unterlagen des Somaliers seien dann einfach irgendwann in den Akten seines Asylverfahrens aufgetaucht, erinnert sich Zulkowski-Stüben. Um solche persönlichen Dokumente zu kopieren, braucht man aber einen richterlichen Beschluss, sagt er.

Der Landkreis hingegen bezieht sich in seiner Stellungnahme auf das Asylbewerberleistungsgesetz. Demnach hätten die Mitarbeiter die italienischen Dokumente rechtmäßig fotografiert und an die Ausländerbehörde weitergeleitet. Der Vorfall werde deshalb auch keine disziplinarrechtlichen Konsequenzen in der Behörde haben, schreibt Ottens.

Doch damit macht es sich der Sozialdezernent zu einfach, findet Rechtsanwalt Paulo Dias aus Hannover, der auf Asylrecht spezialisiert ist. Mitarbeiter des Landkreises dürften die Privaträume von Flüchtlingen nicht ungebeten betreten. Dies könne als Hausfriedensbruch gewertet werden. Und auch die Polizei hat dazu nicht das Recht. Die Beamten dürften Menschen nur kontrollieren, wenn eine konkrete Gefahr für die öffentliche Sicherheit vorliege. In diesem Fall gibt es keine Rechtsgrundlage, sagt Dias. Italienische Dokumente zu haben ist keine Straftat.

Der Rechtsanwalt sieht aus diesem Grund eine große Erfolgchance für eine etwaige Klage gegen den Landkreis vor dem Verwaltungsgericht. Das Handeln der Behörden war rechtswidrig, sagt Dias.

Unterstützer Zulkowski-Stüben hat schon mit dem betroffenen Asylbewerber über eine Anzeige gesprochen. Zur Zeit geht es ihm dafür aber zu schlecht.

Privatsphäre in Cuxhaven

Bereits seit vergangenem Jahr beschwerten sich Flüchtlinge aus Cuxhaven über Verletzungen ihrer Privatsphäre.

Mitarbeiter des Landkreises sollen mit Zweitschlüsseln in die Wohnungen der Asylsuchenden eingedrungen sein, auch in deren Abwesenheit, und dabei Schränke geöffnet und fotografiert haben.

Auch die Personalien von Gästen sollen die Mitarbeiter kontrolliert haben.

Sozialdezernent Friedhelm Ottens bestätigte im April, dass seine Mitarbeiter Zweitschlüssel haben, bestritt aber, dass sie persönliche Gegenstände der Flüchtlinge durchsuchten.

Umstritten ist jedoch bereits das Betreten der Räume, denn die Unverletzlichkeit der Wohnung gilt auch für Flüchtlinge.

Load-Date: June 14, 2015

Verfolgung geht von der Polizei aus ; Asyl Eine Romni wurde in Mazedonien politisch verfolgt ein entsprechendes Urteil aus Oldenburg ist nun rechtskräftig. Dies zeige laut Pro Asyl, dass sogenannte sichere Herkunftsstaaten für Roma nicht sicher seien

taz, die tageszeitung

Donnerstag 12. November 2015

Copyright 2015 Contrapress media GmbH Vervielfältigung nur mit

Genehmigung des taz-Verlags All Rights Reserved



Section: NORD AKTUELL; S. 41

Length: 594 words

Byline: Jean-Philipp Baeck

Highlight: Asyl Eine Romni wurde in Mazedonien politisch verfolgt ein entsprechendes Urteil aus Oldenburg ist nun rechtskräftig. Dies zeige laut Pro Asyl, dass sogenannte sichere Herkunftsstaaten für Roma nicht sicher seien

Body

von Jean-Philipp Baeck

Am Verwaltungsgericht Oldenburg ist ein Urteil rechtskräftig geworden, das einer Romni aus Mazedonien den **Flüchtlingsstatus** zuerkennt (taz berichtete). Das Bundesamt für **Migration** und **Flüchtlinge** hat keine Berufung beantragt. Ende September hatte das Gericht anerkannt, dass der Frau in Mazedonien politische Verfolgung drohe (AZ: 6 A 32/15). 2013 sollte sie noch abgeschoben werden. Sie hatte mit einer Menschenrechtsorganisation in Mazedonien Übergriffe der Polizei gegen Roma dokumentiert und war damit selbst besonders in deren Visier geraten. Die Verfolgungshandlungen gehen von der Polizei aus, heißt es in dem Urteil.

Wegen der Debatte um sichere Herkunftsstaaten hatte der Richterspruch bundesweit für Aufmerksamkeit gesorgt: Mazedonien gilt neben Serbien und Bosnien-Herzegowina seit November 2014 als sicher, im Oktober 2015 wurden auch Albanien, Montenegro und Kosovo in die Liste aufgenommen.

Aus dem Oldenburger Urteil geht hervor, dass die Frau über Jahre von der Polizei malträtirt worden sei und sogar mit einem unrechtmäßigen Akteneintrag verhindert wurde, dass sie über das Arbeitsamt eine Stelle bekomme konnte. 2011 wurde die Frau von PolizistInnen so schwer verprügelt, dass sie ihr ungeborenes Kind verlor. Sie habe sich geweigert, Stimmen aus der Roma-Community für die Partei von Regierungschef Nikola Gruevski zu sammeln. Seit Monaten sorgen derartige Episoden als Teile eines vermutlichen Wahlbetrugs durch die Regierung für eine politische Krise in Mazedonien.

Laut einem Sprecher des Gerichts handele es sich bei dem Fall der Frau um ein Vorbringen im Einzelfall. Die Regelung zu sicheren Herkunftsstaaten lasse offen, ob abweichend von der allgemeinen politischen Lage Verfolgung drohe. Für ihren Anwalt Henning J. Bahr aber ist das Urteil ein Beweis dafür, dass Staaten wie

Verfolgung geht von der Polizei aus Asyl Eine Romni wurde in Mazedonien politisch verfolgt ein entsprechendes Urteil aus Oldenburg ist nun rechtskräftig. Dies....

Mazedonien eben nicht pauschal als sicher gelten können. Die Einschätzung des Gesetzgebers ist sehr zweifelhaft , sagt Bahr. Ihm gehe es nun darum, den gleichen Schutz für den Mann und die Kinder seiner Mandantin durchzusetzen.

Für Bernd Mesovic, den stellvertretenden Geschäftsführer von Pro Asyl bietet der Fall massive Indizien dafür, dass es so einfach mit den sicheren Herkunftsstaaten nicht ist . Man könne eine Regierungsverantwortlichkeit ausmachen . In vielen Fällen sei das deutlich schwieriger, weil die Leute vor Ort sich nicht trauten, über die Gewalt zu sprechen und die Fälle nicht dokumentiert würden. Es sei erfreulich, dass ein Gericht sich überhaupt so individuell mit einem Fall beschäftige. Die meisten Gerichte machen das gar nicht mehr , sagt Mesovic. Sie folgen mit einer dürren Begründung der Entscheidung des Bundesamtes. Bei den sogenannten sicheren Herkunftsstaaten sei für die Asylsuchenden eine Art Beweislast-Umkehr eingetreten: Die Latte ist sehr hoch, um überhaupt Schutz zu bekommen.

Asyl- und Flüchtlingsschutz

Asyl zu bekommen, ist seit dem Asylkompromiss von 1993 in Deutschland sehr schwierig.

Eine Verfolgung muss wegen Zugehörigkeit zu einer sozialen, religiösen oder politischen Gruppe vom Staat ausgehen. Man darf nicht über einen anderen EU-Staat geflohen sein.

Flüchtlingsschutz nach Genfer Flüchtlingskonvention ist etwas breiter, eine Verfolgung kann hier auch etwa durch eine Terrormiliz erfolgen. Bestehen die Fluchtgründe noch nach drei Jahren, gibt es eine unbefristete Niederlassungserlaubnis.

Syrer zum Beispiel erhielten meist den Flüchtlingsstatus. Nun wird debattiert, ob sie nur noch subsidiären Schutz erhalten, mit Aufenthaltserlaubnis für jeweils ein Jahr.

Load-Date: November 11, 2015

Ich kauf mir die Welt, wie sie mir gefällt; Europa Afrikanische Länder sollen mit finanziellem Druck dazu bewegt werden, illegale Migranten zurückzunehmen

taz, die tageszeitung

Mittwoch 08. Juni 2016

Copyright 2016 Contrapress media GmbH Vervielfältigung nur mit

Genehmigung des taz-Verlags All Rights Reserved



Section: SCHWERPUNKT; S. 3

Length: 701 words

Highlight: Europa Afrikanische Länder sollen mit finanziellem Druck dazu bewegt werden, illegale Migranten zurückzunehmen

Body

Aus Brüssel Eric Bonse

Der umstrittene Flüchtlingspakt mit der Türkei soll nun auch nach Afrika verlagert werden. Man habe aus dem Deal mit Ankara gelernt und wolle ähnliche Abkommen auch mit ausgewählten Ländern aus dem Nahen Osten, dem Maghreb und Afrika südlich der Sahara abschließen, erklärte EU-Flüchtlingskommissar Dimitris Avramopoulos.

Die EU-Kommission hat dazu einen sogenannten Migrations-Pakt entworfen, der am Dienstag in Straßburg vorgestellt wurde. Im Mittelpunkt steht dabei der Rückgang der irregulären Migration nach Europa, wie Avramopoulos in der Welt betonte.

Es geht also vor allem um Abschottung, nicht um die verstärkte Aufnahme von Afrikanern. Vorschläge zur Schaffung legaler und sicherer Fluchtwege sucht man in dem 14-seitigen Entwurf, der der taz vorab vorlag, denn auch vergebens. Nur für Facharbeiter und hochqualifizierte Einwanderer soll es künftig eine reformierte Blue Card (Aufenthaltstitel) geben.

Für alle anderen Flüchtlinge und Einwanderer werden neue, hohe Hürden gebaut. Die EU-Kommission setzt dabei auf die Mithilfe ihrer afrikanischen Partner, die unerwünschte Migranten künftig umstandslos zurücknehmen sollen. Dabei geht es zunächst um Jordanien und Libanon. Weitere Abkommen sind mit Niger, Nigeria, Senegal, Mali und Äthiopien geplant.

Aber auch international geächtete Regimes wie Sudan oder Eritrea tauchen in dem Kommissionspapier auf. Über Hilfen für diese und andere Länder habe man bereits mit den EU-Staaten diskutiert, heißt es in der Vorlage. Allerdings sei noch kein grünes Licht für eine Kooperation gegeben worden, hieß es in Brüssel.

Ich kauf mir die Welt, wie sie mir gefällt Europa Afrikanische Länder sollen mit finanziellem Druck dazu bewegt werden, illegale Migranten zurückzunehmen

Ziemlich konkret sind hingegen schon die Instrumente, mit denen man die afrikanischen Partner auf Kurs bringen will. Kooperationsbereite Länder sollen mit Finanzhilfen und Investitionen belohnt -werden. Im Rahmen sogenannter Migrationspartnerschaften sind dafür acht Milliarden Euro aus dem EU-Budget vorgesehen verteilt auf fünf Jahre.

Widerwillige Staaten müssen hingegen mit Hilfsentzug und anderen Strafen rechnen; auch Handelssanktionen und Embargos dürften dazu zählen. Das ganze Arsenal finanzieller und außenpolitischer Instrumente muss eingesetzt werden, heißt es in dem Kommissionsentwurf.

Dass sich die Außenpolitik auf die Steuerung und Eindämmung der Migration konzentrieren soll, hat die EU-Außenbeauftragte Federica Mogherini bereits mehrfach betont. Auch die Staats- und Regierungschefs haben die Wende bereits eingeleitet. Schon beim EU-Afrika-Gipfel im vergangenen November auf Malta wurden die Weichen Richtung Abschottung gestellt.

Kritik kam von der migrationspolitischen Sprecherin der Grünen im Europaparlament, Ska Keller. Mit den geplanten Sanktionen verschärfe die EU-Kommission Fluchtursachen, statt sie zu bekämpfen. Nötig sei mehr Hilfe im Kampf gegen Armut und Krieg, so Keller. Doch davor drücke sich Brüssel: Was die EU-Kommission hier tut, ist die zynische Abweisung aller Verantwortung.

Der Vizepräsident der Brüsseler Behörde, Frans Timmermans, wies die Kritik zurück. Es gehe darum, den unerträglichen Verlust von Menschenleben im Mittelmeer zu beenden und Ordnung in die Migrationsströme zu bringen, sagte der Sozialdemokrat. Die EU diktiere den afrikanischen Ländern nicht ihren Kurs, sondern schlage maßgeschneiderte Partnerschaften vor.

Meinung + Diskussion SEITE 12

Die möglichen "Migrationspartnerländer" der EU

Jordanien, Libanon: neben der Türkei die wichtigsten Aufnahmeländer für syrische Flüchtlinge

Libyen: derzeit wichtigstes Abreiseland für Afrikaner Richtung Europa, ohne funktionierende Staatsmacht

Tunesien: letzter Rest des Arabischen Frühlings, soll kein Auswanderungsland werden

Niger: wichtigstes Transitland für West- und Zentralafrikaner auf dem Weg nach Libyen

Nigeria: wichtigstes westafrikanisches Herkunftsland

Senegal und Mali: Herkunftsländer und enge EU-Partner

Äthiopien: Aufnahmeland und auch Transitland für Flüchtlinge aus Somalia, Südsudan, Eritrea

Weitere "Prioritätenländer" für Migrationsvereinbarungen: Afghanistan, Algerien, Bangladesch, Elfenbeinküste, Eritrea, Ghana, Marokko, Pakistan, Somalia, Sudan

Flucht

Nach dem Deal mit der Türkei will die EU-Kommission nun in Afrika und im Nahen Osten Einwanderung frühzeitig stoppen

Load-Date: June 7, 2016

Müller setzt auf neue Mittelmeerunion; Migration Um die Einwanderung zu kontrollieren fordert der Minister einen Marschallplan mit Afrika

taz, die tageszeitung

Dienstag 29. November 2016

Copyright 2016 Contrapress media GmbH Vervielfältigung nur mit

Genehmigung des taz-Verlags All Rights Reserved



Section: AUSLAND; S. 10

Length: 307 words

Byline: Eric Bonse

Highlight: Migration Um die Einwanderung zu kontrollieren fordert der Minister einen Marschallplan mit Afrika

Body

Brüssel taz | Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU) hatte sie auf ein unscheinbares Büro in Barcelona zurecht gestutzt. Doch nun will Bundesentwicklungsminister Müller (CSU) die Mittelmeerunion wiederbeleben. Vor allem die Türkei und Ägypten seien wichtige Partner, sagte Müller bei einem EU-Ratstreffen in Brüssel. Die EU müsse schnell handeln, wenn sie eine neue Migrationswelle verhindern wolle.

Die Mittelmeerunion war 2008 auf Initiative des damaligen französischen Präsidenten Nicolas Sarkozy gegründet worden. Ihr gehören die 28 EU-Staaten sowie 15 Partnerländer aus Afrika und Nahost an. Jahrelang existierte die Union nur auf dem Papier, nachdem Merkel verhindert hatte, dass Sarkozy sie zu einem Staatenbündnis unter Führung Frankreichs macht.

Doch nun hat Deutschland Afrika für sich entdeckt und drängt zu neuen Taten. Neben der Mittelmeerunion plädierte Müller auch für einen Marschallplan mit Afrika. Nicht für Afrika, sondern mit Afrika, betonte er am Montag in Brüssel. Man müsse weg von der Geber-Nehmer-Mentalität und gemeinsame Wirtschaftsprojekte auf die Beine stellen.

Die Migration sei dabei nur ein Aspekt. Langfristig gehe es um eine gleichberechtigte Wirtschaftspartnerschaft. Allerdings müsse die EU schnell handeln, um die akuten Probleme mit afrikanischen Migranten in den Griff zu bekommen. Allein in diesem Jahr seien schon 170.000 Flüchtlinge angekommen, vor allem in Italien. Der Strom wird nicht abreißen, so Müller.

Auch die Türkei müsse stärker unterstützt werden, fordert der CSU-Politiker. Von versprochenen drei Milliarden Euro sei bisher noch nicht einmal eine Milliarde Euro in der Türkei angekommen. Auf die Drohung des türkischen Staatschefs Recep Tayyip Erdoğan, wieder Flüchtlinge übers die Ägäis nach Europa zu schicken, ging Müller nicht ein. Der Flüchtlingspakt funktioniere, sagte er.

Eric Bonse

Müller setzt auf neue Mittelmeerunion Migration Um die Einwanderung zu kontrollieren fordert der Minister
einen Marschallplan mit Afrika

Load-Date: November 28, 2016

End of Document

Die hässliche Trendwende; GESELLSCHAFT Forscher konstatierten bundesweit einen Rückgang rechtsextremer Einstellungen. Nun legt Thüringen einen Schwenk hin und ist damit nicht allein

taz, die tageszeitung

Freitag 27. November 2015

Copyright 2015 Contrapress media GmbH Vervielfältigung nur mit

Genehmigung des taz-Verlags All Rights Reserved



Section: INLAND; S. 6

Length: 493 words

Byline: Konrad Litschko

Highlight: GESELLSCHAFT Forscher konstatierten bundesweit einen Rückgang rechtsextremer Einstellungen. Nun legt Thüringen einen Schwenk hin und ist damit nicht allein

Body

von Konrad Litschko

BERLIN taz | Der Appell ist deutlich. Es gibt keine Alternative zum Wir schaffen das, ruft Bodo Ramelow am Donnerstag in den Thüringer Landtag. Ja, der **Flüchtlingszuzug** sei die größte Herausforderung seit der Wiedervereinigung. Aber sie biete auch eine Chance: den Abschied von der schrumpfenden Gesellschaft im Land. Deshalb, so der Linken-Ministerpräsident in seiner Regierungserklärung, brauche es Mut zum Wachstum.

Ramelows Appell ist eine Reaktion auf eine neue Umfrage, den Thüringen-Monitor. Die konstatiert eine bedenkliche Trendwende. Wissenschaftler hatten in den letzten Jahren eine stete Abnahme rechtsextremer Einstellungen konstatiert. Ursache sei die gute Wirtschaftslage, die stabilisiere die gesellschaftliche Mitte. Nun legt Thüringen eine Wende hin. Laut der Monitor-Umfrage stieg die Zahl der rechtsextrem Eingestellten zum Vorjahr von 17 auf 24 Prozent. 70 Prozent der Befragten lehnten auch eine großzügige Prüfung von Asylanträgen ab. 55 Prozent erklärten, die Flüchtlinge seien gar nicht verfolgt.

Aktuelle Zahlen aus anderen Ländern liegen nicht vor. Thüringen ist aber wohl kein Einzelfall. Die Uni Leipzig hatte erst im Frühjahr einen Ländervergleich erstellt. Dort lagen bei ausländerfeindlichen Einstellungen vor Thüringen noch Sachsen-Anhalt, Bayern und Mecklenburg-Vorpommern. Knapp folgten Brandenburg und Sachsen. Und dies, obwohl in all diesen Ländern mit Ausnahme von Bayern Migranten weniger als drei Prozent der Bürger ausmachen. Am Donnerstag stellte zudem der Mediendienst Integration einen starken Anstieg von Angriffen auf Asylunterkünfte fest: Spitzenreiter sei Sachsen mit 126 Vorfällen, gefolgt von NRW (59) und Bayern (36).

Die Autoren des Thüringen-Monitors, Wissenschaftler der Uni Jena, sehen für den Schwenk zwei Gründe. So fühlten sich in Thüringen immer noch gut die Hälfte der Befragten als Ostdeutsche benachteiligt und Bürger zweiter

Die hässliche Trendwende GESELLSCHAFT Forscher konstatierten bundesweit einen Rückgang rechtsextremer Einstellungen. Nun legt Thüringen einen Schwenk hin und

Klasse . Dieses Gefühl, so die Autoren, sei keine gute Voraussetzung für eine Willkommenskultur und sei der wirkungsmächtigste Beschleuniger rechtsextremer Einstellungen.

Zum anderen schlage sich die politische Debatte nieder. Schon 2011 gab es einen sprunghaften Anstieg rechtsextremer Einstellungen in Thüringen inmitten der Sarrazin-Debatte. Die Forscher konstatierten eine Enttabuisierung weit rechter Positionen. Eine solche finde nun in der Flüchtlingsdebatte erneut statt diesmal verbunden mit einer Entfremdung gegenüber der regierenden Politik.

Entscheidend ist also, wie die Politik nun reagiert. Ramelow wirbt am Donnerstag für eine offensive Aufnahme von Flüchtlingen: Dies biete Thüringen große Chancen , sichere Fachkräfte und Renten. Andere schlagen den umgekehrten Weg ein. Die CDU-Regierungschefs von Sachsen und Sachsen-Anhalt, Stanislaw Tillich und Reiner Ha-seloff, fordern mehr Härte in der Asylpolitik und eine Obergrenze für Flüchtlinge.

Schon einmal gab es einen abrupten Anstieg: in der Sarrazin-Debatte

Load-Date: November 26, 2015

Ein Leben im Provisorium ; MIGRATION 1.200 Flüchtlinge kommen in einer Messehalle unter. Was das mit ihnen macht und was mit den Menschen drumherum, erklärt der Historiker Jochen Oltmer

taz, die tageszeitung

Freitag 07. August 2015

Copyright 2015 Contrapress media GmbH Vervielfältigung nur mit

Genehmigung des taz-Verlags All Rights Reserved



Section: HAMBURG AKTUELL; S. 28

Length: 749 words

Byline: Kristof Botka

Highlight: **MIGRATION** 1.200 **Flüchtlinge** kommen in einer Messehalle unter. Was das mit ihnen macht und was mit den Menschen drumherum, erklärt der Historiker Jochen Oltmer

Body

von Kristof Botka

taz: Herr Oltmer, wir wohnen in Wohnungen oder Häusern. Schon Containerunterkünfte sind für uns befremdlich. Was aber macht das mit einer Gesellschaft, wenn sie sich plötzlich mit 1.200 Menschen in einer Messehalle konfrontiert sieht?

Jochen Oltmer: Der Unterschied, den Sie markieren, zwischen unserem normalen und dem extremen Leben in Massenunterkünften, bewirkt viel beim Betrachter. Die Situation wird ohne Zweifel als absolute Ausnahme wahrgenommen. Als eine sehr prekäre Daseinsform und als etwas, das niemals auf Dauer existieren kann. Auch in Hamburg ist es von Anfang an als Provisorium ausgewiesen worden. Wir beobachten, dass solche Unterkünfte später aber oft doch zu einer Dauerlösung werden. Hier wird das wahrscheinlich nicht so sein.

Mehrt die Konfrontation Vorurteile oder steigt gar die Akzeptanz, weil das Leid so offensichtlich wird?

Die Tatsache, dass es solch eine Einrichtung gibt, führt noch nicht zu mehr Protest. Die Menschen haben bei so einer extremen Form der Unterbringung den Eindruck: Das kann ja nur provisorisch sein. Dass die Situation in der Messe so prekär wird, führt meiner Meinung nach zu mehr Anteilnahme und Hilfsbereitschaft. Anders ist das bei dauerhaften Erstaufnahmestellen. Dort lässt die enorme Fluktuation die Einrichtung viel größer erscheinen, als sie ist. Man sieht, dass sehr viele Menschen kommen. Dass gleichzeitig viele gehen, wird weniger registriert.

Das Karolinenviertel ist ein kleines, szeniges Viertel. Was passiert, wenn da plötzlich 1.200 Menschen mehr leben?

Fast überall, wo es Flüchtlingslager gibt, hat es sehr breite Diskussionen gegeben. Es ist wichtig, so früh und intensiv wie möglich Kontakt mit der Bevölkerung aufzunehmen. Es gibt erstaunlicherweise immer noch die

Ein Leben im Provisorium MIGRATION 1.200 Flüchtlinge kommen in einer Messehalle unter. Was das mit ihnen macht und was mit den Menschen drumherum, erklärt der H....

Tendenz in der Politik, solche Vorgänge zu verschweigen, um Proteste zu verhindern. Das ist Unsinn. Es hat sich gezeigt: Je intensiver die Aufklärung, desto größer die Akzeptanz.

Lager verbindet man in Deutschland schnell mit Konzentrationslagern. Seit langer Zeit gibt es jetzt wieder Massenlager.

Solche Wohnlager gab es tatsächlich lange nicht mehr. In der bundesdeutschen Geschichte hatten sie aber auch nach dem Krieg eine große Bedeutung. Bis in die siebziger Jahre lebten Vertriebene in Lagern. Menschen, die das durchlebt haben, fühlen sich sicher zurückerinnert an diese Zeit. An ihr Leben im Provisorium, an ihr Leben in der Wartestellung. Solche Orte sind gekennzeichnet vom Warten und Hoffen.

Ist es das, worauf sich die Ankommenden einstellen müssen?

Auch, ja. Den Menschen dort bleibt oft nicht anderes als zu warten. Ein anderes Element ist bei der Größe sicher die Anonymität. Zudem wird zwar sicher alles getan, um die Versorgung zu gewährleisten, die Hygienestandards zu halten, wird jedoch sehr schwierig.

Konflikte sind unter solchen Bedingungen doch unvermeidlich.

Ja. Wir haben bei den bisherigen Einzelfällen gesehen, dass es vor allem Überbelegung ist, die zu Streit führt. In den Medien spielen oft ethnische Konflikte eine Rolle, die bei genauerer Betrachtung aber wenig bedeutend sind. Es geht vielmehr um unsichere Verhältnisse. Niemand weiß, wo er in einer Woche ist. Wird man umverteilt oder abgeschoben? Es ist unklar, wie lang man in der Konstellation noch ausharren muss. In diesem Umfeld wachsen Aggressionen. Es sind dann meist spontane Ausbrüche, die zu Gerangel führen. Berichte zu Bandenbildungen sind größtenteils Spekulation. Dazu gibt es bisher kaum Forschung. Wo soll die auch herkommen, von jetzt auf gleich?

Im ZDF- heute journal sagte am Mittwoch ein syrischer Flüchtling: Die Albaner nehmen uns die Plätze weg. Müssen Menschen vom Balkan jetzt sogar unter Flüchtlingen als Sündenböcke herhalten?

Da taucht auch in der Unterkunft schnell ein Freund-Feind-Schema auf. Das ist ein Argument, das vorgetragen wird, um die eigene Situation zu stärken. Die Frage nach echten und falschen Flüchtlingen ist eine ganz eigene Debatte. Wir wissen genau, dass auch die Menschen, die aus Südosteuropa kommen, mit erheblichen Konflikten und Bedrängnissen zu tun haben. Wir wissen, wie katastrophal die Situation der Roma in vielen Staaten und wie vergiftet das Klima in vielen Ländern des ehemaligen Jugoslawiens ist. Nicht umsonst sind im Kosovo noch deutsche Soldaten stationiert. Hier gilt: Jeder der einen Asylantrag stellt, hat auch Anspruch auf ein reguläres Asylverfahren.

Jochen Oltmer

50, ist Professor für Neueste Geschichte am Institut für Migrationsforschung und interkulturelle Studien in Osnabrück.

Load-Date: August 13, 2015

EU-Parlament für verbindliche Quote THEMA DES TAGES; Abstimmung EU-Abgeordnete wollen einen verbindlichen Verteilungsschlüssel für Flüchtlinge. Leider ist ihr Votum nicht bindend

taz, die tageszeitung

Freitag 17. Juli 2015

Copyright 2015 Contrapress media GmbH Vervielfältigung nur mit

Genehmigung des taz-Verlags All Rights Reserved



Section: AKTUELLES; S. 2

Length: 399 words

Byline: Eric Bonse

Highlight: Abstimmung EU-Abgeordnete wollen einen verbindlichen Verteilungsschlüssel für **Flüchtlinge**. Leider ist ihr Votum nicht bindend

Body

Brüssel taz | Das Europaparlament fordert ein verbindliches und dauerhaftes Quotensystem für **Flüchtlinge** in der EU. Zunächst sollten 40.000 **Asylbewerber** aus Italien und Griechenland umgesiedelt werden, heißt es in einer Resolution des Ausschusses für bürgerliche Freiheiten vom Donnerstag. Danach müsse die EU einen dauerhaften Mechanismus mit substanziell mehr Solidarität einrichten.

Die Resolution wurde mit 42 zu 14 Stimmen angenommen. Die Berichterstatterin Ska Keller jubelt: Das Europäische Parlament hat dem Rat heute gezeigt, was eine Harke ist. Während die Mitgliedstaaten rumlavieren und sich nicht darauf verständigen können, wie sie 40.000 Flüchtlinge verteilen, habe sich das Parlament mit breiter Mehrheit hinter einen verbindlichen Verteilungsschlüssel gestellt.

Allerdings ist das Votum nicht bindend. Die Innen- und Justizminister können sich bei ihrem nächsten Treffen am 20. Juli also noch darüber hinwegsetzen. Zuletzt hatten sie von freiwilligen Quoten gesprochen; einige EU-Staaten sträuben sich weiter gegen die Aufnahme von Flüchtlingen. Immerhin geben die Parlamentarier nun der EU-Kommission Rückendeckung, die sich ebenfalls für eine verpflichtende Regelung einsetzt.

Bemerkenswert ist auch, dass die Abgeordneten sich für humanitäre Standards und ein Mitspracherecht der Migranten einsetzen.

Die Flüchtlinge dürften nicht wie Stückgut hin und her verschoben werden, sagte die Grünen-Abgeordnete Keller. Es gehe darum, ihre Anknüpfungspunkte und Präferenzen zu berücksichtigen. Nur so kann die Integration von Flüchtlingen unterstützt und ihr Weiterziehen in einen anderen Mitgliedstaat verhindert werden, betont Keller.

EU-Parlament für verbindliche Quote THEMA DES TAGES Abstimmung EU-Abgeordnete wollen einen verbindlichen Verteilungsschlüssel für Flüchtlinge. Leider ist ihr Vo....

So sollen die Flüchtlinge das Recht erhalten, ihre bevorzugten Aufnahmeländer anzugeben. Diese Präferenz soll dann auch bei der Auswahl berücksichtigt werden. Außerdem sollten die Asylbewerber vor ihrer Umsiedlung informiert werden, wo die Reise hingeht.

Unklar ist, was geschieht, wenn allzu viele Flüchtlinge ein bestimmtes Land etwa Deutschland oder Großbritannien ansteuern möchten.

Unterdessen haben die Grünen die Bundesregierung und die EU dazu aufgefordert, ein Notprogramm für die Flüchtlingshilfe in Griechenland aufzulegen. Deutschland und die EU dürfen Griechenland dabei nicht alleinlassen, sagte Fraktionschefin der Grünen, Katrin Göring-Eckardt. Täglich kämen bis zu 1.000 Flüchtlinge an griechischen Küsten an. Eric Bonse

Load-Date: July 16, 2015

End of Document

Zu Fuß nach Westen; Ungarn Flüchtlinge wollen zu Fuß nach Wien. Andere brechen aus Asyllager aus

taz, die tageszeitung

Samstag 05. September 2015

Copyright 2015 Contrapress media GmbH Vervielfältigung nur mit

Genehmigung des taz-Verlags All Rights Reserved



Section: AKTUELLES; S. 2

Length: 467 words

Body

Ungarn **Flüchtlinge** wollen zu Fuß nach Wien. Andere brechen aus **Asyllager** aus

Budapest afp/dpatat | Mehrere hundert **Flüchtlinge** haben am Freitag den Budapester Fernbahnhof Keleti zu Fuß in Richtung Österreich verlassen. Teilnehmer des Marsches sagten, sie wollten versuchen zu Fuß die rund 175 Kilometer entfernte österreichische Grenze zu erreichen. Die **Flüchtlinge** gehörten zu den rund 2.000 Menschen, die seit Tagen vor und im Bahnhof Keleti in der ungarischen Hauptstadt kampieren und größtenteils auf ihre Weiterreise Richtung Deutschland warten. Die ungarischen Behörden hatten am Dienstag die internationalen Zugverbindungen von dem Bahnhof bis auf Weiteres eingestellt. Inner-ungarische Regionalzüge werden nach **Flüchtlingen** kontrolliert.

Am Morgen waren rund 300 Flüchtlinge aus dem Erstaufnahmelager Röszke im Süden Ungarns geflohen und in Richtung einer nahen Autobahn gerannt. Seit Donnerstag haben sich zudem im Bahnhof von Bicske 40 Kilometer von Budapest entfernt rund 500 Flüchtlinge in einem Zug verschanzt. Die Behörden hatten den Zug zunächst Richtung österreichische Grenze fahren lassen, dann jedoch in Bicske angehalten, um die Flüchtlinge in Aufnahme-lager zur bringen. Die Einwanderer werfen der Regierung vor, sie in eine Falle gelockt zu haben.

Auch ein zweiter Zug wurde gestoppt und alle 120 Reisenden in Flüchtlingslager gebracht. Wie die Polizei am Freitag mitteilte, wurde der Zug aus Budapest Richtung Győr nahe der Grenze zu Österreich am Donnerstag im Dorf Nagyszénthely gestoppt. 83 Flüchtlinge ließen sich sofort registrieren, die übrigen erst nach stundenlangen Protesten.

Unterdessen beschloss das ungarische Parlament am Freitag, dass die Strafen für illegale Grenzübertritte verschärft werden. Zudem beschloss es die Einrichtung sogenannter Transitzonen in Grenznähe. Vom 15. September an würde Ungarns Grenze zu Serbien schärfer kontrolliert, sagte Regierungschef Viktor Orbán. Dazu startete die Regierung in Kürze eine Informationskampagne, die sich an die Flüchtlinge und Schlepper richte.

Orbán sprach sich gegen die Einwanderung von Muslimen aus. Man müsse respektieren, dass andere EU-Länder früher beschlossen hätten, mit Muslimen zusammenleben zu wollen. Jedoch haben wir auch das Recht zu

Zu Fuß nach Westen Ungarn Flüchtlinge wollen zu Fuß nach Wien. Andere brechen aus Asyllager aus

entscheiden, ob wir diesem Beispiel folgen wollen , sagte der rechtskonservative Regierungschef. Er selbst rate davon ab.

Ungarns Außenminister Péter Szijjártó wies Kritik an der Flüchtlingspolitik seines Landes zurück. Wir haben in Budapest eine dramatische Situation, weil einige Migranten, was Fingerabdrücke und Fotos angeht, eine Kooperation mit den ungarischen Behörden verweigern , sagte Szijjártó am Freitag bei einem Treffen der EU-Außenminister in Luxemburg. Ein Bahnhof sei keine Flüchtlingsstation. Die Asylsuchenden sollten in Flüchtlingszentren gehen.

Load-Date: September 4, 2015

End of Document

Wer nicht ins Boot will, ist selber schuld; FLÜCHTLINGE 60 Starrköpfe harren an der Grenze zwischen Tunesien und Libyen aus, weil sie einen offiziellen Asylantrag stellen wollen. In vier Jahren haben sie es nicht mal geschafft, ihren Antrag irgendwo abzugeben

taz, die tageszeitung

Dienstag 28. April 2015

Copyright 2015 Contrapress media GmbH Vervielfältigung nur mit

Genehmigung des taz-Verlags All Rights Reserved



Section: AUSLAND; S. 11

Length: 589 words

Byline: MIRCO KEILBERTH

Highlight: **FLÜCHTLINGE** 60 Starrköpfe harren an der Grenze zwischen Tunesien und Libyen aus, weil sie einen offiziellen **Asylantrag** stellen wollen. In vier Jahren haben sie es nicht mal geschafft, ihren Antrag irgendwo abzugeben

Body

AUS SHOUSHA MIRCO KEILBERTH

Shousha. Den Namen des ehemaligen **Flüchtlingslagers** und eine Bestätigung der UNO, das ist alles, was Usman Bagura an der Straßensperre der tunesischen Polizei vorweisen kann. Das zerknitterte Papier stellt sich bei genauerem Hinsehen als eine drei Jahre alte Verpflegungsliste heraus, aber dem maskierten Beamten reicht der Stempel des UNHCR, des UN-**Flüchtlingshilfswerkes**, das Shousha schon lange geschlossen hat.

Der 33-jährige Bagura harrt zusammen mit rund 60 anderen Flüchtlingen trotzdem in dem Niemandsland an der libysch-tunesischen Grenze aus. Während des Aufstandes gegen Muammar al-Gaddafi wurden mehr als 50.000 Menschen aus Tripolis hierher in Sicherheit gebracht. Die asiatischen Arbeitskräfte wurden von ihren Regierungen bereits nach wenigen Wochen in die Heimat zurückgeflogen. Afrikanische Regierungen überließen ihre Staatsbürger jedoch meist ihrem Schicksal, hatten sich doch viele wegen politischer Probleme oder Kriegen um einen Job in Libyen bemüht. So entschieden sich die meisten für Europa. Über den tunesischen Hafen in Sfax und nach Kriegsende über das 100 Kilometer entfernte libysche Suwara wagten sich Tausende über das Meer.

Usman Bagura und sein Freund Margai Keller entschieden sich gegen das Himmelfahrtskommando und für einen offiziellen Asylantrag. In ihre Heimatländer Liberia und Ghana können sie aufgrund des Krieges nicht zurück. Das einzige was ich noch habe, ist mein Leben, sagte Bagura. Warum sollte ich es in die Hände von profitgierigen Menschenschmugglern legen? Nachdem sie durch zwei Kriege vertrieben wurden, hätten sie doch wohl das Recht auf einen offiziellen Status.

Wer nicht ins Boot will, ist selber schuld FLÜCHTLINGE 60 Starrköpfe harren an der Grenze zwischen Tunesien und Libyen aus, weil sie einen offiziellen Asylantra....

In Tunesien gibt es jedoch keine Asylgesetzgebung. Das auf eine Stammbesatzung geschrumpfte UNHCR-Büro in Zarzis hat den ohne Strom und Wasser lebenden Männern 2012 einen Ablehnungsbescheid übergeben. Man sei jetzt nicht mehr zuständig, hieß es darin lapidar.

Ich hatte in Libyen offiziell Arbeit und wurde im Februar 2011 von der UNO mit dem Bus aus Tripolis evakuiert , sagt Keller. Statt die afrikanischen Regierungen zu zwingen, uns mit neuen Pässen auszustatten, war man froh, dass die Probleme mit den Booten nach Europa verschwanden. Bis auf 60 Starrköpfe. Seit vier Jahren sitzen sie staatenlos in Shousha, weil sie die Fahrt über das Mittelmeer nicht antreten wollen.

Anais Elbassil vom Maison de Migration, einer französisch-tunesischen Nichtregierungsorganisation, kann den beiden bei ihrem Besuch in Tunis keine Hoffnungen machen. Es würden sicher noch fünf Jahre vergehen, bevor das tunesische Parlament ein ordentliches Asylrecht verabschieden wird, sagt sie.

Bagoura und Keller können nur warten. Sie teilen das Schicksal von Zehntausenden in Tunesien, die von Schlepperbanden Westafrikas als Studenten oder Haushaltshilfen angeworben wurden. Wer nach drei Monaten nicht die fälligen Anmelde- oder Studiengebühren zahlen kann, häuft saftige Strafgebühren an. Vor der Ausreise muss man zahlen, was den meisten wegen der geringen Löhne in Tunesien unmöglich ist , sagt Elbassil. An der Straße zum Grenzort Ben Guardene, wo viele vom informellen Warenaustausch mit Libyen leben, stehen die Gestrandeten täglich an der Straße. Sie leben von Spenden, die ihnen libysche Familien zustecken. Die EU überlegt, Asylverfahren künftig in Tunesien abzuwickeln? Bagura runzelt die Stirn. Wie denn, Tausende kommen jeden Monat nach Libyen und Tunesien. Wir in Shousha sind 60 und haben es in vier Jahren nicht geschafft, jemanden zu finden, der unser Asylgesuch überhaupt annimmt.

Load-Date: April 27, 2015

Zahlenspiele ums Asyl; CSU will an der Grenze neue Schnellverfahren

taz, die tageszeitung

Donnerstag 01. Oktober 2015

Copyright 2015 Contrapress media GmbH Vervielfältigung nur mit

Genehmigung des taz-Verlags All Rights Reserved



Section: SCHWERPUNKT; S. 4

Length: 470 words

Byline: Daniel Bax

Highlight: CSU will an der Grenze neue Schnellverfahren

Body

Berlin taz | Bis zu 10.000 **Flüchtlinge** kämen derzeit pro Tag nach Deutschland, hatte Bundesinnenminister Thomas de Maizière (CDU) am Dienstag gesagt und damit für Schlagzeilen gesorgt. Klar sei jetzt schon, dass der September ein Rekordmonat wird, sagte er. Von fast 200.000 **Flüchtlingen** allein im September sprachen am Mittwoch dann die Innenminister der Union.

Das Innenministerium hält aber dennoch an seiner letzten Prognose fest und rechnet in diesem Jahr mit rund 800.000 Asylbewerbern, wie ein Sprecher der taz sagte. Diese Zahl hatte der Innenminister vor wenigen Wochen genannt und damit frühere Schätzungen revidiert. Ein großes Problem ist aber, dass ein großer Teil der Flüchtlinge sich der Registrierung entzieht oder trotz Registrierung an einen anderen Ort zieht, zum Beispiel nach Schweden. Deshalb sind alle Zahlen mit Vorsicht zu genießen.

Für zusätzliche Verwirrung sorgte am Mittwoch der neue Leiter des Bundesamts für Migration und Flüchtlinge (Bamf), Frank-Jürgen Weise. Nach seinen Schätzungen sind 290.000 Flüchtlinge in Deutschland noch gar nicht registriert. Bislang habe er keinen Überblick, wie viele Menschen ins Land kämen, wo sie sich aufhielten, wie sie verteilt und ihre Anliegen bearbeitet würden, sagte Weise am Mittwoch in Nürnberg. Hier müsse mehr Transparenz her.

Das Bundesamt ächzt unter der wachsenden Zahl von Asylanträgen: Dort haben sich mehr als 275.000 unerledigte Fälle angestaut. Zwei Drittel der Asylbewerber müssten von ihrer Erfassung bis zum Bescheid derzeit fünf Monate warten, sagte Weise. Viele seien aber vor der Erfassung bereits zwei bis drei Monate im Land gewesen. Ein Drittel der Schutzsuchenden habe keinen Pass dabei, das erschwere viele Verfahren. Derzeit hat seine Behörde mehr als 3.000 Mitarbeiter, davon entscheiden etwa 550 über die Asylanträge. Bundesinnenminister Thomas de Maizière (CDU) will das Personal mehr als verdoppeln und muss darüber mit dem Finanzministerium verhandeln.

De Maizière will künftig außerdem Schnellverfahren an den Landesgrenzen einführen. Sein Ministerium bereite ein Gesetz für diese Verfahren vor, wie sie schon an den Flughäfen umgesetzt würden, sagte er am Mittwoch im RBB. Zuvor hatte die CSU die Einrichtung von Transitzonen an den Landesgrenzen gefordert. Sie will die Zahl der nach Deutschland kommenden Flüchtlinge verringern, indem Asylsuchende dort gleich abgewiesen werden können.

Zahlenspiele ums Asyl CSU will an der Grenze neue Schnellverfahren

Unterstützung erhält sie von den Innenministern der CDU. De Maizière sieht ein solches Verfahren durch EU-Recht gedeckt.

Unionsfraktionschef Volker Kauder (CDU) bremst solche Pläne aber noch: Es habe wenig Sinn, neue Vorschläge zu machen, bevor das jetzige Gesetzespaket verabschiedet sei. Daniel Bax

Asyl und Recht

Wie viele Flüchtlinge sind schon gekommen, wie viele werden es noch? Und was soll sich durch das neue Gesetz ändern?

Load-Date: September 30, 2015

End of Document

Ein Kuhhandel mit Grundrechten; Flüchtlinge CDU und CSU fordern den Bund auf, Albanien, Kosovo und Montenegro als sicher einzustufen. Städtetag warnt vor Panikmache

taz, die tageszeitung

Mittwoch 29. Juli 2015

Copyright 2015 Contrapress media GmbH Vervielfältigung nur mit

Genehmigung des taz-Verlags All Rights Reserved



Section: AKTUELLES; S. 4

Length: 438 words

Byline: Christian Jakob

Highlight: Flüchtlinge CDU und CSU fordern den Bund auf, Albanien, Kosovo und Montenegro als sicher einzustufen. Städtetag warnt vor Panikmache

Body

Berlin taz/dpa | Zehn Monate nachdem Bund und Länder Serbien, Mazedonien sowie Bosnien und Herzegowina zu sicheren Herkunftsstaaten erklärt haben, soll diese Liste nun länger werden. Zunächst hatte Bayern den Bund aufgefordert, Albanien, Kosovo und Montenegro als sicher einzustufen. Darüber sei zu prüfen, ob weitere, insbesondere afrikanische Staaten in diese Liste aufgenommen werden können, so die bayrische Landesregierung in einem Beschluss vom 20. Juli. Am Dienstag forderte auch der innenpolitische Sprecher der Unionsfraktion im Bundestag, Stephan Mayer (CSU), Albanien, Kosovo und Montenegro möglichst schnell zu sicheren Herkunftsländern zu erklären. Kurz zuvor hatte das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge eine (BAMF) erklärt, eine solche Maßnahme hätte einen dämpfenden Effekt bei der Einwanderung.

Bis einschließlich Juni stammten etwa 50.000 der insgesamt rund 160.000 Menschen, die in Deutschland einen ersten Asylantrag stellten, aus Albanien, dem Kosovo oder Montenegro.

Kritik an der Einstufung von Herkunftsländern der Flüchtlinge kam von den Grünen. Herkunftsländer können nicht einfach nach politischer Laune für sicher erklärt werden, erklärte ihr Innenexperte Volker Beck. Am Montag hatte sich SPD-Vize Thomas Schäfer-Gümbel offen für eine Ausweitung der Liste der sicheren Herkunftsstaaten gezeigt. Zugleich hatte er die Union aufgefordert, sich beim von der SPD gewünschten Einwanderungsgesetz zu bewegen. Das ist ein Kuhhandel mit Grundrechten, erklärte Beck. Der baden-württembergische Ministerpräsident Winfried Kretschmann signalisierte hingegen Zustimmung.

Der Deutsche Städtetag wandte sich derweil gegen eine Dramatisierung der Lage in den Kommunen. Es wird vor Ort immer schwieriger, die Provisorien werden häufiger, aber einen -Kollaps sehe ich nicht auf uns zukommen, sagte Städtetag-Geschäftsführer Stephan Ar-ticus.

Ein Kuhhandel mit Grundrechten Flüchtlinge CDU und CSU fordern den Bund auf, Albanien, Kosovo und Montenegro als sicher einzustufen. Städtetag warnt vor Panik....

Articus reagierte auf Äußerungen von Bundesinnenminister Thomas de Maizière (CDU), der angesichts des Anstiegs der Flüchtlingszahlen intern angeblich vor einem Kollaps des Aufnahmesystems für Asylbewerber gewarnt hatte. Wir sind ein Land mit sehr viel Potenzial, auch ungewöhnliche Situationen zu meistern. Panikmache hilft dabei nicht, das sieht der Bundesinnenminister sicher genauso, sagte Articus. Es gelte weiterhin, dass die Städte bereit seien, Flüchtlinge aus Bürgerkriegsgebieten und politisch Verfolgte aufzunehmen.

Christian Jakob

Meinung + Diskussion SEITE 12

Einen Kollaps sehe ich nicht auf uns zukommen

Asylpolitik

Bayern und Baden-Württemberg wollen Sonderlager für Flüchtlinge
aus sogenannten sicheren Herkunftsstaaten auf dem Balkan schaffen

Load-Date: July 28, 2015

Das Bayern des Nordens; Stigmatisierung Das rot-grün regierte Hamburg schmiedet klammheimlich an Plänen für spezielle Aufnahme- und Abschiebelager für Flüchtlinge aus dem Balkan. Die Grünen lehnen diese Praxis eigentlich ab, fühlen sich übergangen und wittern Koalitionsbruch

taz, die tageszeitung

Freitag 31. Juli 2015

Copyright 2015 Contrapress media GmbH Vervielfältigung nur mit

Genehmigung des taz-Verlags All Rights Reserved



Section: NORD AKTUELL; S. 25

Length: 705 words

Byline: Kai von Appen

Highlight: Stigmatisierung Das rot-grün regierte Hamburg schmiedet klammheimlich an Plänen für spezielle Aufnahme- und Abschiebelager für **Flüchtlinge** aus dem Balkan. Die Grünen lehnen diese Praxis eigentlich ab, fühlen sich übergangen und wittern Koalitionsbruch

Body

von Kai von Appen

Der Aufschrei bei der SPD war groß, als Bayerns Ministerpräsident Horst Seehofer (CSU) spezielle Aufnahme- und Abschiebelager für Balkan-**Flüchtlinge** forderte, um dem angeblichen massenhaften **Asylmissbrauch** zu begegnen. Dabei will Hamburgs Bürgermeister Olaf Scholz (SPD) in der Sache, vielleicht mit weniger martialischen Tönen, auf das Gleiche hinaus: Es geht um schnellere, unbürokratische Entscheidungen, sagte Scholz jetzt in einem Stern-Interview. Dazu gehören auch spezialisierte Aufnahmeeinrichtungen für **Flüchtlinge** ohne Bleibeperspektive.

In Hamburg nehmen nach taz-Informationen die Vorbereitungen für eine Selektierung in Kriegsflüchtlinge und Armutsmigranten aus den sogenannten sicheren Herkunftsländern schon konkrete Formen an. Spätestens, wenn Innensenator Michael Neumann (SPD) im Herbst seine Ankündigung umgesetzt hat, auf fünf bis sieben Gewerbeflächen neue Container-Großunterkünfte mit 20.000 Plätzen eingerichtet zu haben, sollen die ersten Maßnahmen greifen, um die Flüchtlinge aus dem Balkan schneller abzuschieben oder vom Asylantrag abzuschrecken.

Bis dahin ist die Zahl der Mitarbeiter in der Abschiebeabteilung der Ausländerbehörde um 20 Mitarbeiter verdreifacht worden, die sich dann auf die speziellen Balkan-Einrichtungen konzentrieren. Wir fahren eine sehr konsequente Linie, gerade was die Balkanländer angeht. Es ist schon abstrus, dass wir 50 Prozent aller Flüchtlinge aus dem Balkan haben, sagte Neumann dem NDR. Ihre Fälle würden die Ausländerbehörde und das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge wahnsinnig beschäftigen und belasten.

Das Bayern des Nordens Stigmatisierung Das rot-grün regierte Hamburg schmiedet klammheimlich an Plänen für spezielle Aufnahme- und Abschiebelager für Flüchtlinge....

Der Sprecher der Innenbehörde bestreitet aber, dass es bereits konkrete Vorbereitungen für Mega-Deportationen gibt. Davon ist mir nichts bekannt, sagt Sprecher Björn Domroese. Und auch der städtische Betreiber Fördern und Wohnen, der für die Flüchtlingsunterbringung zuständig ist und eine Trennung der Flüchtlinge nach Herkunft eigentlich ablehnt, habe definitiv eine solche neue Weisung nicht bekommen, sagt Sprecherin Susanne Schwendtko.

Der grüne Koalitionspartner widerspricht den Balkan-Lagerplänen von Bürgermeister Scholz. Dass Scholz das gerne möchte, ist bekannt, sagt die innenpolitische Sprecherin Antje Möller. Das ist aber nicht in der Koalition besprochen und vereinbart, bekräftigt Möller. Wir halten so etwas für falsch und stigmatisierend.

Das Diakonische Werk lehnt ebenfalls Sondereinrichtungen ab. Es sei ein Irrglaube, dass eine gesonderte Unterbringung Asylverfahren und Abschiebungen beschleunige, sagt Fachbereichsleiter Dirk Hauer. Er befürchte vielmehr, dass durch den Vorschlag für eine besondere Gruppe von Flüchtlingen aus Abschreckungsgründen noch einmal besonders schlechte Bedingungen etabliert werden sollen.

Schleswig-Holstein und Niedersachsen halten sich derzeit aus der Diskussion heraus. Der Innenminister beteiligt sich nicht an dem Wettbewerb um den täglich neuesten Vorschlag in der Asyl- und Flüchtlingspolitik, sagt Stefan Studts (SPD) Sprecher Thomas Giebeler. Auch in Niedersachsen gebe es keine Pläne spezieller Balkan-Unterkünfte, beteuert der Sprecher des Innenministeriums, -Philipp Wedelich.

Dass es im Erstaufnahmehaus Bramsche zu einer Ballung von Balkan-Flüchtlingen komme, liege an den Realitäten. Der niedersächsische Flüchtlingsrat ist zwar über die mehrmonatige Verweildauer von Schutzsuchenden aus dem Balkan in Bramsche verwundert, während andere Asylbewerber schnell auf die Kommunen verteilt werden, so ein Sprecher: Von einer Weisung des Ministeriums wisse man aber nichts.

Flüchtlinge zweiter Klasse

Politisch Verfolgte oder Kriegsflüchtlinge haben das Recht, einen Asylantrag zu stellen oder aus humanitären Gründen ein Bleiberecht zu bekommen.

Die ethnische Volksgruppe der Roma und Sinti werden nachweislich in den Balkan-Staaten diskriminiert, verfolgt und gesellschaftlich ausgegrenzt.

Um den Zufluchtsstrom zu stoppen und Asyl schnell verweigern zu können, sind Serbien, Mazedonien und Bosnien-Herzegowina 2014 vom Bundestag als sichere Herkunftsländer definiert worden.

Für Furore sorgte Hamburgs Bürgermeister Olaf Scholz mit dem Vorstoß, auch Albanien und das Kosovo zu sicheren Ländern zu erklären, weil diese eine EU-Mitgliedschaft anstrebten.

Load-Date: July 30, 2015

Niemand hat die Absicht, Lager zu bauen; Kommentar von Eric Bonse zum EU-Sondergipfel

taz, die tageszeitung

Montag 26. Oktober 2015

Copyright 2015 Contrapress media GmbH Vervielfältigung nur mit

Genehmigung des taz-Verlags All Rights Reserved



Section: SEITE 1; S. 1

Length: 388 words

Byline: Eric Bonse

Body

Kommentar von Eric Bonse zum EU-Sondergipfel

Es klingt harmlos, fast humanitär, was Kanzlerin Merkel und EU-Kommissionschef Juncker beim Balkan-Krisengipfel in Brüssel vorgeschlagen haben. Besserer Informationsaustausch, mehr Hilfe für **Flüchtlinge**, gemeinsames Management der **Migrationsströme** von der Türkei bis Deutschland: Wer könnte etwas dagegen haben?

Doch hinter diesen Worten steht ein ungesagtes Ziel: Der Balkan soll zur Transitzone werden, in der berechnete und chancenlose Flüchtlinge registriert, aussortiert und abgeschoben werden. Was Merkel in Deutschland nicht umsetzen kann, soll nun in Kroatien, Bulgarien oder Griechenland Wirklichkeit werden.

Statt die Flüchtlinge wie bisher von einem zum anderen Land durchzuwinken, sollen die Balkanstaaten sie nun in sogenannten Hotspots zurückhalten. Diese Lager, die nicht so genannt werden, könnten gigantische Ausmaße annehmen – die Rede ist von mehreren zehntausend Menschen. Dass das UNO-Flüchtlingshilfswerk UNHCR beim Aufbau mitwirken soll, macht die Sache nicht besser.

Die UNO liefert, wenn nicht alles täuscht, nämlich nur das humanitäre Feigenblatt für eine knallharte Abschottungspolitik. Weil es Juncker und Merkel trotz ihrer zynischen Anbiederung beim türkischen Präsidenten Recep Erdoğan an noch nicht geschafft haben, die Zahl der Flüchtlinge zu begrenzen, sollen nun die Balkanstaaten die Dreckarbeit erledigen.

Ob diese Rechnung aufgeht, ist allerdings fraglich. Bisher zeigen weder Griechenland noch Bulgarien oder Kroatien große Bereitschaft, die ihnen zugedachte Rolle zu übernehmen. Schon vor dem Gipfel schalteten sie auf stur. Zudem ist die EU selbst noch gar nicht bereit, anerkannte Asylbewerber auch tatsächlich aufzunehmen.

Denn die geplante Umverteilung in Europa stockt. Bisher wurden gerade einmal 86 von groß angekündigten 160.000 Flüchtlingen umgesetzt – ein Armutszeugnis. Und alle 28 EU-Länder zusammen haben noch nicht einmal

Niemand hat die Absicht, Lager zu bauen Kommentar von Eric Bonse zum EU-Sondergipfel

1.000 Aufnahmeplätze angemeldet. Wo sollen die guten Asylbewerber aus den Hotspots also hingeschickt werden? Und wie will man die schlechten loswerden?

Merkel und Juncker bleiben Antworten schuldig. Sie tun so, als sei der harte Schwenk in der Flüchtlingspolitik völlig normal. Schließlich will ja auch niemand ein Lager bauen, oder?

Die UNO liefert das humanitäre Feigenblatt für eine knallharte Abschottung

Load-Date: October 25, 2015

End of Document

Geschichte wiederholt sich; Dschungel Das Flüchtlingscamp in Calais wurde dieser Tage geräumt. Viele Bewohner sind untergetaucht, Freiwillige und Hilfsorganisationen sind noch da. Wie sehen sie die Lage, wie ändert sich ihre Arbeit nun?

taz, die tageszeitung

Samstag 29. Oktober 2016

Copyright 2016 Contrapress media GmbH Vervielfältigung nur mit

Genehmigung des taz-Verlags All Rights Reserved



Section: AKTUELLES; S. 7

Length: 1282 words

Byline: Tobias Müller

Body

Dschungel Das **Flüchtlingscamp** in Calais wurde dieser Tage geräumt. Viele Bewohner sind untergetaucht, Freiwillige und Hilfsorganisationen sind noch da. Wie sehen sie die Lage, wie ändert sich ihre Arbeit nun?

Aus Calais Tobias Müller

Die Botschaft steht auf einem Dixi-Klo am Beginn der völlig zerstörten Hauptstraße des **Flüchtlingscamps**: Thank you all Volunteers of Jungle. From bottom of my heart, I love you all. Die zwei Sätze verweisen auf ein zentrales Merkmal der Situation in Calais: Seit die Stadt an der nordfranzösischen Küste vor 17 Jahren ein Hotspot auf der Landkarte europäischer **Migrationsrouten** wurde, haben freiwillige Helfer hier eine tragende Rolle gespielt schon deshalb, weil die **Migranten**, die von hier aus das nur 34 Kilometer entfernte Großbritannien auf der anderen Seite des Ärmelkanals erreichen wollten, in Frankreich keinerlei Anspruch auf staatliche Unterstützung hatten.

Die volunteers sind es auch, die am Donnerstagnachmittag vor dem abgeriegelten Dschungel ausharren, gemeinsam mit den letzten rund hundert Bewohnern, für die weder ein Bus in ein Auffangzentrum bereitsteht noch eine Unterkunft in und um Calais. Erkennbar sind die Helfer an ihren farbigen Westen: Die gelben Westen sind die von Salam, die einst die Pioniere der Essensausgabe waren, die roten die von Save The Children, die weiß-blauen die von Refugee Youth Service.

Eine solche weiß-blaue Weste trägt auch Jonny Willis, ein Brite um die 30, der die Organisation 2015 gründete. Sie verteilt Essen, kümmert sich um Schlafplätze und unterhält ein Bildungsprojekt an Schulen. 20 Freiwillige aus England, Irland und Dänemark sind in Calais für die Organisation aktiv, dem einzigen Einsatzort außerhalb Großbritanniens. Finanziert wird sie unter anderem von ihrer Partnerorganisation Save The Children.

2015 kam Jonny Willis zum ersten Mal nach Calais wie so viele von der anderen Seite des Kanals, nachdem das Thema durch die Tunnelstürmungen des Sommers zum Medienereignis geworden war. In der Folgezeit entstanden

Geschichte wiederholt sich Dschungel Das Flüchtlingscamp in Calais wurde dieser Tage geräumt. Viele Bewohner sind untergetaucht, Freiwillige und Hilfsorganisati....

große Teile der Helfer-Infrastruktur. Viele Dutzend Unterstützer waren dauerhaft vor Ort. An jedem Wochenende kamen weitere Dutzende Freiwillige aus Großbritannien herüber nach Frankreich.

Willis ist seitdem permanent on the ground, wie es im Fachjargon heißt. Und er ist vertraut mit der Geschichte von Calais als Migrationsknotenpunkt. Die Situation nun, nach der Räumung, vergleicht er mit derjenigen von 2002. Damals wurde das berühmte Auffanglager im nahen Sangatte geschlossen. In der Folge verschwanden zahlreiche Migranten nicht etwa, sondern schliefen in den Straßen der Stadt. Daraus entstand schon damals ein Dschungel. Auch jetzt werden sie wiederkommen, sagt er. Die Geschichte wiederholt sich in Calais. Es ist nur eine Frage, wann.

Seine Organisation, sagt Willis, wolle dann gerne wieder vor allem für die Minderjährigen da sein, die besonders verletzlich seien. Bis dahin will sich der Refugee Youth Service zunächst um die Jugendlichen kümmern, die noch in den Containern am Rand des Dschungels sind. Ansonsten richtet man sich auf zwei Aufgaben ein: Man will den Menschen helfen, auf legalem Weg nach Großbritannien zu kommen. Oder dabei, Schutz in Frankreich zu finden. Wir unterstützen nicht, dass ein neuer Dschungel auftaucht oder dass Minderjährige in kleinere Camps ziehen, die noch prekärer sind, sagt Willis.

Am selben Abend in einem Wohnzimmer im Zentrum der Stadt: Auch hier wird über die Ereignisse der vergangenen Tage gesprochen wie schon so oft am Tisch von Anne Dekeister und Patrice Druelle. Das Paar ist Psychologin, er repariert Blasinstrumente engagiert sich seit Jahren für die Migranten. Die beiden sind allerdings nicht Teil einer der associations. Dann hat man keinen Frieden, sagt Anne Dekeister, etwas grinsend ein Hinweis auf die gelegentlichen inhaltlichen Auseinandersetzungen zwischen den Hilfsorganisationen.

Freiwillige wuschen Wäsche

Auch Freiwillige wie sie haben Calais jüngere Migrationsgeschichte geprägt. 1999 kamen Dekeister und Druelle zum ersten Mal in Kontakt mit dem Thema. Damals trafen sie im Bahnhof der Stadt auf zahlreiche Flüchtlinge aus dem Kosovo. Als das Lager in Sangatte nahe Calais geschlossen wurde, nahm Patrice Druelle an einer Noise Demo teil. Anne Dekeister nahm Migranten im Auto mit, was damals noch als Unterstützung Illegaler unter Strafe stand. Später brachten sie Teekannen in den Dschungel und wuschen zu Hause Wäsche für Bewohner.

Mit den Jahren nahmen ihre Aktivitäten zu. Als einschneidend empfand es Anne Dekeister, als sie miterlebte, wie das Zeltlager syrischer Flüchtlinge auf dem Platz der damaligen Essensausgabe am Hafen geräumt wurde. Es waren 200 Menschen. Mit Bulldozern wurden ihre Zelte zerstört. Ich fühlte mich vollkommen leer. Und die Syrer? Die wurden mit Bussen in den Osten des Landes gebracht und dort ausgesetzt. Nach zwei, drei Tagen waren sie zurück.

Es folgten neue Besetzungen leerstehender Häuser und ein neuer Dschungel in den Dünen. Als der 2015 geräumt wurde, transportierte Anne Dekeister Bewohner ein paar Kilometer weiter, an den Ort, der bis diese Woche das bekannteste Flüchtlingscamp des Kontinents war. Später half sie dort beim Bau der ersten Hütten. In der letzten Zeit, mit den Bränden und Auseinandersetzungen zwischen Bewohnern, wurden ihre Besuche weniger.

Wie schätzt sie die Zukunft ein für Migranten in Calais? Ich bin sicher, dass sie zurückkommen, sagt sie. Aber es wird immer schwieriger. Man wird sehr strikt versuchen, einen neuen Dschungel zu verhindern. Heute las ich in der Zeitung, dass sich die Behörden einen Überblick über alle leerstehenden Häuser in der Umgebung verschaffen wollen.

Und ihre Möglichkeiten als unabhängige Unterstützerin? Ich fürchte, die einzige Option wird sein, Flüchtlingen Unterschlupf zu bieten. Aber dann stellt sich die Frage, wie lange, oder: Warum nimmt man zwei auf und nicht vier?

Bei den offiziellen Hilfsorganisationen stellt man sich derweil auf die neue Lage ein. Wir werden weiter Mahlzeiten ausgeben, sagt François Guennoc von L'Auberge des Migrants. Die Gruppe ist seit 2008 aktiv und damit einer der älteren Akteure der Szene. Und wir versuchen, mit Migranten in Kontakt zu kommen, die sich nun in der Umgebung versteckt halten. Er verweist auf 4.000 Menschen, die vor oder während der Räumung aus Calais

Geschichte wiederholt sich Dschungel Das Flüchtlingscamp in Calais wurde dieser Tage geräumt. Viele Bewohner sind untergetaucht, Freiwillige und Hilfsorganisati....

verschwunden seien. Manche sind vermutlich in Paris oder Belgien. Aber wir sind sicher, dass sie wiederkommen, um von hier aus den Kanal zu überqueren.

GuennoCs Organisation L Auberge des Migrants arbeitet inzwischen eng mit ihrer britischen Partnerorganisation Help Refugees zusammen. Die Aktivitäten der Vereinigung werden sich künftig ausdehnen. Schon in den Wochen vor der Räumung versuchte man, ein Netzwerk im ganzen Land aufzubauen, um auch in den Auffangzentren Unterstützung anzubieten. In manchen davon sind die Bedingungen sehr gut, aber in anderen sehr schlecht. In manchen davon sind wir schon aktiv, etwa einem in der Normandie, wo die Versorgung mit Essen sehr schlecht ist. Wir haben nun landesweit 3.000 Personen, die uns unterstützen wollen.

Ein Fokus für die Helfer, sagt Guennoc, liege in der nahen Zukunft auf Paris. In den letzten Tagen des Dschungels hörte man gelegentlich von Bewohnern, die in die Hauptstadt ziehen wollten. Guennoc bestätigt das: Immer mehr Flüchtlinge schlafen dort in Zelten auf der Straße. Wir werden nun verstärkt Organisationen vor Ort unterstützen.

Wir machen weiter

Wir versuchen, mit Migranten in Kontakt zu kommen, die sich nun in der Umgebung verstecken. Manche sind vermutlich in Paris oder Belgien. Aber wir sind sicher, sie kommen wieder

François Guennoc von der Hilfsorganisation L Auberge des Migrants

Load-Date: October 28, 2016

Gerade mal das Dach überm Kopf; MIGRATION Der Staat versagt bei der Integration von Flüchtlingen, sagt Barbara John, Chefin des Paritätischen Berlin. Freie Träger der Wohlfahrtspflege springen in die Bresche. Doch das Ehrenamt löst nicht alle Probleme

taz, die tageszeitung

Dienstag 14. April 2015

Copyright 2015 Contrapress media GmbH Vervielfältigung nur mit

Genehmigung des taz-Verlags All Rights Reserved



Section: BERLIN AKTUELL; S. 21

Length: 746 words

Byline: SUSANNE MEMARNIA

Highlight: **MIGRATION** Der Staat versagt bei der Integration von **Flüchtlingen**, sagt Barbara John, Chefin des Paritätischen Berlin. Freie Träger der Wohlfahrtspflege springen in die Bresche. Doch das Ehrenamt löst nicht alle Probleme

Body

VON SUSANNE MEMARNIA

Es wird viel geredet über die Probleme bei der Unterbringung von **Flüchtlingen**: Die Frage, wo und wie man allen, die nach Berlin kommen, ein Dach über dem Kopf bieten kann, lastet Politik und Verwaltung derzeit völlig aus. Und nicht nur hier: Überall in Deutschland ist **Flüchtlingspolitik** reduziert auf Unterbringungspolitik, sagte Barbara John, Vorsitzende des Paritätischen Berlin und der Stiftung Parität, am Montag bei einem Pressegespräch über Berliner **Flüchtlingshilfe** unter Paritätischem Dach. Dadurch komme alles Weitere, was den Menschen hilft, hier Fuß zu fassen, zu kurz, kritisierte sie. Eine Infrastruktur für Integration existiert auf staatlicher Seite nicht, so John.

Hier springen die freien Träger der Wohlfahrtspflege ein. Der Paritätische und seine Stiftung etwa finanzieren derzeit über 30 Projekte für **Flüchtlinge** in Berlin, erklärte der Geschäftsführer des Verbands, Oswald Menninger. Rund 320.000 Euro habe man dafür allein seit Herbst 2014 ausgegeben, weitere 100.000 Euro würden derzeit verteilt.

Eines dieser Projekte sind die Flüchtlingslotsen der Gesellschaft für interkulturelles Zusammenleben (GIZ) in Spandau. Die drei von der Integrationssenatsverwaltung kofinanzierten Sprachmittler begleiten Flüchtlinge bei Behörden- und Arztgängen, Schulanmeldung und Ähnlichem, erklärte Britta Marschke. Zwar seien dies eigentlich Aufgaben der Sozialarbeiter in den Heimen, deren Betreiber dafür vom Landesamt für Gesundheit und Soziales (Lageso) bezahlt werden. Doch da die Heimsozialarbeiter je nach Vertrag für 60 bis 120 Flüchtlinge zuständig seien, können sie nur das Allernotwendigste machen, aber keine Einzelfallbetreuung, so Marschke. Auch die neuen Lotsen, die im Herbst ihre Arbeit aufgenommen haben, betreuten nun 250 Personen und seien damit voll ausgelastet.

Gerade mal das Dach überm Kopf MIGRATION Der Staat versagt bei der Integration von Flüchtlingen, sagt Barbara John, Chefin des Paritätischen Berlin. Freie Trägers....

Dass Wohlfahrtsverbände im Flüchtlingsbereich oft den Ausputzer machen für staatliche Versäumnisse oder Unterfinanzierung, zeigt auch ein anderes Projekt der GIZ: ein Sprachkurs für 15 Frauen gesponsert von einer Geschäftsfrau. Anrecht auf einen Sprachkurs haben Flüchtlinge nämlich erst nach der Anerkennung ihres Asylantrags auch wenn dies Monate oder gar Jahre dauern kann. Es gibt daher schon länger die Forderung, dass alle Flüchtlinge ab der Aufnahme ins Heim ein Anrecht auf einen Sprachkurs haben, sagte Barbara John.

Faktisches Arbeitsverbot

Kritik an den politischen Vorgaben äußerte auch Barbara Meyer vom Internationalen JugendKunst- und Kulturhaus Schlesische Straße 27. Dort können Flüchtlinge im Projekt Arrivo Praktika in Berliner Betrieben machen oder beim Projekt Cucula Möbel designen. Gerade der Arbeitsbereich ist für Flüchtlinge wichtig, so Meyer, die Menschen wollten tätig sein, sich einbringen und der Gesellschaft, die sie aufgenommen hat, etwas zurückgeben. Genau dies aber werde staatlicherseits verhindert sogar für ein Praktikum eine Arbeitserlaubnis zu bekommen sei schwer, kritisierte Meyer. Die Abschaffung des faktischen Arbeitsverbots durch Vorrangprüfung stehe daher weiter auf der Agenda, ergänzte Holger Spöhr, Referent Migration des Paritätischen.

Die positive Kehrseite der Medaille: Wo Staat fehlt und freie Träger einspringen, ist viel Raum für nachbarschaftliches und ehrenamtliches Engagement. So berichtete Anna Asfandiar von einem neuen Patenprojekt in der Fabrik Osloer Straße, einem soziokulturellen Zentrum in Wedding: Im multikulturellen Soldiner Kiez, in dem vor Kurzem zwei neue Flüchtlingsheime eingerichtet wurden, haben wir genug Leute, die die Sprachen der Flüchtlinge sprechen und bereit sind zu helfen.

Auch Karsten Hein, Lehrbeauftragter für Fotografie der Alice Salomon Hochschule (ASH) in Hellersdorf, der ein Fotoprojekt mit Kindern im dortigen Flüchtlingsheim betreut, erlebt viel Engagement auch wenn die Nachbarschaft weiterhin gegen das Heim eingestellt sei. Ich war überrascht von dem Andrang: Nicht nur viele Kinder wollten mitmachen, so Hein, sondern auch viel mehr Studenten, als wir brauchten.

Hausgemachtes Chaos

Doch das Ehrenamt löst nicht alle Probleme. Bei aller Begeisterung für ehrenamtliche Arbeit: Wir müssen aufpassen, dass wir den Staat nicht aus der Verantwortung entlassen, sagte Dietrich Koch von der Beratungsstelle für traumatisierte Flüchtlinge, Xenion. Seit sechs Jahren sei bekannt, dass die Zahl der Flüchtlinge steigt, aber nichts wurde getan, so Koch. Das Chaos in den Unterkünften und die desolate staatliche Integrationsarbeit seien hausgemacht.

Load-Date: April 13, 2015

Sichere Herkunftsstaaten sollen auf den Prüfstand; Asyl Am Beispiel Ghana prangern die Grünen die Einstufungspraxis der Bundesregierung an

taz, die tageszeitung

Freitag 19. August 2016

Copyright 2016 Contrapress media GmbH Vervielfältigung nur mit

Genehmigung des taz-Verlags All Rights Reserved



Section: INLAND; S. 5

Length: 702 words

Byline: Dominic Johnson

Highlight: Asyl Am Beispiel Ghana prangern die Grünen die Einstufungspraxis der Bundesregierung an

Body

Berlin taz | Die Grünen im Bundestag fordern eine kontinuierliche Beobachtung der menschenrechtlichen Lage in den von Deutschland als sichere Herkunftsstaaten eingestuften Heimatländern von Asylsuchenden. In einer Kleinen Anfrage an die Bundesregierung, deren Antwort der taz vorliegt, erinnert die grüne Bundestagsfraktion an die seit 2015 geltende gesetzliche Verpflichtung, alle zwei Jahre einen Bericht darüber vorzulegen, ob die Voraussetzungen für die Bestimmung der sicheren Herkunftsstaaten weiterhin vorliegen. Mit einem detaillierten Fragenkatalog zu Ghana, sicheres Herkunftsland seit 1993, wollen die Grünen nun die Notwendigkeit davon unter Beweis stellen: Die Menschenrechtslage in Ghana sei äußerst problematisch, so die Sprecher für Migrations- und Flüchtlingspolitik, Volker Beck und Luise Amtsberg: Ghana ist kein sicherer Herkunftsstaat und muss von der Liste gestrichen werden.

Im Einzelnen bestätigt die Bundesregierung in ihren Antworten die in Ghanas Gesetzgebung verankerte Verfolgung von Schwulen und Lesben, wonach einvernehmliche gleichgeschlechtliche Handlungen unter Strafe stehen. Das gesetzliche Verbot der Genitalverstümmelung werde ebenso wenig durchgesetzt wie das der Kinderversklavung. Bestätigt werden Menschenrechtsverletzungen an psychisch Kranken ebenso wie Missstände im Strafvollzug oder Diskriminierung von Menschen mit HIV/Aids.

Diese Zustände sind zwar keine politische Verfolgung. Ghana gilt als stabile Demokratie mit Meinungs- und Pressefreiheit. Sie können aber Abschiebehindernisse darstellen. Bei sicheren Herkunftsstaaten werden sie seltener berücksichtigt, so Experten. Im Jahr 2014 beantragten nach amtlichen Angaben 1.171 Ghanaer in Deutschland Asyl. Es fielen 643 Entscheidungen, davon 632 Ablehnungen. Elf durften bleiben.

Einer davon war als Kind aus der Elfenbeinküste während des dortigen Bürgerkrieges ausgereist, seine Eltern waren tot und er hatte keine Familie in Ghana mehr: Asyl erhielt er nicht, aber das Verwaltungsgericht Gelsenkirchen bescheinigte ihm eine chronische posttraumatische Belastungsstörung und lehnte eine Abschiebung ab, weil psychisch kranke Menschen in Ghana unter schwerer Stigmatisierung leiden.

Sichere Herkunftsstaaten sollen auf den Prüfstand Asyl Am Beispiel Ghana prangern die Grünen die Einstufungspraxis der Bundesregierung an

Aber das Verwaltungsgericht Düsseldorf lehnte kurz vorher den Asylantrag eines Ghanaers ab, der Homosexualität geltend gemacht hatte: Dass Homosexualität unter Strafe stehe, genüge nicht, sondern es sei erforderlich, dass diese Strafe auch tatsächlich in der Praxis verhängt wird. Der Antragsteller könne nicht behaupten, dass staatliche Stellen in Ghana ihn nicht schützen würden, wenn er sich nicht um staatlichen Schutz bemüht habe. Kein Wunder allerdings, wenn Homosexualität unter Strafe steht.

Zum Zeitpunkt der Einstufung Ghanas als sicherer Herkunftsstaat im Jahr 1993 war Verfolgung aufgrund der sexuellen Orientierung noch kein Asylgrund. Dass Flüchtlinge heute aus Gründen anerkannt werden können, die früher ignoriert wurden, müsse bei der Überprüfung Ghanas und anderer Länder berücksichtigt werden, so die Grünen: Jedenfalls hat sich der Flüchtlingsrechtliche Rahmen geändert.

Zu ähnlichen Schlüssen waren die Grünen bereits im Juni im Fall Senegal gekommen, dem anderen als sicherer Herkunftsstaat geltenden Land in Afrika. Dort bestätigte die Bundesregierung 58 Festnahmen wegen gleichgeschlechtlicher Handlungen seit 2011, dazu Polizeigewalt gegen Oppositionelle unter dem 2012 abgewählten Präsidenten Abdoulaye Wade. Neben Ghana und Senegal stuft Deutschland alle EU-Mitglieder, die nicht zur EU gehörenden ehemaligen Bestandteile Jugoslawiens sowie Albanien als sichere Herkunftsstaaten ein. Die von der Regierung geplante Erweiterung der Liste um Algerien, Marokko und Tunesien bleibt umstritten und ist noch nicht erfolgt.

Dass Deutschland entgegen der entsprechenden EU-Richtlinie keine regelmäßige Überprüfung der Lage in den sicheren Herkunftsstaaten vornimmt, wird regelmäßig von Menschenrechtsorganisationen kritisiert. Deutschland hat diese Überprüfungen erst 2015 gesetzlich festgeschrieben; sie stehen somit 2017 an. Man wolle nun versuchen, die Messlatte hoch zu legen, heißt es aus Kreisen der Grünen. Dominic Johnson

Der Flüchtlingsrechtliche Rahmen hat sich geändert

Load-Date: August 18, 2016

Kretschmann korrigiert sich; Flüchtlingspolitik Regierungs-Grüne aus den Ländern wenden sich gegen die Idee, noch mehr Länder zu sicheren Herkunftsstaaten zu machen

taz, die tageszeitung

Donnerstag 20. August 2015

Copyright 2015 Contrapress media GmbH Vervielfältigung nur mit

Genehmigung des taz-Verlags All Rights Reserved



Section: SCHWERPUNKT; S. 3

Length: 561 words

Highlight: Flüchtlingspolitik Regierungs-Grüne aus den Ländern wenden sich gegen die Idee, noch mehr Länder zu sicheren Herkunftsstaaten zu machen

Body

Berlin taz | Die Empörung war riesig, als Winfried Kretschmann im September 2014 die grüne Flüchtlingspolitik auf den Kopf stellte. Schlichtweg falsch, nannte Fraktionschef Anton Hofreiter sein Ja im Bundesrat zu einer Asylrechtsreform, die Bosnien-Herzegowina, Serbien und Mazedonien zu sicheren Herkunftsstaaten machte. Claudia Roth sprach von Realitätsbeugung per Gesetz, der Innenpolitiker Volker Beck wütete, man habe das Menschenrecht auf Asyl für n Appel und n Ei verdealt.

Viele Grüne empfanden Kretschmanns Alleingang als GAU, für die Große Koalition war er ein Erfolg: Die Bundesregierung darf seither Flüchtlinge aus den drei Balkanstaaten unkompliziert abschieben lassen. Jetzt, ein knappes Jahr später, scheint Kretschmann seine Meinung geändert zu haben. In einer gemeinsamen Erklärung zur Flüchtlingspolitik wenden sich er und die acht Vizeregierungschefs der grün regierten Bundesländer gegen eine Ausweitung. Von der Idee, weitere Länder als sichere Herkunftsländer auszuweisen, sind wir nicht überzeugt. Es gebe aktuell keine Erkenntnisse, dass diese Maßnahme im Falle von Serbien, Bosnien-Herzegowina und Mazedonien eine signifikante Wirkung auf die Zahl der Anträge oder die Verfahrensdauer hatte, heißt es in dem Papier. Weitere Länder für sicher zu erklären, sei Symbolpolitik.

Die Haltung der grün regierten Länder in dieser Frage ist entscheidend. Die Bundesregierung würde gern auch Kosovo, Albanien und Montenegro als sicher einstufen. Sie verspricht sich davon sinkende Asylbewerberzahlen. Für ein Gesetz bräuchte sie die Zustimmung des Bundesrats, also auch positive Voten aus grün regierten Ländern. Das scheint nun perdu. Allerdings beendet der Aufschlag der Länder die Diskussion noch nicht. Das Papier verkündet lediglich einen Kompromiss, der den internen Streit vorläufig befriedet.

Baden-Württembergs Grüne sind nach wie vor offen für das Konzept der sicheren Herkunftsstaaten, in Hessen sieht man das ähnlich. Andere Landes-Grüne, etwa in Nordrhein-Westfalen oder Rheinland-Pfalz, lehnen es ab. Das Konzept schränke das individuelle Grundrecht auf Asyl deutlich ein, so das Argument. Das Papier nimmt auf beide Positionen Rücksicht: Nicht überzeugt ist eine weiche Formulierung, in der sich alle Kontrahenten

Kretschmann korrigiert sich Flüchtlingspolitik Regierungs-Grüne aus den Ländern wenden sich gegen die Idee, noch mehr Länder zu sicheren Herkunftsstaaten zu machen....

wiederfinden. Zudem verweist das Papier auf fehlende Erkenntnisse zur Wirkung der Maßnahme. Falls die Bundesregierung irgendwann belastbare Zahlen liefert, könnte den Grünen die Neuauflage des Streits drohen.

Luise Amtsberg, die Flüchtlingsexpertin der Bundestagsfraktion, lobte den Aufschlag. Es ist richtig, dass wir die hochideologische Debatte ad acta legen. Stattdessen müssten sich die Grünen auf sinnvolle Maßnahmen konzentrieren. Das Papier listet eine Reihe von Vorschlägen auf. So wollen die Landes-Grünen Flüchtlingen aus den West-balkan-ländern legale Zugänge zum deutschen Arbeitsmarkt öffnen, da sie in Asylverfahren fast chancenlos sind. Arbeitskräften aus diesen Staaten müsse eine zeitlich -befristete Aufenthaltsmöglichkeit eingeräumt werden, damit sie einen Arbeitsplatz suchen könnten, so der Vorschlag. Für die Wirtschaft ist irrelevant, welche Nationalität eine dringend gesuchte Fachkraft hat.

Ulrich Schulte

Meinung + Diskussion SEITE 12

Flucht in Europa

Das Bundesamt für Migration rechnet dieses Jahr mit 800.000 Flüchtlingen. Das wäre ein neuer Rekord. Wie reagiert die Politik?

Load-Date: August 19, 2015

Hotspot Griechenland; Die Fluchtbewegungen Richtung Eu

taz, die tageszeitung

Donnerstag 07. April 2016

Copyright 2016 Contrapress media GmbH Vervielfältigung nur mit

Genehmigung des taz-Verlags All Rights Reserved



Section: LE MONDE DIPLOMATIQUE; S. 5

Length: 1567 words

Byline: Niels Kadritzke

Body

Die Fluchtbewegungen Richtung Europa, die den Zusammenhalt der EU auf die Probe stellen, sind für Griechenland besonders belastend. Nicht nur weil das Land am südlichen Ende der Balkanhalbinsel weit mehr Flüchtlinge pro Einwohnerzahl aufgenommen hat als die meisten anderen Staaten Europas. Seit nunmehr acht Jahren befindet es sich außerdem in der tiefsten sozioökonomischen Krise seiner jüngeren Geschichte. Umso beeindruckender ist die Hilfsbereitschaft der Bevölkerung, die zu Recht als Vorbild für ganz Europa gewürdigt wird.

Im Fall Lesbos ist die Solidarität auf bestimmte historische Erfahrungen zurückzuführen, die bis heute in vielen Familien lebendig sind. Die Insel war im Herbst 1922, am Ende des türkisch-griechischen Krieges, das erste Fluchtziel von zehntausenden Kleinasien-Griechen, die mit der Niederlage des griechischen Heeres ihre Heimat verloren hatten. Nach dem 1923 beschlossenen Bevölkerungsaustausch wurden so viele Kleinasien-griechen in Lesbos angesiedelt, dass die Nachfahren dieser Flüchtlinge heute etwa die Hälfte der Bevölkerung ausmachen. Das gilt übrigens auch für die Insel Leros, die in Relation zu ihrer Einwohnerzahl (8000) weit mehr Flüchtlinge als Lesbos aufgenommen und bewundernswert betreut hat.

Ein Gegenbeispiel zu Leros und Lesbos ist die Insel Kos. Hier waren die Geflüchteten von Beginn an weit weniger willkommen. Unter dem Einfluss der rechtsradikalen Partei Chrysi Avgi, die ihren Stimmenanteil in Kos bei den Wahlen im September 2015 verdoppeln konnte, forderte der Bürgermeister zum Widerstand gegen die Migrantenflut auf. Und der Gemeinderat protestierte in einem Schreiben an die Athener Regierung gegen die Gründung eines Hotspots zur Registrierung der Flüchtlinge. Das explizite Argument: Die Anlage werde Touristen abschrecken und die ökonomische Basis der Insel gefährden.

Wegen der Haltung eines Großteils der Inselbevölkerung konnte der Hotspot in einer leerstehenden Kaserne in Pyli erst Ende Februar deutlich später als die übrigen Hotspots auf Lesbos, Chios, Leros und Samos eröffnet werden. Zuvor waren vier Kompanien Bereitschaftspolizei nach Kos entsandt worden, weil aufgebrachte Demonstranten die Arbeiten immer wieder behindert und ein Polizeirevier mit Brandsätzen attackiert hatten.¹

Noch ist der Widerstand in Kos eine Ausnahme. Aber die relative Toleranz der meisten Griechen ist nicht bedingungslos. Sie hing davon ab, dass Syrer, Iraker und Afghanen bislang als Transitflüchtlinge wahrgenommen und behandelt wurden, die Griechenland hinter sich lassen wollen.

Hotspot Griechenland Die Fluchtbewegungen Richtung Eu

Bis vor Kurzem war es die Hauptaufgabe der griechischen Politik, die Weiterwanderung der Flüchtlinge von den Inseln über Athen und Thessaloniki in Richtung Norden nicht zu behindern. So formulierte es im Dezember 2015 ein Bericht für die Friedrich-Ebert-Stiftung.² Die Regierung Tsipras konnte die Rolle Griechenlands auf die einer Drehtür Europas beschränken.

Diese Drehtür ist blockiert, seit die griechisch-mazedonische Grenze für Flüchtlinge geschlossen ist. Mit dem Ergebnis, dass über 52 000 verzweifelte Menschen in Griechenland festsitzen (Stand vom 2. April), die auf keinen Fall dort bleiben wollen. Was mit ihnen geschehen soll und wie man verhindern will, dass noch viel mehr in der griechischen Sackgasse stecken bleiben, ist auch nach der Brüsseler Vereinbarung vom 18. März völlig -offen.

Das vorläufige Abkommen zwischen der EU und der Türkei sieht vor, künftig alle auf den griechischen Inseln ankommenden Flüchtlinge in die Türkei zurückzuschicken. Im Gegenzug soll dieselbe Zahl von anerkannten Asylbewerbern von der Türkei direkt in aufnahmewillige EU-Länder ausgeflogen werden. Die Athener Regierung hat diesen 1:1-Mechanismus begrüßt, in der Hoffnung, das gemeinsame Herangehen an die Flüchtlingskrise werde die einseitige und unkontrollierte Belastung Griechenlands beenden. Tsipras hob nach der Einigung in Brüssel hervor, er selbst habe für den Grundgedanken der Vereinbarung den direkten Transfer von Flüchtlingen aus der Türkei in EU-Aufnahmeländer bereits seit Monaten geworben.

Lösungen von zweifelhafter Legalität

Doch Sinn und Zweck der in Brüssel getroffenen Vereinbarung ist ein anderer, auch und gerade aus Athener Sicht: Den an der türkischen Ägäisküste angelangten Flüchtlingen soll jeder Anreiz entzogen werden, ihr Geld für die gefährliche Überfahrt zu den griechischen Inseln auszugeben. Es handelt sich im Kern um eine Abschreckungsstrategie, garniert mit der vagen Aussicht auf den Hauptgewinn in einem Lotteriespiel, ein Flugzeugticket nach Europa. Ob diese Strategie aufgeht, ist keineswegs sicher.

Zwei Schlüsselfragen sind noch offen oder bewusst unklar geregelt:

Ist die Türkei tatsächlich ein sicheres Drittland für Asylbewerber, die von Griechenland zurückgeschickt werden? Von Amnesty International wird das energisch bestritten. Und das griechische Gesetz vom 1. April, das die rechtlichen Voraussetzungen für das Rückstellungsverfahren schaffen soll, vermeidet eine Anerkennung der Türkei als sicheres Asylland. Demnächst könnten nämlich kurdische Asylbewerber in Griechenland auftauchen, die man natürlich nicht in das Nachbarland zurückschicken kann.

Die zweite Frage ist, wie man mit Flüchtlingen umgehen will, die sich weigern, ein Schiff zu besteigen, das sie in die Türkei zurückbringen soll? Dass bei den ersten Transporten pro Flüchtling ein Frontex-Polizist vorgesehen ist, zeigt deutlich, mit welchen Widerständen die Organisatoren rechnen. Das Flüchtlingswerk der Vereinten Nationen (UNHCR) hat bereits erklärt, sich nicht an den Abschiebungsaktionen zu beteiligen. Das hat offensichtlich zwei Gründe: Zum einen werden seit dem 21. März ankommende Bootsflüchtlinge auch nach Abgabe eines Asylantrags in einem Gefangenensstatus gehalten, damit sie sich ihrem Abtransport nicht entziehen können. Solche geschlossenen Lager widersprechen den Prinzipien des UNHCR. Zum anderen wird bezweifelt, dass den auf den Inseln gestrandeten Flüchtlingen ein faires Asylantragsverfahren gewährleistet werden kann.

Eine weitere offene Frage ist, was mit den Tausenden in Idomeni Gestrandeten passieren soll. Nach Ansicht des UNHCR müssen auch sie die Chance haben, Zugang zum Asylverfahren in den EU-Staaten zu bekommen. Darüber haben sich die EU-Länder aber noch nicht verständigt.³ Hinsichtlich all dieser Fragen hängt das künftige Schicksal der Geflüchteten auf griechischem Boden erstens von der bislang nicht vorhandenen Solidarität der gesamten EU und zweitens von der Kooperation der Türkei ab.

Dabei fällt Griechenland aufgrund seiner geopolitischen Lage eine besondere Rolle zu, die allerdings die eigenen Kräfte weit übersteigt. Das gilt auch für die praktische Aufgabe, den Geflüchteten in den fünf Insel-Hotspots das zugesagte individuelle Asylverfahren zu gewähren. Nach dem griechischen Gesetz soll innerhalb von zwei Wochen nicht nur der Antrag behandelt, sondern auch der Einspruch gegen einen Ablehnungsbescheid entschieden sein.⁴

Hotspot Griechenland Die Fluchtbewegungen Richtung Eu

Diese Fristen sind entweder utopisch oder sie verhindern eine sorgfältige Prüfung der Einzelfälle. Bis Ende letzten Jahres gab es auf griechischer Seite lediglich 260 Experten, die für Asylanträge zuständig waren. Anfang 2016 wurden diese Kräfte durch EU-Personal erheblich aufgestockt. Jetzt sollen bis Mitte April noch weitere 400 Fachkräfte und Dolmetscher von der Europäischen Asylbehörde und anderen EU-Ländern abgestellt werden, darunter 50 Rücküberstellungsexperten. Die griechisch-türkische Koordination soll dadurch gewährleistet werden, dass je 25 Beobachter beider Länder auf der jeweils anderen Seite eingesetzt sind.

Insgesamt haben die EU-Partner den Griechen zusätzlich 2300 Fachkräfte (inklusive Frontex-Personal) zugesagt. Aber mit mehr Personal allein sind die praktischen Probleme nicht zu lösen. Und die rechtlichen schon gar nicht. Wie unwohl sich die Athener Regierung als Exekutor der EU-Flüchtlingspolitik fühlt, hat der zuständige Minister Mouzalas verdeutlicht, als er nach Verabschiedung des griechischen Gesetzes bekannte, dieses wäre anders ausgefallen, wenn er es selbst hätte schreiben dürfen.

Auch Regierungschef Tsipras musste eingestehen, dass die Umsetzung der Vereinbarung keine leichte Sache sein wird. Um die Dringlichkeit dieser Sache zu unterstreichen, hat er ein Regierungskomitee für Flüchtlings- und Migrationspolitik eingesetzt, das er selbst leitet und dem fünf Minister und sieben Vizeminister angehören. Kenner der Athener Bürokratie bezweifeln jedoch, ob ein solches Komitee die organisatorischen Schwächen überwinden kann, die schon beim Aufbau der fünf Insel-Hotspots offenbar wurden. Auch die 50 000 Plätze in Auffanglagern auf dem griechischen Festland, die Athen bis Ende 2015 bereitstellen sollte, wurden erst unter dem Druck auf die griechischen Nordgrenze eingerichtet.

Für die Regierung Tsipras steht viel auf dem Spiel. Die Frage, wie sie diese Krise bewältigen kann, wird für ihr Schicksal mittelfristig ebenso entscheidend sein wie ihr Umgang mit der eigentlichen griechischen Krise.

Niels Kadritzke

1 Kathimerini, 8. Februar 2018.

2 www.ipg-journal.de/kommentar/artikel/von-der-drehtuer-zum-windfang-1196/.

3 Der im September 2015 beschlossene Schlüssel für die Verteilung von 160 000 Flüchtlingen auf die EU-Mitgliedsländer ist längst in Vergessenheit geraten. Die meisten Länder wollen an ihre Zusage nicht mehr erinnert werden.

4 Gesetzestext in: Efimerida ton Syntakton, 2. April 2016.

Load-Date: April 7, 2016

Abschreckung als alte Masche; ASYL Weniger Taschengeld, Wiedereinreisesperren, Rückführungs -Videos: Der Andrang von Asylbewerbern aus dem Westbalkan soll drastisch begrenzt werden

taz, die tageszeitung

Montag 10. August 2015

Copyright 2015 Contrapress media GmbH Vervielfältigung nur mit

Genehmigung des taz-Verlags All Rights Reserved



Section: INLAND; S. 6

Length: 573 words

Byline: Barbara Dribbusch

Highlight: ASYL Weniger Taschengeld, Wiedereinreisesperren, Rückführungs -Videos: Der Andrang von Asylbewerbern aus dem Westbalkan soll drastisch begrenzt werden

Body

Von Barbara Dribbusch

BERLIN taz | Die Bilder aus Dresden von der überfüllten Zeltstadt in brütender Hitze und die Szenen von Freiwilligen, die am Freitag in Berlin vor dem Landesamt Lageso Hunderte von Asylbewerbern mit Mineralwasser versorgten, haben die Flüchtlingsdebatte buchstäblich angeheizt. Die Politiker machen sich dabei weniger Gedanken um eine bessere Versorgung der Flüchtlinge als vielmehr darum, die Liste sicherer Herkunftsstaaten, die den Zulauf von Asylbewerbern aus dem Westbalkan begrenzen soll, noch auszuweiten.

Das Thema soll eine zentrale Rolle auf dem nächsten Flüchtlingsgipfel von Bund und Ländern spielen. Dieser wird nach Informationen der Frankfurter Allgemeinen Zeitung schon am 9. September stattfinden.

Derzeit machen die etwa 94.000 Antragssteller aus den Balkanstaaten knapp die Hälfte der derzeit rund 200.000 Flüchtlinge in Deutschland aus. Die Anträge auf Asyl aus diesen Ländern werden zum allergrößten Teil abgelehnt. Für die Dauer des Asylverfahrens bekommen die Flüchtlinge bei korrekter Versorgung Unterkunft, Essen und anderen notwendigen Bedarf sowie ein monatliches Taschengeld von 140 Euro. Besonders das Taschengeld ist nach Meinung des Chefs des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge (BAMF), Manfred Schmidt, ein Grund für die Flut der Anträge aus dem Westbalkan. Schmidt schlägt vor, das Taschengeld für diese Asylbewerber zu kürzen oder nicht mehr in bar, sondern in Gütern auszugeben.

Sowohl Union und SPD sprechen sich dafür aus, die Asylverfahren für Bürger aus den Balkanstaaten zu beschleunigen, was leichter geschehen könnte, wenn alle dieser Staaten als sichere Herkunftsstaaten gelten würden. Unionsfraktionschef Volker Kauder forderte in der Welt am Sonntag, wer aus dem Kosovo komme, solle innerhalb eines Monats wieder dorthin zurück. Auch Außenminister Frank-Walter Steinmeier (SPD) erklärte, die Ausweitung der Liste sicherer Herkunftsstaaten auf Kosovo, Albanien und Montenegro dürfe kein Tabuthema sein.

Abschreckung als alte Masche ASYL Weniger Taschengeld, Wiedereinreisesperren, Rückführungs -Videos:
Der Andrang von Asylbewerbern aus dem Westbalkan soll dras....

Die Gesetzeslage ist bereits verschärft: Seit dem 1. August können Asylbewerber aus den Balkanstaaten mit dem ablehnenden Bescheid die Mitteilung über eine Wiedereinreisesperre und ein Aufenthaltsverbot für Deutschland erhalten, erklärte Schmidt vom BAMF.

Auch die Bundespolizei arbeitet daran, Deutschland möglichst unattraktiv erscheinen zu lassen. Auf einem Video, das in den Balkanstaaten in den Landessprachen verbreitet werden soll, warnt die Polizei vor der drohenden Abschiebung von Asylbewerbern. In dem kurzen Film (<http://www.jenapolis.de/2015/08/09/rueckfuehrungsvideo-der-bundespolizei-in-die-westbalkanstaaten/>) sind Zuwanderer zu sehen, die in Begleitung von Polizisten in einen Bus steigen und zum Flugplatz gebracht werden, um in ihr Heimatland zurückzukehren. Passend zum nasskalten Wetter im Video, verkündet eine düstere Stimme, dass Abgeschobene die Kosten der Abschiebung selbst tragen müssen und niemand den Versprechungen von Schleusern glauben solle, dass Asylbewerber in Deutschland arbeiten dürften und üppige Sozialleistungen bekämen.

Die Grünen lehnen die Ausweitung der Liste sicherer Herkunftsstaaten ab. Einstufungen bestimmter Länder änderten nichts, sagte Grünen-Fraktions-chef Anton Hofreiter. Thüringens Ministerpräsident Bodo Ramelow (Linke) forderte die Bundesregierung auf, in den Balkanstaaten gezielte Entwicklungshilfe zu leisten.

Meinung + Diskussion SEITE 12

Abgelehnte Asyl-bewerber bekommen schneller ein Aufenthaltsverbot

Load-Date: August 9, 2015

Was macht die Bewegung; Dienstag, 10. November Hannover Di

taz, die tageszeitung

Montag 09. November 2015

Copyright 2015 Contrapress media GmbH Vervielfältigung nur mit

Genehmigung des taz-Verlags All Rights Reserved



Section: WIRTSCHAFT UND UMWELT; S. 9

Length: 206 words

Body

Dienstag, 10. November

Hannover Die Initiative Weitblick organisiert unter anderem Deutschunterricht für Geflüchtete. Infoveranstaltung für an Mitwirkung Interessierte, 19.30 Uhr, Conti Campus Hochhaus, Königsworther Platz 1 Hamburg Politikkohärenz in der EU: Wie passen europäische Entwicklungs- und Asyl- / Migrationspolitik zusammen? Vortrag von Serge Palasie mit Blick auf die aktuelle Debatte innerhalb der EU zur Aufnahme von Geflüchteten. Vortrag, 20 Uhr, W3, Nernstweg 32 34

Donnerstag, 12. November

Rostock Infoveranstaltung für alle, die Führbegleitungen für Flüchtende machen wollen. Ihr werdet über den Ablauf, die Dauer und natürlich über die anfallenden Aufgaben einer Führbegleitung informiert. 20 Uhr, MV Projektraum, Warnowufer 29

Samstag, 14. November Rostock Die selbst ernannten Patrioten Rostock rufen zum Aufmarsch gegen Überfremdungspolitik am Hauptbahnhof auf. Aktive von Rostock nazifrei und Rostock hilft fordern, dort ankommende Flüchtlinge nicht allein zu lassen. Es soll eine Menschenkette gebildet werden. In Rostock, der Stadt des Pogroms von 1992, dürfen -Rassist*innen nicht widerstandslos durch die Straßen -laufen können. Treffpunkt 16 Uhr an der Friedenseiche am Steintor

Mehr: bewegung.taz.de

Load-Date: November 8, 2015

Mit Zwang zurück; ASYL Obwohl ihre Anträge abgelehnt wurden, bleiben viele Flüchtlinge hier. Manche haben sogar ein Recht darauf bei anderen versuchen die Länder, die Ausreise durchzusetzen. Ein Überblick

taz, die tageszeitung

Dienstag 01. September 2015

Copyright 2015 Contrapress media GmbH Vervielfältigung nur mit

Genehmigung des taz-Verlags All Rights Reserved



Section: SCHWERPUNKT; S. 3

Length: 1308 words

Byline: Tobias Schulze, Benno Stieber, Alina Leimbach

Highlight: **ASYL** Obwohl ihre Anträge abgelehnt wurden, bleiben viele **Flüchtlinge** hier. Manche haben sogar ein Recht darauf bei anderen versuchen die Länder, die Ausreise durchzusetzen. Ein Überblick

Body

von Tobias Schulze, Benno Stieber und Alina Leimbach

BERLIN taz | Erfurt, Thüringen, ein Montag im August 2015: Die CDU-Fraktion hat eine Sondersitzung des Landtags beantragt, weil die **Flüchtlingsheime** im Freistaat vollkommen überfüllt sind. Als Fraktionschef darf Mike Mohring die Debatte eröffnen, und als er am Rednerpult steht, wird es für die Koalition ungemütlich.

Glückwunsch! , ruft Moh-ring in den Saal. Sie sind unprofessionell! Sie können es nicht! Und Sie wollen es auch gar nicht können! Was er damit meint: Die rot-rot-grüne Landesregierung könne nicht abschieben.

Abgelehnte Asylbewerber müssten umgehend in ihre Herkunftsstaaten zurückgeführt werden , fordert die Thüringer CDU in ihrem Antrag. Damit ist sie nicht allein: Nach Außenminister Frank-Walter Steinmeier und Innenminister Thomas de Maiziére verlangte am Sonntag auch Bundeskanzlerin Angela Merkel, dass die Bundesländer unerwünschte Ausländer schneller aus dem Land schaffen, um Platz für Neuankömmlinge zu schaffen.

Dabei haben sie die Statistiken scheinbar auf ihrer Seite. Im letzten Jahr gab es etwa 200.000 Asylanträge, aber nur 10.884 Abschiebungen , schreibt etwa die Frankfurter Allgemeine Sonntagszeitung. Gemessen an der Zahl der Asylbewerber würden sogar immer weniger Personen abgeschoben. Von allen Ausländern, die die Behörden zum Gehen aufforderten, hätten in den vergangenen Jahren nur 15 Prozent das Land verlassen.

Deutschland im Abschiebestau? Nun ja. Tatsächlich bleiben viele Menschen hier, obwohl ihre Asylanträge abgelehnt wurden. Dabei geht es aber um weniger Personen, als manche Zahlen suggerieren. Und nicht in allen Fällen sind die Landesregierungen schuld, denn viele abgelehnte Asylbewerber dürfen aus guten Gründen in Deutschland bleiben.

Mit Zwang zurück ASYL Obwohl ihre Anträge abgelehnt wurden, bleiben viele Flüchtlinge hier. Manche haben sogar ein Recht darauf bei anderen versuchen die Länd....

Ein Blick auf die Statistik: Im vergangenen Jahr stellten knapp über 200.000 Asylbewerber einen Asylantrag in Deutschland. Weil das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge überlastet ist, entschied es bis Jahresende nur über 128.911 Anträge. Rund 43.000 davon lehnte die Behörde ab.

41,5 Prozent der abgelehnten Asylbewerber waren ein halbes Jahr später außer Landes weil sie abgeschoben wurden oder freiwillig ausreisten. Das geht aus der Antwort der Bundesregierung auf eine Anfrage von Ulla Jelpke (Linksfraktion) hervor. Bleiben noch rund 60 Prozent beziehungsweise 25.000 Menschen, die jeweils zur Hälfte vom Westbalkan und aus anderen Regionen kommen.

Manche von ihnen durften erst mal bleiben, etwa weil sie schwer krank oder schwanger waren. Manche haben einen Folgeantrag gestellt, weil sich die Situation in ihrem Heimatland geändert hat und sie sich jetzt mehr Chancen auf Asyl ausrechnen. Manche haben in der Zwischenzeit einen Deutschen oder eine Deutsche geheiratet und bekommen deshalb einen Aufenthaltstitel. Manche, etwa aus Syrien, können nicht zurück nach Hause, weil in ihrem Heimatland Krieg herrscht.

Eine ganze Reihe abgelehnter Asylbewerber kann also gravierende Abschiebehindernisse vorweisen. Auch die konsequenteste Landesregierung würde sie nicht aus dem Land schaffen. Für wie viele der 25.000 Menschen das gilt, ist aber unklar: In ihrer Statistik macht die Bundesregierung hierzu keine Angaben.

Offen bleibt daher auch, wie viele der 25.000 zur anderen Gruppe gehören: abgelehnte Asylbewerber, die eigentlich weg sein müssten, aber noch immer hier sind. Bei ihnen haben die Länder Spielraum: Sie können für mehr Personal in den Ausländerbehörden sorgen, um Abschiebungen schneller zu organisieren (wie zum Beispiel in Hamburg). Sie können den Betroffenen ihre Abschiebetermine verschweigen und damit Proteste und Sitzblockaden von Unterstützern verhindern (wie in Sachsen-Anhalt). Oder sie können dieses Jahr auf einen Winterabschiebestopp verzichten (wie voraussichtlich in Schleswig-Holstein).

Viele Bundesländer nutzen diesen Spielraum bereits stärker als früher. 8.178 Personen wurden im ersten Halbjahr 2015 bundesweit abgeschoben, das sind fast so viele wie im gesamten Vorjahr. Vor allem Ausländer vom Westbalkan müssen vermehrt gehen.

Manche Bundesländer halten sich aber auch zurück. Thüringen zum Beispiel, wo die Landtags-CDU tobt, weil die Behörden im ersten Halbjahr nur 59 Menschen abgeschoben haben.

Der grüne Migrationsminister des Freistaats verteidigt sich. Klar ist, dass rechtskräftig abgelehnte Asylbewerber Deutschland grundsätzlich zu verlassen haben, sagte Dieter Lauinger während der Sondersitzung des Thüringer Landtags. Ich setze allerdings nach wie vor auf das Prinzip der freiwilligen Ausreise.

Für einen abgelehnten Asylbewerber hat es Vorteile, der Abschiebung zu entgehen, indem er freiwillig ausreist: Er kann die Heimreise selbst organisieren, statt von Polizisten in den Abschiebeflieger gezerrt zu werden. Er kann eine Wiedereinreisesperre vermeiden. Und er kann auf eine Prämie aus dem Programm Bundesweite finanzielle Unterstützung freiwilliger RückkehrerInnen hoffen. Dabei können die Flüchtlinge neben den Reisekosten auch Unterstützung für ein neues Leben in der alten Heimat erhalten.

Im Jahr 2014 sind in Thüringen 896 Personen freiwillig ausgereist. Für das Jahr 2015 liegen noch keine gesicherten Zahlen vor, sagt Lauinger. Der Thüringer Opposition sind aber auch diese Zahlen zu niedrig, außerdem machen die Landräte Druck. Inzwischen hat Rot-Rot-Grün nachgegeben: In der vergangenen Woche hat die Regierung erst das Abschiebepersonal der zuständigen Landesbehörde aufgestockt. Dann entschied sie, dass statt des Landes in Zukunft die Kommunen selbst Abschiebungen anordnen dürfen damit es schneller geht.

In Rheinland-Pfalz laufen die Diskussionen ähnlich. Das rot-grün geführte Bundesland setzt ebenfalls auf die freiwillige Ausreise und hat dafür ein eigenes Landesprogramm aufgelegt: Ausreisepflichtige erhalten Startgelder für Existenzgründungen in ihren Heimatländern. Eine Schneiderin soll sich davon zum Beispiel eine Nähmaschine kaufen können.

Mit Zwang zurück ASYL Obwohl ihre Anträge abgelehnt wurden, bleiben viele Flüchtlinge hier. Manche haben sogar ein Recht darauf bei anderen versuchen die Länd....

Das Programm kostet pro Jahr 1,4 Millionen Euro. 2015 stockt es die Regierung um eine zusätzliche Million auf. Die grüne Integrationsministerin Irene Alt sagt, dass sich die Ausgaben lohnen: Selbst mit der Starthilfe für -Existenzgründungen seien freiwillige Ausreisen für das Land günstiger als Abschiebungen.

Trotzdem kommt auch hier Kritik aus der Opposition: Das Abschieberisiko sei auch für diejenigen gering, die nicht freiwillig ausreisen, sagte der Landtagsabgeordnete Adolf Kessel (CDU) im Mai.

Ganz anders ist die Situation in Baden-Württemberg. Wir können alles auch abschieben, mag sich die grün-rote Regierung in Abwandlung des alten Werbeslogans denken. Kretschmanns Landesregierung will sich offenbar nicht nachsagen lassen, nachlässiger zu agieren als die Vorgängerregierungen.

Zwar berichten Flüchtlingsanwälte, dass die Behörden im Land weniger rigoros vorgehen als in den Zeiten der CDU-Ministerpräsidenten Teufel, Oettinger und Mappus. Trotzdem liegt das grün-rote Baden-Württemberg mit an der Spitze, wenn es um die Zahl der Abschiebungen geht. 1.079 Personen hat das Land im ersten Halbjahr 2015 abgeschoben fast so viele wie im gesamten Vorjahr. Stärker sind die Zahlen lediglich in Bremen und Bayern gestiegen.

Aus Sicht der Hardliner ist das eine Erfolgsmeldung. Aus Sicht der Linkspartei allerdings nicht. Dass die Zahl der Abschiebungen im Jahr 2015 bundesweit noch einmal deutlich zugenommen hat, ist höchst alarmierend, sagt die Bundestagsabgeordnete Ulla Jelpke. Vor allem für Roma vom Balkan bräuchte es statt schneller Abschiebungen eine wirksame Strategie zur Inklusion der Roma und Beseitigung ihrer systematischen Ausgrenzung.

Eine edle Forderung. Nur: Merkel, Kretschmann und Co wird Jelpke damit so schnell nicht überzeugen.

Viele Abgelehnte durften erst mal bleiben: weil sie schwanger waren oder krank

Abschiebungen

Die Koalition will unerwünschte Asylbewerber schneller aus dem Land schaffen. Aber geht das bisher so langsam?

Load-Date: August 31, 2015

Kein Asyl für syrische Bürgerkriegsflüchtlinge; Flüchtlingsschutz In einem wegweisenden Urteil richtet das Schleswiger Oberverwaltungsgericht: Syrische Bürgerkriegsflüchtlinge, die keine politische Verfolgung nachweisen können, haben keinen Anspruch auf Asyl, sondern nur zeitlich begrenztes Bleiberecht

taz, die tageszeitung

Donnerstag 24. November 2016

Copyright 2016 Contrapress media GmbH Vervielfältigung nur mit

Genehmigung des taz-Verlags All Rights Reserved



Section: NORD AKTUELL; S. 41

Length: 671 words

Byline: Marco Carini

Highlight: **Flüchtlingsschutz** In einem wegweisenden Urteil richtet das Schleswiger Oberverwaltungsgericht: Syrische Bürgerkriegsflüchtlinge, die keine politische Verfolgung nachweisen können, haben keinen Anspruch auf **Asyl**, sondern nur zeitlich begrenztes Bleiberecht

Body

von Marco Carini

Aus Syrien geflohen zu sein ist allein kein Grund dafür in Deutschland Politisches **Asyl** zu bekommen. Das entschied am Mittwoch der 3. Senat des Schleswiger Oberverwaltungsgerichts (OVG). Die Vorsitzende Richterin Uta Strzyz begründete den Beschluss damit, dass es keine gesicherten Anhaltspunkte dafür gebe, dass nach Syrien zurückkehrenden **Flüchtlingen**, die zuvor politisch nicht verfolgt wurden, Repressionen drohten.

Nur Schutzsuchende, die politische Verfolgung nachweisen können oder denen sie bei Rückkehr droht, könnten als Asylbewerber anerkannt werden, ein dauerhaftes Bleiberecht in Deutschland erhalten und ihre Familie nachholen. Alle anderen Geflüchteten genossen nur ein zeitlich begrenztes Bleiberecht als Bürgerkriegsflüchtlinge und könnten auch ihre Familie zunächst nicht nachholen. Keiner hat vor, einen Syrer jetzt abzuschieben, darum geht es in diesem Verfahren nicht, stellte Strzyz klar.

Konkret verhandelte das Gericht am Mittwoch den Fall einer 33-jährigen Syrerin. Sie hatte einen Asylantrag gestellt, vom Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF) aber lediglich einen subsidiären, und damit zeitlich begrenzten Schutzstatus zuerkannt bekommen für ein Jahr und ohne die Chance, ihre vier Kinder nachzuholen. Während bis März dieses Jahres fast alle aus Syrien Geflüchteten vom BAMF als Flüchtlinge im Sinne der Genfer Flüchtlingskonvention anerkannt wurden, gab es danach einen politisch motivierten Kurswechsel, vor allem um die Familiennachzüge zu begrenzen.

Kein Asyl für syrische Bürgerkriegsflüchtlinge Flüchtlingsschutz In einem wegweisenden Urteil richtet das Schleswiger Obergerverwaltungsgericht: Syrische Bürgerkri....

In erster Instanz hatte das Verwaltungsgericht Schleswig der Frau den vollen Schutzstatus zuerkannt. Schon eine Flucht, so begründete das Gericht seine Entscheidung, werde in Syrien als Ausdruck einer regierungsfeindlichen Gesinnung bewertet. Zurückgeschobene Flüchtlinge müssten deshalb mit Verfolgungsmaßnahmen rechnen. Das BAMF war gegen diese Entscheidung in Berufung gegangen.

Das Schleswiger OVG hatte nun zur Beweisaufnahme Gutachten des Auswärtigen Amts und des Orient-Instituts eingeholt. Die Fragestellung: Wie hoch ist die Gefahr, dass jemand der vor seiner Flucht nicht politisch verfolgt wurde, nach seiner Rückkehr allein aufgrund seiner Flucht nun Verfolgungsmaßnahmen ausgesetzt ist? Dass das regelmäßige Praxis in Syrien sei, konnten weder das Amt noch das Institut bestätigen.

Dass das Urteil präjudizierende Wirkung für die deutsche Rechtsprechung haben dürfte, bestätigt Gerichtssprecherin Birgit Voß-Güntge. Denn zum ersten Mal urteilte nun ein Obergerverwaltungsgericht zu dem Thema. Rund 113.500 Geflüchteten darunter allein 94.000 Syrern hat das BAMF nur subsidiären Schutz zuerkannt. 32.500 von ihnen klagen derzeit. Allein in Schleswig-Holstein sind derzeit noch 111 weitere Verfahren anhängig.

Geflohene SyrerInnen, die vor den Schrecken des Bürgerkriegs flohen, aber nicht glaubhaft nachweisen können, politisch verfolgt worden zu sein, haben nach der neuen OVG-Rechtsprechung nun keinen Anspruch mehr auf mindestens dreijähriges Asyl und Familiennachzug.

Die Klägerin selbst hatte vor Gericht eine Doppelstrategie verfolgt: Sie hatte nicht nur einen generellen Schutz aller syrischen Flüchtlinge wie vom Verwaltungsgericht bestätigt angemahnt, sondern auch beansprucht, in Syrien politisch verfolgt worden zu sein. Die Geschichte, welchen Repressionen sie und ihre Familie in ihrer Heimat ausgesetzt waren, hatte sie allerdings weder in ihrer Anhörung vor dem Bundesamt noch in den Schriftsätzen der bisherigen Gerichtsverfahren erwähnt.

Ihre Begründung, sie sei dazu nicht gefragt worden und hätte zudem Angst gehabt durch ihre Ausführungen ihre Familie in Gefahr zu bringen, fand das Gericht nicht plausibel und nahm ihr deshalb ihre Verfolgungsgeschichte nicht ab. So erkannte der 3. Senat auch keine individuellen Gründe für einen dauerhaften Schutzstatus.

Wie hoch ist die Gefahr, dass jemand der vor seiner Flucht nicht politisch verfolgt wurde, nach seiner Rückkehr allein aufgrund seiner Flucht nun Verfolgungsmaßnahmen ausgesetzt ist? Obergerverwaltungsgericht Schleswig

Load-Date: November 23, 2016

**Die zynische Inszenierung von Calais; Kommentar von Dominic Johnson
über die Räumung des Dschungels**

taz, die tageszeitung

Dienstag 25. Oktober 2016

Copyright 2016 Contrapress media GmbH Vervielfältigung nur mit

Genehmigung des taz-Verlags All Rights Reserved



Section: SEITE 1; S. 1

Length: 398 words

Byline: Dominic Johnson

Body

Kommentar von Dominic Johnson über die Räumung des Dschungels

Was für ein groteskes Schauspiel! Jahrelang hatten die französischen Behörden zugelassen, dass sich am Rande der Hafenstadt Calais am Ärmelkanal eine **Flüchtlingsstadt** bildete, mit Tausenden Menschen in Schlamm und Dreck. Gerichtsurteile, wonach der französische Staat zur Herstellung menschenwürdiger Zustände im Dschungel verpflichtet sei, wurden ignoriert, Helfer wurden kriminalisiert, der Front National wurde in Calais stärkste Kraft, die Autobahn zum Hafen wurde zum Kriegsschauplatz. Und nun schauen Journalisten zu, wie französische Polizisten zerlumppte Afrikaner und Asiaten in Busse stecken und irgendwohin deportieren, ohne Gewissheit um ihr Schicksal, ohne ihren gewohnten Zusammenhalt, aber mit neuen Koffern und dem Versprechen, sie dürften **Asyl** beantragen.

Wenn die Flüchtlinge aus Calais wirklich in Frankreich Asyl beantragen wollten und könnten, hätten sie das längst getan. Aber Frankreich hat anders als Deutschland kein Aufnahmesystem für Geflüchtete, das diesen Namen verdient, sondern lässt sogar in Paris Flüchtlinge mittellos unter Brücken schlafen. Und anders als in Großbritannien will in Frankreich auch kaum noch ein dunkelhäutiger Migrant freiwillig bleiben, in diesem Land des Ausnahmezustands und der Polizeiwillkür, der Islamophobie und des Rechtsnationalismus, der Ausländergettos und der Massenarbeitslosigkeit.

Die medial inszenierte Aktion in Calais ist darüber hinaus eine rein symbolische Maßnahme. Das Schleuserwesen aus Frankreich nach Großbritannien hat sich den fast unüberwindbaren Kontrollen längst angepasst. An der Tunneleinfahrt auf Lastwagen springen das versuchen nur noch die Verzweifelten, die kein Geld und keine Kontakte haben. Die meisten werden von den Schleusern quer durch Frankreich verteilt, bevor sie ein Verkehrsmittel nach England mitbenutzen. Mitunter Hundert Kilometer legen sie innerhalb Frankreichs zurück, in komplizierten Absprache- und Vorkassensystemen mit Akteuren auf beiden Seiten des Kanals. Nun tut ihnen der französische Staat den Gefallen und verteilt sie selbst.

Die zynische Inszenierung von Calais Kommentar von Dominic Johnson über die Räumung des Dschungels

Es werden also höchstwahrscheinlich nach der Räumung genauso viele Flüchtlinge aus Frankreich britischen Boden erreichen wie vorher. Man wird sie bloß nicht mehr sehen. Der Schein stimmt wieder. Die Menschen sind egal.

Das Schleuserwesen hat sich den scharfen Kontrollen längst angepasst

Load-Date: October 24, 2016

End of Document

Franzosen kurz vor der Eroberung von Stalingrad; Frankreich Jeden Tag kommen rund 70 Flüchtlinge neu in das Zeltlager an der Metrostation Stalingrad im Norden der französischen Hauptstadt. Die Behörden wollen diesen Mini-Dschungel noch diese Woche räumen. Ob das ohne Gewalt abgeht, steht dahin

taz, die tageszeitung

Donnerstag 03. November 2016

Copyright 2016 Contrapress media GmbH Vervielfältigung nur mit

Genehmigung des taz-Verlags All Rights Reserved



Section: AUSLAND; S. 11

Length: 798 words

Byline: Rudolf Balmer

Highlight: Frankreich Jeden Tag kommen rund 70 **Flüchtlinge** neu in das Zeltlager an der Metrostation Stalingrad im Norden der französischen Hauptstadt. Die Behörden wollen diesen Mini-Dschungel noch diese Woche räumen. Ob das ohne Gewalt abgeht, steht dahin

Body

Aus Paris Rudolf Balmer

Noch in dieser Woche soll die Polizei den Minidschungel räumen, der sich rund um die Metrostation Stalingrad im Norden der französischen Hauptstadt gebildet hat. In kleinen Igluzelten oder auf dem bloßen Boden der Gehsteige übernachteten mittlerweile zwischen 2.000 und 3.000 Menschen. Die meisten kommen aus dem Sudan, aus Eritrea, Äthiopien, Somalia und Afghanistan. Ein Teil von ihnen war bis vor Kurzem im Dschungel von Calais, der im Vormonat geräumt worden ist. Jetzt sind die französischen Behörden entschlossen, auch in der Hauptstadt diese prekären Verhältnisse zu beenden, die sie selbst als sanitäre und humanitäre Notstandssituation bezeichnen. Unzählige Male sind **Migranten** und **Flüchtlinge**, die in Paris Kirchen oder leer stehende Gebäude besetzt oder unter Brücken ihre Zelte aufgeschlagen hatten, evakuiert oder schlicht vertrieben worden, ohne dass dies ihre Rückkehr und die Ankunft zusätzlicher Vertriebener verhindert hätte. Und noch nie waren sie in Paris so zahlreich wie jetzt. Jeden Tag kommen schätzungsweise 70 neue Obdachlose aus Krisenherden hinzu.

Einige der etwas abseits von den Afrikanern zeltenden Afghanen sagen, sie seien zu Beginn der Räumungsaktion am Ärmelkanal mit Namen registriert worden. Weil sie aber nach Großbritannien und nicht in ein Aufnahmezentrum in einem ihnen völlig unbekannten Ort in Frankreich verfrachtet werden wollten, hätten sie dann nicht einen Bus bestiegen, der sie in eine Unterkunft bringen sollte. Jetzt befürchten sie, deswegen bei einer Kontrolle festgenommen und in Abschiebehaft gesteckt zu werden.

Franzosen kurz vor der Eroberung von Stalingrad Frankreich Jeden Tag kommen rund 70 Flüchtlinge neu in das Zeltlager an der Metrostation Stalingrad im Norden de....

Der erst 16-jährige Nawid scheint besser informiert zu sein als andere, die oft noch einmal wissen, dass das Lager in Calais geschlossen worden ist. Auch er wollte den Ärmelkanal überqueren, doch für ihn ist der Traum vom britischen Eldorado vorbei, er will in Frankreich bleiben. Er hofft, als Minderjähriger etwas humaner behandelt zu werden als seine älteren Landsleute. Vorerst aber nächtigt er auf einer Matratze auf dem Boden gleich neben dem Metro-Eingang.

Das sind keine Evakuierungen, das sind Razzien, schimpft Catherine über die Identitätskontrollen unter den Menschen rund um die Metro-Station im Norden von Paris. Wer keine Adresse angeben kann, und sei es auch nur mit einer Bescheinigung für Asylbewerber der Organisation France Terre d Asile, riskiert eine vorübergehende Inhaftierung. Seit drei Monaten kommt die 63-jährige Rentnerin zu diesen Menschen aus Sudan, Eritrea, Äthiopien und Somalia, die in ihrem Wohnquartier im 19. Arrondissement in der Mitte der Avenue de Flandre und unter der Metro-Überführung campieren. An diesem Tag verteilt sie schwarze Wollmützen, die sie von einem gemeinnützigen Verein erhalten habe, und gibt Ratschläge auf Englisch und einigen rasch gelernten Brocken Arabisch.

Ihre Freundin Claire verteilt jeden Morgen, bevor sie zur Arbeit geht, Frühstücksgebäck an die Migranten, die für ihre Hygiene nur eine Wasserstelle und ein paar mobile Pisswände zur Verfügung haben.

Schon das ist für einige Anwohner und Geschäftsleute des Guten zu viel. Wenn du ihnen etwas gibst, sagen die sich: Da gibt es sicher noch mehr, sagt der Pakistaner Mohamad Ilias. Er steht mit seiner traditionellen Pakol-Mütze händeringend vor seinem Basar an der Avenue de Flandre. Seit fünf Monaten sei sein Umsatz um 70 Prozent gesunken, mit seinen wenigen Verkäufen könne er heute nicht mal seine Miete bezahlen, klagt er. Schuld daran seien nicht nur die Migranten, sondern auch die wohlmeinenden Nachbarn, die diesen helfen. Wie Großbritannien müsse Frankreich einfach die Grenzen schließen, schlägt er vor. Er erhofft sich von einer Evakuierung von Stalingrad nur eine kurze Besserung.

Für die Behörden gibt es keine Alternative zur polizeilichen Räumung. Nach dem Vorbild der Operation in Calais, die als voller Erfolg dargestellt wird, sollen die knapp 3.000 Menschen rund um Stalingrad registriert und dann in Bussen in die diversen Aufnahmezentren gebracht werden. Wie in Calais soll so zumindest für den Augenblick das Problem aus der Sichtweite verschwinden. Notfalls mit Polizeigewalt.

Meinung + Diskussion SEITE 12

Wenn du ihnen was gibst, sagen die: Da gibt es sicher mehr

Minderjährige weggebracht

Nach der Räumung des Flüchtlingslagers von Calais müssen nun auch die verbliebenen Minderjährigen die Stadt am Ärmelkanal verlassen. 720 der unbegleiteten jungen Migranten seien am Vormittag bereits mit Bussen weggebracht worden, sagte ein Sprecher der Präfektur am Mittwoch. Die restlichen 750 sollten noch am Nachmittag und am Donnerstag in anderen Regionen Frankreichs unterkommen. Kinder und Jugendliche waren bei der Auflösung des Flüchtlingscamps vergangene Woche zunächst in einem Containerlager in der Nähe des geräumten Areals untergebracht worden. (dpa)

Load-Date: November 2, 2016

Demo in die Vorstadt; FLUCHT Antirassistische Gruppen protestieren heute in Rahlstedt gegen das Ankunftszentrum . Dort würden Menschen sortiert

taz, die tageszeitung

Samstag 01. Oktober 2016

Copyright 2016 Contrapress media GmbH Vervielfältigung nur mit

Genehmigung des taz-Verlags All Rights Reserved



Section: HAMBURG AKTUELL; S. 60

Length: 800 words

Byline: Kaija Kutter

Highlight: FLUCHT Antirassistische Gruppen protestieren heute in Rahlstedt gegen das Ankunftszentrum . Dort würden Menschen sortiert

Body

von Kaija Kutter

Schon die Anfahrt wird für die AntirassistInnen nicht leicht. Weil die Regionalbahn nach Rahlstedt ausfällt, müssen sie heute früh mit dem Bus über Wandsbek oder Farmsen anreisen, oder die ruckelige Fahrt mit dem Schienenersatzbus ab Hauptbahnhof antreten. In Rahlstedt am Bahnhof soll es vor dem McDonald s eine Kundgebung geben, bevor sie die rund drei Kilometer zum Ankunftszentrum am Barkoppelweg zurücklegen.

Für **Geflüchtete** fährt auf dieser letzten Etappe stündlich ein Shuttle-Bus. Der ist meistens leer. Ein paar Hundert Menschen pro Monat kommen im neuen Zentrum an, einer Sammlung von umgebauten Gewerbehallen, in denen es Warteräume, Büros und Schlafplätze für bis zu 2.200 Menschen gibt. Sie bleiben so kurz wie möglich, manchmal einen Tag, manchmal ein paar Wochen , berichtet Daniel Posselt vom Büro des Hamburger **Flüchtlingskoordinators**. Eigentlich sei man auf die neue Einrichtung stolz, die Abläufe seien viel besser koordiniert als in der alten Erstaufnahme in der Harburger Poststraße.

Er könne die Demo nicht verstehen, sagt Ole Buschhüter, SPD-Abgeordneter für Rahlstedt. Das Zentrum sei dort hingekommen, weil sich eine gute Gelegenheit bot. Das macht die Stadt in allerbesten Absicht.

Daniel von der Demo-Vorbereitungsgruppe war ein paar Mal zur Begleitung eines Flüchtlings in der Rahlstedter Ankunftshalle. Nach meiner Erfahrung sind die Leute ganz schön aufgeschmissen. Eine anwaltliche Beratung oder Unterstützung gibt es nicht , sagt er. Die Mitarbeiter am Barkoppelweg seien alle superfreundlich. Trotzdem ist es eine Abfertigung.

Im Demo-Aufruf heißt es: Im Barkoppelstieg werden die Menschen im Schnelldurchlauf nach Herkunftsländern und Fluchtgründen sortiert. Ziel sei eine möglichst schnelle Abarbeitung von gestellten Asylanträgen.

Demo in die Vorstadt FLUCHT Antirassistische Gruppen protestieren heute in Rahlstedt gegen das Ankunftszentrum . Dort würden Menschen sortiert

Wir sortieren die Menschen nicht , entgegnet Posselt. Es werde nur zunächst entschieden, wer in Hamburg bleibt oder in ein anderes Bundesland kommt. Nachdem dann der Asylantrag gestellt und ein Gesundheits-Check gemacht ist, kämen alle in dezentrale Folgeunterkünfte. Lediglich jene, bei denen man den Eindruck habe, dass das Verfahren länger dauere, kämen in eine Unterkunft in Bad Segeberg.

Wir haben schon den Eindruck, dass die Menschen aufgeteilt werden. Dass die, die keine Chance haben, an den Rand der Stadt abgeschoben werden , sagt Unterstützer Daniel. Ein Ankunftszentrum für Flüchtlinge aber gehört nicht an den Rand der Stadt, wo es keine Support-Struktur gibt.

Es muss gewährleistet sein, dass es eine Beratungsstruktur und Zugang zu Anwälten gibt , sagt Mira Knöter vom Hamburger Flüchtlingsrat. Auch in anderen Städten wie Heidelberg wird heute gegen Ankunftscentren protestiert. In Berlin, so berichtet Knöter, sei es nach Informationen der dortigen Flüchtlingsräte sogar schon möglich, dass Familien aus den vermeidlich sicheren Balkan-Staaten noch am Abend der Ankunft abgeschoben werden.

Das drohe auch in Hamburg. Wenn das Abschiebegewahrsam am Flughafen wie geplant im Oktober fertig sei, könnten Menschen direkt von Rahlstedt aus in dieses Gewahrsam kommen. Dieser Plan sei bei einer Veranstaltung der Grünen im Rathaus zur Sprache gekommen.

Das ist nicht geplant , sagt Norbert Smekal, Sprecher der Ausländerbehörde. Schon mengenmäßig wäre das bei 15 Plätzen im neuen Gewahrsam nicht zu realisieren. Selbst wenn das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge einen Antrag ablehnt, hat der Antragsteller noch eine Ausreisefrist und die Möglichkeit, Rechtsmittel einzulegen.

Allerdings: Bei Anträgen, die als offensichtlich unbegründet abgelehnt werden, weil die Menschen aus sicheren Herkunftsländern kommen, beträgt diese Frist laut Smekal etwa eine Woche. Nicht viel Zeit also.

Die Gruppen, die am Samstag durch Rahlstedts Straßen marschieren, fordern ein Ende des institutionellen Rassismus . Wir wollen die Anwohner erreichen , sagt Daniel. Bei der Demo seien auch Geflüchtete dabei, die mehrere Sprachen sprechen. Wir hoffen, dass ein paar Leute rauskommen und wir in Kontakt kommen.

Das Ankunftszentrum

Die Zentrale Erstaufnahme in Rahlstedt (ZEA) kann theoretisch bis zu 1.000 Flüchtlinge am Tag registrieren.

Sie besteht aus zwei Teilen: In der ZEA 1 sollen Menschen maximal 48 Stunden bleiben. Sie werden registriert, fotografiert, medizinisch voruntersucht und erhalten eine Chipkarte.

In der ZEA 2 bleiben die Flüchtlinge ein paar Tage. Hier findet die Anhörung durch das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge statt.

Die Flüchtlingszahlen sind zurückgegangen. Im August waren laut Senat in der ZEA 1 nur 139 und in der ZEA 2.175 Menschen.

Insgesamt kamen im August 843 Menschen. 415 wurden Hamburg zugewiesen: davon 80 aus Afghanistan, 73 aus Syrien, 39 aus Eritrea, je 38 aus Iran und Irak, 22 aus Russland, 21 aus Somalia, 16 aus Ghana, 14 aus Bosnien und 12 aus Serbien.

Load-Date: September 30, 2016

Innenminister in Eile; ASYLPOLITIK Die SPD legt vor dem Flüchtlingsgipfel am Donnerstag ihren Forderungskatalog vor. Innenminister Thomas de Maizière (CDU) fährt inzwischen seine Pläne zur Verschärfung des Asylrechts etwas zurück

taz, die tageszeitung

Dienstag 22. September 2015

Copyright 2015 Contrapress media GmbH Vervielfältigung nur mit

Genehmigung des taz-Verlags All Rights Reserved



Section: SCHWERPUNKT; S. 3

Length: 738 words

Byline: Daniel Bax

Highlight: ASYLPOLITIK Die SPD legt vor dem Flüchtlingsgipfel am Donnerstag ihren Forderungskatalog vor. Innenminister Thomas de Maizière (CDU) fährt inzwischen seine Pläne zur Verschärfung des Asylrechts etwas zurück

Body

aus Berlin Daniel Bax

Beim Geld kommt der Bund den Ländern entgegen. Es werde deutlich mehr Geld als die versprochenen 3 Extramilliarden geben, kündigt Innenminister Thomas de Maizière (CDU) an. Doch die SPD drängt auf eine flexible Kopfpauschale, nach der sich Bund und Länder künftig anteilig die Kosten für die Versorgung der Flüchtlinge teilen.

Am Montag stellte SPD-Generalsekretärin Yasmin Fahimi einen 10-Punkte-Plan vor, mit dem ihre Partei in das Treffen von Bund und Ländern am Donnerstag gehen will. Demnach solle der Bund auch die Kosten für die Gesundheitsversorgung der Flüchtlinge übernehmen. Außerdem solle er noch stärker bei der Erstunterbringung einspringen.

Zu geplanten Verschärfungen des Asylrechts, die dem Innenministerium vorschweben, wollte sich Fahimi hingegen nicht äußern: da befände man sich noch in internen Abstimmungen, wiegelte sie ab. Dabei hatte Thomas de Maizière am Morgen noch verkündet, mit der SPD sei eine Einigung in allen Punkten erzielt worden, der überarbeitete Entwurf aus seinem Haus sei bereits an die Länder verschickt worden.

Vergangene Woche war ein Gesetzentwurf aus dem Innenministerium bekannt geworden, der eine radikale Einschränkung des bisherigen Asylrechts bedeuten würde. Vor allem die Idee, Flüchtlinge mit Proviant und einer Rückfahrkarte in das Land zurückzuschicken, aus dem sie gekommen waren, hatte für einen Aufschrei gesorgt. Pro Asyl sprach von einem Programm der Abschottung, Abschreckung und Obdachlosigkeit.

Innenminister in Eile ASYLPOLITIK Die SPD legt vor dem Flüchtlingsgipfel am Donnerstag ihren Forderungskatalog vor. Innenminister Thomas de Maizière (CDU) fährt....

Am Montag schränkte de Maizière nun ein, diese Regel solle nur für abgelehnte Asylbewerber gelten, die vollziehbar ausreisepflichtig sind nicht für die Mehrheit der Flüchtlinge, die lediglich über einen anderen EU-Staat nach Deutschland gekommen sind. Sie könnte zukünftig aber auch für jene Flüchtlinge gelten, die einem anderen EU-Land zugewiesen werden. Die EU plant 160.000 Flüchtlinge zu verteilen, am liebsten über eine Quote.

Der Entwurf aus dem Innenministerium enthalte eine Reihe sehr problematischer Forderungen, räumte Fahimi ein. Scharf wies sie etwa das Ansinnen zurück, Geldleistungen an Asylbewerber künftig wieder durch Sachleistungen zu ersetzen. Man schaffe damit ein bürokratisches Monster, das nur mehr Geld kostet, wenn Sachbearbeiter Anträge zum Kauf von Seife ausfüllen müssten, warnte sie und sprach von Scheinlösungen. Sie stellte klar, mit der SPD werde es keine Einschränkung des individuellen Grundrechts auf Asyl geben.

Auch hier hatte de Maizière für Verwirrung gesorgt. In einem Spiegel-Interview hatte er dafür plädiert, die EU solle feste Kontingente für Flüchtlinge einführen und nahegelegt, wenn diese ausgeschöpft seien, könnten Asylsuchende in ihre Herkunftsregionen zurückgeschickt werden. SPD-Chef Sigmar Gabriel nannte die Idee verfassungswidrig. Am Montag ruderte de Maizière zurück und behauptete, sein Vorschlag habe vielmehr darauf gezielt, Flüchtlinge aus Krisenregionen legal nach Europa zu holen, ohne dass Schlepper daran verdienen. Das deutsche Asylrecht kennt keine Obergrenze, schloss er sich dem Diktum der Kanzlerin an.

Wie auch immer: Geht es nach de Maizière, sollen die Änderungen des Asylrechts, auf die sich Union und SPD geeinigt haben, schon am Mittwoch kommender Woche vom Kabinett beschlossen und so schnell wie möglich durchs Parlament gebracht werden. Beschlossene Sache ist es, weitere Staaten des westlichen Balkan als sichere Herkunftsstaaten einzustufen.

Einigkeit zwischen SPD und Union besteht auch darüber, dass die Asylverfahren beschleunigt werden sollen. Dafür soll nun der neue Chef des Bundesamts für Migration und Flüchtlinge (BAMF) sorgen, Frank-Jürgen Weise, der auch Chef der Bundesagentur für Arbeit bleibt. Kurzfristig sollen offene Stellen beim BAMF schneller besetzt werden und mobile Teams in die Erstaufnahmeeinrichtungen entsandt werden: Das kündigte Weise auf der Pressekonferenz mit Innenminister de Maizière am Montag an. Von Berichten, wonach die Unternehmensberatung McKinsey seiner Behörde dabei helfen soll, Asylverfahren zu beschleunigen, zeigte sich die SPD allerdings überrascht. Man solle die Menschen nicht kirre machen mit ständig neuen Vorschlägen, kommentierte Generalsekretärin Fahimi.

Man solle die Menschen nicht kirre machen mit ständig neuen Vorschlägen, sagte SPD-General-sekretärin Fahimi

Asyl

Zickzackkurs von de Maizière: Erst sollte das Asylrecht drastisch verschärft werden, dann doch nicht. Was stimmt denn nun?

Load-Date: September 21, 2015

Wohnsitz wieder frei wählbar; ASYL Niedersachsen kippt Wohnsitzauflage der Bundesregierung

taz, die tageszeitung

Donnerstag 22. September 2016

Copyright 2016 Contrapress media GmbH Vervielfältigung nur mit

Genehmigung des taz-Verlags All Rights Reserved



Section: NORD AKTUELL; S. 41

Length: 282 words

Byline: Andreas Wyputta

Highlight: ASYL Niedersachsen kippt Wohnsitzauflage der Bundesregierung

Body

In Niedersachsen können anerkannte AsylbewerberInnen ihren Wohnsitz auch künftig frei wählen: Das rot-grün regierte Bundesland verzichtet auf Anwendung der sogenannten Wohnsitzauflage. Die ist Teil des Anfang August in Kraft getretenen Integrationsgesetzes der Bundesregierung und ermöglicht den Ländern, geflüchteten Menschen drei Jahre lang vorzuschreiben, wo sie wohnen müssen. Ausgenommen sind davon nur MigrantInnen, die mindesten 15 Stunde pro Woche arbeiten und mehr als den Sozialhilfesatz von 712 Euro verdienen.

Innerhalb der rot-grünen Koalition Niedersachsens war die Wohnsitzauflage umstritten. SPD-Ministerpräsident Stephan Weil hatte der taz noch Ende Mai bestätigt, er halte eine Wohnsitzsteuerung grundsätzlich für sinnvoll. Gerade in den Städten werde Wohnraum immer knapper, hatte der Sozialdemokrat argumentiert. Die Fraktionsvorsitzende der Grünen im niedersächsischen Landtag, Anja Piel, begrüßte den Verzicht auf die Auflage gestern dagegen: Die sei ein echter Integrationsblocker, gebe Geflüchteten das Gefühl, nicht selbst über ihr Leben bestimmen zu können.

Widerstand kam dagegen von den Christdemokraten. Um der Bildung von Parallelgesellschaften entgegenzuwirken, sei eine Verteilung gleichmäßig über das Land nötig, so die innenpolitische Sprecherin der CDU-Landtagsfraktion, Angelika Jahns. Auch der aktuell in Bremen tagende Deutsche Städtetag unterstützte die Einführung der Auflage, die bisher in Bayern, Baden-Württemberg und in NRW umgesetzt wird.

Als Folge sei an Rhein und Ruhr ein Umzugschaos entstanden, warnt der Geschäftsführer des Flüchtlingsrats Niedersachsen: dort müssen Hunderte wieder an den ihnen zugewiesenen Wohnort zurückkehren. WYP

Load-Date: September 21, 2016

Agentur: Europas Rangierbahnhof; Flucht In Budapest drängen Flüchtlinge in einen Zug, kommen damit aber nur bis zu einem Lager. Ungarns Regierungschef Orbán bezeichnet Migranten als deutsches Problem. EU drängt auf Umverteilung

taz, die tageszeitung

Freitag 04. September 2015

Copyright 2015 Contrapress media GmbH Vervielfältigung nur mit

Genehmigung des taz-Verlags All Rights Reserved



Section: SEITE 1; S. 1

Length: 202 words

Highlight: Flucht In Budapest drängen Flüchtlinge in einen Zug, kommen damit aber nur bis zu einem Lager. Ungarns Regierungschef Orbán bezeichnet Migranten als deutsches Problem. EU drängt auf Umverteilung

Body

Budapest/Brüssel dpa/afp | Die Flüchtlingskrise entzweit Europa. Vor allem Ungarn geht weiter auf Konfrontationskurs: Regierungschef Viktor Orbán bezeichnete die Migranten am Donnerstag als deutsches Problem, weil sie alle nach Deutschland wollten. Kurz zuvor hatte sich die Polizei in Budapest vom Ostbahnhof zurückgezogen. Hunderte Flüchtlinge, die seit Tagen warteten, strömten in einen Zug. Der wurde wenig später in der Nähe eines Flüchtlingslagers gestoppt. Viele weigerten sich aber auszusteigen.

EU-Ratspräsident Donald Tusk hat derweil die faire Verteilung von mindestens 100.000 Flüchtlingen in Europa gefordert. Er rief alle EU-Staats- und Regierungschefs auf, ihre Anstrengungen zu verdoppeln und Solidarität mit den Ländern zu zeigen, die Hauptziel der Flüchtlinge seien. Für ihn sei der christliche Glaube eine Verpflichtung gegenüber unseren Brüdern in Not, sagte Tusk. Für einen Christen sollten Rasse und Religion nicht von Bedeutung sein, sagte Tusk.

EU-Kommissionspräsident Jean-Claude Juncker will vorschlagen, weitere 120.000 Flüchtlinge zu verteilen. Damit solle auf die sehr dringliche Situation in Italien, Ungarn und Griechenland reagiert werden.

taz.fluchthilfe SEITE, 23

Load-Date: September 3, 2015

Leben unterm Damoklesschwert; INTEGRATION Jugendliche Flüchtlinge brauchen Sicherheit vor Abschiebung und besseren Zugang zu Bildung, sagen Verbände der Jugendsozialarbeit. Sie fordern eine konsequente Durchsetzung der Schulpflicht

taz, die tageszeitung

Dienstag 27. Januar 2015

Copyright 2015 Contrapress media GmbH Vervielfältigung nur mit

Genehmigung des taz-Verlags All Rights Reserved



Section: BERLIN; S. 23

Length: 745 words

Byline: SUSANNE MEMARNIA

Highlight: INTEGRATION Jugendliche **Flüchtlinge** brauchen Sicherheit vor Abschiebung und besseren Zugang zu Bildung, sagen Verbände der Jugendsozialarbeit. Sie fordern eine konsequente Durchsetzung der Schulpflicht

Body

VON SUSANNE MEMARNIA

Soltan Akbari ist ein zielstrebiges junger Mann: Der 19-Jährige, der vor vier Jahren als **Flüchtling** nach Berlin kam, macht bald Abitur, dann will er studieren: Informatik, Politik, Chemie oder Physik. Das Problem: Er darf nicht. Denn der junge Afghane ist nur geduldet – es ist ihm verboten zu arbeiten, zu studieren oder eine Ausbildung zu machen, er muss jederzeit mit seiner Abschiebung rechnen. Ich lebe in ständiger Angst und Unsicherheit, sagt er. Ich habe keine Kontrolle über mein Leben und meine Zukunft, kann nichts planen.

So wie ihm geht es vielen jungen **Flüchtlingen** und **Migranten** in Deutschland: Bundesweit lebten rund 25.000 Kinder und Jugendliche mit einem Duldungsstatus, der wie ein Damoklesschwert über ihnen hängt, sagt die Referentin des Verbands Evangelische Jugendsozialarbeit (EJSA), Judith Jünger, beim Pressegespräch im Beratungs- und Betreuungszentrum für junge **Flüchtlinge** und **Migranten** (BBZ) in Moabit.

Noch schwieriger sei die Lage für die je nach Schätzung 1.000 bis 30.000 Kinder und Jugendlichen, die illegal im Land sind. Sie haben gar keinen Zugang zu Rechten, die sie eigentlich haben, so Jünger. So seien sie etwa von den im Kinder- und Jugendhilferecht verankerten Unterstützungsangeboten zur schulischen und beruflichen Ausbildung ausgeschlossen obwohl laut SGB VIII jeder junge Mensch in Deutschland ein Recht auf Förderung seiner Erziehung und Entwicklung hat.

Integrationskurse für alle

Die zentralen Forderungen der Verbände, die sich im Kooperationsverbund Jugendsozialarbeit zusammengeschlossen haben, lauten daher: Sicherer Aufenthaltsstatus für alle Jugendlichen, Legalisierung der

Leben unterm Damoklesschwert INTEGRATION Jugendliche Flüchtlinge brauchen Sicherheit vor Abschiebung und besseren Zugang zu Bildung, sagen Verbände der Jugendso....

Illegalen , Integrationskurse für alle Flüchtlinge, auch für jene mit Duldung, und eine konsequente Durchsetzung der Schulpflicht.

Daran hapert es nach wie vor, kritisieren die Experten: Zwar gilt nach der UN-Kinderrechtskonvention und dem hiesigen Schulgesetz auch für Flüchtlingskinder die Schulpflicht, aber diese wird oft nicht umgesetzt , so Jünger. Auch Mohammed Jouni von der Initiative Jugendliche ohne Grenzen sagt: Für die meisten Flüchtlinge ist Bildung das A und O. Doch in vielen Bezirken sei es zunehmend schwierig für Flüchtlingskinder, einen Schulplatz zu bekommen, es gebe Wartezeiten von drei bis sechs Monaten.

Einen besonders krassen Fall schildert BBZ-Mitarbeiter Daniel Jasch aus Lichtenberg. Dort gebe es im Wohnheim Herzbergstraße derzeit 80 Kinder, die seit Oktober nicht beschult werden, weil es angeblich keine Plätze gebe. Aber wir haben im Namen dreier Familien geklagt die bekamen binnen einer Woche ihre Schulplätze , erzählt er. Eigentlich habe Lichtenberg eine Deutschlernklasse in dem Heim selbst einrichten wollen, erklärt Jasch, dies sei jedoch bisher nicht geschehen. Zudem sehen wir diese Art der Beschulung sehr kritisch: Wie sollen die Kinder im Heim Deutsch lernen, wie in Regelschulen integriert werden? Die Integration werde so nur erschwert.

Kaum noch Chancen

In ihrem Recht auf Ausbildung behindert werden laut der Verbände auch all jene jungen Flüchtlinge, die bereits 18 Jahre alt sind und damit nicht mehr der Schulpflicht unterliegen. Für sie gebe es kaum Möglichkeiten, ins deutsche Bildungs- und Ausbildungssystem einzusteigen, sagt Ibrahim Kanalan vom BBZ. Das System ist nicht auf Leute ausgerichtet, die erst später nach Deutschland kommen. Hinzu komme, dass viele jugendliche Flüchtlinge von den Behörden mit oft fragwürdigen Methoden der Altersfeststellung älter gemacht würden, damit sie asylrechtlich als Erwachsene behandelt werden können, so Jünger.

So erging es auch Soltan Akbari. Er kam mit 15 Jahren als unbegleiteter Flüchtling nach Berlin, doch die Behörden glaubten ihm sein Alter nicht. Sie sagten, ich sei zu schlau , erzählt er. Offiziell wurde er zum 18-Jährigen gemacht, damit war er nicht mehr schulpflichtig. Dann wurde auch sein Asylantrag abgelehnt, die Behörden glaubten ihm nicht, dass er als Angehöriger des Volks der Hazara verfolgt wurde.

Das BBZ half ihm schließlich, damit er weiter zur Schule gehen kann: Bei der Albert-Einstein-Volkshochschule in Schöneberg habe er den Mittleren Schulabschluss gemacht, nun bereite er sich beim Kolleg Schöneberg aufs Abitur vor, erzählt Akbari stolz. Ich habe ziemlich gute Noten. Ob das ganze Streben etwas nützt, ist ungewiss: Seit zwei Jahren liegt sein Fall bei der Härtefallkommission.

Soltan kam mit 15 Jahren nach Berlin, doch die Behörden glaubten ihm sein Alter nicht

Load-Date: January 26, 2015

Fragwürdige Alterstests für Flüchtlinge; Asyl Flüchtlingseinrichtungen kritisieren peinliche Intimkontrollen bei Jugendlichen

taz, die tageszeitung

Dienstag 07. Juli 2015

Copyright 2015 Contrapress media GmbH Vervielfältigung nur mit

Genehmigung des taz-Verlags All Rights Reserved



Section: BERLIN AKTUELL; S. 21

Length: 612 words

Byline: Wiebke Nordenberg

Highlight: **Asyl Flüchtlingseinrichtungen** kritisieren peinliche Intimkontrollen bei Jugendlichen

Body

Auch in Berlin müssen sich junge **Flüchtlinge** fragwürdigen Tests zur Ermittlung ihres Alters unterziehen und sich unbekleidet am ganzen Körper untersuchen lassen, heißt es aus Kreisen des Berliner **Flüchtlingsrats**. Vergangene Woche war bekannt geworden, dass Hamburg das biologische Alter unter anderem anhand des Reifezustandes der Genitalregion feststellt. Die taz berichtete darüber in ihrer Nordausgabe. Der Bericht schlug hohe Wellen. Anders als in der Hansestadt soll in der Charité, die in Berlin die Altersfeststellung durchführt, keine spezielle Untersuchung des Intimbereichs stattfinden.

Kommen junge Flüchtlinge ohne Eltern und Pass nach Berlin, haben sie als Minderjährige Anspruch auf Jugendhilfe und sind vor Abschiebung geschützt. Als Erwachsene hätten sie in der Regel keinen Anspruch mehr auf die für die Bezirke teuren Jugendhilfeleistungen. Die Behörden prüfen die Altersangaben der Flüchtlinge daher sehr genau, im Zweifelsfall medizinisch.

Die Charité erklärt, dass bei der Altersfeststellung sowohl Röntgenaufnahmen des Gebisses und gegebenenfalls auch des Handwurzelknochens angefertigt werden als auch eine Ganzkörperuntersuchung zur Feststellung der Reifezeichen durchgeführt wird.

Jugendliche haben mir von Ganzkörperaufnahmen berichtet, zu denen sie sich nackt ausziehen mussten, sagt Andreas Meißner, Leiter der Berliner Jugendhilfeeinrichtung Evin, der in seiner Einrichtung unbegleitete Flüchtlinge betreut. Ihm zufolge fände zwar keine gesonderte Untersuchung des Genitalbereichs statt, wohl aber eine Begutachtung des Schamhaarwuchses. Wie viele Jugendliche sich tatsächlich unbekleidet fotografieren lassen mussten, kann er nicht sagen. Aber es seien in den letzten Jahren keine Einzelfälle gewesen, die Aussagen der Jugendlichen halte er für glaubwürdig. Stefan Taeubner, von 1996 bis 2014 Seelsorger für vietnamesische Flüchtlinge und Migranten im Erzbistum Berlin, sagt: In Berlin werden seit Jahren reihenweise und systematisch Intimkontrollen in unwürdiger und erniedrigender Weise durchgeführt.

Fragwürdige Alterstests für Flüchtlinge Asyl Flüchtlingseinrichtungen kritisieren peinliche Intimkontrollen bei Jugendlichen

Die Charité bestätigte auf Nachfrage die Praxis der Ganzkörperuntersuchung, es erfolge aber keine spezielle Genitaluntersuchung. Wann eine Untersuchung als speziell gilt, bleibt offen. Fotoaufnahmen im unbekleideten Zustand dementiert die Klinik.

Wenn die Geschlechtsteile der Flüchtlinge ohne konkrete medizinische Begründung untersucht werden, dann verstößt das klar gegen die Menschenwürde und Artikel 1 des Grundgesetzes, so Canan Bayram, Flüchtlingspolitische Sprecherin der Grünen im Berliner Abgeordnetenhaus. Mit der gängigen Praxis liege außerdem ein dauerhafter Verstoß gegen die UN-Kinderrechtskonvention vor, einzig um Kosten zu sparen.

Die Berliner Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Wissenschaft äußerte sich auf Nachfrage der taz nicht zu den Vorwürfen, sondern verwies direkt an die Charité.

Der Bundesfachverband Unbegleitete Minderjährige Flüchtlinge hat in einer am Samstag herausgegebenen Broschüre Prüflisten für die Alterseinschätzung erarbeitet. Diese sollen künftig Probleme bei der Alterseinschätzung im Sinne des Kinder- und Jugendschutzes identifizieren. Wiebke Nordenberg

Minderjährige Flüchtlinge

Anlaufstelle für junge unbegleitete Flüchtlinge in Berlin ist die Erstaufnahme- und Clearingstelle (EAC) in Steglitz-Zehlendorf.

2014 wurden von der EAC 606 junge AsylbewerberInnen anhand eines Quotenschlüssels an die jeweiligen Jugendämter der 12 Bezirke verteilt und von diesen betreut.

Bestehen offenkundig Zweifel am angegebenen Alter, erfolgt die medizinische Altersschätzung. Bis zum 30. November 2014 wurden 136 Gutachten erstellt, 111 der untersuchten Flüchtlinge waren demnach über 18 Jahre.

Load-Date: July 6, 2015

Landesamt kommt nicht hinterher; FLÜCHTLINGE II Verzögerungen bei Containerdörfern und neuen Heimen erschweren Unterbringung

taz, die tageszeitung

Donnerstag 05. März 2015

Copyright 2015 Contrapress media GmbH Vervielfältigung nur mit

Genehmigung des taz-Verlags All Rights Reserved



Section: BERLIN AKTUELL; S. 22

Length: 398 words

Byline: SUM

Highlight: FLÜCHTLINGE II Verzögerungen bei Containerdörfern und neuen Heimen erschweren Unterbringung

Body

Prognosen sind naturgemäß ein unsicheres Geschäft in Sachen Flüchtlinge scheinen sie von besonders kurzer Haltbarkeit. Noch zu Jahresbeginn hieß es, das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge erwarte bundesweit für 2015 rund 250.000 Asylbewerber für Berlin, das davon fünf Prozent aufnehmen muss, wären das 12.500 Menschen, die unterzubringen sind. Kurz darauf wurde die Prognose korrigiert: Berlin müsse mit 15.000 Flüchtlingen rechnen. Doch offenbar reicht auch das nicht: Im Januar und Februar habe Berlin 3.500 Asylbewerber aufgenommen, sagte der Chef des zuständigen Landesamts für Gesundheit und Soziales (Lageso), Franz Allert, kürzlich dem RBB. Auf Jahr hochgerechnet wären das rund 20.000 Menschen.

Egal, wie viele es am Ende werden: Schon jetzt kommt Berlin nicht hinterher. Dabei werden fast im Wochenrhythmus neue Notunterkünfte eröffnet, Anfang dieser Woche etwa in der ehemaligen Psychiatrie-Klinik in der Charlottenburger Eschenallee. Das Heim mit 300 Plätzen ist die siebte Notunterkunft, die seit Jahresbeginn eingerichtet wurde. Mehr als 1.100 neue Plätze wurden so geschaffen. Dazu kommen noch die sieben beschlagnahmten Turnhallen mit ebenfalls rund 1.000 Schlafplätzen. Die sollen Mitte April wieder ihrem eigentlichen Zweck zugeführt werden. Wie das gehen soll, ist bislang völlig unklar.

Zumal es auf zwei anderen Großbaustellen des Lageso seit Monaten nicht richtig weitergeht. Zum einen wollte Sozialsenator Mario Czaja (CDU) die Unterbringungslücke relativ kurzfristig mit sechs Containerdörfern für rund 2.200 Flüchtlinge lösen hatte er vorigen Sommer verkündet. Davon gibt es bislang eines in Köpenick; ein zweites in Buch wird laut Lageso derzeit gebaut und noch im März eröffnet. Bei den anderen gibt es nach taz-Informationen entweder Lieferprobleme mit den Containern beziehungsweise in Hellersdorf Ärger mit dem Schallschutz. Der ursprüngliche Zeitplan, alle Containerdörfer im ersten Quartal 2015 zu eröffnen, ist offenbar nicht zu halten.

Zum anderen hatte Czaja vorigen Sommer einen Paradigmenwechsel verkündet: Das Land wolle künftig selbst landeseigene Gebäude als Unterkünfte bereitstellen und auf eigenen Grundstücken Unterkünfte errichten. Viel daraus geworden ist bislang nicht bis auf die neue Notunterkunft im früheren Klinikbau. Alles andere ist laut Lageso-Sprecherin noch in der Abstimmung oder muss eingehend geprüft werden. SUM

Landesamt kommt nicht hinterher FLÜCHTLINGE II Verzögerungen bei Containerdörfern und neuen Heimen
erschweren Unterbringung

Load-Date: March 4, 2015

End of Document

Maas und die Hysterieschraube; Martin Reeh über den Anschlag von Villingen

taz, die tageszeitung

Donnerstag 11. Februar 2016

Copyright 2016 Contrapress media GmbH Vervielfältigung nur mit

Genehmigung des taz-Verlags All Rights Reserved



Section: MEINUNG UND DISKUSSION; S. 12

Length: 320 words

Byline: Martin Reeh

Body

Martin Reeh über den Anschlag von Villingen

Die Hysterie in der **Flüchtlingsdebatte** greift um sich. Bei Rechtspopulisten, die über Vergewaltigungen durch **Flüchtlinge** fantasieren, die es nie gegeben hat, bei Berliner **Flüchtlingsunterstützern**, die Blumen für einen nicht vorhandenen toten **Flüchtling** niederlegen. Und bei Spitzenpolitikern, die es eigentlich besser wissen sollten.

Am Tag nach dem Handgranatenanschlag von Villingen-Schwenningen auf den Sicherheitscontainer sprach Baden-Württembergs Ministerpräsident Winfried Kretschmann (Grüne) von einem Anschlag quasi mit militärischen Waffen auf Asylsuchende, Bundesjustizminister Heiko Maas (SPD) legte einen Anschlag mit fremdenfeindlichen Motiven nahe. Nach dem jetzigen Ermittlungsstand der Polizei handelt es sich um einen Streit im Sicherheitsgewerbe. Einen fremdenfeindlichen Anschlag schließen die Beamten aus.

Führende Politiker, besonders Innen- und Justizminister, sollten sich mit voreiligen Schlüssen in Ermittlungsverfahren zurückhalten. Weil sie damit den weiteren Gang der Ermittlungen beeinflussen, einerseits, und weil sie sich damit oft genug eine blutige Nase geholt haben, andererseits. Und zwar ganz gleich, ob sie einen rechtsextremen Hintergrund vor-eilig annahmen, wo er nicht zu beweisen war, oder frühzeitig verwarfen, wo er schließlich ermittelt wurde.

Der bis heute ungeklärte Bombenanschlag auf jüdische Migranten in Düsseldorf im Jahr 2000 stachelte die Bundesregierung zum ersten NPD-Verbotsverfahren an. Es scheiterte bekanntlich kläglich. Nach dem Anschlag in der Kölner Keupstraße 2004 sprach Innenminister Otto Schily von einem kriminellen, nicht terroristischen Hintergrund. Jahre später flog der NSU als Täter auf.

Wie viele der AfD-Anhänger noch mit rationalen Argumenten zu beeinflussen sind, ist unklar. Aber ein Justizminister, der selbst weiter an der Hysterieschraube dreht, wird ihre Hysterie sicher nicht verringern.

Maas und die Hysterieschraube Martin Reeh über den Anschlag von Villingen

Load-Date: February 10, 2016

End of Document

&"Das kann ganz schnell gehen"; EUROPA Luxemburg warnt vor Auseinanderbrechen der EU, wenn die Flüchtlingskrise nicht schnell und solidarisch gelöst wird

taz, die tageszeitung

Dienstag 10. November 2015

Copyright 2015 Contrapress media GmbH Vervielfältigung nur mit

Genehmigung des taz-Verlags All Rights Reserved



Section: SCHWERPUNKT; S. 3

Length: 466 words

Byline: Eric Bonse

Highlight: EUROPA Luxemburg warnt vor Auseinanderbrechen der EU, wenn die Flüchtlingskrise nicht schnell und solidarisch gelöst wird

Body

Brüssel taz | Die Warnung kam kurz vor dem x-ten Krisentreffen der EU-Innenminister in Brüssel. Die Europäische Union kann auseinanderbrechen, orakelte Luxemburgs Einwanderungsminister Jean Asselborn. Der Streit über die Flüchtlingspolitik könne nicht nur einen Keil in die EU treiben, sondern sogar Krieg auslösen.

Das kann unheimlich schnell gehen, wenn Abschottung statt Solidarität nach innen wie nach außen die Regel wird. Einige EU-Staaten hätten die europäischen Werte nicht richtig verinnerlicht, fügte Asselborn hinzu.

Wen er mit dieser Standpauke meinte, ließ der amtierende EU-Ratsvorsitzende offen. Dabei steht Ungarn, das sich bisher am radikalsten abgeschottet hat, nicht mehr allein auf weiter Flur. Auch Österreich und Slowenien erwägen den Bau von Grenzzäunen.

Deutschlands Innenminister Thomas de Maizière hatte beim Treffen in Brüssel hingegen fast ein Heimspiel. Denn die Innenminister waren zusammengekommen, um Bilanz zu ziehen und Versäumnisse auszubügeln. Wie weit sind wir bei der Umverteilung von Flüchtlingen gekommen? Was ist aus den Hotspots zur Registrierung und Verteilung von Migranten geworden?

Deutschland hat den Brüsseler Solidaritätsplan mehr als übererfüllt. Doch fast alle anderen EU-Staaten sind in Verzug.

Vor allem die Umverteilung kommt nur langsam voran. Statt der beschlossenen 160.000 wurden bisher lediglich 130 Flüchtlinge aus Griechenland oder Italien in ein neues, sicheres Aufnahmeland gebracht. Kaum Fortschritt gibt es auch bei den Hotspots. Das erste Zentrum auf Lesbos in Griechenland musste nach ein paar Tagen schon wieder wegen Überlastung schließen. Selbst registrierte Flüchtlinge konnten nicht nach Athen übergesetzt werden, weil die Fähren aus Protest gegen Kürzungspläne der EU-Troika streikten.

&"Das kann ganz schnell gehen&" EUROPA Luxemburg warnt vor Auseinanderbrechen der EU, wenn die Flüchtlingskrise nicht schnell und solidarisch gelöst wird

Entspannung ist nicht in Sicht: Nach dem Ende des Fährstreiks müssen sich die Staaten entlang der sogenannten Balkanroute nun sogar auf noch größeren Andrang von Flüchtlingen einstellen. Und so dürfte die Versuchung, sich abzuschotten und die Grenzen dichtzumachen, weiter wachsen. Asselborns Warnung hat daran bisher nicht viel geändert. Eric Bonse

Familiennachzug

Die CDU stellt sich überraschend hinter ihren Innenmini-ster und läutet damit die nächste Runde im Asylstreit ein

Grüne rücken von Prinzip ab

Einige prominente Grüne rücken davon ab, Asylbewerber mit Hartz-IV-Empfängern gleichzustellen. Dabei gehört die Forderung, das Asylbewerberleistungsgesetz (AsylbLG) abzuschaffen, bislang zum Markenkern der Partei. In einem Antrag für den Parteitag in Halle sprechen sich 20 Parteimitglieder um den -Wirtschaftsexperten Dieter Janecek jetzt dafür aus, diese Forderung fallen zu lassen sonst drohe Ländern und Kommunen eine Katastrophe , zitiert sie die Welt. Das Bundesverfassungsgericht hatte eine Angleichung verlangt. (taz)

Load-Date: November 9, 2015

Rechte rüsten zum 3. Oktober; Protest Die Anschläge reihen sich in Gewaltwelle gegen Migranten ein

taz, die tageszeitung

Mittwoch 28. September 2016

Copyright 2016 Contrapress media GmbH Vervielfältigung nur mit

Genehmigung des taz-Verlags All Rights Reserved



Section: SCHWERPUNKT; S. 2

Length: 587 words

Byline: Konrad Litschko

Highlight: Protest Die Anschläge reihen sich in Gewaltwelle gegen Migranten ein

Body

Berlin taz | Der Aufruf ist martialisch. Deutschland brennt, spricht Ester Seitz in die Kamera. Das Handeln der Politiker, der Volksverräter, in der Flüchtlingskrise sei ein Wahnsinn, so die weit rechte Karlsruher Dauerdemonstrantin. Die pure Existenz steht auf dem Spiel.

Mit Seitz Video wirbt die Rechtsaußen-Gruppe Festung Europa für ihre Kundgebung am 3. Oktober in Dresden, dem Tag, an dem auch Pegida auf die Straße gehen will. Ein Tag der Einheit der Bürgerbewegungen soll es werden einer der radikalen Flüchtlingsfeinde. Festung Europa schreibt sich den Kampf gegen die islamische Eroberung auf die Fahnen. Man sei dafür bereit, auch sein Leben zu riskieren. In Dresden auftreten soll auch Petar Nizamov, Teil einer selbst ernannten bulgarischen Grenzpatrouille gegen Flüchtlinge.

Die Dresdner Kundgebung heizt die derzeitige Spirale rassistischer Gewalt an. Im laufenden Jahr wurden in Deutschland bereits 750 Straftaten gegen Asylunterkünfte verübt im gesamten Vorjahr waren es 1.031. 58 der diesjährigen Taten waren Brandstiftungen, in mindestens vier Fällen kam es auch zu Sprengstoffexplosionen. Und zunehmend trifft die Gewalt auch Muslime: Allein im ersten Halbjahr zählten die Länderpolizeien 29 Attacken auf Moscheen.

Die Dresdner Taten würden sich hier einreihen, sollte sich das von der Polizei vermutete, fremdenfeindliche Motiv bestätigen. Sie wäre nach der Gruppe Freital und der Oldschool Society, die Flüchtlingsunterkünfte attackierten oder dies geplant haben sollen, die dritte Gruppe unter Rechtsterrorverdacht aus Sachsen.

Die Linkspartei warnte angesichts der Radikalisierung und des Dresdner Anschlags vor einem neuen rechtsextremen Terrorismus. Der Dresdner Anschlag sei der Gipfel einer seit Monaten weithin ungebremsen Radikalisierung von rechts, die sich insbesondere im Raum Dresden beobachten lässt, sagte die sächsische Innenexpertin Kerstin Köditz.

Konrad Litschko

Rechte rüsten zum 3. Oktober Protest Die Anschläge reihen sich in Gewaltwelle gegen Migranten ein

Rechtsradikale

Haben Neonazis wieder zugeschlagen? Die Anschläge von Dresden sind ein Höhepunkt der Gewalt

Pegida gegen Pegida

Demonstriert: Die nach der Sommerpause wieder regelmäßig in Dresden stattfindenden Pegida-Demonstrationen gingen zwar den beiden Sprengstoffanschlägen voraus, dürften aber damit nicht in direktem Zusammenhang stehen. Viel zu sehr ist die bürgerliche außerparlamentarische Opposition von Deutschland , so ein Plakat am Lautsprecherwagen, mit sich selbst beschäftigt.

Geteilt: Erstmals demonstrierte Pegida gegen sich selbst. Tatjana Festerling und Anführer Lutz Bachmann, beide bislang die Gesichter von Pegida schlechthin, fetzen sich seit Monaten im Internet. Es geht um persönliche Zerwürfnisse, angebliche Veruntreuung von Spenden und zuletzt um Bachmanns Weggang nach Teneriffa, von wo er nur noch zu den Montagsdemos einfliegt.

Verfeindet: Bachmann stellte am Montag per Handzeichen eine Vertrauensfrage nach seiner Führerschaft, die ihm von den 2.500 Stammgästen prompt einstimmig bestätigt wurde. In die Akklamation aber mischten sich Lügenlutz - Rufe von etwa hundert Gegendemonstranten. Der Selbstdarsteller habe fast alle ehemaligen Gefährten weggebissen , hieß es.

Noch ne Pegida? Hinter der als Festung Europa bereits abgespaltenen Festerling-Gruppe steckt Frust über die Wirkungslosigkeit von Pegida. Festerling spricht von Widerstandspartys , die nichts mehr bewirkten, andere von Events wie beim Dynamo-Fußball . Auf dem Bahnhofsvorplatz wurde spontan diskutiert, wie mit der Spaltung umzugehen sei und ob nun eine neue Pegida gegründet werden müsse.

Load-Date: September 27, 2016

Ab jetzt wird alles gut; FLÜCHTLINGE Mit der neuen Registrierungsstelle werden die Verfahren schneller bearbeitet, sagt der Sozialsenator. Die humanitäre Krise am Lageso sei nun vorbei

taz, die tageszeitung

Donnerstag 15. Oktober 2015

Copyright 2015 Contrapress media GmbH Vervielfältigung nur mit

Genehmigung des taz-Verlags All Rights Reserved



Section: BERLIN AKTUELL; S. 21

Length: 523 words

Byline: Susanne Memarnia

Highlight: **FLÜCHTLINGE** Mit der neuen Registrierungsstelle werden die Verfahren schneller bearbeitet, sagt der Sozialsenator. Die humanitäre Krise am Lageso sei nun vorbei

Body

von Susanne Memarnia

Sozialsenator Mario Czaja (CDU) ist die Freude über den Termin ins Gesicht geschrieben. Sie sitzen gerade auf Bänken des Flughafens BER, eröffnet er grinsend die Vorstellung der neuen Erstregistrierungsstelle für **Asylbewerber** in der Bundesallee 171. Hier in Wilmersdorf, so die Botschaft, arbeiten alle eng zusammen, sogar Flughafenmöbel werden organisiert, um das Ziel der Kanzlerin mit Leben zu erfüllen, den stetigen Strom von **Flüchtlingen** unterzubringen, so Czaja. Stolz erklärt er, man habe hier etwas aufgebaut, was es bundesweit so noch nicht gegeben hat.

Das neue System, das ab heute gilt, geht so: Alle mit Asylverfahren befassten Behörden sitzen unter dem Dach der früheren Landesbank. Das Landesamt für Gesundheit und Soziales (Lageso) kümmert sich um Unterkunft und Versorgung, das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (Bamf) entscheidet über den Asylantrag, die Ausländerbehörde gibt Aufenthaltspapiere oder sorgt für Ausreise respektive Abschiebung. Die Arbeitsagentur hilft bei der arbeitsmäßigen Integration.

Czaja schwärmt, dies sei ein ganz neues integriertes Verfahren, das allen Beteiligten zugutekommen wird. Die Menschen kämen schneller an die ihnen zustehenden Leistungen, es werde auch schneller geklärt, ob jemand eine dauerhafte Perspektive in Deutschland hat oder nicht. Derzeit bearbeite das Lageso etwa 350 Fälle pro Tag, spätestens ab Januar sollen es rund 1.000 sein. Teilweise sei sogar die vollständige Bearbeitung eines Falls binnen einem Tag möglich, so Czaja.

Auch der Leiter der Berliner Bamf-Außenstelle, Wolfgang Meier, ist begeistert. Er preist das von ihm Berliner Modell genannte System als besonderen Ausdruck von Humanität im Asylverfahren. Ein-Tages-Entscheidungen werde

Ab jetzt wird alles gut FLÜCHTLINGE Mit der neuen Registrierungsstelle werden die Verfahren schneller bearbeitet, sagt der Sozialsenator. Die humanitäre Krise a....

es aber nur bei Syrern oder Antragstellern aus sicheren Herkunftsländern geben. Rechtsstaatliche Verfahren seien in diesen einfachen Fällen auch binnen Stunden möglich, glaubt er.

Durch die Beschleunigung der Verfahren will man laut Czaja zuallererst eines erreichen: Die humanitäre Lage am Lageso muss entschieden verbessert werden. In der Turmstraße, wo seit Monaten Chaos herrscht, bekommen neue, unregistrierte Flüchtlinge ab heute ein graues Bändchen mit Wartenummer und werden in eine Unterkunft gebracht. Dort sollen sie auf ihren Termin in der Bundesallee warten, wohin sie mit Bussen gebracht würden, so Czaja. Die Turmstraße selbst sei künftig nur Leistungsstelle, wo Asylbewerber Geld oder Krankenscheine bekommen, und zuständig für Altfälle.

Freiwilligen-Organisationen wie Moabit hilft haben das Konzept bereits kritisiert. Die Menschen würden sich erfahrungsgemäß eigenständig auf den Weg machen, wenn sie von der Registrierung in der Bundesallee erführen dort werde sich dann das Chaos aus der Turmstraße wiederholen, vermutet Moabit-hilft-Gründerin Diana Henniges. Der neue Staatssekretär für Flüchtlingsfragen, Dieter Glietsch, gibt zu, man sei bei der Information der Flüchtlinge auf die Freiwilligen angewiesen, sie müssten helfen, das neue System zu erklären. Ohne die ehrenamtlichen Helfer wird das nicht gelingen.

Das hat es bundesweit so noch nicht gegeben

Load-Date: October 14, 2015

Das Spiel mit den Zahlen; 1 + 1 Nach Prognosen der Bundesländer sollen dieses Jahr eine halbe Million Flüchtlinge nach Deutschland kommen. Das klingt viel, aber es geht vor allem um Geld

taz, die tageszeitung

Dienstag 24. März 2015

Copyright 2015 Contrapress media GmbH Vervielfältigung nur mit

Genehmigung des taz-Verlags All Rights Reserved



Section: TAZZWEI; S. 14

Length: 604 words

Byline: CHRISTIAN JAKOB

Highlight: 1 + 1 Nach Prognosen der Bundesländer sollen dieses Jahr eine halbe Million **Flüchtlinge** nach Deutschland kommen. Das klingt viel, aber es geht vor allem um Geld

Body

VON CHRISTIAN JAKOB

Wer glaubt, es gebe keine magischen Zahlen, irrt: In der **Asyldebatte** sind es die Hunderttausenderschritte, denen politisch übernatürliche Kräfte zugeschrieben werden.

100.000 war lange die Marke mit ihr beschwor der einstige Innenminister Friedrich in routiniertem Alarmismus gute zwei Jahre lang die Gefahr vom Balkan. Das Ergebnis: Länder wie Bosnien gelten heute per Gesetz als sicher, obwohl sie es zum Beispiel für Roma nicht sind.

Im letzten Jahr machte Innenminister de Maizière weiter mit der 200.000er-Marke. Er benutzte sie vor allem dazu, seine Pläne, Flüchtlinge aus anderen EU-Staaten einsperren zu können, als alternativlos hinzustellen. Das Gesetz wird kommen, die 200.000er-Marke wurde nicht erreicht, auch wenn das Innenministerium anderes behauptet: Tatsächlich waren es 2014 nur etwa 170.000 Flüchtlinge, die fehlenden 30.000 wurden einfach noch einmal gezählt, weil sie einen Asylfolgeantrag stellten.

Jetzt spielen die Länder das Spiel der großen Zahl. Und sich kleckern nicht, sie klotzen. Nicht 300.000 Flüchtlinge werden in diesem Jahr kommen, argwöhnen sie, nein, es werden eine halbe Million sein. Das klingt monströs und soll das Gleiche bezwecken wie die Hunderttausendergipfel zuvor: Druck machen. Den Ländern geht es ums Geld. Und auch wenn die Zahlen, mit denen sie dafür hantieren, nicht unbedingt seriös sind: Ihr Anliegen ist es.

Denn so viele Aktivitäten der Bund 2014 auch entfaltet hat, um die Flüchtlingszahlen zu drücken, so wenig hat er für eine auskömmliche Versorgung derer getan, die trotzdem kamen. Zwei Flüchtlingsgipfel waren angesetzt, um die Finanzierungsmisere zu lösen. Zuerst bot der Bund nichts und dann nur einen Kredit, der zudem noch gar nicht vollständig ausgezahlt werden soll. Doch selbst wenn das Geld flösse, das strukturelle Problem bleibt: Der

Das Spiel mit den Zahlen 1 + 1 Nach Prognosen der Bundesländer sollen dieses Jahr eine halbe Million Flüchtlinge nach Deutschland kommen. Das klingt viel, aber

finanziell derzeit bestens dastehende Bund überlässt die Finanzierung der Flüchtlinge den meist klammen Kommunen, die auf Finanzspritzen der Länder angewiesen sind. Die Folge: Zu wenig Unterkünfte und prekäre Zustände in denen, die es gibt.

Dass Länder den Prognosen des Bundes nicht trauen mögen, kann ihnen niemand verdenken. Die Große Koalition hat bei Amtsantritt versprochen, die Bearbeitungsdauer für Asylanträge auf drei Monate zu drücken. Das wäre eine echte Erleichterung gewesen, denn anerkannte Flüchtlinge fielen nicht mehr den Kommunen zur Last, sondern könnten in den Arbeitsmarkt integriert werden die Voraussetzungen dafür sind günstig. Trotz der hohen Flüchtlingszahlen. Doch selbst viele SyrerInnen warten heute acht Monate auf ihre Anhörung. Und sie werden weiter warten müssen: Beim Bundesamt für Migration und Flüchtlinge liegt ein Rückstau von 190.000 Asylanträgen.

Am Donnerstag wird die Sache bei der Ministerpräsidentenkonferenz besprochen. Seit deren letztem Treffen habe sich die Lage in nicht vorhersehbarer Weise zugespitzt , sagte deren Vorsitzender, Brandenburgs Regierungschef Dietmar Woidke. Die Kommunen stoßen an die Grenzen des finanziell Leistbaren , sagte seine rheinland-pfälzische Amtskollegin Malu Dreyer. Berlin soll also zahlen.

Solange es politisch opportun schien, hat das Innenministerium die Zahlen zu weit oben angesiedelt. Jetzt tritt das Bundesamt auf die Bremse und lehnt eine Korrektur seiner Prognose ab. Eine Anpassung für das laufende Jahr sei verfrüht . Erst im weiteren Verlauf des Jahres sei eine Korrektur durchaus möglich . Das Zahlenspiel wird weitergehen.

Solange es politisch opportun schien, hat das Innenministerium die Zahlen zu weit oben angesiedelt. Jetzt tritt das Bundesamt auf die Bremse und lehnt eine Korrektur seiner Prognose ab

Load-Date: March 23, 2015

Die Frage, wer wir sein wollen; THEATERTREFFEN 2015 Um Flucht und Migration geht es in zwei spannenden Stücken, die ab morgen beim Theatertreffen in Berlin zu sehen sind: "Die Schutzbefohlenen" von Elfriede Jelinek und "Common Ground" von Yael Ronen

taz, die tageszeitung

Donnerstag 30. April 2015

Copyright 2015 Contrapress media GmbH Vervielfältigung nur mit

Genehmigung des taz-Verlags All Rights Reserved



Section: KULTUR; S. 15

Length: 906 words

Byline: KATRIN BETTINA MÜLLER

Highlight: THEATERTREFFEN 2015 Um Flucht und Migration geht es in zwei spannenden Stücken, die ab morgen beim Theatertreffen in Berlin zu sehen sind: Die Schutzbefohlenen von Elfriede Jelinek und Common Ground von Yael Ronen

Body

VON KATRIN BETTINA MÜLLER

Das Schreckliche zu sehen, vom Schrecklichen zu erzählen und zu erleben, dass sich kaum etwas zum Besseren ändert, das ist oft Alltag in einer Zeitungsredaktion. Jetzt zum Beispiel wieder, wenn es um die Flüchtlinge geht, die in diesem April im Mittelmeer ertrunken sind, und um die Beschlüsse in der Flüchtlingspolitik von Europa, die anstelle der Hilfeleistung die Abschottung Europas wichtiger nehmen.

In dieser Situation eröffnet das Theatertreffen in Berlin am 1. Mai mit einer Inszenierung, in der Migranten und Asylbewerber aus Hamburg neben Schauspielern des Thalia-Theaters auf der Bühne stehen. Von schmerzhafter Aktualität ist die Inszenierung Die Schutzbefohlenen: Sie knüpft an eine Geschichte von nach Europa Geflüchteten an, die in Wien Kirchenasyl suchten. Die Sätze von Elfriede Jelinek brennen auch deshalb, weil immer wieder passiert, wovon ihr Text handelt. Und jedes Mal scheint schwerer zu wiegen, dass man die Geschichte schon kennt, ihre vorhersehbare Tragik, die anspringenden Reaktionen und die wieder einsetzenden Argumentationsmuster zur Abwehr derer, die nicht gewollt und zurückgedrängt werden, weg aus Europa. Die Sprache des Textes und die Bilder der Inszenierung helfen dabei, die Erzählung dessen auszuhalten, was eigentlich nicht auszuhalten ist. Sie zwingen, die Augen aufzuhalten.

Die Uraufführung der Schutzbefohlenen brachte Nicolas Stemann 2014 beim Festival Theater der Welt in Mannheim heraus. Seitdem haben mehrere Theater, unter anderem in Bremen und Wien, das Stück nachinszeniert. Der eindringliche Text, der erst in der Aufführung wechselnde Sprecher erhält, ohne durchgehende Rollen zu verkörpern, ist ein Tanz der Rhetorik, der Annahmen, der Projektionen. Es wird immer über Bande gesprochen; was denkt einer, der in Europa nicht gewollt ist, über das, was in den Köpfen der ihn Ablehnenden

Die Frage, wer wir sein wollen THEATERTREFFEN 2015 Um Flucht und Migration geht es in zwei spannenden Stücken, die ab morgen beim Theatertreffen in Berlin zu se....

vorgeht, und umgekehrt. So entsteht das Protokoll einer zynischen Haltung; von Gedanken, mit denen man nicht erwischt werden will; von rassistischen Mustern, die sich in einem bürokratischen Regelwerk tarnen; von Floskeln, die sich die Sprache der Verteidigung aussucht.

Nicolas Stemmann riskiert viel in der Inszenierung mit dem Nebeneinander von Schauspielern und Laien, von stellvertretendem Sprechen und der Existenz der Migranten und ihren Berichten. Eine sehr artifizielle Sprachkonstruktion trifft auf Naturalismus. Das Unbehagen, das dabei entsteht, aber nimmt er in Kauf. Für ihn hat all das Unausbalancierte, wie er dem Berliner tip sagte, mit unserer Hilflosigkeit zu tun, auf das schreiende Unrecht, das sich in der Flüchtlingsthematik zeigt, eine adäquate Antwort zu finden. Es reicht nicht, darüber nur Theater zu machen. Dennoch muss man es tun! .

Erschreckendes Spiegelbild

Wer wir sein wollen, entscheidet sich auch daran, wie wir jene behandeln, die uns brauchen , schrieb die Autorin Carolin Emcke in einem Kommentar zum Umgang mit den Geflüchteten in der Süddeutschen Zeitung. Das Bild der Gesellschaft, wie es aus Jelineks Text schaut, ist eine von hässlichen Egoismen durchzogene Fratze. Ein Spiegel, in dem man sich nicht erkennen will.

Um das Aushandeln des Miteinander-Lebens in einer Gesellschaft von Einwanderern geht es in einer zweiten großartigen Inszenierung, die Teil des Theatertreffens ist: In *Common Ground* , von der Regisseurin Yael Ronen und einem Ensemble aus Schauspielern am Berliner Maxim Gorki Theater entwickelt. Das Stück hat etwas Utopisches. Die meisten der Schauspieler sind Migranten, die als Kinder, Jugendliche und Erwachsene während der Balkankriege nach Deutschland kamen. Sie erzählen im Stück von einer gemeinsamen Reise nach Bosnien, vom Besuch auf den Schauplätzen von Massakern und Massengräbern, von der Arbeit mit Trauma-Opfern und der Suche nach Formen des Gedenkens. Immer wieder konfrontiert sie die Reise mit Erinnerungen und mit Feindschaften, die sie sich nicht gesucht haben, sondern in die sie hineingeboren wurden.

Stark ist *Common Ground* durch die Reflexionen der eigenen Biografien und Empfindungen der Schauspieler. Emotional geht es unter die Haut, wie junge Männer und Frauen mit Scham für etwas kämpfen, dessen ihre Väter verdächtigt werden. Oder vom schlechten Gewissen geplagt werden, weil sie in Sicherheit aufwuchsen, während ihre Familie im Krieg lebte.

Wie sich der Status, geflohen und in einem anderen Land aufgewachsen zu sein, einschreibt in die Wahrnehmung und Urteile beeinflusst, wird in diesem Stück von beinahe allen Teilnehmenden beobachtet. Die Geschichte der Kriege zwischen Serben, Kroaten und Bosniern belasten sie; aber im Umgang, den sie damit finden, entsteht zwischen ihnen eine neue Bindung und Anhänglichkeit. Man steht als Zuschauer diesen fordernden Prozess mit ihnen durch und auch die Erleichterung am Ende. Selten ist Anteilnahme im Theater so intensiv und beglückend.

Deutschland spielt in *Common Ground* eine Rolle als der Ort, an dem diese Begegnung stattfinden kann: Jeder der Schauspieler ist froh, auch einen deutschen Pass zu haben. Das Stück ist auch wie ein großartiges Geschenk, das die Schauspieler dem Land, das sie aufgenommen hat, zurückgeben.

Insofern gehören diese Inszenierungen nicht nur zu den interessantesten der letzten Spielzeit, die zu Recht für das Theatertreffen ausgewählt wurden; sondern sie zeichnen auch unterschiedliche Bilder von dem, was Gesellschaft in Zeiten der Migration sein kann. Und stellen damit die Frage, wer wir sein wollen.

Load-Date: April 29, 2015

Der Deal mit der Türkei liegt in Scherben; EU/Türkei Die Bundesregierung behauptet, das Flüchtlingsabkommen mit der Türkei habe weiter Bestand. Doch die EU rückt von einigen Zusagen bereits ab. Ausschlaggebend ist der Umgang des Landes mit der Todesstrafe

taz, die tageszeitung

Mittwoch 20. Juli 2016

Copyright 2016 Contrapress media GmbH Vervielfältigung nur mit

Genehmigung des taz-Verlags All Rights Reserved



Section: SCHWERPUNKT; S. 3

Length: 832 words

Byline: Daniel Bax

Highlight: EU/Türkei Die Bundesregierung behauptet, das Flüchtlingsabkommen mit der Türkei habe weiter Bestand. Doch die EU rückt von einigen Zusagen bereits ab. Ausschlaggebend ist der Umgang des Landes mit der Todesstrafe

Body

von Daniel Bax

BERLIN taz | Nach dem Putschversuch in der Türkei könnte der Flüchtlingsstrom nach Griechenland wieder anschwellen. Dies befürchtete der griechische Migrationsminister Ioannis Mouzalas am Montag im Parlament in Athen. Es ist sehr wahrscheinlich, dass die Vorfälle in der Türkei auch Auswirkungen auf die Flüchtlingssituation haben, zitierte ihn der griechische Fernsehsenders Skai. Mouzalas betonte, er wolle keine Panik schüren. Aber es sei nun einmal die Aufgabe des Parlaments, auf alle Eventualitäten vorbereitet zu sein.

Mit einem Flüchtlingsproblem der besonderen Art hat seine Regierung seit dem Wochenende zu tun. Da setzten acht türkische Soldaten mit einem Militärhubschrauber nach Griechenland über und beantragten politisches Asyl. Die Türkei verlangt nun die Auslieferung der Verräter, denen sie eine Beteiligung am Putschversuch vorwirft. Griechenland will den Fall erst einmal prüfen. Rechtlich liegen die Dinge völlig anders als bei Flüchtlingen aus Syrien und anderswo, denn die Türkei ist für sie kein sicherer Drittstaat, sondern ihr zunehmend unsicher werdender Herkunftsstaat.

Seit im März diesen Jahres das Flüchtlingsabkommen zwischen der EU und der Türkei in Kraft getreten ist, hat sich die Zahl der Flüchtlinge und Migranten, die von der türkischen Küste aus nach Griechenland übergesetzt haben, stark verringert von täglich bis zu 2.000 Menschen im Februar auf nur noch wenige Dutzend pro Tag im April. Doch nun wächst innerhalb der EU die Befürchtung, Ankara könne den Flüchtlingspakt einseitig aufkündigen.

Der Hamburger Politologe Ya ar Aydin hält das für unwahrscheinlich. Meines Wissens ist die Türkei bisher ihren Verpflichtungen nachgekommen und ich gehe davon aus, dass sie das auch weiter tun wird, sagte er der taz.

Der Deal mit der Türkei liegt in Scherben EU/Türkei Die Bundesregierung behauptet, das Flüchtlingsabkommen mit der Türkei habe weiter Bestand. Doch die EU rückt....

Erdoğan kann es sich nicht leisten, sich auch in der Flüchtlingsfrage mit der EU zu überwerfen und als Unterstützer von Schleuserbanden dazustehen. Er äußerte aber die Befürchtung, dass durch das Chaos im Staatsapparat eine Sicherheitslücke entsteht, die den Schleusern die Arbeit erleichtert.

Die Türkei hat der EU zugesichert, alle Flüchtlinge zurückzunehmen, die seit März neu auf den griechischen Inseln ankommen. Im Gegenzug verpflichtete sich die EU, dafür die gleiche Zahl syrischer Flüchtlinge direkt aus der Türkei aufzunehmen. Außerdem stellte die EU der Türkei in Aussicht, den Visa-Zwang für ihre Bürger aufzuheben und die Beitrittsverhandlungen zur EU wieder aufzunehmen.

Bis Juli hat die EU aber erst ganze 798 syrische Flüchtlinge aus der Türkei aufgenommen, 294 davon kamen nach Deutschland. Kanzleramtsminister Peter Altmaier (CDU) ist dennoch der Ansicht, dass das Flüchtlingsabkommen weiter Bestand habe. Beide Seiten müssten ihre Verpflichtungen weiterhin erfüllen, und das werden sie auch tun, sagte er der Saarbrücker Zeitung.

Allerdings ist die EU von einigen Zusagen bereits abgerückt. Weil sich Ankara schon vor dem Putsch weigerte, seine Terrorismusgesetze abzuschwächen, wurde die Visa-Frage auf die lange Bank geschoben. Zuletzt wurde der Oktober als Termin für das Ende der Visa-Pflicht genannt. EU-Kommissar Günther Oettinger hält eine solche Entscheidung noch in diesem Jahr nun aber für unwahrscheinlich. Er gehe davon aus, dass es zum Jahreswechsel noch keine Regelung geben werde. Scharf kritisierte er, dass die Immunität von Abgeordneten aufgehoben wurde, Journalisten eingeschüchtert und jetzt missliebige Richter zu Tausenden aus dem Verkehr gezogen würden.

Mehrere EU-Politiker, darunter die EU-Außenbeauftragte Federica Mogherini, sehen die zur Zeit debattierte Wiedereinführung der Todesstrafe als rote Linie der Beitrittsverhandlungen. Das gilt nicht nur für die EU, sondern auch für den Europarat. Das Gremium erklärte, mit der Todesstrafe könne die Türkei dort nicht mehr Mitglied sein.

Seit dem gescheiterten Putsch vom Freitag wurden in der Türkei 8.660 Menschen festgenommen, unter ihnen dutzende Generäle, Richter und Staatsanwälte. Knapp 30.000 Staatsbeamte wurden suspendiert.

Eine Massenflucht wie nach dem Putsch von 1980 befürchtet der Politologe Yaşar Aydın deshalb aber noch nicht. Gerade die vielen jetzt vom Dienst suspendierten Beamten, die weiterhin ihr Gehalt beziehen und die bisher mit ihren grünen Pässen problemlos nach Europa reisen konnten, werden zunächst abwarten, wie sich die Dinge weiter entwickeln, sagt Aydın.

Allerdings vermutet er, dass viele Hochqualifizierte sich nach Arbeit in Deutschland oder in den USA umschauchen werden, weil sie über die Entwicklung in der Türkei besorgt sind. Einen solchen Exodus gab es schon vorher, und der wird sich fortsetzen, prognostiziert der Politologe.

Griechenland -fürchtet, die Zahl der Flüchtlinge in der Ägäis könnte wieder steigen. Acht Soldaten haben dort nach dem Putschversuch außerdem politisches Asyl beantragt, die Türkei verlangt ihre Auslieferung

Türkei

Die im Zuge des Flüchtlingsdeals mit Ankara vereinbarte Visafreiheit rückt in weite Ferne. Vor allem die Todesstrafe ist eine rote Linie

Load-Date: July 19, 2016

Mehr als nur Deutsch lernen; Bildung Neuzuwanderer-Klassen sollen Geflüchtete auf den Arbeitsmarkt vorbereiten. Lamin Jawara träumt davon, Metallbauer zu werden

taz, die tageszeitung

Dienstag 15. September 2015

Copyright 2015 Contrapress media GmbH Vervielfältigung nur mit

Genehmigung des taz-Verlags All Rights Reserved



Section: HINTERGRUND; S. III

Length: 867 words

Byline: Julian Rodemann

Highlight: Bildung Neuzuwanderer-Klassen sollen **Geflüchtete** auf den Arbeitsmarkt vorbereiten. Lamin Jawara träumt davon, Metallbauer zu werden

Body

Der Bär aus Messing glänzt hell. Lamin Jawara stellt ihn mitten auf den Tisch. Er streicht vorsichtig über die glatt polierten Kanten des Berliner Wappentiers und grinst. Den habe ich gemacht , sagt er.

Lamin Jawara kommt aus Guinea-Bissaus Hauptstadt Bissau. Er entfloh den Wirren des Militärputsches im April 2012. Truppen des Generals Mamadu Ture und Soldaten der Regierung lieferten sich Straßengefechte in Jawaras Heimatstadt. Seit Mai 2014 lebt der 18-Jährige in Berlin. Genauer: in Kreuzberg, nur zwei Straßen von der Hans-Böckler-Schule entfernt. Dort, an den Werkbänken der Berufsschule, ist sein Messing-Bär entstanden.

Lamin Jawara ist einer von 36 **Flüchtlingen**, die in drei sogenannten Neuzuwanderer-Klassen Deutsch, Mathe und Englisch lernen. Neuzuwanderer das sind laut Goethe-Institut alle **MigrantInnen**, die später als 2004 nach Deutschland gekommen sind. Die Lehrgänge an der Berufsschule dauern ein Jahr und werden seit Anfang dieses Jahres angeboten. Auch praktischer Unterricht in der Metallwerkstatt steht auf dem Stundenplan. Ziel ist es, den **Flüchtlingen** den Weg zu einem Ausbildungsplatz zu ebnen.

Die Flüchtlinge können ohnehin nicht acht Stunden am Tag Deutsch lernen , sagt Schulleiter Thomas Pinnow. So üben sie schon mal, was bei der Suche nach einem Ausbildungsplatz zählt: Sie schweißen, löten, feilen und polieren Metalle in der Werkstatt.

Jawaras Lieblingsfach ist Deutsch. Heute geht es um Imperative. Jawara rückt sein Arbeitsblatt zurecht, nimmt einen Schluck aus der Energydrink-Dose. Was war nochmal die Befehlsform von wechseln ? Er schreibt wechsele . Frau Podskarbi, seine Lehrerin, kontrolliert gerade die Lösungen seines Sitznachbarn Ssade aus dem Libanon. Sie müssen schauen, worauf sich das Verb bezieht , sagt sie. Ssade nickt.

Mehr als nur Deutsch lernen Bildung Neuzuwanderer-Klassen sollen Geflüchtete auf den Arbeitsmarkt vorbereiten. Lamin Jawara träumt davon, Metallbauer zu werden....

Neben Jawara und Ssade sitzen sechs weitere Flüchtlinge im Klassenzimmer. Maximal zwölf Schüler zählt eine Neuzuwanderer-Klasse. In Guinea-Bissau hatte ich fast 50 Klassenkameraden, sagt Jawara und lacht. Schon damals habe er nach der Schule handwerklich gearbeitet. Nach dem Lehrgang in der Neuzuwanderer-Klasse möchte er eine Ausbildung beginnen, am liebsten zum Metallbauer.

Trotz der Schwierigkeiten mit der Sprache sind die Neuzuwanderer sehr motiviert, sagt Schulleiter Pinnow. Einige wollten sogar in den Sommerferien zur Schule gehen. Was viele antreibt, ist die Aussicht auf einen Ausbildungsplatz. Der Bedarf ist groß: Vergangenes Jahr blieben in Deutschland etwa 37 000 Lehrstellen unbesetzt.

Viele Betriebe scheuen sich jedoch, Flüchtlinge als Azubis einzustellen. Ein Grund könnte sein: Wenn ein Flüchtling noch kein Asyl bekommen hat und die Unternehmen ihn einstellen, riskieren sie, dass ihr Azubi abgeschoben wird, sagt Pinnow. In den einjährigen Neuzuwanderer-Klassen können die Flüchtlinge die Zeit ihres Asylverfahrens sinnvoll überbrücken.

Lamin Jawara fühlt sich an der Hans-Böckler-Schule wohl. Die Kreuzberger Schule hat Erfahrung mit Migranten, in manchen Klassen liegt der Anteil über 80 Prozent. Sie bildet circa 1.000 Jugendliche aus, die meisten davon zum Karosseriemechaniker oder Metallbauer. Dass Jawara hier gelandet ist, war kein Zufall.

Wir fragen die Menschen nach ihren Neigungen, bevor wir sie an die Berufsschulen vermitteln, sagt Tatjana Rest von der Berliner Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Sport. Bedeutet: Wer sich zum Beispiel für Mode interessiert, besucht eine Berufsschule für Mode und Bekleidung. Über 500 minderjährige Flüchtlinge haben Rest und ihre Kollegen so schon an die Schulen gebracht.

Lamin Jawaras Eltern sind tot, er kam allein nach Deutschland. Ein Sozialarbeiter kümmerte sich nach der Registrierung in Berlin um ihn. An der Hans-Böckler-Schule habe er mittlerweile neue Vertrauenspersonen gefunden. Die Lehrer seien nett und geduldig. Das kenne ich aus meiner Heimat anders, sagt Jawara.

Sein Asylverfahren läuft noch seit bald eineinhalb Jahren. Die Chancen, eine Aufenthaltserlaubnis zu bekommen, sind gering. Vergangenes Jahr lag die Schutzquote bei Asylanträgen aus Guinea-Bissau bei mickrigen 0,8%. Trotzdem hofft Jawara, hier bleiben zu können. Ich habe einen Rechtsanwalt, der mir mit den Anträgen hilft, sagt er.

Der heute 18-Jährige war insgesamt zwei Jahre lang auf der Flucht. Die Bilder der Gewalt in seiner Heimat habe er nicht vergessen, erzählt er. Da helfe ihm der geregelte Tagesablauf sehr, in Deutschland Fuß zu fassen: Ich bin bis halb zwei in der Schule, danach esse ich meist in der Cafeteria. Nachmittags spielt Jawara Basketball. Bis vor kurzem trainierte er mehrmals in der Woche. Jetzt ist Jawara nur noch ab und zu auf dem Sportplatz. Ich will mich voll und ganz auf den Unterricht konzentrieren, sagt er. Julian Rodemann

Sie schweißen, löten, feilen und polieren Metalle in der Werkstatt

Guinea-Bissau

Das westafrikanische Land mit 1,7 Millionen Einwohnern erkämpfte sich 1975 die Unabhängigkeit von Portugal. Es zählt zu den ärmsten Ländern der Welt. Seit die sozialistische Befreiungsbewegung PAIGC 1998/99 in einem Bürgerkrieg die Macht verlor, wechseln sich kurzlebige gewählte Regierungen und Militärregime ab. Zuletzt gab das Militär 2014 die Macht wieder ab und die PAIGC unter José Mario Vaz gewann freie Wahlen.

Load-Date: September 14, 2015

Auf der Suche nach Profil; POSITIONIERUNG Die CDU beschließt auf ihrem Parteitag, ihr Glück beim Thema Flüchtlinge irgendwo zwischen SPD und AfD zu suchen

taz, die tageszeitung

Donnerstag 28. Mai 2015

Copyright 2015 Contrapress media GmbH Vervielfältigung nur mit

Genehmigung des taz-Verlags All Rights Reserved



Section: HAMBURG AKTUELL; S. 24

Length: 470 words

Byline: MARCO CARINI

Highlight: POSITIONIERUNG Die CDU beschließt auf ihrem Parteitag, ihr Glück beim Thema Flüchtlinge irgendwo zwischen SPD und AfD zu suchen

Body

VON MARCO CARINI

Am Ende stand ein Doppelbeschluss nach Aschenputtel-Prinzip: Die Guten ins Töpfchen, die Schlechten ins Kröpfchen. Die Guten, das sind für die Hamburger CDU, die auf ihrem Landesparteitag am Dienstag einen Leitantrag zur Flüchtlingspolitik diskutierte, die Kriegsflüchtlinge vor allem jene aus Syrien und Afghanistan. Sie sollen künftig schneller integriert werden. Es ist unsere christliche und humanitäre Pflicht, Kriegs- und Krisenflüchtlingen, die in ihrer Not zu uns kommen, Hilfe zu leisten, heißt es in dem vorgelegten Papier.

Die Schlechten, das sind Armuts- und Wirtschaftsflüchtlinge, die weder Krieg noch Verfolgung ausgesetzt waren und das Asylrecht nur missbrauchen, wie es heißt. Sie sollen schneller abgeschoben und häufiger in Abschiebehaft genommen werden. Das gelte auch für die Gruppe der sogenannten Lampedusa-Flüchtlinge, soweit sie ausreisepflichtig sind.

Mit großer Mehrheit verabschiedete der CDU-Parteitag ihren Aschenputtel-Antrag im Bürgerhaus Wilhelmsburg. Ebenfalls beschlossen wurde ein von der Altonaer CDU um den Ex-Parteichef Marcus Weinberg und der Bürgerschaftsabgeordneten Franziska Grunwald formulierter Zusatzantrag. Darin werden konkrete Maßnahmen für die Integration von Flüchtlingen in den Arbeitsmarkt und in die Sportvereine gefordert.

Gut eine Stunde lang debattierten die Mitglieder auf ihrem Parteitag lebhaft über die beiden Anträge. Einige versuchten noch, die Akzente des schon vorab parteiintern sorgsam austarierten Textes noch in die eine oder andere Richtung nachzujustieren, doch schließlich fand keiner der Änderungsanträge eine Mehrheit.

Auf der Suche nach Profil POSITIONIERUNG Die CDU beschließt auf ihrem Parteitag, ihr Glück beim Thema Flüchtlinge irgendwo zwischen SPD und AfD zu suchen

In der offenen Debatte gab es auch vereinzelt durchaus selbstkritische Töne, etwa als einer der Redner sich nach der mehrfachen Verwendung von Begriffen wie Asylmissbrauch , Leitkultur und falsche Migrationsanreize allzu sehr an den Sprachgebrauch der AfD erinnert fühlte.

Mit ihrem Doppelbeschluss hofft die CDU, für die Flüchtlings-Debatte der kommenden Monate gerüstet zu sein und sich erfolgreich zwischen SPD und AfD positionieren zu können. Während Fraktionschef André Trepoll die aus seiner Sicht wenig konsequente Abschiebepolitik des Senats genauso kritisierte wie den dumpfen Populismus der AfD, betonte Parteichef Roland Heintze, die CDU müsse als Volkspartei mit beiden Flügeln schlagen, aber in eine Richtung fliegen .

Viele Redner beklagten die lange Dauer der Asylverfahren und die wenig rigide Rückführungspolitik des Senats kannten aber offenbar die neuesten Zahlen nicht: Denn die durchschnittliche Dauer der Asylverfahren verkürzte sich in den ersten vier Monaten dieses Jahres gegenüber 2014 von 10,9 auf 3,9 Monate. Auch Abschiebungen und sogenannt freiwillige überwachte Ausreisen verdoppelten sich fast: von 724 im Jahr 2013 auf 1.304 im vergangenen Jahr.

taz.nord SEITE 21

Load-Date: May 27, 2015

Kirchenasyl kann vorerst weitergehen

taz, die tageszeitung

Samstag 28. Februar 2015

Copyright 2015 Contrapress media GmbH Vervielfältigung nur mit

Genehmigung des taz-Verlags All Rights Reserved



Section: AKTUELLES; S. 06

Length: 330 words

Byline: CHRISTIAN JAKOB

Body

BERLIN taz | Das Innenministerium wird vorerst nichts unternehmen, um Kirchenasyle zu erschweren. Darauf haben sich Vertreter der beiden Kirchen und des Bundesamts für Migration und Flüchtlinge (BAMF) geeinigt. Die Kirchen sollen aber in einem sechsmonatigen Pilotprojekt Fälle, die in ein Kirchenasyl münden könnten, vom BAMF überprüfen lassen. Dieses Modell soll künftig bestimmte Kirchenasyle überflüssig machen.

Das Bundesamt verzichtet im Gegenzug darauf, die Abschiebefrist für die besonders umstrittenen Dublin-Fälle zu verlängern. Das hätte dazu geführt, dass Gemeinden Flüchtlinge nicht wie bislang 6, sondern 18 Monate lang aufnehmen müssten, um sie vor einer Abschiebung zu bewahren. Dies werde erst einmal nicht diskutiert, sagte ein Sprecher. Innenminister Thomas de Maizière (CDU) erklärte, beide Seiten hätten sich darauf verständigt, dass Kirchenasyl nur in Einzelfällen bei begründbaren und belegbaren besonderen Härten in Betracht komme. Die Tradition des Kirchenasyls werde nicht infrage gestellt, doch solle mit dem Mittel nicht das Ziel verfolgt werden, systematische Kritik am EU-Asylrecht zu üben.

Hintergrund der Auseinandersetzung ist die steigende Zahl von Kirchenasylen in Deutschland. Derzeit sind mindestens 411 Flüchtlinge in Kirchengemeinden untergebracht, unter ihnen 125 Kinder. Die Zahl hat sich seit Anfang 2014 fast versiebenfacht. De Maizière hatte den Kirchen vorgeworfen, sich mit ihrer Praxis über geltendes Recht zu stellen. Er verglich das Kirchenasyl mit der islamischen Scharia, nahm dies später aber zurück.

Die Vorsitzende der Bundesarbeitsgemeinschaft Asyl in der Kirche, Dietlind Jochims, sagte der taz, sie sei erleichtert, dass die grundsätzlichen Vorwürfe an die Tradition Kirchenasyl vom Tisch seien. Sie wertete die Bemühungen des BAMF, für Härtefälle eine Lösung zu finden, positiv. Völlig offengeblieben sei aber, was geschehe, wenn sich Kirchen und BAMF über das Vorliegen eines Härtefalls nicht einig sind. CHRISTIAN JAKOB

Load-Date: February 27, 2015

Agentur: Weitere Leichen in der Ägäis geborgen; Flüchtlinge Über 1.000 Personen sind am Montag im Hafen von Piräus angekommen. Opferzahl steigt

taz, die tageszeitung

Dienstag 26. Januar 2016

Copyright 2016 Contrapress media GmbH Vervielfältigung nur mit

Genehmigung des taz-Verlags All Rights Reserved



Section: AUSLAND; S. 10

Length: 212 words

Highlight: **Flüchtlinge** Über 1.000 Personen sind am Montag im Hafen von Piräus angekommen. Opferzahl steigt

Body

Athen dpa | In der griechischen Hafenstadt Piräus sind am Montag 1.481 **Migranten** und **Flüchtlinge** an Bord von drei Fähren von den Inseln Lesbos und Chios angekommen. Dies teilte die Küstenwache mit. Die **Flüchtlinge** stammten mehrheitlich aus Syrien. Es seien aber auch viele **Migranten** aus Pakistan und nordafrikanischen Staaten wie Marokko angekommen, berichtete das Staatsradio.

In diesem Jahr verloren bereits zahlreiche Menschen ihr Leben bei dem Versuch, über das Mittelmeer nach Europa zu kommen. Beamte der Küstenwache entdeckten vor der Insel Samos zwei Tote, eine weitere, bereits stark verwesene Leiche wurde vor der nördlichen Sporaden-Insel Skyros geborgen. Bis zum 23. Januar wurden nach Angaben des UN-Hilfswerks 149 Menschen tot geborgen oder werden vermisst. Auch die Zahl der Migranten und Flüchtlinge, die aus der Türkei nach Griechenland kommen, steigt weiter: Bis zum 23. Januar kamen 43.921 Personen über die Türkei in Griechenland an.

In Kroatien und Slowenien, den beiden zentralen Ländern auf der Balkanroute für Flüchtlinge, wurde am Montag bis Mittag nicht ein einziger Transitreisender registriert. Insgesamt wurden im Januar bisher fast 48.000 Menschen gezählt, die nach Österreich und Deutschland weiterreisten, wie die Polizei in Ljubljana berichtete.

Load-Date: January 25, 2016

Mit freundlichen Grüßen von der IS-Behörde ; Migration i In Dithmarschen erhalten junge Flüchtlinge keinen Vormund weil sie Telefonkontakte zu ihren Eltern haben. Flüchtlingsverband hält die Entscheidung für rechtswidrig. Die Lebenswirklichkeit in den Herkunftsländern blende sie völlig aus

taz, die tageszeitung

Mittwoch 23. Dezember 2015

Copyright 2015 Contrapress media GmbH Vervielfältigung nur mit

Genehmigung des taz-Verlags All Rights Reserved



Section: NORD AKTUELL; S. 49

Length: 760 words

Byline: Esther Geißlinger

Highlight: **Migration** i In Dithmarschen erhalten junge **Flüchtlinge** keinen Vormund weil sie Telefonkontakte zu ihren Eltern haben. **Flüchtlingsverband** hält die Entscheidung für rechtswidrig. Die Lebenswirklichkeit in den Herkunftsländern blende sie völlig aus

Body

von Esther Geisslinger

Der Jugendliche, der aus einem Bürgerkriegsland stammt, weiß, dass seine Eltern noch leben, weil er hin und wieder mit ihnen telefoniert oder per Whats-App Botschaften erhält. Das reichte vor dem Amtsgericht Meldorf im Kreis Dithmarschen aus, um das Vormundschafts-Verfahren zu beenden: Das Jugendamt, das den amtlichen Fürsprecher beantragt hatte, zog zurück. Motto: Wenn Kontakt zu den Eltern bestehe, könnten die schließlich selbst Papiere unterzeichnen und Entscheidungen für ihr Kind treffen.

Unklar ist, ob der Richter erkennen ließ, dass er den Antrag abgelehnt hätte: Einen entsprechenden Hinweis gab es nicht, sagt Gerichtssprecher Philipp Terhorst. Andere Quellen machen dagegen das Gericht verantwortlich. So oder so: Es ist rechtswidrig, Jugendliche ohne Vormund zu lassen, sagt Ulrike Schwarz vom Bundesverband unbegleitete minderjährige **Flüchtlinge** (B-UMF) in Berlin.

Sie beruft sich auf die seit dem 1. Januar 2014 geltende EU-Aufnahmerichtlinie, die die Rolle und die Rechte unbegleiteter minderjähriger Flüchtlinge beschreibt. Spätestens seit Juli 2015 muss diese Richtlinie auch in Deutschland umgesetzt werden, sagt Schwarz.

Neben der rechtlichen Seite erinnert die Lobbyistin an die lebenswirkliche: Es ist eine surreale Vorstellung, dass Eltern, die in Syrien, Somalia, Afghanistan leben oder gar selbst auf der Flucht sind, ein deutsches Behördenformular ausfüllen, es durch einen amtlichen Übersetzer beglaubigen lassen und zurücksenden mit freundlichen Grüßen und Stempeln von der örtlichen IS-Behörde.

Mit freundlichen Grüßen von der IS-Behörde Migration i In Dithmarschen erhalten junge Flüchtlinge keinen Vormund weil sie Telefonkontakte zu ihren Eltern habe....

Notwendig sind solche Verfahren, weil alleinreisende minderjährige Flüchtlinge einen Sonderstatus besitzen: Für sie gilt in erster Linie nicht Ausländer-, sondern Jugendrecht. Damit ist das Jugendamt zuständig bis November jeweils in dem Kreis oder der Stadt, in der ein Jugendlicher registriert wurde.

Doch weil zurzeit Verkehrsknotenpunkte und grenznahe Gemeinden überlastet sind, werden die minderjährigen Unbegleiteten nun bundesweit auf alle Orte verteilt, so auch nach Dithmarschen, wo zwei Dutzend Jugendliche ankamen. Einige hatten bereits Vormünder, für die restlichen müssen die amtlichen Fürsprecher beim Meldorfer Gericht beantragt werden.

Nach taz-Informationen wurden die Anträge in mindestens zwei Fällen wegen des Elternkontakts zurückgezogen, weitere Verfahren sind noch nicht entschieden. Die Jugendlichen bleiben in der Obhut des Jugendamtes und leben in einer Wohngruppe. Doch Entscheidungen für sie treffen oder das Asylverfahren einleiten, damit sie möglichst schnell ihren Status klären können, darf laut dem Gesetz zur Verbesserung der Unterbringung, Versorgung und Betreuung ausländischer Kinder und Jugendlicher nur der Vormund.

Sich selbst vertreten darf ein Jugendlicher erst mit 18. Dann aber greift das härtere Asylbewerbergesetz. Auf Anfrage der taz verwies Gerichtssprecher Terhorst auf die Gesetzeslage, die es Jugendämtern verbietet, Kinder unter Vormundschaft zu stellen, wenn Kontakt zu den leiblichen Eltern besteht, auch wenn diese im Ausland sind doch auf die Sondersituation der minderjährigen Flüchtlinge treffe diese Regel nicht zu, sagt Schwarz vom B-UMF: Diese Jugendlichen brauchen einen rechtlich qualifizierten Vertreter, der sich auf deutschem Boden aufhalten muss. Der Kontakt zu den Eltern ist emotional wichtig für die Jugendlichen auf ihren Anspruch auf einen Vormund hat das keinen Einfluss.

Ende November gab es 2.714 unbegleitete Jugendliche im Land, über 440 mehr als Anfang November. Wie unterschiedlich die Vorgehensweise sein kann, zeigt der Kreis Nordfriesland, der an Dithmarschen angrenzt: Zwar spricht auch Jugendamtsleiter Daniel Thomsen vom allgemeinen Chaos. Er hat aber bereits eine Jugendherberge für die unbegleiteten Minderjährigen angemietet, darüber hinaus sucht der Kreis Gastfamilien. Und ohne Frage ist klar: Jeder einzelne Jugendliche benötigt einen Vormund.

Umgang mit Jugendlichen

Die aktuelle Zahl der unbegleiteten minderjährigen Flüchtlinge neu: unbegleitete minderjährige AusländerInnen ist unbekannt, Schätzungen gehen von bundesweit rund 30.000 aus.

Die meisten sind zwischen 16 und 18 Jahre alt und männlich.

Seit November werden sie bundesweit nach dem Königsteiner Schlüssel auf die Kreise und Städte verteilt.

Für junge Flüchtlinge werden die Jugendhilfestandards etwa was Zimmergrößen oder Betreuerzahl angeht aufgeweicht.

Gastfamilien werden gesucht, wo es geht.

Abgeschoben werden Jugendliche nicht, allerdings unterliegen sie ab 18 dem Ausländerrecht ist dann kein Antrag gestellt, wird es schwierig.

Load-Date: December 22, 2015

Weg vom rechten Rand; Krise, welche Krise? Für die städtische Wohnungsbaugesellschaft von Frankfurt (Oder) sind die vielen Flüchtlinge willkommene neue Mieter

taz, die tageszeitung

Dienstag 29. Dezember 2015

Copyright 2015 Contrapress media GmbH Vervielfältigung nur mit

Genehmigung des taz-Verlags All Rights Reserved



Section: MEINUNG UND DISKUSSION; S. 12

Length: 1047 words

Byline: Milena Manns

Highlight: Krise, welche Krise? Für die städtische Wohnungsbaugesellschaft von Frankfurt (Oder) sind die vielen **Flüchtlinge** willkommene neue Mieter

Body

Es war einmal eine Zeit, in der aus Frankfurt (Oder) nichts Gutes zu vernehmen war: Demografischen Wandel, Kinder- und Altersarmut und Überalterung der Bevölkerung beklagten die Sozialverantwortlichen, Schrumpfung und Abriss die Stadtplaner. Fehlende Arbeitsplätze und Fachkräftemangel ergänzte die Wirtschaft, Wohnungsleerstand die Wohnungswirtschaft. Hinzu kam ein unklares Selbstbild. Frankfurt (Oder) Kleiststadt, Frankfurt (Oder) Universitätsstadt, Frankfurt (Oder) Sportstadt, versuchten die Marketingexperten die eigenen Stärken zu beschreiben. In Frankfurt (Oder) ist nischlos, verhielt sich Frankfurter Mund. Berlin ist größer, bunter, soziokultureller, schlossen die Studierenden das Klagegedicht.

Jetzt ist eine Zeit gekommen, in der Minus und Minus endlich zu Plus werden, die einstigen Mängel zum Standortvorteil werden. Auch Frankfurt (Oder) ist verpflichtet, **Flüchtlinge** aufzunehmen. Dieser sozialen Verantwortung stellen sich Frankfurter Akteure der Integrationsarbeit verantwortungsbewusst und engagiert und gestalten gemeinsam den frankfurterischen Weg des guten Zusammenlebens in der Stadt.

Jedem Flüchtling eine Wohnung

Der Boden für diese Chance ist der vermietungsfähige Leerstand im kommunalen Wohnungsunternehmen (WOWI). Genährt wird sie durch einen verhältnismäßig nicht überfordernden quantitativen Zustrom von Flüchtlingen: Am 30. 11. 2015 befanden sich 551 Flüchtlinge in kommunaler Verantwortung und 780 Personen in Außenstellen der Erstaufnahmeeinrichtung des Landes in Frankfurt (Oder). Zur Blüte kommt sie schließlich durch den Konsens zwischen Verwaltung, kommunaler Wohnungswirtschaft und Politik die dezentrale Unterbringung von Flüchtlingen in Wohnungen ist das oberste Ziel in Frankfurt (Oder). Die sonst als mühsam empfundenen kurzen Kommunikationswege werden jetzt zum schnellen Dialog genutzt.

Weg vom rechten Rand Krise, welche Krise? Für die städtische Wohnungsbaugesellschaft von Frankfurt (Oder) sind die vielen Flüchtlinge willkommene neue Mieter

Stadt und Wohnungswirtschaft haben eine weitreichende Kooperationsvereinbarung getroffen. Insgesamt können bis zu 480 Asylsuchende mit Wohnraum versorgt werden. Und sie werden nicht einfach nur versorgt. Die soziale Mischung bleibt durch ein Belegungsmanagement mit klar definierten Grenzen gewährleistet. Die Flüchtlinge erhalten mehrere Wohnraumangebote, besichtigen und wählen selbst zwischen ihnen aus. Sie werden reguläre Vertragspartner, sodass bei Bleibeaussichten ein direktes Mietverhältnis unproblematisch möglich wird. Zur Intensivierung der dezentralen Unterbringung folgte im September ein Generalmietvertrag zwischen Stadt und WOWI. Das unkomplizierte Verfahren ermöglicht es der Stadt, Wohnungen zügiger zu möblieren und Bewohner mit Wohnraum zu versorgen.

Die künftigen Mieter werden bereits in der Gemeinschaftsunterkunft darauf vorbereitet: Ein Schulungsprogramm informiert über das Zusammenleben in einer deutschen Nachbarschaft. Begleitende Informationen liefert ein Wegweiser, der in sieben Sprachen dafür sorgt, dass es mit dem Nachbarn klappt. Stadt und Wohnungswirtschaft gehen einen transparenten und entschiedenen Weg der Kommunikation: Asyl ist ein Grundrecht und darum nicht verhandelbar. Dazu gehört verantwortungsvolles Handeln und eine verantwortungsbewusste Kommunikation: FAQs rund um die Thematik Asyl und Flucht sorgen per Flyer und Internetseite für den Abbau von Vorurteilen und sensibilisieren zu Fluchthintergründen. Ein Mieteranschreiben informiert die Alteingesessenen über die Neu-Frankfurter in ihrer Nachbarschaft, eine Info-Hotline steht für alle Fragen zur Verfügung.

Jedem Asylsuchenden stehen ein Sozialarbeiter und ein Kundenbetreuer an der Seite. Auch die Hauswarte werden einbezogen und auf ihren Einsatz als erste Mittler vor Ort vorbereitet. Weitere Gesprächsrunden in den eigenen WOWI-Seniorentreffs und mit Mieterbeiräten soll die Informations- und Dialogkultur weiter in die Tat umsetzen und Empathie sowie Sensibilität aufbauen.

Und wenn sie ihren frankfurterischen Weg gegangen sind, dann leben sie künftig in einem bunten, attraktiven, mittelgroßen Frankfurt (Oder), von dem man nicht mehr erklären muss, dass es noch ein zweites gibt. Entgegen der Aussage vom Innenminister Schröter, Frankfurt (Oder) sei nicht einmal für Flüchtlinge attraktiv, haben Asylsuchende in der Stadt an der Oder ein neues Zuhause nach dem Geist Kleists gefunden: Ein freier, denkender Mensch bleibt nicht da stehen, wo der Zufall ihn hinstößt; oder wenn er bleibt, so bleibt er aus Gründen, aus Wahl des Bessern.

Lust auf Migrationshintergrund

Und wenn sie ihren frankfurterischen Weg gegangen sind, dann wird geschehen, was Dirk Wilking vom Brandenburgischen Institut für Gemeinwesenberatung bei der 1. Integrationskonferenz 2015 formulierte: Rechtsradikale ärgert es tierisch, wenn Menschen sagen, dass sie Lust auf Menschen mit Migrationshintergrund haben, dass wir sie brauchen und uns von der Vielfalt bereichert sehen.

Die Willkommenskultur wird in Frankfurt nicht propagiert, sondern ohne viel Gequatsche auf allen gesellschaftlichen Ebenen gelebt werden. Die qualitativ und quantitativ guten Angebote in der Sportlandschaft und in der Kindertagesbetreuung werden ihren Dienst als Integrationsmotoren getan haben.

Und wenn sie ihren frankfurterischen Weg gegangen sind, wird wie der marginal man beim Kulturosoziologen Robert Ezra Park die Perspektive der Neu-Frankfurter auf die deutsche Gesellschaft, auf die Frankfurter Eigenheiten dazu genutzt werden, den eigenen Horizont zu erweitern, sich auf den Weg zum Übergang zu einer neuen integrativen Ära zu bewegen.

Und wenn sie ihren frankfurterischen Weg gegangen sind, wird es eine gestärkte mittlere Altersstruktur, (volkswirtschaftlich) gesunden Leerstand ohne Konkurrenz auf dem Wohnungsmarkt geben. Gut ausgebildete junge Menschen haben Jobs im Gesundheits-, Pflege- und Bildungs-Sektor. Die Straßen sind belebt, die Bürgergesellschaft gestärkter denn je, die Stadtquartiere quirlig. Frankfurt (Oder) ist nicht das kleine oder das andere Frankfurt, sondern selbstbewusste Brückenbauerstadt.

Weg vom rechten Rand Krise, welche Krise? Für die städtische Wohnungsbaugesellschaft von Frankfurt (Oder) sind die vielen Flüchtlinge willkommene neue Mieter

Jetzt ist eine Zeit gekommen, in der Minus und Minus endlich zu Plus werden

Milena Manns

hat einen akademischen Abschluss als Master of Arts Intercultural Communication Studies. Die 33-Jährige ist Sozialmanagerin und Quartiersbetreuerin bei der Wohnungswirtschaft Frankfurt (Oder) GmbH. Nach Frankfurt kam sie 2003 für ihr Studium an der Viadrina.

Load-Date: December 28, 2015

End of Document

Heikle Konkurrenz; Barbara Dribbusch über Niedriglöhne für Flüchtlinge

taz, die tageszeitung

Dienstag 16. Februar 2016

Copyright 2016 Contrapress media GmbH Vervielfältigung nur mit

Genehmigung des taz-Verlags All Rights Reserved



Section: MEINUNG UND DISKUSSION; S. 12

Length: 326 words

Byline: Barbara Dribbusch

Body

Barbara Dribbusch über Niedriglöhne für Flüchtlinge

Manche Vorschläge verschärfen Probleme, statt sie zu lösen. Die CDU will Arbeitgebern gestatten, Flüchtlinge für das erste halbe Jahr als Praktikanten zu einem Entgelt unterhalb des Mindestlohns von 8,50 Euro zu beschäftigen. Ursprünglich hatte die Union noch gefordert, Flüchtlinge im ersten halben Jahr der Beschäftigung zu einem Entgelt unterhalb des Mindestlohns regulär anzustellen. Nach Protest der SPD hat die Union eilends den Begriff des Praktikanten nachgeschoben, was die Sache aber nicht besser macht. Denn das Problem bleibt: Flüchtlinge, die zum Billigstlohn arbeiten, werden von anderen Beschäftigten als verhasste Dumping-Konkurrenz begriffen. Nichts ist politisch so schädlich wie Schwache gegeneinander aufzuhetzen.

Das gilt auch für die geplanten Beschäftigungsmaßnahmen. Sozialministerin Andrea Nahles (SPD) würde gern 100.000 1-Euro-Jobs für Flüchtlinge einrichten, die mit Mehrkosten von etwa 450 Millionen Euro im Jahr zu Buche schlagen. Solche Arbeitsgelegenheiten etwa als Servicekräfte in Flüchtlingsheimen wären sinnvoll, damit könnten Asylberechtigte auch ihre Herkunftssprachen einsetzen.

Man wird Strukturen eines zweiten Arbeitsmarktes für Flüchtlinge einführen müssen, denn Hunderttausende von ihnen sitzen derzeit untätig in den Heimen herum und vernichten ihre Lebenszeit, fast so, als wären sie im Gefängnis.

Allerdings: 1-Euro-Jobs etwa im Flüchtlingsbereich müssen unbedingt auch für einheimische Langzeitarbeitslose verfügbar sein, viele von ihnen haben ja auch Migrations-hintergrund. Nur mit dieser Öffnung verhindert man den Neid der ansässigen Chancenarmen auf die Flüchtlinge.

Diesen Sozialneid der Schwachen zu verhindern wird die eigentliche Integrationsaufgabe der Zukunft sein. Es wird teuer. Man wird mittelfristig auch nicht umhinkönnen, dafür Steuer-lasten zu erhöhen.

Inland 6 SEITE

Nichts ist politisch so schädlich, wie die Schwachen gegeneinander aufzuhetzen

Heikle Konkurrenz Barbara Dribbusch über Niedriglöhne für Flüchtlinge

Load-Date: February 15, 2016

End of Document

Czaja: Hangars sollen bis Jahrseende leer sein; Asyl Flughafen soll zentrale Anlaufstelle werden und nur noch 72-Stunden-Kurzzeitunterkunft

taz, die tageszeitung

Mittwoch 20. Juli 2016

Copyright 2016 Contrapress media GmbH Vervielfältigung nur mit

Genehmigung des taz-Verlags All Rights Reserved



Section: BERLIN; S. 23

Length: 485 words

Byline: Stefan Alberti

Highlight: Asyl Flughafen soll zentrale Anlaufstelle werden und nur noch 72-Stunden-Kurzzeitunterkunft

Body

Ab Jahresende soll kein **Flüchtling** mehr dauerhaft in den Hangars des Exflughafens Tempelhof leben. Stattdessen sollen ab dann bis zu 2.000 **Flüchtlinge** in Containern auf dem erweiterten Flughafen-Vorfeld wohnen. In den Hangars soll es nur noch eine Kurzzeitunterkunft für maximal 72 Stunden mit rund 300 Plätzen geben. Darauf hat sich am Dienstag Sozialsenator Mario Czaja (CDU) festgelegt. Derzeit leben nach seinen Angaben rund 1.235 Menschen in den Hangars. Platz gäbe es aktuell für 270, nach einem derzeitigen Ausbau sogar für 3.000 Menschen.

Die Nutzung als Kurzzeitunterkunft gehört zu einer Umstrukturierung, auf die sich Czajas Senatsverwaltung und die zuständigen Stellen auf Bundesebene jetzt einigten: Demnach soll Tempelhof ab 1. September zentrales Ankunftscenter für Asylsuchende werden, Ort erster Registrierung und Unterkunft für die ersten Tage. Die komplette Registrierung samt Anträgen für die den Flüchtlingen zustehenden Leistungen soll in dem ehemaligen Landesbankbau in der Bundesallee 171 erfolgen, wo das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge seit längerem tätig ist.

Derzeit ist die erste Anlaufstelle das Messegelände, die Erstregistrierung geschieht in der Kruppstraße in Moabit. Die jetzt in der Messehalle 26 untergebrachten Flüchtlinge sollen die ersten Bewohner der rund 300 Plätze der Kurzzeitunterkunft in Hangar 5 sein.

Als Alternative zum Exflughafen als Ankunftscenter hatte das Rathaus Wilmersdorf gegolten. Auf Grundlage mehrerer Gutachten habe man jedoch für die Lösung in Tempelhof und an der Bundesallee entschieden.

Laut Czaja werden künftig keine Flüchtlinge mehr aus Turnhallen in die nach Planung noch fünfeinhalb Monate zu nutzenden Hangars umziehen. Er bestätigte allerdings, dass jüngst eine Gruppe allein stehender jüngerer Männer dorthin verlegt wurde. Am Wochenende hatten Flüchtlinge an der Jahn-Sporthalle gegen einen Umzug in die Hangars demonstriert.

Czaja: Hangars sollen bis Jahrseende leer sein Asyl Flughafen soll zentrale Anlaufstelle werden und nur noch 72-Stunden-Kurzzeitunterkunft

Die Container, die laut Czaja zum Jahresende fertig sein sollen, gehören zu dem Konzept, dessentwegen im Februar unter starkem Protest der Opposition das Schutzgesetz für das Tempelhofer Feld geändert wurde. Zwei befestigte Flächen, die zur Schutzzone gehören, können durch diese Änderung bis Ende 2019 durch temporäre Bauten genutzt werden also Container im Gegensatz zu den auf 30 bis 40 Jahre Lebenszeit angelegten sogenannten Modulen Unterkünften, kurz Mufs.

Bei der Gesetzesänderung gingen die Planungen davon aus, dass Hangars und Container gleichzeitig genutzt würden und so möglicherweise bis zu 7.000 Flüchtlinge am Flughafen leben würden. Nun sollen es laut Czaja rund 2.000 in vier voneinander getrennten Containerstandorten sein. Aktuell kommen nach seinen Zahlen täglich 25 Flüchtlinge in Berlin an. Im November 2015 waren es pro Tag über zwanzigmal so viele. Insgesamt erwartet die Sozialverwaltung bis Jahresende rund 25.000 Flüchtlinge vergangenes Jahr waren es 55.000. Stefan Alberti

Load-Date: July 19, 2016

End of Document

Wenn Symbole lügen; Asylrecht Der Begriff sichere Herkunftsstaaten gehört sofort abgeschafft. Denn er ist nicht nur unpräzise, sondern auch verhöhrend

taz, die tageszeitung

Donnerstag 25. Februar 2016

Copyright 2016 Contrapress media GmbH Vervielfältigung nur mit

Genehmigung des taz-Verlags All Rights Reserved



Section: MEINUNG UND DISKUSSION; S. 12

Length: 1047 words

Byline: Christian Rath

Highlight: **Asylrecht** Der Begriff sichere Herkunftsstaaten gehört sofort abgeschafft. Denn er ist nicht nur unpräzise, sondern auch verhöhrend

Body

von christian Rath

Alle paar Monate werden neue Staaten zu sicheren Herkunftsstaaten erklärt. Im Herbst 2014 waren es Serbien, Bosnien und Mazedonien. Ein Jahr später kamen Kosovo, Albanien und Montenegro dazu. Und jetzt sollen Algerien, Marokko und Tunesien als sichere Herkunftsstaaten etikettiert werden.

Nichts gegen Symbolpolitik. Sie kann mit wenig Aufwand große Wirkung erzeugen. Sie kann mobilisieren, zufriedenstellen, die gesellschaftliche Atmosphäre verbessern. Die Symbolpolitik mit dem Label der angeblich sicheren Herkunftsstaaten aber ist verhöhrend und verdummend. Problematisch sind weniger die damit verbundenen rechtlichen Folgen, es ist vielmehr der Begriff, der schleunigst abgeschafft gehört.

Die Menschenrechtslage in Nordafrika ist alles andere als zufriedenstellend. In marokkanischen Gefängnissen wird gefoltert, Homosexuelle werden inhaftiert. In Algerien sind die politischen Rechte stark eingeschränkt. Und in Tunesien geht die Regierung mit zunehmender Härte gegen Proteste vor. Wie will die Bundesregierung mit den Verantwortlichen dieser Länder einen Menschenrechtsdialog führen, wenn sie ihnen gleichzeitig per Gesetz einen Persilschein ausstellt?

Suggestion der Entrechtung

Das Attribut sicher verhöhnt auch die Situation der Migranten aus solchen Ländern. Die Leute verlassen ihre Heimat, weil sie eben kein gesichertes Auskommen haben, keine gesicherte Zukunft für sich und ihre Kinder. Roma vom Westbalkan werden in vielen Lebensbereichen diskriminiert. Soll das ein sicheres Leben sein?

Die Asylanträge von Menschen aus Nordafrika und vom Westbalkan scheitern nicht, weil ihre Herkunftsländer allgemein sicher sind, sondern weil dort kein Bürgerkrieg herrscht und den Antragstellern keine individuelle

Wenn Symbole lügen Asylrecht Der Begriff sichere Herkunftsstaaten gehört sofort abgeschafft. Denn er ist nicht nur unpräzise, sondern auch verhöhrend

Verfolgung droht. Wenn Marokko für Schwule unsicher ist, kann daraus ein Heterosexueller keinen Asylanspruch ableiten. Wenn Islamisten in Algerien willkürlich inhaftiert werden, können säkulare Migranten damit keinen Schutzanspruch begründen. Der Begriff der sicheren Herkunftsstaaten beschönigt einerseits die Lage und erschwert andererseits das Verständnis, worauf es im Asylverfahren ankommt: auf individuelle Verfolgung, Bürgerkrieg und konkrete Gefahr.

Zu den Rechtsfolgen in Deutschland sagt das Label sicherer Herkunftsstaat nichts. Aber es suggeriert: Wer aus einem sicheren Herkunftsstaat kommt, brauche in Deutschland keinen Schutz. Und wenn Bundestag und Bundesrat per Gesetz feststellen, dass kein Schutz erforderlich ist, dann wäre jeder Asylantrag von vornherein unzulässig. Diese Suggestion der totalen Entrechtung ist aber falsch. Richtig ist: Auch ein Mensch aus einem sicheren Herkunftsstaat kann in Deutschland einen Asylantrag stellen. Er bekommt die übliche Anhörung. Anschließend wird wie üblich geprüft, ob individuelle Verfolgung droht, ob vor Ort ein Bürgerkrieg wütet und ob ein persönliches Abschiebehindernis besteht.

Die Einstufung als sicherer Herkunftsstaat erzeugt die Vermutung, dass der Antrag abzulehnen ist. Doch diese Vermutung kann in jedem Einzelfall widerlegt werden. So erkannte das Verwaltungsgericht Oldenburg im Oktober 2015 die individuelle Verfolgung einer Roma-Aktivistin aus Mazedonien an, weil sie immer wieder von der Polizei malträtiert worden war. Der Fall ist eine Ausnahme, an den Anerkennungsquoten änderte sich durch die Einstufung als sicherer Herkunftsstaat kaum etwas.

Nach der Einstufung sind Asylanträge in der Regel als offensichtlich unbegründet abzulehnen vorher war das mit der großen Mehrzahl dieser Anträge auch passiert, die Asylbehörde spart sich nun lediglich die Begründung. Vor wie nach der Einstufung ist der Rechtsweg durch kurze Fristen erschwert. Probleme bei der Abschiebung wie fehlende Pässe und unklare Identitäten haben mit der Einstufung des Herkunftslandes ohnehin nichts zu tun.

Show und Hokuspokus

Das Label sicherer Herkunftsstaat ist also kaum mehr als Hokuspokus. Rechtsstaatlich ist die Regelung vertretbar, weil die Einzelfallprüfung weiter stattfindet. Aber faktisch setzt man wohl auf das Missverständnis, dass keine Einzelfallprüfung mehr stattfindet. In den Herkunftsstaaten soll sich die Nachricht verbreiten, dass es sich nicht mehr lohnt, einen Antrag in Deutschland zu stellen. Zugleich zielt der Anschein schneidiger Entrechtung innenpolitisch auf Zustimmung vom rechten Rand.

Durch das Asylpaket II, das der Bundestag am heutigen Donnerstag beschließt, soll die Einstufung als sicherer Herkunftsstaat nun weitere Rechtswirkungen auslösen. Asylanträge aus solchen Staaten sollen binnen einer Woche entschieden werden, die Antragsteller sollen in speziellen Erstaufnahmeeinrichtungen wohnen. Dabei ist zweifelhaft, ob das überlastete Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF) überhaupt in der Lage ist, so schnell zu entscheiden. Sinnvollerweise heißt es im Gesetzentwurf: Wenn das BAMF nicht binnen einer Woche entscheidet, führt es eben ein ganz normales Asylverfahren durch.

Eine gesetzliche Regelung zur Beschleunigung bestimmter Asylverfahren ist gar nicht erforderlich. Schon heute werden Anträge aus Nordafrika vom BAMF vorrangig behandelt. Letztlich bleibt das Ganze eine Show, die auf öffentliche Wirkung zielt. Auch die Kritik macht sich häufig nur am Begriff fest, der auf die betroffenen Staaten nicht passe.

Passender und hilfreicher als das irreführende sichere Herkunftsstaaten wären Begriffe wie Staaten mit geringer Asylrelevanz. Oder man spricht von Antragstellern mit geringer Bleibeperspektive.

Fragt sich nur, warum die Grünen, wenn sie schon immer wieder neuen Ländergruppen zustimmen, den Begriff der sicheren Herkunftsstaaten nicht einfach wegverhandeln. Wenn es im Bundesrat auf grüne Stimmen ankommt, könnten sie ja auf einer Terminologie ohne Persilscheine und gewollte Missverständnisse bestehen. Intern beruhigen sie sich wohl damit, dass das Konzept ja längst nicht so schlimm ist, wie es klingt. Nach außen wollen sie aber vielleicht doch ein bisschen böse wirken, um so Regierungsfähigkeit zu demonstrieren.

Wenn Symbole lügen Asylrecht Der Begriff sichere Herkunftsstaaten gehört sofort abgeschafft. Denn er ist nicht nur unpräzise, sondern auch verhöhrend

Warum verhandeln die Grünen den Begriff der sicheren Herkunftsstaaten nicht weg?

Christian Rath

ist promovierter Jurist und seit 1993 rechtspolitischer Korrespondent der taz. Jüngste Veröffentlichung: "Der Schiedsrichterstaat. Die Macht des Bundesverfassungsgerichts" (2013).

Load-Date: February 24, 2016

End of Document

Augur des Status quo; PREISE Mit Heinrich August Winkler ehrt die Leipziger Buchmesse nächste Woche einen Gegner von Angela Merkels Flüchtlingspolitik

taz, die tageszeitung

Samstag 12. März 2016

Copyright 2016 Contrapress media GmbH Vervielfältigung nur mit

Genehmigung des taz-Verlags All Rights Reserved



Section: KULTUR; S. 13

Length: 872 words

Byline: Andreas Fanizadeh

Body

PREISE Mit Heinrich August Winkler ehrt die Leipziger Buchmesse nächste Woche einen Gegner von Angela Merkels **Flüchtlingspolitik**

von Andreas Fanizadeh

Am Mittwoch wird Heinrich August Winkler in Leipzig ausgezeichnet. Der renommierte Historiker erhält zum Auftakt der Buchmesse den Leipziger Buchpreis für Europäische Verständigung 2016 überreicht. Wenn Winkler, 1938 in Königsberg geboren, den Preis am Mittwochabend im Gewandhaus entgegen nimmt, dürfte sich das politische Tableau in Deutschland bereits dramatisch verändert haben. In drei Bundesländern drängt die rechtspopulistische AfD nach den Abstimmungen zum Wochenende in die Landtage. Kanzlerin Merkels CDU könnte von den WählerInnen föderal abgestraft werden für eine Politik, die auch der große Historiker und Verteidiger westlich-europäischer Werte, Heinrich August Winkler, stets kritisierte.

Man wird es dem Professor und Verfasser des vierbändigen Werks der Geschichte des Westens (erschieden bei C. H. Beck) nicht abstreiten mögen, dass er seine Interventionen stets staatsbürgerlich in redlichster Absicht vortrug. Doch öfters wunderte man sich in der Vergangenheit schon, was er in seinen tagespolitischen Stellungnahmen so von sich gab. Äußert sich da einer, der realpolitisch und humanistisch seiner Zeit vorausschaut, oder einer, der doch nur den gebildeten Augur der Mitte gibt, einer bürgerlichen Mitte, die bei größeren gesellschaftspolitischen Veränderungen schnell verzagt, konservativ und skeptisch zur politischen Vollbremsung neigt?

War es also vorausschauend oder wie Winkler gern formuliert: ein Gebot der Ehrlichkeit, dass er bereits im September von der Politik forderte, sie müsse Obergrenzen und Kontingente für die aufzunehmenden Bürgerkriegsflüchtlinge in Deutschland und Europa benennen. Winkler betonte dies auch vor großem Publikum in der Talkshow Anne Will: Wir dürfen nicht mehr versprechen als wir halten können. Er sprach dort im September von ungeheuren Herausforderungen und Grenzen, wenn es darum ginge, muslimische Migranten in unsere

Augur des Status quo PREISE Mit Heinrich August Winkler ehrt die Leipziger Buchmesse nächste Woche einen Gegner von Angela Merkels Flüchtlingspolitik

westliche Kultur, die Kultur des Grundgesetzes, der Meinungsfreiheit und des Menschenrechts zu integrieren. Das war vor den heimtückischen Anschlägen von Paris und vor den Ausschreitungen am Bahnhof in Köln, mit denen die Stimmung bei vielen in Deutschland und Europa gegen die Flüchtlinge kippte. Aber schon während bereits vielerorts Anschläge gegen Migranten und Flüchtlingsunterkünfte stattfanden.

Natürlich soll hier nicht unterschlagen werden, dass Heinrich August Winkler sich entschieden gegen rechte Populisten abgrenzt, gegen AfD oder Pegida. Winkler ist dem (westlichen) Antifaschismus verpflichtet. Doch haben seine mahnenden Wortmeldungen in den Medien, die er als Interventionen versteht, auch etwas von den sich selbst erfüllenden Prophezeiungen eines Verteidigers des Status quo.

So negierte er von Anfang an Merkels Wir schaffen das und konterkarierte die aus humanistischer Perspektive alternativlose Grenzöffnung des Spätsommers 2015. Sie stelle einen illegitimen deutschen Alleingang in Europa dar, so Winkler. Als er dies behauptete, war Merkels Ansinnen, die Bürgerkriegsflüchtlinge nicht sich selbst zu überlassen und die Europäische Union für eine gemeinsame solidarische Hilfe zu gewinnen, in Deutschland noch mehrheitsfähig. Und Winkler? Er attestierte Merkel und den Hilfsbereiten unter den Deutschen eine nationale Überheblichkeit gegenüber den flüchtlingsfeindlichen unter den EU-Mitgliedstaaten. Man sei Weltmeister der Selbstgerechtigkeit.

Dabei würden weder Pro Asyl, die Grünen oder die Kanzlerin widersprechen, dass es Regeln für Aufnahme, Kontrolle und Verteilung von Asylbewerbern und Bürgerkriegsflüchtlingen geben müsse. Aber um eine produktive Gestaltung der globalen Flüchtlingskrise geht es Winkler eher nicht. In seinen Beiträgen wird das Scheitern immer schon vorweggenommen. Der Historiker erscheint mitunter selbst wie das bildungsbürgerliche Sprachrohr jener AngstbürgerInnen, die sich ideell überfordert fühlen, wo sie es materiell überhaupt noch nicht sind.

In der SZ erneuerte Winkler zum Weihnachtsfest 2015 seine Kritik an Merkel, an der deutschen Neigung, in Europa etwas hineinzuprojizieren, was das real existierende Europa nicht hergibt. Er orientierte damit offensiv gegen die Versuche der Kanzlerin, die Mitgliedstaaten der Europäischen Union in der Flüchtlingsfrage auf eine gemeinsame Linie zu bringen. Der EU und Merkels Versäumnis ist, ein entsprechendes Procedere nicht längst vor der aktuellen Krise entwickelt zu haben. Intellektuelle wie Winkler verschlimmern diese Versäumnisse aber im akuten Fall durch ihre Rhetorik noch.

Schon früher, als es darauf angekommen wäre, der voranschreitenden Globalisierung staatspolitisch gerecht zu werden, hat der Historiker Winkler eher Kulturkampfparolen von sich gegeben. Als die Regierung Schröder/Fischer vorausschauend! versuchte, die Türkei in die EU zu holen, warnte er in einem Essay 2002 vor einer Überdehnung (imperial overstretch). Die Türkei gehöre zu Asien, nicht zu Europa. Auch damals sah er die Chancen der Öffnung nicht, als die Türkei noch auf einem guten Wege war. Und heute? Sage niemand, Geschichte sei nicht gemacht und von uns allen beeinflussbar.

Load-Date: March 11, 2016

Heimat der Macho-Gangster; Gewalt Der Buchladenbesitzer Abderrahim Khouja beklagt den Diebstahl der Handtasche seiner Frau. Der Sozialarbeiter Azizi Ejjia berichtet von jungen Männern aus Marokko, die in die Kriminalität abrutschen. Warum ein Migrantenviertel hinter dem Düsseldorfer Hauptbahnhof zur Problemzone geworden ist

taz, die tageszeitung

Montag 18. Januar 2016

Copyright 2016 Contrapress media GmbH Vervielfältigung nur mit

Genehmigung des taz-Verlags All Rights Reserved



Section: SCHWERPUNKT; S. 3

Length: 1651 words

Byline: Edith Kresta

Highlight: Gewalt Der Buchladenbesitzer Abderrahim Khouja beklagt den Diebstahl der Handtasche seiner Frau. Der Sozialarbeiter Azizi Ejjia berichtet von jungen Männern aus Marokko, die in die Kriminalität abrutschen. Warum ein Migrantenviertel hinter dem Düsseldorfer Hauptbahnhof zur Problemzone geworden ist

Body

Aus Düsseldorf Edith Kresta

Im Restaurant zum Schiffchen am Düsseldorfer Hauptbahnhof lässt sich ein paar Tage vor der großen Razzia das Räuber-und-Gendarm-Spiel in der Bahnhofs-passage durch die große Glasfassade beim Altbier beobachten: Gruppen von Bundespolizei und bewaffneten Polizisten auf der einen, Kleingruppen von Schwarzköpfen, so nennt sie die junge Kellnerin, auf der anderen Seite. Wenn man Glück hat, werden zwei oder drei meist junge Männer dezent abgeführt. Männer in Jeans, schwarzem Anorak, die Baseballmütze tief ins Gesicht gezogen. Gangster-Outfit, dunkle Haare. Das wandelnde Stereotyp vom bedrohlichen arabischen Macho, wie es nach den Übergriffen der Silvesternacht in Köln durch die Medien ging, hier scheint es sich zu bestätigen.

Es geht um 2.244 Verdächtige, die meisten aus Nordafrika, viele davon aus Marokko. Fast nur Männer, meist unter 30 Jahre alt. Die Täter kennen sich, verbringen gemeinsam ihre Freizeit und ziehen in verabredeten Gruppen auf Beutezug. Fakt ist, dass sich aus dieser Gruppe immer wieder Einzelne zusammenfinden, um Straftaten zu begehen, sagt der Sprecher der Düsseldorfer Polizei, Markus Nieszczy. Darunter seien junge Männer, die in zweiter Generation in Deutschland lebten, aber auch gerade erst angekommene Asylbewerber. Rings um den Bahnhof gebe es ein so-zia-les und wirtschaftliches Zentrum von Leuten, die aus dem nordafrikanischen Raum kommen. Dort seien Kleinkriminelle, Hehler, Vermittler untergeschlüpft.

Heimat der Macho-Gangster Gewalt Der Buchladenbesitzer Abderrahim Khouja beklagt den Diebstahl der Handtasche seiner Frau. Der Sozialarbeiter Azizi Ejjiar beric....

4.392 Diebstähle im Stadtgebiet von Düsseldorf sollen die letzten anderthalb Jahre auf das Konto dieser Täter gehen. Handy gestohlen, Briefftasche entwendet, Schmuck entrissen. Die Methode: der Antanztrick. Alter und Herkunft der Täter ähneln sich.

Das Schaufenster der Trinkhalle vor der Bahnstufunterführung zu Beginn des Rückzugsraums für Taschendiebe , wie Ermittler das Viertel rund um die Ellerstraße bezeichnen, ist schwarz-rot-golden gesäumt. Ein letzter territorialer Selbstbehauptungswille? Davor stehen Gruppen von Obdachlosen.

Auf der anderen Seite der Unterführung liegt das sogenannten Maghrebviertel. Es regnet. Die Ellerstraße ist leer. Marokkanische Möbelläden, Friseursalon Paris, Kaftanmoden, Änderungsschneidern, Bäckereien mit marokkanischen Süßigkeiten, Cafés, Shisha-Bars ein Einwandererviertel, marokkanisch geprägt.

Düsseldorf hat die zweitgrößte marokkanische Community in Deutschland. Der Anteil der Menschen, die aus dem Maghreb stammen, liegt in den städtischen Sozialräumen Mintropplatz, Am Bahndamm und Oberbilk nordwestlich der Kruppstraße zwischen 3,9 und 6,8 Prozent. In absoluten Zahlen sind dies in Oberbilk 412 von 8.921 Bewohnern, Am Bahndamm 127 von 1.865 Bewohnern und um den Mintropplatz herum 222 von 5.667 Bewohnern , teilt die Stadtverwaltung Düsseldorf mit. Eine kleine Gemeinde. Nordrhein-Westfalen ist seit den 1960er Jahren das Hauptziel von Einwanderern aus Nordafrika. Damals wurden sie als Gastarbeiter für die Autoindustrie und den Bergbau der Region angeworben. Sie sind hier integriert.

Die Lage der neu angekommenen Jugendlichen ist völlig anders. Das Viertel ist für sie ein Anknüpfungspunkt, vielleicht ein Stück Heimat. Die Zahl der Neuankömmlinge aus Marokko steigt. Allein im Dezember 2015 sind nach Angaben des Bundesamts für Migration und Flüchtlinge 2.300 Algerier und 3.000 Marokkaner nach Deutschland gekommen. Noch im August waren es weniger als 1.500 Algerier und Marokkaner. Im ganzen Jahr 2014 haben weniger als 4.000 Menschen aus beiden Ländern in Deutschland Asyl beantragt.

Nun kommen sie mit der Flüchtlingswelle über die Türkei, die kein Visum für arabische Länder verlangt. Sie kommen aus Italien oder Spanien, wo sie eine Zeit lang gelebt haben. Die schlechte wirtschaftliche Lage dort lässt sie in den Norden ziehen. Deutschland gilt als attraktiv.

Den Buchladen von Abderrahim Khouja in der Ellerstraße gibt es seit 2005. Hier findet man neben Erziehungstipps für muslimische Eltern in westlichen Gesellschaften und religiösen Schriften, Djellabas, Musik, Henna, bunte Lederpantoffeln. Ja, es kommen inzwischen sehr viele junge Marokkaner über die Türkei hierher , bestätigt der grauhaarige Khouja. Auch ein Neffe von mir kam. Ich habe ihm klargemacht, dass er so keine Zukunft hier hat. Bei mir konnte er nicht wohnen, oder soll er sich mit meiner Tochter ein Zimmer teilen?

Viele junge Marokkaner glaubten immer noch, Deutschland sei das Paradies, weil die Gastarbeiter der ersten Generation damals im Mercedes zurückkamen. Und dann schlafen sie unter Brücken. Die Leute im Viertel würden unter den Neuzugängen leiden: Meiner Frau wurde hier vor Kurzem die Handtasche beim Einkaufen gestohlen.

Die Söhne der hier friedlich lebenden Marokkaner geraten unter Kollektivverdacht. Spricht man mit den Händlern im Viertel, betonen fast alle, wie gern sie in Deutschland leben, wie sehr sie die Übergriffe von Köln verurteilen. Die meisten fordern die Ausweisung der Täter. Der Friseur im Salon Maghreb Star findet, dass ohnehin viel zu viele Fremde kommen. Kaum einer der Gesprächspartner will seinen Namen nennen. Zu aufgeladen ist das Thema, zu heikel, zu politisch.

Der Blaue Bock gegenüber dem Buchladen ist eine der wenigen verbliebenen deutschen Kneipen. Sie heißt so, weil der Showmaster Heinz Schenk in den 1960er Jahren einmal persönlich hier war. Karneval hat angefangen, bunte Girlanden baumeln von der Decke. Diese Männergruppen gehen den hiesigen Obst- und Süßigkeitenverkäufern mächtig auf die Nerven, wenn sie den Eingang zum Geschäft verstellen , sagt ein Stammgast. Ja, die werden doch jeden Morgen aus anderen Städten im Kleinbus hier hergebracht, um zu stehlen , sagt ein anderer.

Heimat der Macho-Gangster Gewalt Der Buchladenbesitzer Abderrahim Khouja beklagt den Diebstahl der Handtasche seiner Frau. Der Sozialarbeiter Azizi Ejjar beric....

Saida Quanssaida mag die Ellerstraße. Das ist ein buntes, lebendiges Viertel. Ich gehe dort gern einkaufen, sagt sie. Die junge Marokkanerin hat in Deutschland studiert, spricht fließend Arabisch, Französisch, Deutsch und arbeitet in der Migrationsberatung der Arbeiterwohlfahrt (AWO) für Erwachsene in der Liststraße.

Die zierliche, selbstbewusste Quanssaida ist eine engagierte Sympathieträgerin. Bei den Maghrebinern sind es hauptsächlich junge Männer, die hier herkommen. Aber aus Spanien und Italien kommen auch Frauen, sagt sie. Wir hatten auf der Ellerstraße eine Aktion, wir wollten die jungen Menschen dort erreichen. Einige hatten eine Aufenthaltserlaubnis, andere hatten keinen anerkannten Status.

Probleme machten junge Leute, darunter viele Marokkaner. Sie haben keine Chance auf Asyl und geben sich als Syrer aus. Sie können kein Deutsch, wissen nicht wohin, sagt Quanssaida. Deshalb ziehe es sie in die großen Städte. Hier fänden sie zumindest Menschen, die die gleiche Sprache sprechen. Die Frage sei: Was können wir tun, damit sie nicht auf der schiefen Bahn landen, ins kleinkriminelle Milieu abrutschen, sondern hier Fuß fassen?

Quanssaida erzählt von einem 27-jährigen Marokkaner und beginnt zu weinen. Der junge Mann habe unbedingt in die Heimat zurückkehren wollen, sagt sie: Ich habe alles versucht. Er war Hotelfachmann in Marokko. Hier ist er auf die schiefe Bahn geraten. Quanssaida versuchte Papiere über die marokkanische Botschaft zu bekommen. Doch der 27-Jährige kam nie wieder in die Beratungsstelle.

Azizi Ejjar kennt die Szene seit Jahren. Er wurde 1951 in Marrakesch geboren und arbeitet seit 1979 als Sozialarbeiter bei der AWO Düsseldorf in der Jugendgerichtshilfe für ausländische Jugendliche. Ein großer Teil der Marokkaner ist illegal hier. Es sind junge Leute ohne Perspektive, viele aus einem bildungsfernen Milieu, aus armen Verhältnissen. Die Arbeitslosigkeit in Marokko ist groß. Er kenne keinen einzigen Asylantrag eines Marokkaners, der positiv beschieden wurde. Deshalb würden viele erst gar keinen Asylantrag stellen. So bekommen sie keinerlei Unterstützung, keine Arbeitsstelle. Kleinkriminalität ist für diese jungen Männer die Möglichkeit zu überleben. Andere flüchten aus Asylantenheimen und kommen nach Düsseldorf, weil sie es nicht aushalten, irgendwo in der Provinz Däumchen zu drehen.

Viele hätten keinen festen Wohnsitz, dafür mehrere Identitäten. Oft seien sie drogenabhängig. Und wenn sie beim Stehlen erwischt werden, kommen sie vielleicht vier Wochen in U-Haft. Dann wieder raus. Nur wenn die Ausländerbehörde informiert würde, kämen sie möglicherweise in Abschiebehaft. Doch auch so ein Prozess ist langwierig. Auch endgültig abgelehnte Asylbewerber können oft nicht abgeschoben werden, weil die marokkanische Botschaft nicht gerade kooperativ ist beim Ausstellen von Ersatzpässen.

Ejja kennt Marokkaner, die sieben verschiedene Identitäten haben, die seit elf Jahren illegal hier sind: Sie leben in leerstehenden Wohnungen, übernachten in Kellern. Am Abend sind sie dann unterwegs. In der Altstadt, am Bahnhof, am Flughafen, in Spielhallen und Bars. Abzocken ist ihr Ding. Notfalls auch mit Gewalt. Aber sexualisierte Übergriffe auf Frauen waren vor Köln nie auffällig.

Sie haben keine Chance und geben sich als Syrer aus

Verstärkte Einreisen

Migration: In Deutschland kommen immer mehr Asylsuchende aus Algerien und Marokko an. Die Zahl der eingereisten Algerier stieg nach Angaben des Bundesinnenministeriums vom Freitag von 847 im Juni vergangenen Jahres auf 2.296 im Dezember. Aus Marokko kamen im Juni 368 Personen, im Dezember waren es 2.896.

Ursachen: Das Ministerium geht davon aus, dass vor allem wirtschaftliche Gründe und insbesondere die hohe Arbeitslosigkeit dazu führten, dass viele junge Männer sich auf den Weg nach Europa machen.

Asyl: Die Aussicht auf Asyl für Marokkaner und Algerier sind äußerst gering. Die Schutzquote lag im vergangenen Jahr bei Algeriern nur bei 1,7 Prozent und bei Menschen aus Marokko bei 3,7 Prozent. Darunter fallen auch Personen, die nicht anerkannt wurden, aber Abschiebeschutz genießen. (taz)

Kriminalität

Heimat der Macho-Gangster Gewalt Der Buchladenbesitzer Abderrahim Khouja beklagt den Diebstahl der Handtasche seiner Frau. Der Sozialarbeiter Azizi Ejjar beric....

Nordafrikanische Diebesbanden: Nicht erst seit Köln gelten sie als eine Problemgruppe. Ganz besonders im rheinischen Düsseldorf

Load-Date: January 19, 2016

End of Document

Schneller abschieben; PEGIDA-FOLGEN Die CSU-Bundestagsabgeordneten wollen rigider gegen Asylbewerber vorgehen. SPD: nicht mit uns

taz, die tageszeitung

Samstag 03. Januar 2015

Copyright 2015 Contrapress media GmbH Vervielfältigung nur mit

Genehmigung des taz-Verlags All Rights Reserved



Section: AKTUELLES; S. 04

Length: 554 words

Byline: ANJA MAIER

Highlight: PEGIDA-FOLGEN Die CSU-Bundestagsabgeordneten wollen rigider gegen Asylbewerber vorgehen. SPD: nicht mit uns

Body

Aus Berlin ANJA MAIER

Kurz vor der am Mittwoch beginnenden Klausurtagung der CSU-Landesgruppe in Wildbad Kreuth ist bekannt geworden, womit die Christsozialen diesmal für maximale öffentliche Erregung sorgen wollen. 2014 war es die Parole Wer betrügt, der fliegt. 2015 geht es in diesem Stil weiter. Laut einer Beschlussvorlage spricht sich die Landesgruppe diesmal für Schnellverfahren bei Asylanträgen aus.

Wer aus rein wirtschaftlichen Gründen das Recht auf Asyl als Einwanderungsrecht missbraucht, muss Deutschland zügig wieder verlassen, heißt es in dem Papier. Die Landesgruppe also alle CSU-Bundestagsabgeordneten befürwortet bei einfach gelagerten Fällen beschleunigte Abschiebungen. Künftig sollen demnach solche Verfahren binnen sechs Wochen rechtskräftig abgeschlossen werden; bisher dauern Asylverfahren in Deutschland durchschnittlich acht Monate.

Als einfach gelagert gelten Fälle, bei denen die AntragstellerInnen bereits in einem anderen EU-Staat registriert wurden oder aus einem sogenannten sicheren Herkunftsstaat kommen. Derzeit gehören dazu die EU-Mitgliedsländer, Bosnien und Herzegowina, Mazedonien, Serbien, außerdem Ghana und Senegal.

Der CSU-Vorstoß steht im Gegensatz zur Neujahrsansprache der Bundeskanzlerin und CDU-Vorsitzenden. Statt wie Angela Merkel für Mitmenschlichkeit gegenüber Asylsuchenden einzutreten, redet die CSU-Landesgruppe jenen das Wort, die sich politisch bei der europafeindlichen AfD und den fremdenfeindlichen Pegida-Aufmärschen zu Hause fühlen. Zwar sprechen sich die Bayern in dem Papier auch für eine Ausweitung des Bleiberechts für junge Flüchtlinge aus, die sich über eine Ausbildung in den Arbeitsmarkt integrieren können. Im gleichen Atemzug jedoch verurteilen sie den Winterabschiebestopp in Thüringen und Schleswig-Holstein. Mit dieser Maßnahme würden konsequente Rückführungen und Ausweisungen gezielt unterlaufen.

Schneller abschieben PEGIDA-FOLGEN Die CSU-Bundestagsabgeordneten wollen rigider gegen Asylbewerber vorgehen. SPD: nicht mit uns

Seitens der Schwesterpartei CDU meldete sich Generalsekretär Peter Tauber zu Wort. In einem dpa-Interview sagte er, andere Länder hätten Deutschland voraus, dass sie Zuwanderern vermitteln: Du bist einer von uns. Wir wollen, dass du dich zu unserem Land bekennst. Wir brauchen dich Das käme in Deutschland noch zu kurz.

Volker Beck, innenpolitischer Sprecher der Grünen im Bundestag, erklärte: Die CSU will mal wieder den starken Max markieren, aber riskiert die Verfassungswidrigkeit ihrer Vorschläge. Der Artikel 19 des Grundgesetzes garantiere auch jedem Flüchtling den Rechtsweg. Schnellverfahren, wie sie die CSU vorschlage, stellten dies in Frage. Statt den Rechtsstaat aushöhlen zu wollen, seien die besten Mittel zur Beschleunigung von Asylverfahren mehr Entscheider beim Bundesamt für Migration und Flüchtlinge, sowie frühe Anhörungsverfahren. In vielen Fällen entscheide das Bundesamt zu Unrecht gegen die Flüchtlinge, weshalb diese erst in langen Gerichtsverfahren zu ihrem Recht kämen. SPD-Generalsekretärin Yasmin Fahimi versicherte am Freitag, die Koalition werde das Recht auf ein faires Verfahren nicht antasten.

Erst vor vier Wochen hatte die Bundesregierung eine Reform des Aufenthaltsrechts verabschiedet. Damit sollen straffällige Ausländer, aber auch Menschen ohne Aufenthaltsberechtigung einfacher abgeschoben und mit Wiedereinreisesperren belegt werden können. In Deutschland leben derzeit mehr als 100.000 Geduldete.

Load-Date: January 2, 2015

In Lagerhallen sortiert; FLÜCHTLINGE Künftig sollen Asylbewerber in neuer Erstaufnahme registriert und von dort in andere Bundesländer verteilt werden

taz, die tageszeitung

Samstag 07. November 2015

Copyright 2015 Contrapress media GmbH Vervielfältigung nur mit

Genehmigung des taz-Verlags All Rights Reserved



Section: HAMBURG AKTUELL; S. 60

Length: 708 words

Byline: Kaija Kutter

Highlight: **FLÜCHTLINGE** Künftig sollen **Asylbewerber** in neuer Erstaufnahme registriert und von dort in andere Bundesländer verteilt werden

Body

von Kaija Kutter

Hamburg wird die Aufnahme von **Flüchtlingen** noch im Dezember ganz neu organisieren. Weil die Zentrale Erstaufnahme (ZEA) in der Harburger Poststraße zu klein ist, wird sie nach Rahlstedt in den Ortsteil Meiendorf verlegt. Dort sollen in einem Gewerbegebiet drei Lagerhallen für bis zu 2.900 **Flüchtlinge** bereitgestellt werden. Noch vor Ort soll das Bundesamt für **Migration** und **Flüchtlinge** (Bamf) entscheiden, wer in Hamburg bleibt und wer nach Königsteiner Schlüssel in andere Bundesländer verteilt wird.

Das sind die meisten. Im Oktober waren 10.437 Schutzsuchende in die Stadt gekommen, von denen nur 2.887 Hamburg zugewiesen wurden. Doch wegen des Platzmangels in der Harburger Poststraße wurden viele Menschen schon vor ihrer Registrierung in andere Notunterkünfte in Hamburg verteilt. Künftig soll das nicht mehr geschehen, wie aus einer Po-wer-Point-Präsentation der Innenbehörde hervorgeht.

Der Plan: Alle Flüchtlinge werden zunächst mit Shuttle-Bussen vom Hauptbahnhof in die ZEA am Bargkoppelweg 66a mit 800 Plätzen gefahren. Dort soll binnen zwei Tagen die Registrierung erfolgen und darüber entschieden werden, ob und wohin die Flüchtlinge verteilt werden. Dauert es länger, kann als Puffer eine benachbarte Wartehalle am Bargkoppelweg 60 mit 600 Plätzen für ein bis zwei Tage genutzt werden. Danach sollen alle Flüchtlinge, die in Hamburg bleiben, in die bereits im Betrieb befindliche Unterbringung am nahen Bargkoppelstieg mit 1.500 Plätzen ziehen. Dort soll die ärztliche Untersuchung stattfinden, die Leistungsansprüche beantragt und der Asylantrag gestellt werden, bevor die Menschen nach fünf Tagen in eine der neu geschaffenen 31 Dezentralen Erstaufnahmen (DEA) kommen.

In Lagerhallen sortiert FLÜCHTLINGE Künftig sollen Asylbewerber in neuer Erstaufnahme registriert und von dort in andere Bundesländer verteilt werden

Das sei ein wichtiger neuer Baustein der Flüchtlingshilfe, sagt SPD-Fraktionschef Andreas Dressel. Zuletzt habe die Stadt rund 7.000 Flüchtlinge erst einmal untergebracht, obwohl sie auf Dauer gar nicht in der Stadt bleiben sollen. Das neue System sei schneller und werde die Stadt entlasten .

Alle Leistungen an einem Ort: Das hilft der Stadt und den Geflüchteten , sagte auch die Grünen-Flüchtlingspolitikerin Antje Möller. Je schneller sie registriert seien, desto schneller erhielten sie Sozialleistungen und medizinische Versorgung.

In einem Punkt allerdings unterscheiden sich Dressels und Möllers Einschätzungen. Laut der Grünen-Politikerin kommen alle Asylsuchenden, die in Hamburg verbleiben, im Anschluss in eine DEA der Stadt unabhängig vom jeweiligen Herkunftsstaat . Laut Dressel wird es in Zukunft, wenn der in Berlin von der Großen Koalition geschlossene Asylkompromiss umgesetzt wird, eine dritte Möglichkeit geben. Flüchtlinge aus als sicher eingestuften Herkunftsländern würden dann von Meiendorf aus in die zentralen Registrierungsstellen für Menschen ohne Bleibeperspektive kommen, die in Bayern geplant sind. Deren Zahl wäre aber gering. Laut Statistik der Innenbehörde kamen im Oktober nur noch ein Prozent der Flüchtlinge aus den Balkanstaaten.

Die fraktionslose Abgeordnete Dora Heyenn sieht das Modell kritisch. Ich fürchte, die Maßnahmen sollen für eine schnellere Abschiebung sorgen . Sie frage sich, ob Warthalle das hamburgische Wort für Transitzone sei.

Die Meiendorfer CDU-Politikerin Claudia Folkers begrüßte das neue Konzept. Es gebe aber schon jetzt Probleme mit der bestehenden Unterkunft am Bargkoppelstieg, weil die Flüchtlinge zum Nichtstun verdammt sind . Die Initiative Meiendorf hilft , in der sie mitarbeitet, unterstütze die Flüchtlinge mit Dolmetschern, Deutschkursen, einer Kinderspiel-AG und einer Kleiderkammer.

Leider werde es den Ehrenamtlichen aber nicht leicht gemacht, sich zu engagieren, sagt Folkers. Das ist aber nötig, damit die Stimmung nicht kippt . Das Gewerbegebiet sei klein und von Wohnhäusern umgeben. Wenn es jetzt heißt, im Maximalfall werden da 10.000 im Monat durchgeschleust, ist das schon eine Größenordnung die die Menschen erschreckt.

Feste Bleibe am Bahnhof

Zur Entlastung der Lage in den Flüchtlingszelten am Hauptbahnhof ist eine feste Bleibe geplant.

Im Bieberhaus gegenüber soll eine Tages-Aufenthaltsmöglichkeit mit Platz für Helferteam und Kinderzelt entstehen.

Auch eine temporäre Nutzung von Räumen in der Kunsthalle ist nach taz-Informationen im Gespräch.

Load-Date: November 6, 2015

Wenn der Meeresspiegel steigt; Vertreibung Immer mehr Menschen müssen wegen des Klimawandels ihre Heimat verlassen, werden aber nicht offiziell als Flüchtlinge anerkannt. Welche internationalen Strategien gibt es?

taz, die tageszeitung

Donnerstag 10. Dezember 2015

Copyright 2015 Contrapress media GmbH Vervielfältigung nur mit

Genehmigung des taz-Verlags All Rights Reserved



Section: WIRTSCHAFT UND UMWELT; S. 7

Length: 1202 words

Byline: Jonas Seufert

Highlight: Vertreibung Immer mehr Menschen müssen wegen des Klimawandels ihre Heimat verlassen, werden aber nicht offiziell als Flüchtlinge anerkannt. Welche internationalen Strategien gibt es?

Body

Von Jonas Seufert

Ioane Teitiota ist frustriert. Vor der Wellblechhütte seines Schwagers erklärt er einem BBC-Reporter, dass das Meer die Schutzmauern vor dem Haus wegspült, dass das Trinkwasser dreckig ist, dass seine Kinder krank sind. Teitiota ist der Mann, den die Medien weltweit zum ersten Klimaflüchtling machen wollten. Wegen der Umweltveränderungen in seiner Heimat Kiribati hatte er in Neuseeland Asyl beantragt. Nach einer vierjährigen Odyssee durch die Gerichte kam im September der endgültige Bescheid: Antrag abgelehnt, Abschiebung. Seitdem leben Teitiota und seine Familie bei seinem Schwager auf Tarawa, Kiribatis Hauptinsel. Höchste Erhebung: 3 Meter. Das Meer ist nur wenige Meter entfernt.

Weltweit werden immer mehr Menschen aufgrund des Klimawandels ihre Wohnorte verlassen. Das bestätigen der Weltklimarat (IPCC), die Weltbank und die Internationale Organisation für Migration (IOM). 200 Millionen könnten es bis 2050 sein, auch wenn die Schätzungen weit auseinandergehen. Ob wir das 2-Grad-Ziel erreichen oder nicht: Der Meeresspiegel wird steigen, Landstriche werden austrocknen, andere Regionen werden regelmäßig überschwemmt werden. Wetterbedingte Naturkatastrophen werden sich häufen. Klar ist auch: Wenn Menschen fliehen, bleiben sie so nahe wie möglich an ihren Heimatorten, meist im eigenen Land. Doch wenn das nicht mehr geht? Wenn Inseln wie Tarawa einfach im Meer verschwinden?

Die Mehrheit aller Asylanträge weltweit wird auf Grundlage der Genfer Flüchtlingskonvention entschieden. In Deutschland genauso wie in Neuseeland und damit auch Teitiotas Antrag. Laut Konvention kann eine Verfolgung aus fünf Gründen vorliegen: Rasse (im Bewusstsein, dass es keine biologischen Rassen gibt), Religion, Nationalität, Zugehörigkeit zu einer sozialen Gruppe oder politische Meinung. Klimawandel ist nicht dabei, befand das Gericht in Teitiotas Fall. Und schon gar nicht, wenn Kiribati selbst Gegenmaßnahmen ergreift, um dem

Wenn der Meeresspiegel steigt Vertreibung Immer mehr Menschen müssen wegen des Klimawandels ihre Heimat verlassen, werden aber nicht offiziell als Flüchtlinge a....

Klimawandel zu trotzen und so seine StaatsbürgerInnen schützt. Bis heute gibt es weltweit keinen anerkannten Klimaflüchtling.

Für die Anwältin und Klimaaktivistin Roda Verheyen hat das einen simplen Grund. Als die Genfer Flüchtlingskonvention 1951 verabschiedet wurde, hat niemand an den Klimawandel gedacht, sagt sie. Im Gegenteil, es ging ausschließlich um politische Verfolgung. Doch wer verfolgt Menschen, die wegen des Klimawandels fliehen? Industrie- und Schwellenländer wegen ihrer hohen CO₂-Emissionen? Juristisch müsste ein einzelner Staat für die Verfolgung verantwortlich gemacht werden, doch kein Staat ist allein für den Klimawandel verantwortlich. Die Instrumente im heutigen Flüchtlingsrecht bieten keine Möglichkeit, Staaten mit hohen CO₂-Emissionen in die Verantwortung zu nehmen, sagt Verheyen.

Die Juristin, die selbst einmal Teil der deutschen Delegation bei früheren Klimaverhandlungen war, sieht dafür aber im Rahmen der Verhandlungen in Paris eine Chance. Auf Druck vieler Länder des globalen Südens haben die Staaten 2013 in Warschau ein neues Verhandlungskapitel aufgeschlagen: Verluste und Schäden. Dort geht es um Ausgleichszahlungen und Technologietransfer von Verschmutzerstaaten in Länder, die vom Klimawandel stark betroffen sind. Das könnte auch bedeuten, Migration in Richtung von Industrie- und Schwellenländern zuzulassen. Doch die Forderungen sind vage, kommen doch auf Verschmutzerstaaten hohe Kosten zu, wenn sie ihre Verantwortung eingestehen.

Mit einem konkreten Ergebnis rechnet in Paris niemand. Zur Halbzeit dort war zwar noch die Rede von einer Einrichtung, um Klimavertreibung zu koordinieren. Es ist aber völlig offen, ob solche Passagen im Abschlussdokument stehen.

Weil die Verhandlungen bei den Vereinten Nationen so schleppend vorangingen, starteten die Schweiz und Norwegen 2011 einen neuen Anlauf: Die Nansen-Initiative, benannt nach dem früheren Hochkommissar für Flüchtlingsfragen Fridtjof Nansen.

Das Ziel: verhandlungswillige Staaten zusammenbringen und den rechtlichen Schutz von Menschen verbessern, die wegen Naturkatastrophen eine Grenze überqueren müssen. Deutschland ist seit 2013 dabei, im Oktober unterzeichneten 110 Staaten ein Dokument. Der Text ist voller Absichtserklärungen, rechtlich bindend ist nichts. Die Staaten wollen auf globaler Ebene momentan kein verbindliches Dokument zur Klimavertreibung, sagt Walter Kälin, Professor für Völkerrecht an der Universität Bern und Leiter der Nansen-Initiative. Es ist ganz einfach, realistisch mit nicht bindenden Prinzipien zu beginnen.

Scott Leckie geht das auf der internationalen Ebene zu langsam. Die meisten Menschen werden innerhalb ihres Heimatlandes vertrieben, dachte sich der 53-jährige Australier und gründete 2006 die Organisation Displacement Solutions. Seitdem haben der Anwalt und sein Team mit Regierungen von 25 Ländern gearbeitet. Die Herausforderungen sind von Land zu Land sehr unterschiedlich, sagt Leckie. In Panama und Fidschi reden wir mit den Behörden über die Probleme zunehmender Verstädterung. In Bangladesch haben wir Gebiete identifiziert, in die Menschen umgesiedelt werden können. Doch auch über Ländergrenzen hinweg sieht er wenige Probleme. Australien nehme pro Jahr 200.000 MigrantInnen auf. Bei guter Planung seien 10 Prozent mehr kein Problem.

Egal ob in Wissenschaft oder Politik der globale Norden dominiert die Debatte über die Klimavertriebenen. ExpertInnen sitzen in Europa, den USA oder Australien. Die Stimmen der Betroffenen verhallen international oft ohne Wirkung. So auch die von Anote Tong, seit 2003 Präsident von Kiribati. Er will, dass die 105.000 I-Kiribati menschenwürdig leben können, wenn es den Inselstaat in einigen Jahrzehnten nicht mehr gibt. Er hat bereits auf Fidschi Land gekauft, um es landwirtschaftlich zu nutzen, sagt er. Später könnte dort auch EinwohnerInnen Kiribatis leben.

Die Maßnahme ist Teil des Regierungsprogramms Migration mit Würde. Ein Kernpunkt: Die EinwohnerInnen Kiribatis sollen auf keinen Fall Flüchtlinge werden. Wenn ihr von Klimaflüchtlingsen spricht, dann stigmatisiert ihr die Opfer, nicht die Verursacher, sagt der 63-jährige Staatspräsident.

Wenn der Meeresspiegel steigt Vertreibung Immer mehr Menschen müssen wegen des Klimawandels ihre Heimat verlassen, werden aber nicht offiziell als Flüchtlinge a....

Tong hat an der London School of Economics studiert und kennt die internationalen Verhandlungen. Er will, dass die für den Klimawandel verantwortlichen Staaten auch für Kiribati Verantwortung übernehmen. Dafür wird er drastisch: Australien nannte er jüngst als die große Verschmutzerinsel da unten im Süden. Für die Verhandlungen in Paris fordert er: Gebt uns einen Vorschlag, der garantiert, dass unser Volk über dem Meeresspiegel bleibt. Selbst hat er ein Bildungsprogramm gestartet samt Englischkursen und einem Austauschprogramm für KrankenpflegerInnen mit Australien. Später soll ein Teil der Bevölkerung als ArbeitsmigrantInnen in anderen Staaten leben können: ohne Flüchtlingsstatus, auf der Basis gleicher Rechte. Ob Teitiota, der in Neuseeland Erntehelfer war, so ein Arbeitsvisum bekommen würde? Seine Familie und er wären auch als anerkannte Flüchtlinge in Neuseeland geblieben. Ich bin genauso wie die, die vor Krieg fliehen, sagt er. Der Meeresspiegel steigt, und ich werde sterben, genau wie die politisch Verfolgten.

Interview mit Walter Kälin von der Nansen-Initiative: taz.de/!5259372

Load-Date: December 9, 2015

End of Document

Täuschte Bamf-Mitarbeiter afghanischen Asylbewerber?; Asyl Rechtsanwalt unterstellt politische Vorgaben und klagt gegen die Rücknahme des Antrags

taz, die tageszeitung

Mittwoch 30. November 2016

Copyright 2016 Contrapress media GmbH Vervielfältigung nur mit

Genehmigung des taz-Verlags All Rights Reserved



Section: INLAND; S. 7

Length: 661 words

Byline: Ralf Pauli

Highlight: Asyl Rechtsanwalt unterstellt politische Vorgaben und klagt gegen die Rücknahme des Antrags

Body

Der Bundesregierung, daran besteht kein Zweifel, beantragen zu viele Afghanen Asyl in Deutschland. Unsere Sorge, sagte zuletzt CDU-Innenminister Thomas de Maizière auf dem EU-Innenministertreffen in Brüssel, ist im Moment die große Zahl der Flüchtlinge aus Afghanistan. Wir wollen, dass in Afghanistan das Signal ankommt: Bleibt dort! Wir führen euch aus Europa direkt nach Afghanistan zurück!

Dieses Signal sollen auch die Mitarbeiter des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge (Bamf), deren oberster Dienstherr de Maizière ist, senden. Nun steht der Vorwurf im Raum, dass sie Asylbewerber bewusst täuschen, damit diese ihre Asylanträge zurückzunehmen.

Den Vorwurf erhebt Atikullah Farmani. Anfang November erzählt der Afghane in der Außenstelle Frankfurt (Oder) von seiner Flucht vor den Taliban. Als Mitarbeiter der Nato-Schutztruppe Isaf sei er vom Tode bedroht gewesen. Über die Türkei kam er nach Deutschland. Der Anhörer teilt Farmani daraufhin mit, dass seine Beweise schwach seien und dass er wahrscheinlich keine Anerkennung in Deutschland bekäme. Die erhielten nur 20 Prozent der Afghanen. Später erfährt Farmani, dass die tatsächliche Schutzquote 2016 mit 45 Prozent mehr als doppelt so hoch ist.

Der Bamf-Mitarbeiter unterbreitet dem Afghane drei Vorschläge: Farmani zieht seinen Asylantrag zurück und kehrt in seine Heimat zurück. Farmani nimmt eine Duldung an und lebt ohne Pass, Wohnung oder Geld in Deutschland. Oder er gehe zurück in die Türkei. Visa und Pass würde Farmani bekommen. Auch dafür müsste er seinen Asylantrag zurückziehen. Dann noch am liebsten in die Türkei, dachte Farmani und unterschrieb. Die türkische Botschaft in Berlin wollte ihm jedoch keinen Pass ausstellen.

So schildert es der Afghane in einer eidesstattlichen Erklärung, die der taz vorliegt. Heute fühlt er sich durch den Anhörer getäuscht. Die verantwortliche Bamf-Außenstelle weist den Vorwurf zurück. Asylbewerber würden, versichert die Bamf-Zentrale, nicht gezielt zur Rücknahme der Asylanträge bewegt. Diese Möglichkeit werde nur beim Vorliegen von entsprechenden Anhaltspunkten thematisiert. Etwa, wenn der Antragsteller gar keinen Schutz im Bundesgebiet sucht.

Täuschte Bamf-Mitarbeiter afghanischen Asylbewerber? Asyl Rechtsanwalt unterstellt politische Vorgaben und klagt gegen die Rücknahme des Antrags

Dieser Fall liegt laut Rechtsanwalt Dieter Bollmann, der Farmani vertritt, aber nicht vor. Mein Mandant wurde bei seiner Anhörung arglistig getäuscht, damit er seinen Antrag zurück nimmt. Vor einer Woche hat Bollmann die unterschriebene Rücknahmeerklärung angefochten und Klage beim Verwaltungsgericht Frankfurt (Oder) eingelegt. Für ihn steht fest: Der Innenminister nimmt politisch Einfluss auf das Bamf, um die Flüchtlingszahlen zu senken. Der Fall seines Mandanten sei dafür der Beweis.

Belegen kann Bollmann das nicht. Fakt ist jedoch, dass die Bundesregierung dem Bamf vor etwa einem Jahr neue Asylvorgaben machte. In der Neuversion der Herkunftsländer-Leitsätze zu Afghanistan verweist die Bundesregierung verstärkt auf interne Schutzmöglichkeiten. Darin steht, verkürzt formuliert: Wer in Kundus bedroht ist, ist in einer anderen Region im Land sicher.

Wie sehr Entscheider bei afghanischen Asylfällen unter Druck stehen, hat vor Kurzem ein Bamf-Mitarbeiter offen eingeräumt: Jeder Asylentscheid, der von den Vorgaben der Leitsätze abweicht, muss dem Vorgesetzten vorgelegt werden, zitiert ihn Zeit Online.

Pro Asyl beobachtet, dass afghanische Asylfälle derzeit vor allem möglichst schnell bearbeitet werden sollen. Dafür sind Mitarbeiter, die nur zwei oder drei Wochen geschult worden sind, nicht geeignet, sagt Bernd Mesovic. Eine Anweisung, Asylbewerber zur Rücknahme der Anträge zu bewegen, kann sich Mesovic aber nicht vorstellen.

Eine offizielle Ermutigungskampagne erkennt er hingegen schon: Keine Sprachkurse, das Gerücht eines sicheren Afghanistans und den Wunsch, 12.500 Afghanen abzuschieben. Fakt sei aber: Fast jeder zweite Afghane erhält einen Schutzstatus. Kein Grund also, vorschnell aufzugeben. Ralf Pauli

Bei Afghanen sehe ich eine Entmutigungskampagne

Load-Date: November 29, 2016

"Patenschaften sind zeitintensiv"; Ich war schon länger Mitglied be

taz, die tageszeitung

Dienstag 30. August 2016

Copyright 2016 Contrapress media GmbH Vervielfältigung nur mit

Genehmigung des taz-Verlags All Rights Reserved



Section: SCHWERPUNKT; S. 5

Length: 251 words

Byline: Jutta Henglein

Body

Ich war schon länger Mitglied bei Pro Asyl. Vor zweieinhalb Jahren habe ich mit der Freiwilligenarbeit angefangen, in einem Übergangwohnheim bei mir in der Nähe in Teltow bei Potsdam. Ich fand Mitstreiterinnen, wir boten einmal in der Woche offenen Deutschunterricht für alle mit Kaffee und Kuchen an.

Ich lernte meine Muttersprache neu kennen, fing an, schwierige Wörter zu singen, wurde Profi der pantomimischen Darstellung von Begriffen, Farben, Gefühlen. Aus den Treffen entwickelten sich persönliche Beziehungen, die zu verbindlichen Kontakten führten. Wir machen Ausflüge, kochen, essen und tanzen mit Gästen. So entstanden Patenschaften für ein paar junge Männer, im Alter meiner erwachsenen Söhne.

Ich begleitete sie in der Vorbereitung der Anhörung beim Bundesamt für Migration, gab Einzelnachhilfe, ging mit ihnen zur Ausländerbehörde, zum Jobcenter, ins Krankenhaus. Die Patenschaften sind zeitintensiv, ich nehme mir wöchentlich einen Nachmittag Zeit, hinzu kommen die Termine bei den Ämtern und die Nachhilfe. Einer meiner Schützlinge fand durch mich einen Ausbildungsplatz.

Die Freiwilligenarbeit hat sich mit der Lebenssituation der Flüchtlinge entwickelt und verändert. Jetzt sind die Hauptthemen der Familiennachzug, die Finanzierung von Deutschkursen und natürlich die Wohnungssuche.

Jutta Henglein, 58 Jahre, ist bildende Künstlerin aus Kleinmachnow in Brandenburg

Engagement

2015 halfen Ehrenamtliche den Flüchtlingen beim Ankommen. Heute geht es darum, den Menschen das Bleiben zu ermöglichen

Load-Date: August 29, 2016

"Patenschaften sind zeitintensiv" Ich war schon länger Mitglied be

End of Document

Union gegen Kretschmann-Deal FLÜCHTLINGE; Flüchtlinge | Sichere Herkunftsländer gegen Altfallregelung. So hatte sich das der grüne Verhandlungsführer bei den Asylverhandlungen vorgestellt. So läuft das aber nicht

taz, die tageszeitung

Mittwoch 17. Februar 2016

Copyright 2016 Contrapress media GmbH Vervielfältigung nur mit

Genehmigung des taz-Verlags All Rights Reserved



Section: INLAND; S. 6

Length: 517 words

Byline: Ulrich Schulte

Highlight: Flüchtlinge | Sichere Herkunftsländer gegen Altfallregelung. So hatte sich das der grüne Verhandlungsführer bei den Asylverhandlungen vorgestellt. So läuft das aber nicht

Body

Aus Berlin Ulrich Schulte

Die Union hat das Angebot von Baden-Württembergs Ministerpräsident Winfried Kretschmann (Grüne) zu den sicheren Herkunftsstaaten abgelehnt. Es kann nicht sein, dass die Grünen meinen, hier Dinge -hineinverhandeln zu können, die mit den sicheren Herkunftsstaaten nichts, aber auch gar nichts zu tun haben, sagte Unionsfraktionsvize Thomas Strobl der taz. Ich erwarte, dass sie zustimmen und zwar schnell. Auch aus der CSU kam Kritik an Kretschmanns Asylofferte.

Die taz hatte in ihrer Dienstagsausgabe über interne Verhandlungen Kretschmanns mit dem Kanzleramt berichtet. Kretschmann und die hessischen Grünen können sich ein Ja im Bundesrat zu einem Gesetzentwurf der Bundesregierung vorstellen, wenn sie dafür Bedingungen erfüllt bekämen zum Beispiel eine Altfallregelung für langjährig geduldete Ausländer. Die Große Koalition will Marokko, Tunesien und Algerien als sicher deklarieren, um Flüchtlinge aus diesen Ländern schneller abschieben zu können.

Bei den Maghreb-Staaten sei schnelles Handeln nötig, sagte Strobl weiter. Da müssen die Grünen mitmachen, damit wir von dort nicht große Probleme bekommen die übrigens nur ein Wachstumsprogramm für rechtspopulistische Rattenfänger wären. Der Maghreb dürfe nicht zum zweiten Westbalkan werden.

Das Konzept der sicheren Herkunftsstaaten ist unter Grünen heftig umstritten. Kretschmanns interner Vorstoß stieß in der Ökopartei auf heftige Kritik. Dass Kretschmann als Verhandlungsführer der Grünen im Bundesrat mit dem Kanzleramt spreche, sei sein Job, sagte Luise Amtsberg, die Flüchtlingsexpertin der Grünen-Fraktion. Ich hätte mir aber gewünscht, dass er seine Verhandlungen mit den Grünen rückkoppelt. Außerdem sei seine

Union gegen Kretschmann -Deal FLÜCHTLINGE Flüchtlinge I Sichere Herkunftsländer gegen Altfallregelung.
So hatte sich das der grüne Verhandlungsführer bei den As....

Verhandlungsmasse zu klein, eine Altfallregelung für weniger als 20.000 Menschen entlaste das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF) nicht. (Siehe Interview unten).

Die entscheidende Abstimmung im Bundesrat über den Gesetzentwurf zu sicheren Herkunftstaaten wird erst nach den Landtagswahlen am 13. März stattfinden. Das beschleunigte Verfahren sei vom Tisch, hieß es am Dienstag in den Fraktionen von SPD und Grünen. Der Grund sind die Meinungsverschiedenheiten zwischen Union und Grünen.

SPD-Fraktionsgeschäftsführerin Christine Lambrecht wies darauf hin, dass ihre Partei schnell gehandelt hätte: Die SPD wäre bereit, das Verfahren zu beschleunigen. Einigen müssen sich CDU, CSU und Grüne.

Damit kann sich Baden-Württembergs grüner Ministerpräsident Winfried Kretschmann auch später entscheiden, ob er dem Entwurf im Bundesrat zustimmt. Die Koalition hatte ursprünglich vorgehabt, das Gesetzesverfahren über die sicheren Herkunftstaaten zu beschleunigen. Sie wollte es bereits am 26. Februar im Bundesrat abschließen parallel zum zweiten Asylpaket. Dann wäre ein Beschluss schon vor den Landtagswahlen in Baden-Württemberg und Rheinland-Pfalz am 13. März gefallen.

Diese Idee hat die Koalition nun wieder abgeblasen, weil durch die Nichteinigung mit den Grünen eine Blockade im Bundesrat gedroht hätte. Jetzt wird sich der Bundesrat erst am 18. März mit dem Thema beschäftigen.

Load-Date: February 16, 2016

Migration als Passionsgeschichte; REISEWEGE In seiner Dokumentation Viacrucis Migrante Kreuzweg der Migrant innen erzählt der Hamburger Hauke Lorenz von Flüchtlingen in Mexiko. Dort ist demnächst auch der Film zu sehen

taz, die tageszeitung

Donnerstag 04. August 2016

Copyright 2016 Contrapress media GmbH Vervielfältigung nur mit

Genehmigung des taz-Verlags All Rights Reserved



Section: KULTUR; S. 43

Length: 876 words

Byline: Wilfried Hippen

Highlight: REISEWEGE In seiner Dokumentation Viacrucis **Migrante** Kreuzweg der **Migrant** innen erzählt der Hamburger Hauke Lorenz von **Flüchtlingen** in Mexiko. Dort ist demnächst auch der Film zu sehen

Body

von Wilfried Hippen

Manchmal kann man eine Problematik neu und unbelastet bewerten, wenn man darauf schaut, wie sie sich irgendwo anders darstellt. **Migration** ist schon von der Definition her ein globales Phänomen, es gibt sie nicht nur in Europa und Afrika, sondern etwa auch auf dem amerikanischen Kontinent. Dies wurde zuletzt verstärkt wahrgenommen, weil der Präsidentschaftskandidat Donald Trump damit drohte, eine Mauer zwischen Mexiko und den USA zu errichten – als wäre diese Grenze nicht jetzt schon ein kaum zu überwindendes Hindernis.

Wer von Süden aus in die USA gelangen will, beginnt seine mühsame und gefährliche Reisen meistens sehr viel weiter südlich als in Mexiko. Darüber hat der Hamburger Videojournalist Hauke Lorenz seine erste lange Dokumentation darüber gedreht; Videojournalist deshalb, weil Lorenz selbst sich noch nicht als Filmemacher bezeichnen mag. Entstanden ist Viacrucis **Migrante** Kreuzweg der **Migrant** innen im Süden Mexikos, nahe der Grenze zu Guatemala. In der kleinen Stadt Tenosique betreibt ein Franziskanermönch eine Herberge für **Flüchtlinge**, La72. Lorenz lässt einige der Zufluchtsuchenden ihre Geschichten erzählen: Sie kommen aus Honduras, El Salvador oder Guatemala, sind aus extrem bedrohlichen Verhältnissen geflohen. Den Frauen drohte die Zwangsprostitution, die jungen Männer sollten rekrutiert werden für kriminelle Banden, eine Transsexuelle musste um ihr Leben fürchten.

Fast alle Fluchten scheitern

Sie alle haben sich auf den Weg in die USA gemacht, und als sie im La72 auf das Einmannfilmteam aus Deutschland treffen, haben sie erst den kleineren Teil der Reise hinter sich. Einige sind zum ersten Mal

Migration als Passionsgeschichte REISEWEGE In seiner Dokumentation Viacrucis Migrante Kreuzweg der Migrant_innen erzählt der Hamburger Hauke Lorenz von Flüc....

aufgebrochen, andere haben es schon mal versucht fast alle dieser illegalen Wanderer scheitern und können froh sein, wenn sie unverseht abgeschoben werden.

Sie schildern ihre Erlebnisse, Hoffnungen und Ängste sehr plastisch in Lorenz Kamera und Mikrofon. Der Filmemacher nimmt sich zurück und verzichtet auch darauf, aus dem Off irgendwelche Erklärungen beizusteuern. Dass es ihm gelingt, jeden falschen Ton des Elendstourismus zu vermeiden, der sich bei so vielen Dokumentationen zum Thema Flucht und Geflüchtete einschleicht, liegt daran, dass ihn das Thema schon beschäftigte, als er noch gar nicht daran dachte, mit der Kamera zu arbeiten: Lorenz studierte Ethnologie an der Hamburger Uni und ging für ein Auslandsjahr nach Mexiko, wo ihn interessierte, wie dort mit den indigenen und anderen Minderheiten umgegangen wird. Im Rahmen einer Feldforschung besuchte er eine Migrantenherberge im Süden des Landes und schrieb über seine Forschungen dann auch seine Magisterarbeit. Er ließ sich zum Videojournalisten ausbilden, unter anderem an der Hamburg Media School. Danach verstand es sich für ihn fast von selbst, dass ihn seine erste große Arbeit wieder nach Mexiko führte.

Wie so oft beim Dokumentarfilm entwickelte sich das Projekt anders als beabsichtigt: Lorenz war fasziniert von einem langen Marsch von Flüchtlingen, der 2013 in Mexiko für Aufsehen sorgte: In der Karwoche werden in ganz Lateinamerika lange Prozessionszüge veranstaltet, deren Teilnehmer schwere Holzkreuze durch die Straßen tragen. Der Pater des Franziskanerordens, der La72 leitet, organisierte solch einen Zug mit den Flüchtlingen, die bei ihm Zuflucht gefunden hatten. Geplant war eine etwas längere Wanderung zur nächsten großen Stadt, Palenque, aber der Marsch bekam eine Eigendynamik und endete schließlich nach zehn Tagen und 1.200 Kilometern in Mexico City.

Von dieser so subversiven wie triumphalen Aktion gab es keine angemessene filmische Dokumentation, ein Mangel, den Lorenz sozusagen nachträglich abstellen wollte. Im folgenden Jahr dann aber verhinderte eine rigorose Polizei alle Versuche, den Marsch zu wiederholen. Am Ende drehte Lorenz zwar in der Karwoche 2015, wie das Kreuz geschnitzt wird und die Flüchtlinge sich damit auf eine kleine Prozession begeben. Einen langen Marsch aber versuchte man gar nicht erst wieder.

Finanziert per Crowdfunding

Auch bei Finanzierung und Vertrieb seines Films ging Lorenz ungewöhnliche Wege. Statt staatliche Fördergelder zu beantragen, holte er sich das erste Geld für sein Projekt durch eine Crowdfunding-Kampagne, bei der er um gerade einmal 7.500 Euro bat, die dann die Reisekosten für seinen Dreh deckten. Später kamen noch Sponsoren wie Brot für die Welt und eine Stiftung des Franziskanerordens dazu, aber der Film wurde mit einem extrem niedrigen Budget und vor allem auf das erhebliche eigene Risiko des Filmemachers hin produziert.

Lorenz reichte ihn bei verschiedenen Festivals ein, die Berlinale nahm ihn nicht, aber beim Filmfest Schleswig-Holstein in Kiel lief Viacrucis Migrantes als Eröffnungsfilm., auch zum New York City Independent Filmfestival reiste der Hamburger Debütant.

In einer außergewöhnlichen Aktion kehrt der Film gerade nach Mexiko zurück: Im Rahmen eines Deutschlandjahres wird er auf einer aufblasbaren Leinwand in Tenosique und ein paar anderen Orten gezeigt, später dann im Goethe-Institut in Mexico City. In ein paar Wochen dürften ihn also mehr Mexikaner gesehen haben als Deutsche. Dafür hat Lorenz hierzulande inzwischen wenigstens einen Verleih gefunden, Die Thede in Hamburg-Altona.

<http://viacrucismigrante.com/>

Load-Date: August 3, 2016

Unser Fachkräfteproblem ist hausgemacht ; Demografie Eine schrumpfende und vergreisende Gesellschaft muss kein Horrorszenario sein, findet der Schweizer Ökonom und Migrationsforscher Thomas Straubhaar. Der Einfluss der Flüchtlinge auf die Entwicklung unserer Gesellschaft wird stark überschätzt

taz, die tageszeitung

Freitag 15. Juli 2016

Copyright 2016 Contrapress media GmbH Vervielfältigung nur mit

Genehmigung des taz-Verlags All Rights Reserved



Section: INLAND; S. 7

Length: 1711 words

Byline: Daniel Bax

Highlight: Demografie Eine schrumpfende und vergreisende Gesellschaft muss kein Horrorszenario sein, findet der Schweizer Ökonom und **Migrationsforscher** Thomas Straubhaar. Der Einfluss der **Flüchtlinge** auf die Entwicklung unserer Gesellschaft wird stark überschätzt

Body

Interview Daniel Bax

taz: Herr Straubhaar, vor einem halben Jahr war die angebliche Masseneinwanderung von **Flüchtlingen** in Deutschland noch ein großes Thema. Wie stark, glauben Sie, werden diese das Land verändern?

Thomas Straubhaar: Weit weniger, als es die hochkochenden Emotionen der letzten Monate vermuten lassen. Angesichts einer deutschen Bevölkerung von 81 Millionen fällt eine Zuwanderung selbst von bis zu einer Million **Flüchtlingen** kaum ins Gewicht. Und die Erfahrung zeigt ganz klar, dass **Flüchtlingsbewegungen** selbst wenn sie so stark ausfallen wie letztes Jahr langfristig kaum eine nachhaltige Wirkung entfalten, weder positiv noch negativ.

Lassen sich mit den **Flüchtlingen** denn manche Folgen des demografischen Wandels abmildern?

Das stelle ich sehr in Frage. Weder können die **Flüchtlinge** den

drohenden Mangel an Fachkräften kompensieren schon allein, weil sie in ihren Qualifikationen sehr stark von dem abweichen, woran es in Deutschland am stärksten fehlt. Noch sollte man die Flüchtlinge als Konkurrenz für die hiesigen Arbeitskräfte sehen. Wegen der Flüchtlinge wird weder die Arbeitslosigkeit ansteigen, noch werden die Sozialkassen geleert. Aber um ökonomische Kriterien sollte es bei der Aufnahme von Flüchtlingen auch gar nicht gehen. Da geht es um Humanität, um Hilfe für Menschen in Not. Das sollten die Bedürfnisse des Aufnahmelandes überhaupt keine Rolle spielen.

Unser Fachkräfteproblem ist hausgemacht Demografie Eine schrumpfende und vergreisende Gesellschaft muss kein Horrorszenario sein, findet der Schweizer Ökonom un....

Braucht Deutschland mehr Einwanderung?

Wir haben in Deutschland mehr als genug stille Reserven, die arbeiten möchten und das auch könnten, wenn wir sie lassen würden. Wir haben große ungenutzte Potenziale bei Frauen, bei Älteren und vor allem bei den Menschen mit Migrationshintergrund, die schon hier leben. Wenn wir deren Potenziale besser nutzen würden, hätten wir von morgen an Millionen von Fachkräften. Dazu müssten die Unternehmen bereit sein, den Erwartungen der Menschen, die gern arbeiten würden, entgegenkommen. Deshalb sage ich: Der Fachkräftemangel ist primär ein hausgemachter Mangel an unternehmerischer Führung.

Sie meinen, die Unternehmen geben sich nicht genug Mühe?

Ja genau. Sie verstehen offenbar noch nicht, wie die Arbeitswelt des 21. Jahrhunderts tickt: also, wie Arbeitsplätze in unserer heutigen Welt der digitalen Globalisierung so zu gestalten sind, dass sie für gut gebildete Frauen, gut gebildete Ältere und gut gebildete, hier geborene Menschen mit Migrationshintergrund attraktiv sind. Ich habe mal versucht zu errechnen, wie groß die Arbeitseinsparung durch Digitalisierung sein müsste, um die drohende Lücke zwischen Angebot und Nachfrage auf dem Arbeitsmarkt zu schließen. Das Ergebnis hat mich selbst verblüfft: bereits ein geringfügiger Produktivitätsfortschritt von einem halben Prozent genügt da eigentlich, um alle Lücken zu schließen.

Ist der Fachkräftemangel also eine Phantomdebatte?

Ja. Wenn ich an 3-D-Drucker denke, an selbst fahrende Autos und sich selbst steuernde Flugzeuge, an Maschinen, Roboter und Smart-Grids-Technologien, die stupide Routine und Fließbandarbeit übernehmen, dann sollten wir eher froh darüber sein, dass die Zahl der Erwerbspersonen insgesamt zurückgeht.

Zurück zu den Flüchtlingen: Was ist da zu tun?

Die pragmatisch richtige Vorgehensweise wäre erstens, die Kinder so schnell wie möglich zur Schule gehen zu lassen und zweitens den Menschen, die hier sind, zu helfen, damit sie möglichst schnell durch eigene Arbeit zu ihrem Lebensunterhalt beitragen können. Das würde ich über spezifische Lohnzuschüsse machen, die an die Arbeitgeber fließen sollten, die Asylbewerber beschäftigen. Und man könnte sich generell die Frage stellen, ob solche Lohnzuschüsse nicht eine gute Idee wären, um Langzeitarbeitslose oder Menschen mit geringer Qualifikation in den Arbeitsmarkt einzugliedern.

Manche fordern, den Mindestlohn aufzuweichen, um Flüchtlinge schneller in den Arbeitsmarkt zu integrieren. Sie nicht?

Ich denke, dass der Mindestlohn in seiner Wirkung überschätzt wird. Das sieht man doch jetzt: Weder hat er zu einem Anstieg der Arbeitslosigkeit geführt, noch hat er etwas daran geändert, dass Langzeitarbeitslose oder gering Qualifizierte die Verlierer des Strukturwandels sind. Nach diesem sehr emotional geführten Streit, jetzt wieder daran zu rütteln, würde den Konflikt nur unnötig wieder aufflammen lassen. Ich würde außerdem dafür plädieren, keine Tatbestände zu schaffen, die Asylbewerber einseitig bevorzugen, denn das schafft nur böses Blut. Wenn man schon erkennt, dass bestimmte Gruppen einer Hilfe bedürfen, dann sollte die für alle gelten. Sonst schafft das Neid, Frustration und Ärger, die den Populisten in die Hand spielen.

Eine schrumpfende und vergreisende Gesellschaft ist für viele ein Horrorszenario. Für Sie nicht?

Nein, überhaupt nicht. Ich denke, wer damit ein Problem hat, der hat noch ein überkommenes Weltbild im Kopf, bei dem die Zahl der Menschen, die in einem Land leben, etwas über die Macht dieses Landes aussagt.

Wenn die deutsche Bevölkerung schrumpfen sollte und ich bin mir gar nicht sicher, ob das geschehen wird, dann wäre die relativ offensichtliche Folge doch, dass die Ausstattung pro Kopf besser wäre, was Straßen, Schulen und Krankenhäuser betrifft. Plakativer ausgedrückt: Wir hätten dadurch viel mehr Platz und könnten dadurch viel nachhaltiger ökologisch wirtschaften, was besser für die Umwelt wäre. Die wunderbaren deutschen Autobahnen wären staufrei und müssten nicht weiter ausgebaut werden, wenn immer weniger Menschen sie befahren würden.

Unser Fachkräfteproblem ist hausgemacht Demografie Eine schrumpfende und vergreisende Gesellschaft muss kein Horrorszenario sein, findet der Schweizer Ökonom un....

Die Schulklassen würden kleiner, das heißt, die Lehrkräfte könnten sich intensiver um die einzelnen Kinder kümmern, und die Hörsäle an den Unis wären nicht mehr so überlaufen, sondern die Professorinnen und Professoren hätten viel mehr Zeit, sich intensiver den handverlesenen Studierenden zu widmen.

Klingt idyllisch. Aber ist das realistisch? Und wer soll in die Sozialkassen einzahlen, wenn es immer mehr Ältere gibt und kaum noch Junge?

Das ist der entscheidende Punkt. Die Frage ist, ob wir bereit sind, die sozialen Sicherungssysteme, die in Zeiten von starkem Wirtschaftswachstum und Bevölkerungswachstum in den 50er Jahren des vorherigen Jahrhunderts geschaffen wurden, an die völlig veränderten Umstände von heute anzupassen. Das heißt, dass wir über steuerfinanzierte soziale Sicherungssysteme nachdenken müssen, statt an beitragsfinanzierten festzuhalten, mit denen man bisher den Sozialstaat über die Lohnnebenkosten finanziert. Konkret müsste das in Richtung einer negativen Einkommensteuer oder eines Grundeinkommens gehen damit eben auch der Roboter und die digitale Wirtschaft zur Finanzierung des sozialen Systems herangezogen werden, und nicht nur die Arbeit. Wir müssten der steigenden Lebenserwartung Rechnung tragen, indem wir auch die Lebensarbeitszeit verlängern. Natürlich nicht für alle gleichermaßen: Ich verstehe schon, dass der Dachdecker ein Problem hat, mit 60 noch auf das Dach zu steigen. Aber es gibt genügend Alternativen, und das hat auch etwas mit lebenslanger Weiterbildung und Weiterqualifizierung zu tun. Und die Arbeitgeber müssten bereit sein müssen, altersspezifische Arbeitsplätze zu schaffen. Sie müssten anerkennen, dass im Alter vielleicht das kognitive Innovationstempo etwas nachlässt. Dafür bringen Ältere Lebenserfahrung mit. Sie können Netzwerke einbringen, sie besitzen vielleicht soziale Kompetenzen und können vielleicht besser beurteilen: Was ist wirklich wichtig und was ist weniger wichtig.

Sie haben also nicht die Befürchtung, dass in Zukunft ausländische Pflegekräfte immer mehr deutsche Senioren im Pflegeheim versorgen müssen so lange, bis der Letzte das Licht ausmacht?

Es spricht nichts dagegen, Zuwanderung auch in Pflegeberufe zu fördern. Aber wir haben schon jetzt viele Menschen mit Migrationshintergrund, die noch viel stärker als heute solche Aufgaben übernehmen könnten. Ich sehe den Bedarf an Pflege aber auch gar nicht so dramatisch ansteigen, wie viele das tun. Denn durch die medizinische Entwicklung und unser verändertes Verhalten leben wir heute nicht nur länger, sondern bleiben auch länger gesund. Die Alten von heute sind körperlich, physisch und psychisch viel jünger als die Alten von gestern, und das führt zu einer interessanten, gegenläufigen Verjüngungsbewegung. Früher waren Pflegefälle im Schnitt 60-jährig. Heute sind sie 75, und in zehn oder 20 Jahren werden die Pflegefälle 85 sein. Und deren Pflege wird immer für die Dauer von etwa zwei Jahren sehr intensiv sein. Aber das war schon früher so, das ist heute so und wird auch so bleiben. Das heißt, dass es in Zukunft gar nicht so viel mehr Pflegebedürftige geben wird. Sie werden nur viel älter sein als heute.

Manche fürchten ja, dass Deutschland sich durch zu viel Einwanderung abschafft.

Ich halte das für merkwürdig also ob das Deutsche ein wie in Stein gemeißeltes Gesetz wäre, das stabil, statisch und starr über die Jahrhunderte Gültigkeit gehabt hätte. Aber das, was Deutschland ausmacht, ist zum Glück stetig im Wandel, und unsere Großeltern oder Urgroßeltern würden das Deutschland von heute wohl kaum wiedererkennen, einfach weil sich der Zeitgeist, die Technologie, die Weltwirtschaft, weil sich so vieles so dramatisch verändert hat. Und natürlich wird Deutschland sich auch weiter verändern, und es wird sicher noch bunter, diverser und vielfältiger werden.

Drohen dadurch nicht auch mehr Konflikte?

Vielfalt hilft, immer wieder das Eigene in Frage zu stellen und Innovationen zu erzeugen. Aber sie hat auch Nachteile. Etwa, dass die gemeinsame Basis -schmäler wird und der Normalfall nicht mehr wirklich definiert werden kann. Und ich glaube, dass wir als Gesellschaft stärker daran arbeiten müssen, zu definieren: Welches sind die Werte und die Rechtsbereiche, die uns so wichtig sind, dass wir sie als quasi unantastbar betrachten? Und welche dürfen wir ruhig anpassen?

Unser Fachkräfteproblem ist hausgemacht Demografie Eine schrumpfende und vergreisende Gesellschaft muss kein Horrorszenario sein, findet der Schweizer Ökonom un....

Sollte die deutsche Bevölkerung schrumpfen, hätten wir viel mehr Platz und könnten viel nachhaltiger wirtschaften. Die Autobahnen wären staufrei, die Schulklassen würden kleiner und die Hörsäle an den Unis wären nicht mehr so überlaufen

Thomas Straubhaar

59, war bis 2014 Direktor des Hamburgischen Weltwirtschaftsinstituts. Er lehrt an der Universität Hamburg. Im März erschien von ihm: Der Untergang ist abgesagt: Wider die Mythen des demografischen Wandels (Edition Körber-Stiftung)

Load-Date: July 14, 2016

Abschiebung per Rollkommando; Einwanderung Der Flüchtlingsrat verlangt von der rot-grünen niedersächsischen Landesregierung, die bundesgesetzliche Änderung des Asylverfahrens auf menschenfreundliche Weise umzusetzen. Denn es gibt bereits ein abschreckendes Beispiel aus dem Land

taz, die tageszeitung

Montag 26. Oktober 2015

Copyright 2015 Contrapress media GmbH Vervielfältigung nur mit

Genehmigung des taz-Verlags All Rights Reserved



Section: NORD AKTUELL; S. 25

Length: 757 words

Byline: Gernot Knödler

Highlight: Einwanderung Der **Flüchtlingsrat** verlangt von der rot-grünen niedersächsischen Landesregierung, die bundesgesetzliche Änderung des **Asylverfahrens** auf menschenfreundliche Weise umzusetzen. Denn es gibt bereits ein abschreckendes Beispiel aus dem Land

Body

von Gernot Knödler

Auch nach der Verschärfung des **Asylrechts** sollte Niedersachsen seinen Spielraum für eine humane Abschiebungspolitik nutzen, fordert der **Flüchtlingsrat**. Die rot-grüne Landesregierung habe sich auf die Fahnen geschrieben, **Flüchtlingen** menschlich zu begegnen. Deshalb müsse sie ihren Rückführungserlass so anpassen, dass diese Absicht bei der Umsetzung des **Asylverfahrensbeschleunigungsgesetzes**, das seit Samstag gilt, nicht untergehe.

Mit seinem Rückführungserlass vom September vergangenen Jahres hatte Innenminister Boris Pistorius (SPD) die Abkehr von der Politik seines Vorgängers Uwe Schünemann (CDU) vollzogen und unter anderem die unangekündigten Abschiebungen gestoppt. Angesichts der **Flüchtlingswelle** hat Pistorius den Erlass im September diesen Jahres allerdings wieder verschärft. Seither müssen **Asylbewerber**, die absehbar nicht länger als 18 Monate im Land bleiben werden, nicht mehr über ihren Abschiebetermin informiert werden.

Allzu leichtfertig und schnell räumt der Innenminister jetzt das Feld und bereitet den Boden für eine Rückkehr zu überwunden geglaubten Methoden des Vollzugs, kritisierte der Flüchtlingsrat die Entscheidung und sah sich wenige Wochen später in seinen Befürchtungen bestätigt: In der Nacht vom 4. auf den 5. Oktober drangen fünf martialisch ausgerüstete Polizisten ohne zu klingeln oder zu klopfen in die Unterkunft des herzkranken iranischen Asylsuchenden Wahid B. in Gnarrenburg ein, um ihn abzuschieben.

Abschiebung per Rollkommando Einwanderung Der Flüchtlingsrat verlangt von der rot-grünen niedersächsischen Landesregierung, die bundesgesetzliche Änderung des A....

Er sei geschockt gewesen und wegen starken Herzklopfens in Ohnmacht gefallen, berichtet B. Erst in einem Polizeiauto sei er wieder aufgewacht. Die Polizisten hätten keine Abschiebeentscheidung des Bundesamtes für Migration vorgezeigt und ihn weder seine Brille noch andere notwendige Dinge mitnehmen lassen. Insbesondere hätten die Polizisten sich nicht um die Herzoperation geschert, die in seiner Akte vermerkt sei. Wegen der Herzkrankheit müsse er wöchentlich untersucht werden.

Weil B. über Schmerzen in der Brust klagte, sei seine Abschiebung nach Ungarn auf dem Frankfurter Flughafen gestoppt worden, teilte der Flüchtlingsrat mit. Es stelle sich die Frage, ob B. überhaupt flugreisetauglich gewesen sei. Der behandelnde Facharzt habe das im Nachhinein verneint und eine Gefährdung des Patienten befürchtet.

Das Beispiel mache deutlich, was mit dem Inkrafttreten der neuen Asylrechtsverschärfung drohe, sagt Kai Weber vom Flüchtlingsrat. Denn darin heißt es: Nach Ablauf der Frist zur freiwilligen Ausreise darf der Termin der Abschiebung dem Ausländer nicht angekündigt werden. Wegen der Bedenken der Grünen hatte sich Niedersachsen anders als andere rot-grün regierte Länder bei der Abstimmung über das Gesetz im Bundesrat enthalten.

Trotzdem sehe sich die Landesregierung an das Gesetz gebunden, sagte Jörg Mielke, der Chef der Staatskanzlei der Hannoverschen Allgemeinen Zeitung: Wir haben da keinen Spielraum. Die Verhältnisse seien völlig andere, als vor zwei Jahren zu erahnen gewesen sei. Ein konsequenter Kurs entlaste die Einrichtungen der Flüchtlingshilfe. Er sagte aber auch: Unsere politische Haltung haben wir in unserem Rückführungserlass festgehalten.

Genau darauf will nun Weber ihn festnageln. Auch die zukünftige Rechtslage hindere die Landesregierung nicht daran zu prüfen, ob anderweitige Gründe für eine Aufenthaltserlaubnis vorlägen. Sie könne der freiwilligen Ausreise den Vorrang geben, Härtefallanträge ermöglichen, die Trennung von Familien verbieten und ebenso das unangekündigte gewaltsame Eindringen in Wohnungen. Nach Auskunft des Innenministeriums rennt der Flüchtlingsrat damit offene Türen ein.

Vorfälle wie in Gnarrenburg dürfen sich nicht wiederholen, findet der Flüchtlingsrat. Zu dem Vorfall stehe eine ausführliche Stellungnahme der Ausländerbehörde noch aus, teilte das Ministerium mit. Allgemein gelte, dass die Ausländerbehörden die Reisefähigkeit von Abzuschiebenden untersuchten, sofern Erkrankungen bekannt oder erkennbar seien.

Erhebungen darüber, wie viele Flüchtlinge bei angekündigten Abschiebungen nicht angetroffen wurden, lägen nicht vor. Insgesamt seien die Betroffenen bei einem Drittel der Abschiebeversuche nicht angetroffen worden.

Das Turbo-Asylverfahren

Im Asylverfahrensbeschleunigungsgesetz ist vorgesehen:

den Bau von Unterkünften durch Senkung der Standards zu beschleunigen,

diejenigen, die langfristig bleiben dürfen, besser zu integrieren

Albanien, Kosovo und Montenegro zu sicheren Herkunftsländern zu erklären,

in Erstaufnahmeeinrichtungen Bargeldzahlungen so weit wie möglich durch Sachleistungen zu ersetzen

Load-Date: October 25, 2015

Der Senat soll einladen; Asyl Das Bündnis Hamburger Flüchtlingsinitiativen fordert die Regierung auf, Tausend Menschen aus Griechenland zu holen

taz, die tageszeitung

Dienstag 01. November 2016

Copyright 2016 Contrapress media GmbH Vervielfältigung nur mit

Genehmigung des taz-Verlags All Rights Reserved



Section: HAMBURG AKTUELL; S. 28

Length: 456 words

Byline: Katharina Schipkowski

Highlight: Asyl Das Bündnis Hamburger Flüchtlingsinitiativen fordert die Regierung auf, Tausend Menschen aus Griechenland zu holen

Body

von Katharina Schipkowski

Während in manchen Vierteln viel Geld fließt, damit AnwältInnen verhindern, dass dort Flüchtlingsunterkünfte gebaut werden, läuft es auch manchmal anders: Der Zusammenschluss Hamburger Flüchtlingsinitiativen hat eine Petition gestartet, in der er den Senat auffordert, Tausend Flüchtlinge aufzunehmen, die in Griechenland festsitzen. Hamburg hat Platz, lautet deren Titel.

Die InitiatorInnen schreiben, sie wollten sich nicht damit abfinden, dass Tausende vor Krieg und Terror geflohene Menschen unter unzumutbaren Bedingungen ausharren müssen, weil es keinen legalen Weg gibt, in andere EU-Länder zu gelangen. Sie fordern den Senat auf, mit der Bundesregierung zu verhandeln, um die Einreisegenehmigungen für 1.000 Menschen zu erwirken. Außerdem solle die Stadt die Transportkosten tragen und die Voraussetzungen für eine schnellstmögliche Unterbringung in regulären Wohnungen schaffen.

Wo genau Hamburg Platz hat, hätten sich die InitiatorInnen nicht überlegt, sagte Harald Möller-Santner vom Ottenser Gesprächskreis zu Flucht und Migration, der die Petition mit initiiert hat. Das ist aber auch nicht unsere Aufgabe, findet er. In einer reichen Stadt wie Hamburg gibt es viele Möglichkeiten.

Durch die drastisch gesunkene Zahl von Ankömmlingen gebe es auch wieder Kapazitäten in Erstaufnahmeeinrichtungen. Für die anschließende Unterbringung in Wohnungen sei ein grundsätzliches Umsteuern in der Wohnungsbaupolitik erforderlich, sagt Möller-Santner.

Platz nur in Erstaufnahmen

Doch, ob Hamburg wirklich Platz habe, sei nicht so einfach zu beantworten, sagte Christiane Kuhrt vom Zentralen Koordinierungsstab Flüchtlinge. Theoretisch können wir Tausend Menschen in Erstaufnahmen unterbringen, sagte die Sprecherin.

Der Senat soll einladen Asyl Das Bündnis Hamburger Flüchtlingsinitiativen fordert die Regierung auf, Tausend Menschen aus Griechenland zu holen

Die Frage sei aber: Möchte man das? Die Geflüchteten wollten schließlich nicht ewig in Erstaufnahmeeinrichtungen wohnen und in den Folgeunterkünften mangelt es nach wie vor an Platz: 7.500 Überresidente warten darauf, in eine Folgeunterkunft umzuziehen.

Der Zusammenschluss der Flüchtlingsinitiativen beruft sich außerdem auf das von der EU beschlossene Relocation-Programm. 2015 gab es zwei EU-Beschlüsse, nach denen 160.000 Personen aus Griechenland und Italien innerhalb von zwei Jahren auf andere EU-Länder verteilt werden müssen. Deutschland soll über 27.400 Personen aufnehmen. In Hamburg angekommen sind davon bisher elf, wie ein Sprecher des Einwohnerzentralamts auf taz-Anfrage sagte.

Die Verantwortung für die Umsetzung des Relocations-Programms in den einzelnen Bundesländern liegt allerdings bei der Bundesregierung. Der Senat hat sich damit offenbar noch nicht befasst dessen Sprecher verwies zum Thema lediglich an die Innenbehörde. Dort wusste man nichts von dem Programm.

Load-Date: October 31, 2016

In 0,1 Prozent der Fälle; Paragraphen Einreise ohne Visum bleibt offiziell strafbar

taz, die tageszeitung

Freitag 13. November 2015

Copyright 2015 Contrapress media GmbH Vervielfältigung nur mit

Genehmigung des taz-Verlags All Rights Reserved



Section: SCHWERPUNKT; S. 2

Length: 420 words

Byline: Christian Rath

Highlight: Paragraphen Einreise ohne Visum bleibt offiziell strafbar

Body

Berlin taz | Die Hamburger Justizbehörden wollten die Einreise von **Flüchtlingen** entkriminalisieren. Aber sie konnten sich mit ihrem Antrag auf der Justizministerkonferenz am Donnerstag nicht durchsetzen.

Die Mehrheit der Länder sieht zwar Handlungsbedarf, wollte aber zunächst nur eine Arbeitsgruppe einsetzen. Die Bundesregierung will gar nicht aktiv werden.

Fast alle Flüchtlinge kommen aus Staaten, deren Bürger für die Einreise nach Deutschland ein Visum benötigen. In der Regel haben die Flüchtlinge aber keine Visa, deshalb wird sofort gegen sie wegen illegaler Einreise ermittelt. Das Aufenthaltsgesetz sieht hierfür bis zu einem Jahr Freiheitsstrafe oder Geldstrafe vor (Paragraf 95).

Es ist absurd: Die Flüchtlinge müssen wochenlang warten, um registriert zu werden und einen Asylantrag stellen zu können. Aber wegen der illegalen Einreise legt die Polizei sofort eine Akte an. Zum Glück bekommen die Flüchtlinge meist gar nicht mit, dass gegen sie ermittelt wird.

Am Ende passiert in der Regel nämlich gar nichts. In 99,9 Prozent der Fälle wird das Ermittlungsverfahren eingestellt, erklärte der Stuttgarter Justizminister Rainer Stickelberger (SPD).

Das ist im Gesetz auch so angelegt, denn dort wird auf die Genfer Flüchtlingskonvention verwiesen, die es ausdrücklich verbietet, Flüchtlinge wegen unrechtmäßiger Einreise zu bestrafen.

Belastet sind von dem Unsinn also weniger die Flüchtlinge als vielmehr Polizei und Staatsanwaltschaft, die völlig unnötige Arbeit machen.

Dennoch stellte sich vor allem Bayerns Justizminister Winfried Bausback (CSU) gegen die Änderungswünsche: Es wäre angesichts des unkontrollierten Zustroms von Migranten das völlig falsche Signal, bei der Einreisekriminalität zurückzuweichen.

In 0,1 Prozent der Fälle Paragrafen Einreise ohne Visum bleibt offiziell strafbar

Auch Justizminister Heiko Maas (SPD) erklärte: Für die Bundesregierung hat das Thema im Moment keine Priorität. Diese Nachricht ist noch wichtiger als der Widerstand aus Bayern. Denn eine Änderung des Aufenthaltsgesetzes müsste im Bundestag erfolgen.

Die von Baden-Württemberg beantragte Länderarbeitsgruppe will nun bis nächstes Frühjahr Vorschläge erarbeiten.

Vermutlich wird es dabei nicht um eine Entkriminalisierung gehen, wie sie Hamburgs Justizminister Till Steffen (Grüne) vorgeschlagen hatte. Stattdessen geht es dann wohl nur um Vereinfachungen der strafrechtlichen Bürokratie. Christian Rath

Für die Regierung hat das Thema im Moment keine Priorität

Mehr Mittel

Die afrikanischen Staaten wollen mehr Geld, die Schweden fordern

Papiere, und die deutschen Justizminister fürchten falsche Signale

Load-Date: November 12, 2015

Warten auf Deutschland; BÜROKRATIE Allein in Sachsen leben angeblich rund 3.500 Flüchtlinge, ohne dass ihre Grunddaten erfasst wurden

taz, die tageszeitung

Samstag 11. April 2015

Copyright 2015 Contrapress media GmbH Vervielfältigung nur mit

Genehmigung des taz-Verlags All Rights Reserved



Section: AKTUELLES; S. 04

Length: 454 words

Byline: INES KAPPERT

Highlight: BÜROKRATIE Allein in Sachsen leben angeblich rund 3.500 Flüchtlinge, ohne dass ihre Grunddaten erfasst wurden

Body

VON INES KAPPERT

Sie sitzen auf einer Matratze vor dem Eingang der Flüchtlingsunterkunft in Hoyerswerda und halten braune Kartons hoch: Hungerstreik, um gehört zu werden .

Tarek Ahmed hat es aus Hassake nach Deutschland geschafft. Seine Frau und seine vier Kinder sind noch dort, er macht sich unendliche Sorgen um sie. Walid Awad ist Single und kommt aus Damaskus, wo er vom Assad-Regime gefoltert wurde. Hasan Salame schließlich arbeitete in seinem früheren Leben für eine Elektronikfirma in Aleppo, auch er musste fliehen und seine Familie im Kriegsgebiet zurücklassen, um sein Leben zu retten.

Nun greifen sie in ihrer Verzweiflung zum letzten Mittel, sie hungern.

Denn obwohl sie schon seit rund sieben Monaten in Deutschland sind, wurde bislang noch nicht einmal eine Akte unter ihrem Namen angelegt. Es wurden auch keine Fingerabdrücke genommen. Wer aber keine Akte hat, kann auch keinen Asylantrag stellen. Auf Anfrage der taz teilt die Ausländerbehörde Bautzen mit, dass die Syrer keine Ausnahme seien.

Allein in ihrem Zuständigkeitsbereich ergehe es etwa 200 Vertriebenen so. In ganz Sachsen seien rund 3.500 Flüchtlinge vom zuständigen Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF) einfach auf die Fläche verteilt worden ohne jede Registrierung. Die Flüchtlinge erhalten Unterkunft und rund 330 Euro im Monat, um sich verpflegen zu können. Wenn die Hilfeleistungen gewährt werden, was ist dann das Problem bei der Registrierung?

Bislang zählte diese nicht zu den Aufgaben der Kommunen, sondern zu denen des BAMF. Das aber ist noch immer nicht auf die tatsächliche Zahl von Asylsuchenden eingerichtet, und so werden die Wartezeiten länger und länger.

Warten auf Deutschland BÜROKRATIE Allein in Sachsen leben angeblich rund 3.500 Flüchtlinge, ohne dass ihre Grunddaten erfasst wurden

Wie viele Menschen ohne Registrierung bundesweit in Heimen sitzen und Monat für Monat darauf warten, auch nur den ersten Schritt in ihrem Asylverfahren machen zu dürfen, war nicht in Erfahrung zu bringen.

Doch in Hoyerswerda beziehungsweise in Sachsen soll die Lage nun besser werden. So hat das Landratsamt zwei Mitarbeiter schulen lassen, die Erstregistrierung vorzunehmen und die Daten ans BAMF zu übermitteln.

Die Maßnahmen gegen den Verwaltungsstau seien bereits vor zwei Wochen ergriffen worden. Mit dem Hungerstreik habe man also nichts zu tun. Gleich am Montag soll es mit der Erfassung losgehen, und Tarek Ions Ahmed, Walid Awad und Hasan Salame werden, so die Sprecherin aus Bautzen, die Ersten sein, deren Daten endlich ans Bundesamt geschickt werden.

Erleichtert haben die drei Syrer unter dieser Voraussetzung ihren Hungerstreik ausgesetzt. Kurz vor Dienstschluss teilte das BAMF dann mit, dass just am Freitag zwei Asylverfahren der drei Hungerstreikenden eingeleitet worden sind. Für das dritte benötige man noch Unterlagen seitens der Ausländerbehörde.

Load-Date: April 10, 2015

End of Document

Eher seltener zum Arzt; taz-Serie Gesundheitsausgaben für Flüchtlinge sind bisher nicht hoch. Projekte bilden Asylsuchende zu Pflegehilfskräften aus

taz, die tageszeitung

Freitag 19. Februar 2016

Copyright 2016 Contrapress media GmbH Vervielfältigung nur mit

Genehmigung des taz-Verlags All Rights Reserved



Section: WIRTSCHAFT UND UMWELT; S. 9

Length: 647 words

Byline: Barbara Dribbusch

Highlight: taz-Serie Gesundheitsausgaben für Flüchtlinge sind bisher nicht hoch. Projekte bilden Asylsuchende zu Pflegehilfskräften aus

Body

von Barbara Dribbusch

Berlin taz | Das Interesse der Flüchtlinge war groß: Wir hatten mehr Anfragen als Plätze, sagt Jenny Pieper-Kempf, Sprecherin des Diakonie Pflegeverbundes Berlin. Mit 16 Teilnehmern startete hier kürzlich ein Pilotprojekt, in dem Asylsuchende zu PflegehelferInnen ausgebildet werden. Der viermonatige Lehrgang beinhaltet Sprachkurs, theoretischen Unterricht, Praktika und sogar bei Bedarf das Erlernen des Fahrradfahrens.

Flüchtlinge als neue Arbeitskräfte davon träumen viele Arbeitgeber in der Pflegebranche, die den Fachkräftemangel beklagen. Allerdings: Wer nach Deutschland kommt und sich überhaupt für die Pflege begeistern kann, macht in der Regel erst mal einen Kurs zur Pflegehilfskraft. Denn die dreijährige Ausbildung zur examinierten Fachkraft erfordert sehr gute Deutschkenntnisse, das Curriculum ist anspruchsvoll.

Auch der Kurs der Diakonie vermittelt nur Basiskenntnisse. Die TeilnehmerInnen kommen aus Syrien, Afghanistan, aber auch Albanien und dem Kosovo, unter ihnen sind ein Drittel Männer. In der Diakonie hofft man, dass sich der eine oder andere nach Abschluss des Kurses entschließt, die dreijährige Ausbildung zur dringend gesuchten examinierten Pflegefachkraft noch draufzusetzen. Das Ziel aller Qualifizierung ist letztlich, jemanden zur Fachkraft zu bringen, sagt Manfred Carrier, Ausbildungsexperte bei der Diakonie Deutschland. Männer müssten aber erst mal an die Pflege herangeführt werden. In den Herkunftsländern gilt die Pflege als Frauenberuf.

Auch die Ärzte unter den Flüchtlingen haben einen längeren Weg vor sich, um hier als Arzt arbeiten zu können. Ärzte aus einem Nicht-EU-Land müssen in Deutschland sehr gute Sprachkenntnisse vorweisen und unter Umständen eine aufwendige Kenntnisstandprüfung auf Deutsch absolvieren, um die nötige Approbation zu bekommen. Das dauert.

Flüchtlinge sind nicht nur potenzielle Arbeitskräfte, sondern auch potenzielle Patienten in der Gesundheitsbranche. Asylbewerber, die weniger als 15 Monate in Deutschland sind, haben laut Gesetz aber nur bei akuten

Eher seltener zum Arzt taz-Serie Gesundheitsausgaben für Flüchtlinge sind bisher nicht hoch. Projekte bilden Asylsuchende zu Pflegehilfskräften aus

Erkrankungen und Schmerzzuständen einen Zugang zu Arztbehandlungen. Erst bei längerer Aufenthaltsdauer ist der Zugang uneingeschränkt und es gelten für sie die üblichen Leistungen der gesetzlichen Krankenversicherungen. Diese Kosten werden nicht von den Beitragszahlern getragen, sondern vom Staat, also den Steuerzahler.

Die mitunter geschürte Sorge, kranke und traumatisierte Flüchtlinge könnten das hiesige Gesundheitssystem über Gebühr belasten, wird bisher durch die Zahlen entkräftet. Laut einer Studie der Universitäten Heidelberg und Bielefeld verursachen Asylsuchende mit eingeschränktem und uneingeschränktem Zugang pro Jahr im Schnitt nur etwa 1.600 Euro an Gesundheitsausgaben pro Kopf. Interessant dabei ist, dass die Gesundheitsausgaben nicht steigen, wenn die Flüchtlinge eine eigene Versichertenkarte und uneingeschränkten Zugang zu ärztlichen Leistungen haben es ist also nicht so, dass Asylbewerber das Gesundheitssystem ausnutzen würden, wenn sie nur könnten.

Die Behandlungskosten pro Person sind bei den Flüchtlingen geringer als im Schnitt der gesetzlich Versicherten , sagt Jörn Hons, Sprecher der AOK Bremen. Für die Gesamtbevölkerung in Deutschland errechnen sich Gesundheitsausgaben von im Schnitt 3.900 Euro pro Person und Jahr, wobei teure Behandlungen chronischer Patienten den Schnitt nach oben ziehen. Die Flüchtlinge sind jünger als die deutsche Bevölkerung, eher nicht übergewichtig, in der Mehrzahl Männer solche Leute gehen seltener zum Arzt. Außerdem sind schon die Sprachprobleme ein Hindernis beim Arztbesuch.

Ökonomie der Flucht

Wie beeinflusst die Migration die hiesige Wirtschaft? Sorgen Flüchtlinge für mehr Wachstum in Deutschland? Oder gar für weniger? In der taz-Serie Ökonomie der Flucht untersuchen wir genau, welche Art der Zuwanderung auf verschiedene Wirtschaftszweige wie einwirkt.

Load-Date: February 18, 2016

In die Pampa schicken bringt nichts ; Jetzt mal im Ernst Herr Panagiotidis, wie soll das mit der Unterbringung der Flüchtlinge klappen?

taz, die tageszeitung

Samstag 16. Juli 2016

Copyright 2016 Contrapress media GmbH Vervielfältigung nur mit

Genehmigung des taz-Verlags All Rights Reserved



Section: HINTERGRUND; S. 20

Length: 792 words

Byline: Martina Kollross

Body

Jetzt mal im Ernst Herr Panagiotidis, wie soll das mit der Unterbringung der **Flüchtlinge** klappen?

Interview Martina Kollross

taz.am wochenende: Herr Panagiotidis, viele **Migrationsforscher** fordern, **Flüchtlinge** dezentral unterzubringen. Wie stehen Sie dazu?

Jannis Panagiotidis: Längerfristige Unterbringung in Durchgangslagern ist für alle Beteiligten unbefriedigend, das ist ganz klar. Integration ist da gar nicht möglich. Wenn dezentral aber bedeutet, dass man die Leute irgendwo in die Pampa schickt, wo schon die einheimische Bevölkerung keinen Job hat, bringt das auch niemandem etwas.

Wie weit soll der Staat diese Bewegungen lenken?

Das ist die große Frage. Wie weit kann er das überhaupt? Das neue Integrationsgesetz enthält eine Wohnortzuweisung. Das gab es auch schon in den 1990er Jahren, als die Russlanddeutschen kamen. Die durften allerdings Präferenzen angeben. Viele Jahre später stellte man fest: Ein Großteil der Leute kam letztlich dahin, wo er auch hin wollte. Wenn man die Migranten machen lässt, ziehen sie zu ihren Freunden und Verwandten.

Und dann?

Dann kommt es zu bestimmten Konzentrationen, die man, wenn sie sozial marginalisiert sind, als Ghetto bezeichnet. Wenn sich innerhalb dieser Konzentrationen aber eine positive Dynamik entwickelt, kann man sie auch als Kolonien betrachten ein Zusammenschluss von Menschen ähnlicher Herkunft, die sich gegenseitig helfen. Der deutsche Staat wäre hier ganz gut beraten, etwas mehr auf solche zivilgesellschaftlichen Prozesse zu vertrauen.

Parallelgesellschaften werden gemeinhin als etwas Schlechtes dargestellt.

Ja, das muss aber nicht sein. Diese Kolonien haben große Integrationspotenziale, die man verschwendet, wenn man die Leute auseinanderreißt.

In die Pampa schicken bringt nichts Jetzt mal im Ernst Herr Panagiotidis, wie soll das mit der Unterbringung der Flüchtlinge klappen?

Wie viel Integrationswillen darf man von ihnen erwarten?

Im Grunde müssen alle Seiten mitziehen. Es kann nicht alles von den Migranten kommen, aber auch nicht von der deutschen Zivilgesellschaft oder dem Staat. Ich glaube, man sollte die Erwartungen erst mal niedriger hängen und einsehen, dass die Integration von Hunderttausenden Menschen nicht reibungslos verlaufen kann und wird.

Was sind typische Erwartungen an Geflüchtete?

Zum Beispiel, dass wir es mit armen und hilflosen Menschen zu tun haben, die auf uns angewiesen sind. Aber was passiert, wenn es anders ist? Da hilft es, durchzuatmen und sich von Klischees zu verabschieden. Wenn man helfen will, sollte man nicht nur denen helfen, die der eigenen Vorstellung entsprechen.

Wie entstehen solche Erwartungen?

Erwartungen entstehen, wenn man Menschen in eine Schublade packt und denkt, sie müssten sich entsprechend verhalten. Wenn unsere Erwartungshaltung ist, dass Flüchtlinge dankbar und demütig sein sollen, kann es schnell zu Missverständnissen kommen. Wenn man Flüchtlinge zum Beispiel als Nachbarn hat, sollte man ihnen begegnen wie jedem anderen Nachbarn auch. Am Ende hat das alles gar nicht so viel mit den großen Fragen der Migration zu tun, sondern mit individuellen Einstellungen.

Mit den meisten anderen Nachbarn teilt man aber die Sprache.

Sprache kann natürlich ein Hindernis sein. Es gibt aber auch Menschen, die sich schnell mit fünf Worten und Händen und Füßen verständlich machen können.

Wie lange dauert es, bis Flüchtlinge in Deutschland wirklich ankommen?

Integration passiert über mehrere Generationen. Die erste Generation, die Erwachsenen, können sich nur bedingt hier einfinden. Wie gut sie das schaffen, hängt dabei vor allem von ihrem Status ab: Migranten müssen eine Chance haben, Arbeit zu finden, vor allem brauchen sie eine Bleibe-perspektive. Man sollte nicht den Fehler machen, diese Menschen auf Dauer mit einem prekären Status zu versehen.

Weil es dann zu einer Konkurrenzsituation zwischen sozial schwachen Bürgern und Flüchtlingen kommt?

Für diese Konkurrenzsituation wurden über Jahrzehnte hinweg die Weichen gestellt. Und jetzt heißt es wieder, wir müssen Wohnraum schaffen. Das hat man in den letzten Jahren aber vernachlässigt. Ich fände es richtig, jetzt zu sagen: Wir belassen es nicht dabei, diese Krise, die als kurzfristiges dramatisches Ereignis gesehen wird, lösen zu wollen. Sondern wir denken und handeln nachhaltig, investieren in den sozialen Wohnungsbau. Dafür muss es erst den politischen Willen geben, eine aktivere Sozialpolitik zu betreiben. Da bin ich allerdings skeptisch.

Den Leuten wird immer noch suggeriert: Das mit den -Flüchtlingen geht wieder vorbei.

Und darin liegt auch das Problem. Migration darf nicht mehr als ein punktuelles Ereignis verstanden werden, sondern als längerfristige Bewegung. Darauf müssen sich sowohl die -Politik als auch die Bürger einstellen.

Jannis Panagiotidis

Der Migrationsforscher ist 1981 in Korbach geboren, studierte Geschichte und lehrt heute als Juniorprofessor an der Universität Osnabrück.

Load-Date: July 15, 2016

Schule schlägt Volkshochschule; ERWACHSENENBILDUNG Viele Lehrkräfte von Volkshochschulen wechseln an Schulen dann aber fehlen sie in Deutschkursen für erwachsene Flüchtlinge

taz, die tageszeitung

Freitag 23. Oktober 2015

Copyright 2015 Contrapress media GmbH Vervielfältigung nur mit

Genehmigung des taz-Verlags All Rights Reserved



Section: SCHWERPUNKT; S. 3

Length: 685 words

Byline: Ralf Pauli

Highlight: ERWACHSENENBILDUNG Viele Lehrkräfte von Volkshochschulen wechseln an Schulen dann aber fehlen sie in Deutschkursen für erwachsene Flüchtlinge

Body

BERLIN taz | Pensionierte Hamburger GymnasiallehrerInnen haben vor Kurzem einen Brief von der Schulbehörde bekommen. Betreff: Temporäre Unterstützung und personeller Mehrbedarf im Flüchtlingsbereich. Die Lehrer sollten jedoch nicht, wie zu erwarten, unbedingt als Lehrer an Schulen einspringen. Sondern als Sachbearbeiter, etwa im Ausländerrecht. Das ist wenig attraktiv, schimpft Karl Bergmann. Er fühlt sich unter Wert verkauft. Da helfe ich lieber ehrenamtlich, in einem Bereich, für den ich qualifiziert bin. Damit meint der pensionierte Berufsschullehrer: Laien das Unterrichten beibringen.

Ehrenamtliches Engagement ist dieser Tage gefragt. In Kommunen und Flüchtlingsheimen ist der Bedarf an Ehrenamtlichen groß, die erwachsenen Flüchtlingen Deutsch beibringen. Auch deshalb, weil es an qualifizierten LehrerInnen mangelt.

Das spüren derzeit auch die Volkshochschulen (VHS), die bundesweit Hauptanbieter von Erstsprachkursen und Integrationskursen für Erwachsene mit Migrationshintergrund sind. Seit Monaten verzeichnen sie eine Abwanderung von Lehrkräften in den Schulbereich, wo sie besser bezahlt werden. Schon im September warnte der Deutsche Volkshochschul-Verband (DVV), dass Deutsch- und Integrationskurse nahezu aller Volkshochschulen ausgelastet seien. Warteschlangen und -listen seien an der Tagesordnung.

Die Nachfrage dürfte jedoch erheblich steigen. Ab November sollen erstmals auch Geduldete und Asylsuchende mit hoher Bleibeperspektive die Integrationskurse besuchen dürfen. Ein entsprechendes Gesetz hat die Bundesregierung vergangene Woche durchs Parlament gebracht. Die Volkshochschulen gehen davon aus, dass sich der Bedarf im kommenden Jahr verdoppeln wird auf 370.000 bis 400.000 Kursteilnehmer. Rund die Hälfte der neuen Kurse wird die Bundesagentur für Arbeit (BA) finanzieren.

Schule schlägt Volkshochschule ERWACHSENENBILDUNG Viele Lehrkräfte von Volkshochschulen wechseln an Schulen dann aber fehlen sie in Deutschkursen für erwachse....

Mit der Verdopplung der Kurse dürfte sich die Personalsituation weiter zuspitzen, sagt DVV-Verbandsdirektor Ulrich Aengenvoort: Für nächstes Jahr haben wir nicht genügend Lehrpersonal. Um der akuten Personalnot zu begegnen, hat das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (Bamf) die Anforderungen für Sprachlehrkräfte herabgesetzt. Nicht nur Deutschlehrkräfte, auch Sozial-pädagogInnen, ÜbersetzerInnen oder ausländische Lehrkräfte können zugelassen werden. Und sie können direkt unterrichten, auch wenn sie die Zusatzqualifikation Deutsch als Fremdsprache oder Deutsch als Zweitsprache noch nicht haben. Die Sofortmaßnahme gilt vorerst bis Ende 2016.

Die Volkshochschulen betrachten diese Absenkung der Standards mit gemischten Gefühlen: Aus meiner Sicht ist das eine Gratwanderung, sagt Verbandsdirektor Aengenvoort. Einerseits stehen Hochschulen für Qualität. Andererseits wollen wir schnell Hilfe leisten.

Nach Angaben des Bamf zeigt die Maßnahme nach dem ersten Monat bereits Wirkung. Bis zu 3.000 weitere Lehrkräfte will das Amt bis Jahresende zulassen, heißt es auf Anfrage. Dass diese Anzahl nicht genügen wird, um ausreichend Sprachkurse für erwachsene Flüchtlinge anzubieten, ist auch den Bundesländern bewusst. Die Ministerien überlegen, wie auch sie zusätzliche Deutschkurse bereitstellen können. Das sächsische Integrationsministerium will bis Ende Oktober einen Plan vorlegen. Niedersachsen hat 5 Millionen Euro bereitgestellt, um in den Landkreisen Sprachkurse für Erwachsene zu ermöglichen. Nordrhein-Westfalen hat soeben 900 weitere Deutsch als Zweitsprache -Förderstellen geschaffen.

Ohne Ehrenamtliche wird es aber nicht gehen. Deshalb unterstützen sie die Länder auch: In Niedersachsen gibt es einen Freiwilligenserver, auf dem Engagierte nach Anlaufstellen und Fortbildungsmöglichkeiten suchen können. In Rheinland-Pfalz hat das Integrationsministerium eine Koordinierungsstelle eingerichtet. In Hamburg gibt eine telefonische Flüchtlings-Beratungsstelle für Helfer. Der pensionierte Berufsschullehrer Bergmann braucht sie vorerst nicht. Er will in seiner alten Schule nachfragen, ob sie Unterstützung benötigt. Ralf Pauli

Bildung

Rund 325.000 schulpflichtige Flüchtlingskinder werden dieses Jahr in Deutschland erwartet. Für sie braucht es zusätzliche Lehrkräfte

Load-Date: October 22, 2015

Gauck für Kompromiss; Flüchtlinge Europäische und regionale Lösungen können sich ergänzen, sagt der Bundespräsident

taz, die tageszeitung

Samstag 27. Februar 2016

Copyright 2016 Contrapress media GmbH Vervielfältigung nur mit

Genehmigung des taz-Verlags All Rights Reserved



Section: AKTUELLES; S. 4

Length: 556 words

Byline: Ulrich Schulte

Body

Flüchtlinge Europäische und regionale Lösungen können sich ergänzen, sagt der Bundespräsident

von Ulrich Schulte

Bundespräsident Joa-chim Gauck hat Kompromisse in der EU zur **Flüchtlingspolitik** gefordert. Es sei nicht undenkbar, dass sich europäische und regionale Lösungen ergänzten, sagte Gauck am Freitag bei einer Podiumsdiskussion im Schloss Bellevue. Mag sein, dass dabei eine Kompromisslösung entsteht, die uns und manch anderen Europäern unbefriedigend erscheint. Aber wir würden doch wenigstens beieinanderbleiben.

Es dürfe nicht passieren, dass das Einigungswerk von Jahrzehnten an der Flüchtlingsfrage zerbreche, sagte Gauck. Einige Länder hätten eine Begrenzungs- oder Abgrenzungsstrategie beschlossen. Man könne dies ablehnen, aber auch Gründe dafür benennen, sagte Gauck. Allerdings werde Europa nur gemeinsam einen wirksamen Beitrag zur Eindämmung von Fluchtursachen und zur Bekämpfung von Fluchtverursachern leisten.

Die Lage in der EU hatte sich zuletzt zugespitzt. Österreich und neun weitere Länder entlang der Balkanroute hatten am Mittwoch beschlossen, die Kontrollen an der griechisch-mazedonischen Grenze zu verschärfen. Mazedoniens Regierung lässt nur noch wenige Syrer und Iraker in Richtung Mitteleuropa passieren und weist viele Menschen ab. In Griechenland, wo Tausende Flüchtlinge über die Ägäis eintreffen, kam es zu chaotischen Situationen. Geflüchtete, die nicht weiterkamen, kampierten im Freien.

Die Bundesregierung vermied es am Freitag, Mazedonien offen zu kritisieren. Regierungssprecher Steffen Seibert betonte einmal mehr die Notwendigkeit einer gemeinsamen europäischen Lösung. Die deutsche Regierung, so Seibert, sei daran interessiert, dass alle EU-Staaten gemeinsam handelten, statt dass nur einzelne Staaten und Staatengruppen Maßnahmen ergreifen.

Regierungssprecher Seibert dämpfte die Erwartungen an den Türkei-Gipfel am 7. März, der nach Ansicht der Bundesregierung keine komplette Lösung der Flüchtlingskrise bringen werde. Auch danach werden nicht alle Probleme schlagartig gelöst sein. Bei dem Kurs, die Fluchtursachen zu bekämpfen und die Außengrenzen in

Gauck für Kompromiss Flüchtlinge Europäische und regionale Lösungen können sich ergänzen, sagt der Bundespräsident

Zusammenarbeit mit der Türkei besser zu kontrollieren, komme man schrittweise voran. Bei dem Gipfel werde man mit der Türkei und den europäischen Partnern den Stand feststellen und die Agenda fortentwickeln.

Damit machte sich Seibert eine Ankündigung von Innenminister Thomas de Maizière (CDU) ausdrücklich nicht zu eigen. De Maizière hatte am Mittwoch nach einem Treffen der EU-Innenminister von einer Frist bis zum 7. März gesprochen. Bis dahin müsse es einen drastischen Rückgang der Flüchtlingszahlen in Griechenland geben. Die EU wolle sehen, dass die Türkei entschlossen gegen illegale Migration vorgehe. Falls es bis zu dem Türkei-Gipfel keine sichtbaren Ergebnisse gebe, müsse über andere Schritte nachgedacht werden, sagte de Maizière. Was das heißt, präzisierte er nicht. Kanzlerin Angela Merkel teilt diese Ansicht offenbar nicht. Regierungssprecher Seibert betonte: Wir sind in einem Prozess.

Unterdessen stimmte der Bundesrat dem Asylpaket II zu. Damit können mehrere Asylrechtseinschränkungen zum Beispiel beim Familiennachzug in Kraft treten.

Mag sein, dass dabei eine Kompromiss-Lösung entsteht, die uns und manch anderen Europäern unbefriedigend erscheint. Aber wir würden doch -wenigstens -beieinanderbleiben

Load-Date: February 26, 2016

**Niemand wird durchsucht ; FLÜCHTLINGE Wie in Dänemark werden
Schutzsuchenden in Bayern Geld und Wertgegenstände abgenommen.
Norddeutschlands Regierungen lehnen das ab: Für Durchsuchungen fehle
jede Rechtsgrundlage**

taz, die tageszeitung

Mittwoch 03. Februar 2016

Copyright 2016 Contrapress media GmbH Vervielfältigung nur mit

Genehmigung des taz-Verlags All Rights Reserved



Section: NORD AKTUELL; S. 26

Length: 730 words

Byline: Andreas Wyputta

Highlight: **FLÜCHTLINGE** Wie in Dänemark werden Schutzsuchenden in Bayern Geld und Wertgegenstände abgenommen. Norddeutschlands Regierungen lehnen das ab: Für Durchsuchungen fehle jede Rechtsgrundlage

Body

VON Andreas Wyputta

Die aufgeregte Debatte, die Dänemarks rechtsliberale Minderheitsregierung Mitte Januar inszenierte, war wohlkalkuliert: **Flüchtlingen** sollen nicht nur Bargeld, sondern auch persönliche Wertgegenstände wie Eheringe abgenommen werden, verkündete Integrationsministerin Inger Støjberg. Die Washington Post fühlte sich an Nazi-Methoden erinnert: Beschämte BürgerInnen wollten lieber eigenen Schmuck spenden, als hinzunehmen, dass Schutzsuchenden nach ihrer gefährlichen Flucht über das Mittelmeer die letzten Erinnerungsstücke abgenommen werden.

Zwar hat Ministerin Støjberg ihren Vorstoß mittlerweile entschärft: Gegenstände von persönlichem Wert werden nun doch nicht konfisziert. Was in der Empörung aber unterging: Auch in Deutschland darf Flüchtlingen das Wenige, was sie während ihrer Odyssee durch Europa retten konnten, abgenommen werden. Die Aufregung über die dänische Praxis ist absurd, sagt Kai Weber vom Flüchtlingsrat Niedersachsen: schließlich sieht das seit 2012 geltende Asylbewerberleistungsgesetz (siehe Kasten) vor, Schutzsuchenden sämtliches Vermögen abzunehmen, um sie an den Kosten ihrer Unterbringung zu beteiligen. Ausgenommen ist nur ein Freibetrag von 200 Euro pro Person.

Besonders hart wird das Gesetz in Bayern umgesetzt: Im Normalfall werden die Asylsuchenden hinsichtlich Dokumenten, Wertsachen und Geld befragt und durchsucht, sagt eine Sprecherin der für die Unterbringung zuständigen bayerischen Sozialministerin Emilia Müller (CSU) auf taz-Nachfrage. Wenn sich Verdachtsmomente auf die Mitführung größerer Werte ergeben und Asylsuchende einer Durchsuchung nicht zustimmen, werden Vollzugsbeamte der Polizei eingeschaltet.

Niemand wird durchsucht FLÜCHTLINGE Wie in Dänemark werden Schutzsuchenden in Bayern Geld und Wertgegenstände abgenommen. Norddeutschlands Regierungen lehnen da....

Norddeutschlands rot-grüne Landesregierungen wollen von solch einer Vorverurteilung sämtlicher Flüchtlinge als Leistungsbetrüger dagegen nichts wissen. Niemand wird durchsucht, sagt Niedersachsens SPD-Landesinnenminister Boris Pistorius. Für diesen Eingriff in die Persönlichkeitsrechte gebe es überhaupt keine Rechtsgrundlage, sagt der Sozialdemokrat und bekommt Unterstützung vom Flüchtlingsrats-Geschäftsführer Weber: Legitimiert seien Durchsuchungen nur beim Verdacht, dass jemand seine Identität verschleiern wolle.

Ähnlich gehen auch Hamburg, Bremen und Schleswig-Holstein vor: Bei uns wird niemand routinemäßig gefilzt, sagt Frank Reschreiter, Sprecher von Hamburgs SPD-Innensenator Andy Grote. Von den über 60.000 Flüchtlingen, die sich in der Hansestadt gemeldet haben und von denen jetzt 21.000 an der Elbe leben, stünden nur etwa zehn im Verdacht, überhaupt über nennenswertes Vermögen zu verfügen, heißt es aus Hamburgs Ausländerbehörde.

Wir wenden hier keine Methoden der Rasterfahndung an, sagt auch Bernd Schneider, Sprecher von Bremens grüner Sozialsenatorin Anja Stahmann. Es sei lebensfremd zu glauben, die Schutzsuchenden trügen nach ihrer wochenlangen Flucht noch nennenswerte Geld- oder Sachwerte mit sich, betont Schneider. Ganze zwei der 10.000 MigrantInnen, die in Bremen Zuflucht gefunden haben, hätten mehr als 1.000 Euro besessen.

Ähnlich ist die Situation auch in Schleswig-Holstein: Wie seine MinisterkollegInnen Pistorius, Grote und Stahmann lässt Innenressortchef Stefan Studt (SPD) alle Schutzsuchenden darauf hinweisen, dass sie nur 200 Euro ihres Geldes behalten dürfen. Statistiken, wie viel Mittel so an die Staatskasse geflossen sind, werden mangels Masse aber nicht geführt.

Allerdings: In Bayern ist das nicht anders. Auch dort liegen hinsichtlich der sichergestellten Geldmengen keine konkreten Zahlen vor, schreibt das CSU-geführte Sozialministerium und räumt kleinlaut ein: Die allermeisten Flüchtlinge führten keine größeren Geldmengen mit.

Streng nach Gesetz

200 Euro dürfen Flüchtlinge in Deutschland nach dem Asylbewerberleistungsgesetz (AsylbLG) von ihrem Vermögen behalten.

Jeder Cent mehr sei von dem Leistungsberechtigten und seinen Familienangehörigen vor Eintritt von Leistungen nach diesem Gesetz aufzubrauchen.

Bundesländer wie Bayern, die gegenüber Schutzsuchenden Härte beweisen wollen, unterstellen, dass diese eventuell mitgeführtes Vermögen schnell verbergen würden und lassen sie deshalb durchsuchen.

Gültig ist die Regelung erst seit 2012: Bevor das Bundesverfassungsgericht auch Asylsuchenden ein Existenzminimum zugestand, waren sie verpflichtet, den Behörden auch den letzten Cent auszuhändigen. Einen Freibetrag gab es nicht.

Load-Date: February 2, 2016

Ein dickes Willkommen THEMA DES TAGES; Appell Die IG Metall macht sich stark für eine solidarischere Flüchtlingspolitik

taz, die tageszeitung

Mittwoch 21. Oktober 2015

Copyright 2015 Contrapress media GmbH Vervielfältigung nur mit

Genehmigung des taz-Verlags All Rights Reserved



Section: AKTUELLES; S. 2

Length: 343 words

Byline: Pascal Beucker

Highlight: Appell Die IG Metall macht sich stark für eine solidarischere **Flüchtlingspolitik**

Body

Frankfurt am Main taz | Tim Höwig steht auf dem Podium und entschuldigt sich. Wir würden uns freuen, wenn wir alle hier in diesen T-Shirts sitzen könnten, sagt der 22-jährige Jugendvertreter. Welcome Refugees steht auf ihnen und ein Großteil der Delegierten auf dem Frankfurter Gewerkschaftstag trägt es. Es wären noch mehr, wenn die IG-Metall-Jugend, die die Hemden am Montagnachmittag verteilt hat, sich nicht etwas verkalkuliert hätte. Sie hat zu wenige Hemden in XL mitgebracht und XXL fehlt ganz. So geht manch stämmiger Gewerkschafter leer aus. Das täte ihm ganz doll leid, sagt Höwig.

Die Flüchtlingskrise bewegt auch die IG Metall. In diversen Reden wird sie seit Beginn des Gewerkschaftstags am Sonntag immer wieder thematisiert. Doch kein Wortbeitrag bewegte so, wie der des jungen Auszubildenden, der Elektroniker für Automatisierungstechnik in Salzgitter lernt. Es gibt uns jetzt seit fast 125 Jahren, und unsere Geschichte ist geprägt durch Migration und durch Integration, rief er den Delegierten zu. Einst seien aus GastarbeiterInnen KollegInnen geworden. Und gemeinsam machen wir die unglaubliche Stärke dieser Organisation aus. Der Beifall war groß, als Höwig scharf die Asylrechtsverschärfungen kritisierte und forderte, die IG Metall müsse einstehen für eine gerechte und solidarische Welt, denn nur das ist der Schlüssel für mehr Menschlichkeit.

Im Anschluss verabschiedete der Gewerkschaftstag per Akklamation eine Erklärung mit der Überschrift Für eine solidarische Flüchtlingspolitik. Darin heißt es: Die Bewältigung der Flüchtlingskrise und auch der menschenwürdige Umgang mit den Flüchtlingen werden zu einem Prüfstein für den Zusammenhalt unserer Gesellschaft und für unsere Demokratie. Und weiter: Ein Europa der geschlossenen Grenzen lehnen wir ab.

Scharf kritisiert die IG Metall, dass manche Arbeitgeber versuchten, die Gunst der Stunde zu nutzen, um unliebsame Regulierungen im Arbeitsmarkt wieder zurückzudrehen. Eine Aufweichung des Mindestlohns sei mit der Gewerkschaft nicht zu machen. Pascal Beucker

Ein dickes Willkommen THEMA DES TAGES Appell Die IG Metall macht sich stark für eine solidarischere
Flüchtlingspolitik

Load-Date: October 20, 2015

End of Document

**Das große, späte Aufstocken; INNERES Flüchtlingsrat begrüßt
Sofortprogramm für die Ausländerbehörde und fordert mehr Beratung**

taz, die tageszeitung

Dienstag 20. Januar 2015

Copyright 2015 Contrapress media GmbH Vervielfältigung nur mit

Genehmigung des taz-Verlags All Rights Reserved



Section: BREMEN AKTUELL; S. 24

Length: 329 words

Byline: JPB

Highlight: INNERES Flüchtlingsrat begrüßt Sofortprogramm für die Ausländerbehörde und fordert mehr Beratung

Body

Flüchtlings-AktivistInnen begrüßen die geplante Personalaufstockung in der Ausländerbehörde. Innensenator Ulrich Mäurer (SPD) hatte am Freitag ein Sofortprogramm wegen des großen Andrangs vor der Behörde veranlasst.

Das ist gut und notwendig, sagte Marc Millies vom Flüchtlingsrat. Er forderte vom Sozialressort einen ebensolchen Ausbau des Etats für die Beratungsangebote für Geflüchtete. Die Maßnahmen in der Ausländerbehörde hätten schon früher passieren müssen. Die Flüchtlingszahlen steigen seit Jahren, aber das Personal wurde nicht entsprechend angepasst. Da ist ein Stau in der Behörde vorprogrammiert, so Millies. Lange Wartezeiten seien von verschiedenen Seiten immer wieder kritisiert worden und auch nicht nur im Winter vorgekommen.

Gundula Oerter von der Flüchtlingsinitiative bestätigt das. Keineswegs sei dies nur im Winter ein Problem. Auch auf einen Termin müsste manchmal drei bis fünf Monaten gewartet werden. Wie Millies fordert sie einen Ausbau einer unabhängigen Asylverfahrensberatung. Derzeit werde dafür nur eine Stelle bei der AWO finanziert.

Innensenator Mäurer hatte am Freitag auf einen Bericht des Weser Kuriers reagiert, der über wartende MigrantInnen vor der Ausländerbehörde informierte. Teilweise standen diese schon ab vier Uhr früh vor den Türen der Behörde, manche bekamen dennoch keinen Termin.

Mäurer hatte sich daraufhin für die Wartezeit entschuldigt und angekündigt, dass ab diesem Montag niemand mehr weggeschickt werden solle, ohne dass sein Anliegen bearbeitet werde. Gleichzeitig appellierte er an die KundInnen, einen Termin zu vereinbaren. Der Stau sei auf die Feiertage und die gestiegenen Flüchtlingszahlen während des Winters zurückzuführen.

Als längerfristige Maßnahme sollen nun alle offenen Stellen in der Ausländerbehörde unverzüglich besetzt, befristete Kräfte dauerhaft beschäftigt und zusätzliches Personal qualifiziert werden. Auch die Kommunikation mit den Flüchtlingsaufnahmeeinrichtungen solle verbessert werden. JPB

Das große, späte Aufstocken INNERES Flüchtlingsrat begrüßt Sofortprogramm für die Ausländerbehörde und fordert mehr Beratung

Load-Date: January 19, 2015

End of Document

Da geht noch mehr; HEIMAT Viele Medien in Deutschland haben die Geflüchteten als Zielgruppe entdeckt. Gleichzeitig sucht man aber noch vergeblich nach Vielfalt in den Redaktionen

taz, die tageszeitung

Mittwoch 07. Oktober 2015

Copyright 2015 Contrapress media GmbH Vervielfältigung nur mit

Genehmigung des taz-Verlags All Rights Reserved



Section: FLIMMERN UND RAUSCHEN; S. 17

Length: 565 words

Byline: Paul Wrusch

Highlight: HEIMAT Viele Medien in Deutschland haben die Geflüchteten als Zielgruppe entdeckt. Gleichzeitig sucht man aber noch vergeblich nach Vielfalt in den Redaktionen

Body

von Paul Wrusch

Wir Deutschen benutzen Mobiltelefone nicht beim Autofahren. Wir achten üblicherweise auf rote Ampeln. Freizeit und Wochenende verbringen wir meist mit Familie und Freunden. Moderator Constantin Schreiber erklärt Deutschland auf Arabisch. Er beschreibt, wie die Deutschen ticken. Oder jedenfalls, wie manche Deutsche ticken.

Seit vergangener Woche läuft die Sendung bei n-tv.de. Mit Marhaba (Willkommen) richtet sich der Nachrichtensender gezielt an Flüchtlinge. Ein vergleichbares Programm auf Arabisch gibt es bisher in Deutschland nicht. Der erste Clip wurde bereits mehr als 100.000 Mal angesehen. Es geht um grundlegende Aussagen über Deutschland: ums Brot und sonstige Essensgewohnheiten und vor allem um Ampeln. Die zweite Sendung stellt das Grundgesetz, die deutsche Scharia , in den Mittelpunkt.

Doch nicht nur n-tv hat Flüchtlinge als Zielgruppe entdeckt. Seit Mitte September läuft beim Funkhaus Europa in Kooperation mit WDR, RBB und Radio Bremen das Refugee Radio . Täglich symbolträchtig um 5 vor 12. Gesendet wird auf Arabisch und Englisch: aktuelle Nachrichten, die für Geflüchtete relevant sind, und Service-Stücke über Integration, Recht, Gesundheit.

Auch die Deutsche Welle hat ein Onlineangebot speziell für Asylsuchende. So wurden Erklärfilme zum politischen System Deutschlands vom WDR ins Arabische übersetzt. Darüber hinaus werden multimedial in mehreren Sprachen Infos und Service für Flüchtlinge bereitgestellt. Ähnliche Angebote gibt es vom Bayerischen Rundfunk.

Zurückhaltender sind dagegen Printmedien. Das kann zum einen an finanziellen Mitteln, aber auch an Produktionsbedingungen liegen. Beiträge auf Arabisch einsprechen lassen ist das eine, sie auf Arabisch zu schreiben und zu drucken das andere.

Da geht noch mehr HEIMAT Viele Medien in Deutschland haben die Geflüchteten als Zielgruppe entdeckt. Gleichzeitig sucht man aber noch vergeblich nach Vielfalt i....

Vorreiter in Deutschland sind Boulevardmedien. So haben Bild und B.Z. Anfang September in Berlin eine vierseitige Beilage auf Arabisch gedruckt. Mit Grußwort des Bürgermeisters, einer Übersichtskarte mit den wichtigsten Anlaufstellen und kleinem Wörterbuch.

Doch die überregionalen Tageszeitungen haben darüber hinaus noch wenig zustande gebracht. Das Zeit-Magazin erschien bereits im Mai einmalig zweisprachig. Und viele Medien berichten ausführlich über Flüchtlinge. Doch nur wenige auch mit ihnen oder gar für sie.

Wir finden es gut, wenn deutsche Medien Menschen aus Einwandererfamilien und Geflüchtete als Zielgruppen wahrnehmen. Noch ist das aber nicht sehr häufig der Fall , sagt Konstantina Vassiliou-Enz vom Verein Neue Deutsche Medienmacher, einem Zusammenschluss von Medienschaffenden, die sich für mehr Vielfalt in den Medien einsetzen.

Fast alle bisherigen Projekte, die sich an Flüchtlinge und Migranten richten, sind genau das: Projekte. Einmalig oder zeitlich begrenzt. Für Boulevardmedien oft mit einem ordentlichen PR-Effekt verbunden.

In deutschen Redaktionen arbeiten allerdings bislang nur wenige Menschen mit Migrationshintergrund, laut Schätzungen nur zwei bis drei Prozent bei einem Bevölkerungsanteil von etwa 18 Prozent. Dadurch entgehen Medien Themen, die in der Community diskutiert werden. Und außerdem entgehen den Redaktionen Zugänge , sagt Vassiliou-Enz. Zudem sei es nicht damit getan, deutsche Inhalte ins Arabische zu übersetzen.

Und so gut gemeint die Angebote sind etwas mehr als die Vermittlung der vermeintlich deutschen Leitkultur durch Praxistipps (Ampeln, Arbeit, Brot) sollte es schon sein.

Load-Date: October 6, 2015

Preußen und Ösis im Visier; Bayern CSU wirft Österreich vor, sich bei der Flüchtlingszahl nicht an Absprachen zu halten, und verlangt von Merkel einen Kurswechsel

taz, die tageszeitung

Mittwoch 28. Oktober 2015

Copyright 2015 Contrapress media GmbH Vervielfältigung nur mit

Genehmigung des taz-Verlags All Rights Reserved



Section: SCHWERPUNKT; S. 4

Length: 365 words

Byline: Klaus Hillenbrand

Highlight: Bayern CSU wirft Österreich vor, sich bei der **Flüchtlingszahl** nicht an Absprachen zu halten, und verlangt von Merkel einen Kurswechsel

Body

Berlin taz | Bayerns Ministerpräsident Horst Seehofer (CSU) hat Kanzlerin Angela Merkel (CDU) mit einer Art Ultimatum für einen Kurswechsel in der **Flüchtlingspolitik** unter Druck gesetzt. Zudem verlangte der CSU-Chef, dass sie angesichts des ungebremsen Zustroms von **Asylbewerbern** persönlich auf das Nachbarland Österreich einwirkt. Bis Allerheiligen am kommenden Sonntag werde er noch abwarten, ob die bayerischen Forderungen nach Steuerung und Begrenzung der Zuwanderung in Berlin Gehör fänden, sagte Seehofer der Passauer Neuen Presse. Sollte ich keinen Erfolg haben, müssen wir überlegen, welche Handlungsoptionen wir haben.

Merkel wies Seehofers Vorwurf mangelnder Absprachen mit Österreich zurück. Es gebe fast konstante tägliche Kontakte zu Österreich auf allen Ebenen, sagte sie. Zur weiteren Behandlung der Flüchtlingskrise ist am kommenden Samstag ein Treffen zwischen Merkel und Seehofer geplant. Am Sonntag wollen sich beide dann mit SPD-Chef Sigmar Gabriel besprechen.

Auch nach Auffassung der Bundespolizei hat sich die Lage an der bayerisch-österreichischen Grenze drastisch verschärft. Österreich melde viel weniger Personen an als bald darauf die Grenze überschritten, sagte ein Sprecher der Bundespolizei in Passau. So seien in Bayern am Dienstag bislang neun Busse mit Flüchtlingen angemeldet worden, die deutsche Polizei habe aber Kenntnis von 22 Bussen. Am Montag erreichten über 8.000 Flüchtlinge an den Grenzübergängen Wegscheid, Achleiten bei Passau und Simbach deutsches Gebiet. Bayerns Innenminister Joachim Herrmann (CSU) sprach von einem unverantwortlichen Verhalten der österreichischen Regierung, das ich nur als skandalös bezeichnen kann.

Laut Herrmann hat die bayerische Polizei seit dem 5. September 318.000 Flüchtlinge beim Grenzübertritt registriert. Außerdem gäbe es 59.000 Flüchtlinge, die sich in Erstaufnahmeeinrichtungen gemeldet haben. Nach Angaben des Flüchtlingshilfswerks UNHCR sind in diesem Jahr bisher mehr als 700.000 Migranten und Flüchtlinge über das Mittelmeer nach Europa gelangt. KLH

Preußen und Ösis im Visier Bayern CSU wirft Österreich vor, sich bei der Flüchtlingszahl nicht an Absprachen zu halten, und verlangt von Merkel einen Kurswechse....

Angekommen, nicht angekommen

Bayerns CSU beklagt, dass Österreich zu viele Flüchtlinge schickt, aber lässt sie doch ins Land. In Moskau ist das ganz anders

Load-Date: October 27, 2015

End of Document

Auf der Flucht nach vorn; ASYL Täglich kommen neue Flüchtlinge an darunter auch Schwule, Lesben und Transgender. Viele konnten ihre Sexualität in der Heimat nicht ausleben und hoffen nun auf ein freieres Leben. Doch was erwartet sie tatsächlich? Die taz hat queere Flüchtlinge getroffen, die derzeit in der Akademie am Zentrum für Migranten, Lesben und Schwule (MILES) Deutsch lernen

taz, die tageszeitung

Dienstag 06. Oktober 2015

Copyright 2015 Contrapress media GmbH Vervielfältigung nur mit

Genehmigung des taz-Verlags All Rights Reserved



Section: BERLINER THEMA; S. 23

Length: 1558 words

Highlight: ASYL Täglich kommen neue Flüchtlinge an darunter auch Schwule, Lesben und Transgender. Viele konnten ihre Sexualität in der Heimat nicht ausleben und hoffen nun auf ein freieres Leben. Doch was erwartet sie tatsächlich? Die taz hat queere Flüchtlinge getroffen, die derzeit in der Akademie am Zentrum für Migranten, Lesben und Schwule (MILES) Deutsch lernen

Body

PROTOKOLL Julian Rodemann

Mein Name ist Ibrahim, aber meine Freunde nennen mich Bob. Ich bin 23 Jahre alt und homosexuell. Aufgewachsen bin ich in Damaskus in Syrien. Als der Bürgerkrieg 2011 ausbrach, studierte ich gerade Tontechnik und arbeitete als DJ. Ich war sehr angesagt in der Schwulenszene von Damaskus, weil ich viele Partys organisierte. Homosexuelle werden in meiner Heimat in der Regel diskriminiert. Ich aber hatte das Glück, unter dem Schutz meines Vaters zu stehen ein sehr einflussreicher Mann.

Er arbeitete als Waffenhändler. 2012 begannen verschiedene Kriegsparteien, ihn zu bedrohen. Sie wollten Waffen. Drei Wochen später entführten Unbekannte einen meiner Freunde aus der Nachbarschaft. Er war in meinem Alter, sah mir ähnlich. Es stellte sich heraus, dass sie es auf mich abgesehen hatten. Sie wollten meinen Vater erpressen. Als die Entführer die Verwechslung bemerkten, stachen sie meinem Freund die Augen aus und schickten ihn zurück.

Kurz darauf heuerte mein Vater Personenschützer für mich an. Ich war immer von Body-guards umgeben. Nach vier Monaten hielt ich es nicht mehr aus, ständig in Angst zu leben. Mein Vater verstand das. Ich beantragte Visa in Jordanien und Ägypten ohne Erfolg. Schließlich floh ich zu einem Freund nach Beirut im Libanon.

Als ich wenig später die Nachricht aus Damaskus erhielt, mein Vater sei gestorben, brach eine Welt für mich zusammen. Insgesamt blieb ich etwa ein Jahr lang in Beirut. Eines Nachts bestahlen mich vermeintliche Freunde,

Auf der Flucht nach vorn ASYL Täglich kommen neue Flüchtlinge an darunter auch Schwule, Lesben und Transgender. Viele konnten ihre Sexualität in der Heimat nicht leben....

als ich nicht in meiner Wohnung war. Andere boten gegen Bezahlung an, mir ein Visum zu besorgen. Nachdem ich ihnen Geld gegeben hatte, sah ich sie nie wieder.

Irgendwann klappte es dann doch und ich kam im Oktober 2014 in Thessaloniki an. Von dort reiste ich im Januar 2015 weiter nach Berlin. Von Anfang an wollte ich hierher. Die Party-szene zog mich an. Ich will als DJ arbeiten. Viele Musiker haben in Berlin ihre Karriere begonnen. Außerdem habe ich in Syrien oft gehört, dass Schwule in Deutschland akzeptiert würden; die deutsche Gesellschaft sei tolerant. Insgesamt gilt die queere Szene Deutschlands in meiner Heimat als lebendig.

Jetzt bin ich neun Monate hier. Kürzlich habe ich Asyl bekommen. Darüber bin ich sehr glücklich. Zurzeit wohne ich noch in einem Containerdorf in Buch, aber bald möchte ich ausziehen. Eine Wohnung habe ich schon gefunden. Insgesamt fühle ich mich wohl in Deutschland. Viele Deutsche sind mir gegenüber sehr freundlich und hilfsbereit. Doch manchmal habe ich das Gefühl, dass die Deutschen nur Mitleid zeigen, sich aber nicht wirklich für mich interessieren. Ich fühle mich dann nicht ernst genommen.

Einmal fuhr ich mit einer Mitfahrgelegenheit von Berlin nach München. Der Fahrer war zuerst sehr nett, wir haben uns auf Englisch unterhalten. Dann fragte er mich, woher ich komme. Syrien, ich bin ein Flüchtling, antwortete ich. Auf einmal schaute er betroffen drein, sein Lächeln verschwand. Er wandte sich den anderen Mitfahrern zu und ignorierte mich. Das tat weh.

Ich begegne auch immer wieder Homophobie. Das deutsche Gesetz ist zwar liberaler als in meiner Heimat, doch längst nicht alle Menschen sind aufgeschlossen gegenüber Homosexualität. Als mein transsexueller Freund und ich uns in einer Videothek Filme ausleihen wollten, starrte der Angestellte an der Kasse meinen Freund lange an. Dann sagte er: Entschuldigung, aber das System ist abgestürzt. Ich kann euch keine Filme ausleihen. Wir verließen den Laden. Auf der Straße sahen wir durch die Schaufenster, dass andere Kunden mit vollen Taschen aus dem Geschäft kamen. Offenbar funktionierte das System, der Verkäufer hatte nur ein Problem mit unserer Homosexualität.

Ich bin nach all dem, was ich durchgemacht habe, traumatisiert. Trotzdem möchte ich weitermachen, in Berlin als DJ auflegen, mein Studium beenden und hier glücklich werden. Ich produziere auch eigene Songs. Meine Musik gibt mir Kraft; sie hilft mir, meine Traumata zu verarbeiten.

Ich hoffe, bald eine Arbeitserlaubnis zu bekommen. Dann kann ich richtig loslegen. Ich will auf keinen Fall als bemitleidenswerter Flüchtling abgestempelt werden, sondern zeigen: Ich bin stark, ich kann hier in Deutschland viel beisteuern. Deshalb will ich Deutsch lernen, zum Glück habe ich hier in der Akademie die Gelegenheit dazu.

Viele beschimpfen mich, weil ich anders bin

PROTOKOLL Franziska M. Schade

Mein Name ist Maguy, ich bin 25 Jahre alt und transsexuell. Ich bin Make-Up-Artist, Model und Tänzer. Vor vier Monaten bin ich aus Beirut nach Deutschland gekommen, weil ich in meinem Heimatland, dem Libanon, meine Sexualität nicht offen ausleben konnte.

Auch wenn sich der Libanon nach außen tolerant präsentiert, ist er immer noch ein arabisches Land. Man muss sich als homo- oder transsexueller Mensch verstecken, weil man sonst für seinen Lebensstil Probleme mit der Polizei bekommen oder im Gefängnis landen kann. Schwule Touristen sind im Libanon willkommen, aber die Einwohner sollen heterosexuell leben. Ich habe mich nie versteckt und bekam deshalb auch Probleme. Die Leute haben Fotos von mir gemacht und sie im Fernsehen veröffentlicht.

Homosexualität ist in den Medien im Libanon ein großes Thema. Es gibt Talksendungen im Fernsehen, in denen die Leute schlecht über Menschen wie mich sprechen. Sie sehen Homosexualität als großes Problem an, sehen aber nicht, dass wir ihnen nichts tun und einfach nur normal leben wollen. Ich habe viel verloren in dieser Zeit mehr als meinen Job und meine Wohnung.

Auf der Flucht nach vorn ASYL Täglich kommen neue Flüchtlinge an darunter auch Schwule, Lesben und Transgender. Viele konnten ihre Sexualität in der Heimat nicht...

Deshalb bin ich Anfang Mai aus dem Libanon nach Deutschland gereist. Noch lebe ich in einem Containerdorf in Buch. Zum Glück ziehe ich aber bald in eine Wohnung. Mein Zimmer im Containerdorf ist etwa zwei mal zwei Meter groß und alles ist strahlend weiß. Das Bett, der Boden, die Wände es ist wie in einem Labor. Ich habe Klaustrophobie und wache in dieser kleinen Kiste morgens manchmal mit Panikattacken auf. Die meisten Sozialarbeiter im Heim wollen helfen, wissen aber nicht wie, weil sie dafür keine spezielle Ausbildung bekommen haben. Homosexuelle Menschen sind meist angreifbarer und sensibler als andere, weil sie wegen ihrer Sexualität Erniedrigungen ertragen müssen. Besonders dann, wenn sie aus einem Land kommen, in dem sie ihre Sexualität verstecken mussten.

Ein eigenes Heim für queere Flüchtlinge wäre die beste Lösung. Dann müssten wir auch nicht mehr mit den anderen Flüchtlingen zusammenwohnen. Die Situation im Heim ist sehr unangenehm und merkwürdig für mich. Die Kinder sehen mich als eine Art Barbiepuppe und sprechen mich an. Die Eltern ziehen sie von mir weg und sagen, dass ich kein Mädchen, sondern ein Mann bin. Weil es ihnen niemand erklärt, haben die Kinder dann Angst. Erwachsene Flüchtlinge fürchten mich wie einen Außerirdischen. Viele von ihnen sind Araber und finden meine Lebensweise unnatürlich, beschimpfen mich, weil ich anders bin.

In der letzten Woche hat ein arabischstämmiger Mann in der U-Bahn versucht, mich zu schlagen. Die Deutschen auf der Straße sind da ganz anders. Ich habe noch niemanden getroffen, der nicht nett zu mir war. Die Berliner sind freundlich, sehr hilfsbereit und tolerant.

Ich denke, dass Flüchtlinge in Deutschland Kurse bekommen sollten, in denen sie lernen, welche Standards und welche Rechte in diesem Land gelten nicht nur in Bezug auf Transgender. Das würde das Verhalten der Leute in den Flüchtlingsheimen vielleicht verbessern. Wichtig wäre vor allem, dass die Bildung zu den Menschen in die Heime kommt und sie sich nicht erst Kurse suchen müssen. Denn viele wissen gar nicht, dass oder welche Bildungsangebote es gibt.

Mein Wunsch für die Zukunft ist, aus dem Heim hier in Buch herauszukommen. Ich möchte meine Freiheit, deswegen bin ich hier. Und in Freiheit will ich selbst entscheiden, wo ich lebe. Ich möchte in der Innenstadt und nicht abseits davon wohnen. Ich weiß, dass sich alle meine Träume erfüllen können. Die deutsche Bürokratie macht es einem aber sehr schwer, etwas aufzubauen und zu beweisen, dass man wirklich hier leben will. Ich möchte, dass dieses Land, wenn es mir Asyl gewährt, später einmal stolz ist und sagt: Diese Person kam als Flüchtling, jetzt hat sie eine Wohnung, einen Job und ist eine Bereicherung für uns. Ich möchte mein Modedesign-Studium in Berlin beenden und danach in der Modebranche Arbeit finden.

Deshalb will ich möglichst schnell Deutsch lernen. Der Unterricht im Zentrum für Migranten, Lesben und Schwule ist mir sehr wichtig. In der Sommerakademie fühle ich mich wohl, wohler als in normalen Lerngruppen. Hier werde ich so akzeptiert, wie ich bin.

"In Freiheit will ich selbst entscheiden, wo ich lebe"

Queeres Deutschlernen

In der Akademie für queere Flüchtlinge lernen 14 Zugewanderte Deutsch. Das Zentrum für Migranten, Lesben und Schwule (MILES) rief die Akademie im August ins Leben. Ein sechsköpfiges Team aus ehrenamtlichen Helfern betreut die Flüchtlinge. Neben dem Deutschunterricht besuchen die Teilnehmer die Ausbildungsvermittlung Arrivo und sprechen mit der Polizei über die Rechte gleichgeschlechtlicher Paare hierzulande.

Die Idee für einen Deutschkurs für queere Menschen kam von den Flüchtlingen selbst. Sie hatten sich gewünscht, im geschützten Raum lernen zu können.

Die Akademie wird durch private Spenden finanziert. Das MILES hat allerdings Gelder bei der Senatsverwaltung beantragt. Geplant ist, die Akademie dauerhaft anzubieten. (taz)

Auf der Flucht nach vorn ASYL Täglich kommen neue Flüchtlinge an darunter auch Schwule, Lesben und Transgender. Viele konnten ihre Sexualität in der Heimat nicht...

Load-Date: October 6, 2015

End of Document

Angekommen, aber noch lange nicht am Ziel; NEUE HEIMAT Die syrische Familie Mottaweh lebt zu sechst in einem Zimmer eines Marzahner Flüchtlingsheims. Sie wollen so bald wie möglich in eine eigene Wohnung ziehen. Die Serbin Mitra Jovanovi und ihre Kinder können von einem eigenen Zimmer nur träumen. Beobachtungen aus einem Alltag im Provisorium

taz, die tageszeitung

Samstag 28. November 2015

Copyright 2015 Contrapress media GmbH Vervielfältigung nur mit

Genehmigung des taz-Verlags All Rights Reserved



Section: BERLINER THEMA; S. 44,45

Length: 2227 words

Byline: Anna Klöpfer

Highlight: NEUE HEIMAT Die syrische Familie Mottaweh lebt zu sechst in einem Zimmer eines Marzahner **Flüchtlingsheims**. Sie wollen so bald wie möglich in eine eigene Wohnung ziehen. Die Serbin Mitra Jovanovi und ihre Kinder können von einem eigenen Zimmer nur träumen. Beobachtungen aus einem Alltag im Provisorium

Body

von Anna Klöpfer

An der Wohnungstür von Familie Mottaweh steht kein Name, sondern eine Zahl. 23,99 Quadratmeter – exakt so groß ist das Zimmer des **Flüchtlingswohnheims** in der Marzahner Rhinstraße, in dem Mahmoud Mottaweh, seine Frau Salwa -Kamel, ihre vier Kinder und das Ungeborene in Salwas Bauch seit beinahe fünf Monaten leben. Es gibt sechs Betten und sechs Stühle, einen zu kleinen Tisch, vier Metallspinde in Grau und blickdichte Gardinen in Braun, deren Aufhängung sich an einer Seite gelöst hat. Das ist für Familie Mottaweh die neue Heimat Berlin, der Sehnsuchtsort, zu dem die syrische Familie über zwei Jahre lang unterwegs war (siehe Seite 46).

Die Wohnung liegt im vierten Stock, man hat eine gute Aussicht auf das Marzahner Plattenbaupanorama. Und es gibt für Mahmoud Mottaweh und seine Familie auch eine Zukunftsaussicht: Sie haben gute Chancen, als **Flüchtlinge** anerkannt zu werden.

Für Mitra Jovanovi * ist Mahmoud Mottaweh aus Damaskus damit ein reicher Mann. Fröstelnd steht die Roma aus dem serbischen Leskovac an einer Bushaltestelle im Norden von Pankow, die sie als Treffpunkt vorgeschlagen hat. Ihr Sehnsuchtsort: ein paar Quadratmeter Heimplatz, ein eigenes Bett. Doch dazu müsste Mitra Jovanovi einen **Asylantrag** stellen. 3,9 Monate dauert laut Bundesamt für **Migration** und **Flüchtlinge** derzeit im Durchschnitt die Bearbeitung eines **Asylantrags** aus Serbien. 0,1 Prozent dieser Anträge werden positiv beschieden. Würde Mitra Jovanovi einen **Asylantrag** stellen, hätte sie für etwa vier Monate einen Heimplatz ohne Zukunftsaussichten.

Angekommen, aber noch lange nicht am Ziel NEUE HEIMAT Die syrische Familie Mottaweh lebt zu sechst in einem Zimmer eines Marzahner Flüchtlingsheims. Sie wollen

Wer in Deutschland Asyl bekommen will, muss nachweisen können, dass er in seinem Heimatland als Teil einer gesellschaftlichen Gruppe, einer Religionsgemeinschaft etwa oder einer Ethnie, systematisch und zielgerichtet verfolgt wird (siehe Infokasten). Das trifft nach der derzeitigen Auslegung des Asylrechts auf beinahe alle syrischen Flüchtlinge zu, die hier nach der Genfer Flüchtlingskonvention Schutz suchen und bekommen: vor der Verfolgung durch die Terrormiliz Islamischer Staat, vor den Truppen von Machthaber Baschar al-Assad, der die eigene Bevölkerung seit beinahe fünf Jahren bombardiert.

Die systematische Ausgrenzung der Roma auf dem Balkan wird hingegen nicht als hinreichender Fluchtgrund anerkannt. Sie flüchten nur vor Armut. Auch wenn die Ursachen ihrer Perspektivlosigkeit die gleichen sind wie bei vielen Flüchtlingen, die nicht aus einem sogenannten sicheren Herkunftsland kommen: Diskriminierung, Verfolgung, weil sie der falschen Minderheit angehören.

Die Chancen, die das Asylrecht den Mottawehs und den Jovanovi s einräumt, könnten damit unterschiedlicher nicht sein. Welche Auswirkungen hat das auf den Alltag der Familien? Auf den Versuch, hier eine Wohnung zu finden und einen Schulplatz für die Kinder? Auf ganz banale Dinge, wie den Gang zum Arzt und zum Supermarkt?

Belege fürs Amt

Eine Kanzlei am Landwehrkanal in Kreuzberg. Genervt knallt Anwältin Berenice Böhlo einen Stapel Akten auf den überladenen Schreibtisch. Sie müssen das verstehen! , herrscht sie Mitra Jovanovi und ihre Tochter -Maria* an. Sie können jetzt wieder einen Asylantrag stellen, tun Sie das, dann haben Sie sofort einen Heimplatz. Aber dann sind Sie auch ganz sicher in ein paar Wochen wieder in Serbien. Betreten schauen Mutter und Tochter auf ihre Schuhspitzen.

Wir verstehen , sagt Maria leise, die recht gut Deutsch spricht. Die 14-Jährige ist hier insgesamt etwa drei Jahre zur Schule gegangen es ist schon ihr dritter Anlauf, in Deutschland Asyl zu bekommen. Das Mädchen berät sich leise auf Serbisch mit seiner Mutter. Meine Mutter sagt: Wir können nicht mehr lange bei unseren Verwandten wohnen, die Wohnung ist zu klein. Wir haben kein BVG-Ticket, wir haben kein Geld für Essen , erklärt sie schließlich resigniert der Anwältin.

Böhlo, Expertin für Aufenthaltsrecht, fährt sich durch die kurzen Haare und starrt auf die lose Sammlung aus DIN-A4-Blättern, auf denen Maria in runder, sauberer Mädchenschreifschrift ausgeführt hat, warum alles besser ist als Serbien , wie sie sagt. Ich brauche Zeit, da-raus einen begründeten Asylantrag zu formulieren , sagt Böhlo schließlich an Marias Mutter gewandt und seufzt. Wenn Sie dem Bundesamt bloß erzählen, dass sie in Serbien keine Sozialhilfe bekommen oder die Lehrer Ihre Tochter diskriminieren und dafür keine Belege haben, dann gähnen die und sagen Danke schön und Abgelehnt .

Bei Flüchtlingen aus sicheren Herkunftsländern seit November 2014 gilt dieser Status auch für Serbien wird grundsätzlich vermutet, dass sie nicht verfolgt werden. Also müssen wir in jedem Einzelfall nachweisen, dass dem doch so ist , erklärt Böhlo ein paar Tage später am Telefon. Besonders oft scheint das allerdings nicht zu klappen: 99,9 Prozent aller Asylanträge aus Serbien werden laut zuständigem Bundesamt abgelehnt. Im Fall von Maria und ihrer Familie ist Böhlo aber verhalten optimistisch , wie sie sagt. Sie haben ihren Fall recht gut dokumentiert.

Wie viele Balkanflüchtlinge sich derzeit unregistriert oder trotz Aufforderung zur Ausreise in Deutschland aufhalten, weiß das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge nicht. Sie sind praktisch unsichtbar.

Mahmoud Mottaweh hat das umgekehrte Problem. Die Fingerabdrücke, die er und seine Familie in Italien abgeben mussten, als sie von der Küstenpolizei aus dem Mittelmeer gerettet wurden, bereiten ihm Sorgen. Seit Ende Oktober gilt auch für syrische Flüchtlinge in Deutschland wieder das Dublin-Verfahren: Sie müssen ihren Asylantrag in dem EU-Land stellen, in dem sie zuerst registriert wurden. Das Bundesamt prüft allerdings einzelfallbezogen , kann also auch anders entscheiden.

Angekommen, aber noch lange nicht am Ziel NEUE HEIMAT Die syrische Familie Mottaweh lebt zu sechst in einem Zimmer eines Marzahner Flüchtlingsheims. Sie wollen

Nach Italien wollen die Mottawehs auf gar keinen Fall zurück. Dort gebe es keine Arbeit, keine Hilfe für Flüchtlinge, keine Per-spek-tive für die Familie. Die Kinder müssten endlich zur Ruhe kommen, sagt Salwa Kamel. Der Große frage jeden Tag, ob sie nun endlich da seien.

Sie sind da, am Ziel sind sie noch nicht. Das Warten mache alle müde, sagt Vater Mahmoud Mottaweh. Selbst einen Termin beim Bundesamt, wo sie ihren Asylantrag stellen können, haben sie noch nicht: Wartezeiten von mehreren Monaten für den Termin zur Aktenanlage sind derzeit die Regel. Über 360.000 Asylanträge wurden laut Bundesamtsstatistik in diesem Jahr bis Ende Oktober gestellt 2014 waren es noch knapp 160.000.

Solange Familie Mottaweh nur erstregistriert ist der Asylantrag also noch nicht gestellt ist gibt es lediglich einen Platz in einem Erstaufnahmeheim, 143 Euro Taschengeld im Monat und den Berlin-Pass, mit dem man ein vergünstigtes BVG-Ticket bekommt. Immerhin: Mit der Fahrkarte kann man zum Supermarkt fahren, mit dem Geld vom Amt kann man dort einkaufen. Die Kaubonbons etwa, die der sechsjährige Omar großzügig an seine Geschwister verteilt.

Deutsch lernen

Selbstverständlichkeiten, die für Familie Jovanovi keine sind. Sie bleiben auf das Wohlwollen der Verwandten angewiesen, die mit ihnen ihr Essen teilen. Im Bus hoffen sie einfach, nicht beim Schwarzfahren erwischt zu werden.

Für drei Kinder der Mottawehs, für Mohamad Loui, Obai und Omar, gehört es inzwischen auch zum Alltag, dass sie jeden Morgen mit der Straßenbahn zur Adam-Ries-Grundschule fahren. Dort lernen sie seit drei Monaten Deutsch in einer Willkommensklasse. Die Sozialarbeiter im Heim haben sie angemeldet.

Maria Jovanovi und ihren elfjährigen Bruder Jagos* meldet hingegen niemand in einer Schule an. Zweimal ist Maria morgens zu ihrer alten Schule in Neukölln gefahren, wo sie letztes Jahr in eine Deutschlerngruppe ging. Beim zweiten Mal erklärte ihr die Lehrerin, sie könne sich nicht einfach so in den Unterricht setzen. Das Schulamt Neukölln sagt, die Lerngruppen an der Schule seien voll.

Die Mottawehs haben sich inzwischen damit abgefunden, wohl auch den Winter noch im Erstaufnahmeheim zu verbringen in ein Wohnheim oder gar eine richtige Wohnung wird man vom Amt erst als offizieller Asylbewerber vermittelt. Dem 23,99-Quadratmeter-Zimmer in der Rhinstraße haben die Mottawehs inzwischen beinahe so etwas wie Gemütlichkeit abgerungen. Plastikblumen in PET-Flaschen bringen etwas Farbe in den Raum.

Omar hat zudem ein Poster von den Minions an die Wand geklebt: kleine, gelbe Superhelden aus einem Animationsfilm. Er und sein ein Jahr älterer Bruder Obai sind große Fans. Den neuen Film haben sie nicht gesehen. Der Vater deutet auf den Rekorder in der Zimmerecke. Der könne nur Videos abspielen, neue Filme gibt es aber schon seit Jahren nicht mehr auf Videokassette. Zudem ist der Rekorder kaputt: Mahmoud schüttelt ihn, es klappert, ein Fläschchen Make-up fällt heraus. Er lacht.

Alma! , mahnt Mahmoud Mottaweh. Die Dreijährige guckt kein bisschen schuldbewusst. Sie ist die Prinzessin der Familie, darf ihrem Vater nach Belieben auf den Schultern herumturnen. Mit dem Familientablet liegt sie auf dem Bett und schaut einen Zeichentrickfilm. Ihr Bruder ist eigentlich mal an der Reihe, aber er wartet geduldig. Die vier Geschwister gehen erstaunlich vorsichtig miteinander um. Streit ist anstrengend, wenn man sich kaum aus dem Weg gehen kann.

Mahmoud Mottaweh will bei der Wohnungssuche nicht länger auf die Behörden warten. 763 Euro Bruttokaltmiete darf eine Wohnung nach dem Asylbewerberleistungsgesetz kosten. Der 34-Jährige blättert durch Wohnungsanzeigen, die er sich aus dem Internet ausgedruckt hat: Schöne, helle 5-Zimmer-Wohnung im Herzen von Marzahn , heißt es da. Doch als ein Dolmetscher für ihn bei der Hausverwaltung anrief, habe die gleich wieder aufgelegt, als das Wort Flüchtlinge fiel, erzählt er.

Angekommen, aber noch lange nicht am Ziel NEUE HEIMAT Die syrische Familie Mottaweh lebt zu sechst in einem Zimmer eines Marzahner Flüchtlingsheims. Sie wollen

Es wird für die Mottawehs nicht leicht werden, eine eigene Wohnung zu finden. Damit geht es ihnen aber immer noch besser als den Jovanovi . Die können sich noch nicht mal auf die Suche machen.

Mitra und Maria Jovanovi wollen nicht, dass man erfährt, wo sie derzeit untergekommen sind. Der Vermieter der Cousine aus Leskovac, bei der sie wohnen, könnte ihren Verwandten Ärger machen, sagt Maria. Also gibt es Kaffee in der Bäckerei eines Discounters. Maria sieht erschöpft aus. Seit dem Besuch im Büro der Rechtsanwältin hat sich nichts getan: Die Cousine drängt sie zum Auszug, die Anwältin sagt, sie brauche noch Zeit.

Marias Augenlid zuckt. Es zuckt ständig, alle fünf Minuten sieht sie ihre Umgebung mit dem linken Auge nur noch verschwommen. Im März 2012, da waren sie als registrierte Asylbewerber in Deutschland, wurde in der Charité eine teilweise Lähmung ihres Gesichtsnervs festgestellt. Eine Entzündung, eine Viruserkrankung wie Windpocken könne den Nerv angegriffen haben. Nichts Dramatisches, mit ein bisschen Physiotherapie leicht in den Griff zu bekommen, schreiben die Ärzte im Entlassungsbrief.

Drei Jahre und zwei Ausweisungen später zuckt das Augenlid immer noch. Maria hat keine Krankenversicherung, sie ist ja nicht registriert. In Serbien erhält sie keine Behandlung, in Deutschland kann sie auch nicht zum Arzt. Unter dem Radar der Behörden durchzuschlüpfen heißt keine Hilfe zu bekommen.

Die Geburt naht

Eine kleine grüne Chipkarte entscheidet darüber, ob sich die Türen der Arztpraxen öffnen. Das zuständige Landesamt für Gesundheit und Soziales hat Salwa Kamel die Grüne Karte gleich bis Februar ausgestellt. Dann wird Almas Schwester auf der Welt sein. Elif soll sie heißen, im Januar ist Geburtstermin. Salwa Kamel hat Schwangerschaftsdiabetes und zu hohen Blutdruck. Alle fünf Tage fährt die 31-Jährige quer durch die Stadt zur Hermannstraße nach Neukölln. Ein weiter Weg mit dem großen Bauch. Egal , sagt sie. Ich wollte einen Arzt, der Arabisch spricht.

Mahmoud Mottaweh legt einen Zettel mit einer Telefonnummer neben die anderen Immobilienanzeigen. Frag dort mal wegen einer Wohnung, hat ihm eine Familie aus dem Heim geraten. Mahmoud will gleich morgen früh anrufen.

* Namen geändert

Wer erhält welchen Schutz?

Derzeit erhalten viele syrische Flüchtlinge in Deutschland Asyl die meisten jedoch nicht nach Artikel 16 des Grundgesetzes, der eine politische Verfolgung durch den Staat voraussetzt, sondern gemäß der Genfer Flüchtlingskonvention. Diese definiert auch andere Arten der Verfolgung etwa durch eine Bürgerkriegs- partei als Asylgrund.

In beiden Fällen mündet der Asylstatus in eine dreijährige Aufenthaltserlaubnis. Diese kann anschließend in eine unbefristete Niederlassungserlaubnis umgewandelt werden, wenn die Fluchtgründe weiterbestehen.

Normalerweise findet zur Prüfung des Anspruchs auf Asyl eine Anhörung beim Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF) statt. Seit November 2014 prüft das Amt die Anträge von Syrern in einem beschleunigten Fragebogenverfahren.

Innenminister Thomas de Maizière (CDU) will nun nur noch subsidiären Schutz gewähren. Durchsetzen könnte er das per Anweisung an das BAMF. Subsidiären Schutz bekommen Menschen, die vor Krieg und Bürgerkrieg fliehen. Er hat jedoch nur eine einjährige Aufenthaltserlaubnis zur Folge, die mehrmals um jeweils zwei Jahre verlängert werden kann. Erst nach sieben Jahren kann ein Flüchtling die unbefristete Niederlassungserlaubnis erhalten.

Flüchtlinge mit Asylstatus und solche unter subsidiärem Schutz können ihre Familie aus dem Herkunftsland nachholen. Beim subsidiären Schutz soll dies nun per Gesetz für zwei Jahre ausgesetzt werden. (taz)

Anwältin Berenice Böhlo:

Angekommen, aber noch lange nicht am Ziel NEUE HEIMAT Die syrische Familie Mottaweh lebt zu sechst in einem Zimmer eines Marzahner Flüchtlingsheims. Sie wollen

Sie können jetzt wieder einen Asylantrag stellen. Aber dann sind Sie auch ganz sicher in ein paar Wochen wieder in Serbien

Load-Date: November 27, 2015

End of Document

Mit erweitertem Blick; Wahl In Berlin ist es längst Alltag: KandidatInnen mit Migrationshintergrund bewerben sich um Mandate auf Landes- und Bezirksebene. Aber welche Rolle spielt ihre Herkunft?

taz, die tageszeitung

Donnerstag 15. September 2016

Copyright 2016 Contrapress media GmbH Vervielfältigung nur mit

Genehmigung des taz-Verlags All Rights Reserved



Section: BERLIN AKTUELL; S. 21

Length: 745 words

Byline: Hülya Gürler

Highlight: Wahl In Berlin ist es längst Alltag: KandidatInnen mit Migrationshintergrund bewerben sich um Mandate auf Landes- und Bezirksebene. Aber welche Rolle spielt ihre Herkunft?

Body

von Hülya Gürler

Allein schon wegen seines Alters hat Onur Bayar im Wahlkampf das Zeug zum Star: Er ist erst 19. Dazu kommt seine Herkunft aus dem Neuköllner Rollbergkiez, das als Problemviertel gilt. Seit Monaten hat sich dort herumgesprochen, dass Bayar als Direktkandidat der CDU um Erststimmen kämpft. Vor allem junge Migranten sind begeistert. Viele fragen mich, wie man Politiker wird, ob man dafür studiert haben muss. Bayar freut sich über viel Zuspruch, auch von Wählern anderer Parteien, die den jungen Deutschkurden in der falschen Partei sehen.

2011 hat die Mehrheit in seinem Wahlkreis 2 im Neuköllner Norden Grün gewählt. Die CDU kam gerade mal auf 11 Prozent der Stimmen. Ich merke an den Reaktionen, dass viele Studenten und Hipster die CDU geradezu verabscheuen, erzählt der junge Wahlkämpfer. Er sieht seine Chance vor allem darin, Nichtwähler zu mobilisieren.

Um die kämpft auch Maja Lasic, auch wenn die SPD-Direktkandidatin in ihrem Weddingener Wahlkreis gute Chancen hat, ins Abgeordnetenhaus zu kommen: Viele Nichtwähler haben einen Hang zur AfD, sagt die 37-Jährige. Sie gehe deshalb von Tür zu Tür und werbe um jede Stimme.

Bayar und Lasic eint nicht nur, dass beide zum ersten Mal zur Wahl antreten. Beide haben einen Migrationshintergrund, auch wenn dieser nicht das Erste ist, was ich anspreche, sagt Lasic. Sie könne ihn wegen ihres Namens aber auch nicht hinterm Berg halten.

Maja Lasic, promovierte Biochemikerin, ist als Kind in den 90er Jahren mit ihrer Familie vor dem Krieg in Bosnien-Herzegowina geflohen. Heute beobachtet sie bei vielen in ihrem Wahlkreis latente bis offene Aggressionen Flüchtlingen gegenüber. Ihr kümmert euch nur um Flüchtlinge und nicht um uns, werde ihr oft an den Kopf

Mit erweitertem Blick Wahl In Berlin ist es längst Alltag: KandidatInnen mit Migrationshintergrund bewerben sich um Mandate auf Landes- und Bezirksebene. Aber w....

geworfen. Lasic reagiert darauf unterschiedlich: Manchen Sorgen muss man mit Argumenten begegnen. Wenn aber Feindbilder aufgebaut werden, bleibe ich mir treu und toleriere sie nicht.

Wie viele Menschen mit Migrationsgeschichte für die Wahlen zum Abgeordnetenhaus kandidieren, lässt sich längst nicht mehr genau sagen. Nicht immer lassen Namen die Herkunft erkennen. Rund 40 stehen als Direktkandidaten zur Wahl. Dazu kommen die auf Listenplätzen der Parteien.

Für die Grünen tritt da in Friedrichshain zum dritten Mal die flüchtlingspolitische Sprecherin der Fraktion, Canan Bayram, an. Sie hat den siebten Platz auf der Grünen-Landesliste, ihre Wiederwahl kann als sicher gelten. Ihr Fraktionskollege Turgut Altug kandidiert in Kreuzberg. Seit 2011 ist Altug Abgeordneter.

Schmierereien auf Plakaten

Die derzeitige Staatssekretärin für Gesundheit, Emine Demirbüken-Wegner, hat Platz eins der Bezirksliste in Reinickendorf und kandidiert direkt mit dem Grünen-Abgeordneten aus Reinickendorf Ajibola Olalowo. Der Flüchtlingspolitiker Hakan Tas hat mit der Acht einen sicheren Listenplatz bei der Linken. Und auch die Wiederwahl der SPD-Abgeordneten Dilek Kolat, Senatorin für Arbeit, Integration und Frauen, kann als sicher gelten.

Mit der Zuschreibung Migrationshintergrund verbundene Vorstellungen der WählerInnen könnten auch ambivalent und schwierig sein, sagt Jasmin Giama-Gerdes. Die Direktkandidatin der Linken aus Pankow, geborene Münchenerin, sieht sich nicht in erster Linie als Migrantin. Das sei eine Zuschreibung von außen. Im Weißenseer Teil ihres Wahlkreises hat die Tochter eines somalischen Vaters ständig mit Schmierereien auf ihren Wahlplakaten zu kämpfen. Ob der Grund dafür ihre Parteizugehörigkeit oder ihr Aussehen ist, weiß sie nicht.

Jeder Abgeordnete schöpft aus seiner ganz persönlichen Erfahrung, sagt Maja Lasic. Sie hat zwei Jahre an einer Weddinger Schule gearbeitet und kennt die Probleme von Schulen in prekären Lagen. Wie Onur Bayar ist ihr Bildung wichtig: Lasic will gute Lehrer in den Wedding holen und eine Durchmischung der Schüler in ihrem Wahlkreis. Für Pankow will Giama-Gerdes unter anderem für eine eigene Antidiskriminierungsstelle kämpfen. Damit bringt sie ihre beruflichen Kompetenzen als Trainerin für Antidiskriminierung in ihre politische Arbeit ein.

Onur Bayar macht sich Gedanken über eine Vorschulpflicht und genügend Kitaplätze für alle als Weichen für einen guten Lebensweg. Fatos Topac von den Grünen will sich in Friedrichshain-Kreuzberg vor allem für ältere Menschen einsetzen. Viele seien von Altersarmut betroffen, insbesondere ältere Migranten. Ihre Partei schätze sie dabei nicht für ihren Migrationshintergrund, sondern für ihre Erfahrung, sagt die Diplom-Sozialpädagogin.

Load-Date: September 14, 2016

Flüchtlinge einladen. Oder einsperren und abweisen; ASYLRECHT Am Freitag soll das Bleiberecht für langjährig Geduldete beschlossen werden. Doch mit der Reform werden auch die Haftgründe erweitert

taz, die tageszeitung

Freitag 06. März 2015

Copyright 2015 Contrapress media GmbH Vervielfältigung nur mit

Genehmigung des taz-Verlags All Rights Reserved



Section: INLAND; S. 06

Length: 460 words

Byline: CHRISTIAN JAKOB

Highlight: **ASYLRECHT** Am Freitag soll das Bleiberecht für langjährig Geduldete beschlossen werden. Doch mit der Reform werden auch die Haftgründe erweitert

Body

BERLIN taz | Heute soll der Bundestag beschließen, wonach **Migrantenorganisationen** seit Jahren verlangen: eine Amnestie für langjährig Geduldete. Über 35.000 Menschen leben seit mehr als fünf Jahren mit unklarem Aufenthaltsstatus in Deutschland. Sie haben kein Recht, hier zu sein, abschieben kann der Staat sie aber nicht. Im Koalitionsvertrag versprochen CDU und SPD eine Perspektive, sprich: ein Bleiberecht für sie.

Nach dem Willen des Innenministeriums soll es nun anders als in früheren Fällen eine stichtags- und altersunabhängige Bleiberechtsregelung geben. Wer mehrere Jahre in Deutschland gelebt und sich gut integriert hat, könnte dadurch ein Aufenthaltsrecht erhalten.

Doch das Gesetz, in das diese Regelung verpackt ist, nennt sich nicht zufällig Aufenthaltsbeendigungsgesetz. Es gibt den Ausländerbehörden die Möglichkeit, Geduldeten ein sogenanntes Aufenthaltsverbot zu erteilen etwa, weil sie nicht ausgereist sind, obwohl sie dazu verpflichtet waren. So können die Ausländerbehörden sie von der Bleiberechtsregelung ausschließen auch wenn das Bundesinnenministerium in der Gesetzesbegründung versichert hat, dass die Klausel nicht so gedacht ist.

Als minderjährige Flüchtlinge eingereiste junge Erwachsene werden in der Regel kein Bleiberecht beantragen können, selbst wenn sie eine Ausbildung absolvieren oder studieren, fürchten Kritiker. Denn die meisten von ihnen werden mit 21 Jahren noch keine 4 Jahre Aufenthalt in Deutschland nachweisen können. Dies ist jedoch eine der Voraussetzungen für den Erhalt des Bleiberechts. Vor allem aber schafft das Gesetz die Möglichkeit, Flüchtlinge massenhaft einzusperren. Das soll in Zukunft schon allein dann möglich sein, wenn sie aus einem anderen EU-Staat eingereist sind, statt dort ein Asylverfahren abzuschließen. Oder wenn sie zur unerlaubten Einreise viel Geld an einen Schleuser bezahlt oder Dokumente vernichtet haben. Im Juni hatte der Bundesgerichtshof moniert, dass Deutschland Flüchtlinge, die aus anderen EU-Staaten gekommen sind, in Abschiebehaft nehmen, bevor sie

Flüchtlinge einladen. Oder einsperren und abweisen ASYLRECHT Am Freitag soll das Bleiberecht für langjährig Geduldete beschlossen werden. Doch mit der Reform we....

zurückgeschoben werden. Damals ging es um die Zeit direkt vor einer Abschiebung. Mit dem neuen Gesetz ist Haft nun schon nach der Einreise möglich.

Das Bundesinnenministerium hatte nach scharfer Kritik dem Vorwurf widersprochen, es wolle massenhaft Flüchtlinge in Haft nehmen. De Maizière sagte, durch die neue Bleiberechtsregelung würden Zehntausende Menschen begünstigt. Das Gesetz habe eine einladende und eine abweisende Botschaft .

Die Linken-Abgeordnete Ulla Jelpke hält dagegen: Es handelt sich um die übliche ungenießbare Mischung: rechtliche Verbesserungen für diejenigen, die als nützlich erachtet werden, verschärfte Bedingungen, Haft und Abschiebungen für alle unerwünschten Flüchtlinge.

CHRISTIAN JAKOB

Load-Date: March 5, 2015

Flüchtlinge wollen Arbeit, Bildung und Demokratie; Studie 14 Prozent der Schutzsuchenden sind in Arbeit. Die Zahl wird steigen, sagen die Autoren

taz, die tageszeitung

Mittwoch 16. November 2016

Copyright 2016 Contrapress media GmbH Vervielfältigung nur mit

Genehmigung des taz-Verlags All Rights Reserved



Section: INLAND; S. 6

Length: 369 words

Byline: Ralf Pauli

Highlight: Studie 14 Prozent der Schutzsuchenden sind in Arbeit. Die Zahl wird steigen, sagen die Autoren

Body

Berlin taz | **Flüchtlinge** in Deutschland sind zum großen Teil gut ausgebildet, höchst arbeitswillig und stehen zu Demokratie und Frauenrechten. Das sind die wichtigsten Befunde einer Umfrage von gut 2.300 Personen, die das Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB) am Dienstag in Berlin vorgestellt hat.

Demnach haben 58 Prozent der erwachsenen Befragten in ihren Herkunftsländern zehn Jahre und mehr in Schule, Ausbildung und Studium verbracht. Gleichzeitig wollen rund zwei Drittel einen beruflichen Abschluss oder ein Hochschulstudium in Deutschland absolvieren. Zum Zeitpunkt der Stichprobe waren laut IAB-Studie 14 Prozent der Befragten erwerbstätig, davon knapp über die Hälfte in Teil- oder Vollzeit. Diejenigen, die Vollzeit angestellt waren, verdienten im Schnitt 1.122 Euro. Allerdings, heben die Autoren hervor, befanden sich gut die Hälfte der Befragten noch im Asylverfahren. Für sie ist der Arbeitsmarktzugang jedoch beschränkt. Bei den Wertvorstellungen sprachen sich 96 Prozent für Demokratie und mehr als zwei Drittel für gleiche Rechte zwischen Mann und Frau aus.

Über die Selbstauskünfte der Geflüchteten zeigte sich Frank-Jürgen Weise, Leiter des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge (Bamf), erstaunt. Am Sonntag sagte er auf einer Veranstaltung der CSU-Erlangen, dass die Haltung der Schutzsuchenden positiver als angenommen sei. Die Flüchtlinge seien auch besser qualifiziert als bisher gedacht. Nach Weise, der auch die Bundesagentur für Arbeit (BA) leitet, sind zwischen September 2015 und September 2016 50.000 Flüchtlinge in Arbeit gekommen, überwiegend in Helfertätigkeiten sowie Beschäftigungen etwa in der Logistikbranche. Im selben Zeitraum waren 100.000 Flüchtlinge arbeitslos gemeldet.

Die Erwerbsbeteiligung und die Höhe der Verdienste werden nach früheren Integrationserfahrungen noch deutlich steigen, prognostiziert Herbert Brücker vom IAB: Durch die vielen Integrations-, Sprach- und Beratungsangebote sind die Arbeitsmarktchancen heute sogar noch besser. Auch wenn durch die hohe Zahl an Flüchtlingen die Konkurrenz im Niedriglohnsektor höher ist. In fünf Jahren, schätzt Brücker, dürften mehr als die Hälfte der Flüchtlinge Arbeit gefunden haben. Ralf Pauli

Flüchtlinge wollen Arbeit , Bildung und Demokratie Studie 14 Prozent der Schutzsuchenden sind in Arbeit . Die Zahl wird steigen, sagen die Autoren

Load-Date: November 15, 2016

End of Document

**Ras/sis/mus, der; Veraltet Migration ist gesellschaftliche Realität.
Schulbücher zeigen jedoch oft nur Stereotype. Ein Besuch im Verlagshaus**

taz, die tageszeitung

Samstag 05. März 2016

Copyright 2016 Contrapress media GmbH Vervielfältigung nur mit

Genehmigung des taz-Verlags All Rights Reserved



Section: HINTERGRUND; S. 34

Length: 1596 words

Byline: Ralf Pauli

Body

Veraltet **Migration** ist gesellschaftliche Realität. Schulbücher zeigen jedoch oft nur Stereotype. Ein Besuch im Verlagshaus

Aus Berlin Ralf Pauli

Heute würde Jürgen Grabowski vom Cornelsen-Verlag den Fragebogen nicht mehr drucken. Es sind 24 Fragen, die SchülerInnen der siebten bis neunten Klasse an das Thema Integration heranführen sollen: Schlagen türkische Männer ihre Frauen häufiger als deutsche? Belasten Ausländer unser Sozialsystem? Sie stehen in einem nordrhein-westfälischen Sozialkundebuch aus dem Jahr 2013.

Laut Lehrplan sollen Möglichkeiten und Schwierigkeiten des Zusammenlebens von Menschen aus unterschiedlichen Kulturen diskutiert werden. Es wäre zu erwarten, dass Probleme im selben Umfang behandelt würden wie Beispiele gelungener Eingliederung. Doch auf den 30 Seiten des Kapitels lesen die SchülerInnen vor allem von Konflikten: Streit um das Kopftuch, Streit um Moscheen, Konfliktstoff muslimische Feiertage. Auf diesen Seiten sollen die SchülerInnen ihre Antworten auf dem Fragebogen überprüfen. Dass der Fragebogen die eigenen Vorurteile spiegeln soll, jedoch steht nirgendwo.

Den Fragebogen, räumt Jürgen Grabowski ein, könne man missverstehen. Aber die Fragen bringen die damalige gesellschaftliche Stimmung auf den Punkt. Mitte der nuller Jahre hätten doch alle über Einbürgerungstest, doppelte Staatsbürgerschaft und die deutsche Leitkultur gestritten. Grabowski sitzt im dritten Stock des Cornelsen-Verlags in Berlin-Schöneberg. Als Redakteur im Fachbereich Gesellschaftswissenschaften macht er Schulbücher aus den Lehrplänen für die Fächer Politik und Gesellschaftslehre. Die Bücher sollen bei den Jugendlichen Vorurteile abbauen. Wie hilfreich ist es da, unwidersprochen Stereotype abzudrucken, die Schüler in Ausländer und Deutsche trennen? Grabowski lehnt sich zurück und sagt schlicht: Ein Schulbuch, das vor 6, 7 Jahren konzipiert wurde, ist halt nicht mehr auf dem neuesten Stand.

Wer|te, die

Ras[is]mus, der Veraltet Migration ist gesellschaftliche Realität. Schulbücher zeigen jedoch oft nur Stereotype.
Ein Besuch im Verlagshaus

Obwohl jedes dritte Schulkind in Deutschland Wurzeln in einem anderen Land hat, nehmen Menschen mit Migrationserfahrung in Schulbüchern immer noch stereotype Rollen ein: Sie sind Asylsuchende, die bei uns Schutz vor Krieg und Vertreibung suchen. Migranten, denen es in ihrer Heimat schlecht geht und die sich bei uns eine bessere Zukunft erhoffen. MitbürgerInnen, die eine andere Sprache sprechen oder andere Bräuche feiern. Und sich der eingeforderten Anpassung an deutsche Werte verweigern.

Warum sind die Bücher so veraltet? Bis zu zwei Jahre dauert es vom ersten Buchkonzept bis zur Aushändigung in den Klassen. Doch neue Bücher gibt es oft nur, wenn ein Landesministerium einen neuen Lehrplan beschließt das ist im Schnitt alle sieben Jahre oder wenn sich die fachdidaktische Realität einschneidend verändert. Erst müsse sich die Gesellschaft ändern, dann das Schulbuch, sagen die Verlage gern. Doch beim Thema Integration klafft diese Lücke seit Jahren.

Manche Schulbücher schüren Ängste, sagt Inga Niehaus vom Georg-Eckert-Institut für internationale Schulbuchforschung in Braunschweig. Was wir vermissen, sind die positiven Beispiele. Im vergangenen Jahr hat Niehaus 65 aktuell im Unterricht eingesetzte Sozialkunde-, Erdkunde- und Geschichtsbücher aus fünf Bundesländern untersucht. All jene, die in der 9. und 10. Klasse Migration und Integration explizit behandeln. Ihre Befunde wurden in der Studie Migration und Integration veröffentlicht.

Klijschee, das

Die meisten Schulbücher stellen Migration als Massenflucht von Süd nach Nord und Integration überwiegend anhand möglicher Konflikte dar. So widmet etwa ein Schulbuch aus Sachsen der Ausländerkriminalität ein ganzes Kapitel. Ein Klischee, wie Kriminalstatistiken eindeutig zeigen. Und in einem in Bayern zugelassenen Sozialkundebuch lernen SchülerInnen, dass sich Deutschland wegen seiner geringen Größe nicht als Einwanderungsland eignet. Deutschland ist klar ein Einwanderungsland, erwidert Niehaus. Warum stellen die Verlage das infrage?

Als Reaktion auf die Schulbuchstudie luden zwei der drei großen Schulbuchverlage, Cornelsen und Klett, die Autoren zu Workshops ein. Es ging um die Frage: Wie kann man Schulbücher diskriminierungsfrei gestalten? Manchmal müssen nur einzelne Wörter eingefügt werden, um die gesellschaftliche und kulturelle Vielfalt zu verdeutlichen, sagt Niehaus. So sei es besser zu schreiben Viele Muslime gehen freitags zum Gebet in die Moschee, anstatt Muslime gehen freitags zum Gebet in die Moschee.

Bei Cornelsen folgte nach Niehaus Besuch eine interne Seminarreihe. Zudem berät seit vergangenem Jahr ein rund zehnköpfiges Team aus MitarbeiterInnen die KollegInnen bei Fragen zu Migration und Integration. Etwa wenn sich jemand nicht sicher ist, wann er nun Ausländer schreiben kann und wann nicht. 10 bis 15 Prozent der MitarbeiterInnen im Haus haben nach Schätzung des Verlages einen Migrationshintergrund. Bei Cornelsen sind sie stolz darauf, schon vor Jahren LehrerInnen mit Migrationshintergrund eingestellt zu haben.

Zuwanderergruppen fordern schon seit Jahren heterogenere Verlagsredaktionen und Prüfstellen in den Ministerien. Ich sag mal zugespitzt: Herr Müller macht ein Buch und Herr Meier nickt es ab, sagt Cahit Basar von der Kurdischen Gemeinde Deutschland. Basar ist Gymnasiallehrer in Köln und beobachtet im Unterricht, dass sich Kinder mit Migrationshintergrund in den Schulbüchern kaum wiederfinden. Die fragen: Was soll das? So bin ich nicht.

Forschungsleiterin Inga Niehaus nimmt auch die Zulassungsämter der Länder in die Pflicht. Die in der Studie beanstandeten Bücher seien allesamt von den Ministerien auf Altersgemäßheit und sachliche Richtigkeit geprüft und zugelassen worden, sagt sie. Dabei definiert jedes Bundesland eigene Kriterien. Gleich ist den Kultus- oder Schulbehörden, dass sie als Gutachter Lehrkräfte einsetzen. Die seien jedoch für die Prüfung der Bücher auf Stereotype oft nicht geschult, kritisiert Inga Niehaus. Die haben im Studium noch von sogenannter Ausländerpädagogik gehört. Das war in den Siebzigern.

Heute sprechen die Verlage gern von Diversity Education. Ziel dieser Pädagogik ist es, migrationsbedingte Vielfalt als Norm abzubilden. Doch den untersuchten Büchern gelinge es noch nicht, Vielfalt als normal zu begreifen, sagt

Ras|sis|mus, der Veraltet Migration ist gesellschaftliche Realität. Schulbücher zeigen jedoch oft nur Stereotype.
Ein Besuch im Verlagshaus

Viola Georgi, Professorin für Diversity Education an der Universität Hildesheim. Stattdessen würden die SchülerInnen mit Darstellungen konfrontiert, die sich nur schwer von Stereotypen lösen könnten. Migranten werden nur selten als aktiv Handelnde, sondern eher als Bedürftige und oft als Opfer gesellschaftlicher Umstände präsentiert.

Die Kultusministerien und die Verlage geloben Besserung. Im Januar trafen sich LandespolitikerInnen und Vertreter der Bildungsmedien mit Aydan Özoguz von der SPD. Die Integrationsbeauftragte der Bundesregierung hatte die Schulbuchstudie bei Niehaus in Auftrag gegeben. Nun hörte sie, wie Verlagsredaktionen und Zulassungsämter sensibler mit dem Thema Integration und Migration umgehen wollen.

Dass dies nicht immer gelingt, weiß Anja Hagen nur zu gut. Die Cornelsen-Geschäftsführerin sitzt in ihrem Chefbüro vor einer Wand von Schulbüchern. Hagen ist für rund 18.000 Schulbücher zuständig. Ich kann alle Kritikpunkte der Schulbuchstudie teilen, sagt Hagen. Aber wenn im Lehrplan steht Wir und die anderen, dann können wir diese Vorgabe nicht einfach weglassen. Ein Argument, das auch Niehaus gelten lässt. Die Kritik der Schulbuchstudie richte sich nicht nur an die Verlage, sondern gleichermaßen an die Ministerien. Natürlich wäre es ideal, wenn die Lehrpläne schon in der Wortwahl des Themas sensibel mit allen gesellschaftlichen Gruppen umgehen würden, sagt Niehaus. Doch wie das Thema letztlich umgesetzt werde, das liege bei den Verlagen.

Realität abzubilden, das sei ihr Auftrag, sagt Anja Hagen. Schulbücher dürften deshalb bei aller Sensibilität auf keinen Fall schönen. Sie müssen Kon-troversen umfassend darstellen. Egal wie man selbst dazu stehe. Das Problem ist vor allem, dass Sie nicht wissen, auf welchem Stand die Diskussion in fünf Jahren ist, sagt Hagen. Denken Sie an die Flüchtlingssituation, wie schnell sich die Debatte derzeit weiterentwickelt.

Lehr|plä|ne, die

Doch selbst wenn die geänderte politische Lage alle zwei Jahre ein neues Politikbuch erfordern würde: Für die Nebenfächer sind dafür selten die Mittel da. Ein Buch bleibt an der Schule, bis das Ministerium einen neuen Lehrplan entwickelt. Bei kleinen Fächern wie Geschichte oder Gesellschaftslehre ist das aber nur alle 10 bis 15 Jahre der Fall.

Kommt ein neues Schulbuch auf den Markt, heißt das noch lange nicht, dass es gekauft wird. Die Verlage erneuern ihre Bestände deshalb nach dem Rhythmus der Ministerien. Für Baden-Württemberg und Bayern, wo dieses und nächstes Jahr aktualisierte Lehrpläne anstehen, konzipiert Cornelsen gerade neue Schulbücher, für Nordrhein-Westfalen dagegen nicht. Das Sozialkundebuch mit dem veralteten Fragebogen wird dort wohl noch Jahre an Schulen eingesetzt werden. Selbst wenn Cornelsen in der Zwischenzeit ein überarbeitetes Schulbuch herausbringen sollte.

In den neuen Büchern dürfte die aktuelle Flüchtlingssituation vorkommen, sind sich Jürgen Grabowski und die KollegInnen im Gesellschaftsressort sicher. Würden sie sie als Krise bezeichnen? Die Redakteure antworten nicht eindeutig. Für die aktuelle Situation sei Flüchtlingskrise ein Begriff, der in Gebrauch ist. Die Kontroverse müsse man darstellen. Auch die Angst vor den Flüchtlingen.

Der Diskurs

Deutschland ist klar ein Einwanderungsland. Warum stellen die Verlage das infrage?

Schulbuchforscherin Inga Niehaus

Load-Date: March 4, 2016

Dänemark macht dicht; GRENZ-KONTROLLE

taz, die tageszeitung

Samstag 09. Januar 2016

Copyright 2016 Contrapress media GmbH Vervielfältigung nur mit

Genehmigung des taz-Verlags All Rights Reserved



Section: NORD AKTUELL; S. 54

Length: 293 words

Byline: Esther Geißlinger

Highlight: GRENZ-KONTROLLE

Body

Mit einem Taxi nach Paris wollte in den 80er-Jahren die heute fast vergessene Band Felix De Luxe. Wer in diesen Tagen in Flensburg in ein Taxi gen Skandinavien steigt, sollte nicht nur genug Geld, sondern auch einen gültigen Pass und möglichst einen Migrationshintergrund nicht südlicher als Hessen vorweisen können. Seit verganginem Montag kontrolliert Dänemark wieder seine Grenzen.

Mit diesen Kontrollen, die nach den Schengen-Kriterien der Freizügigkeit eigentlich unzulässig sind, reagierte Ministerpräsident Lars Løkke Rasmussen auf die Entscheidung des nördlichen Nachbarn Schweden, nur noch Flüchtlinge mit gültigen Papieren einzulassen. Die dänische Regierung kündigte an, dass die Kontrollen stichprobenartig und auf zunächst zehn Tage befristet stattfinden sollen. Eine Verlängerung ist möglich.

Bisher stehen die Kontrollposten zum Ärger deutscher Pendler vor allem an den Autobahnen und Bundesstraßen. Es gibt seitens der dänischen Regierung aber Überlegungen, Bahn- und Busunternehmen zur Kontrolle ihrer Fahrgäste einzuspannen. Medien berichteten, dass auch Taxifahrer vor der Fahrt nach Schweden demnächst überprüfen sollen, ob da nicht wer auf der Rückbank sitzt, der Asyl beantragen möchte.

Die Befürchtung, Transitflüchtlinge blieben nach Einführung der Grenzkontrollen nun zu Hunderten in Norddeutschland hängen, hat sich bisher nicht bestätigt. Das Kieler Innenministerium spricht von freien Plätzen in den Unterkünften der Hafenstädte Kiel und Lübeck. Am grenznahen Bahnhof Flensburg herrschte laut der örtlichen Flüchtlingsinitiative sogar gespenstische Ruhe. Die Erklärung ist einfach: Viele Flüchtlinge blieben einfach in Hamburg oder anderswo und warten ab. Die Pendler müssen weiter früher aufstehen und sich kontrollieren lassen.

EST

Load-Date: January 8, 2016

Sie wussten, was sie tun; Mittelmeer Auf EU-Geheiß beendete Italien 2014 die Seeüberwachung vor Libyen. Stattdessen kontrollierte Frontex nur die Küste Italiens. Dass dadurch die Todeszahlen steigen würden, hatte die EU selbst vorhergesagt

taz, die tageszeitung

Montag 18. April 2016

Copyright 2016 Contrapress media GmbH Vervielfältigung nur mit

Genehmigung des taz-Verlags All Rights Reserved



Section: SCHWERPUNKT; S. 2

Length: 771 words

Byline: Christian Jakob

Highlight: Mittelmeer Auf EU-Geheiß beendete Italien 2014 die Seeüberwachung vor Libyen. Stattdessen kontrollierte Frontex nur die Küste Italiens. Dass dadurch die Todeszahlen steigen würden, hatte die EU selbst vorhergesagt

Body

von Christian Jakob

Heute vor genau einem Jahr ertranken in einer einzigen Nacht 800 Menschen vor der libyschen Küste. Ein überladenes **Flüchtlingsboot** war gekentert, herbeigerufene Retter suchten mit Hubschraubern vergeblich nach Überlebenden. Da sind nur Kraftstoff und Trümmer, wir finden nichts mehr, sagte einer von ihnen. Bis zum Ende des Jahres 2015 stieg die Zahl der Ertrunkenen auf rund 3.700 mehr als je zuvor.

Die EU-Grenzschutzagentur Frontex hatte vor diesem Anstieg der Zahl an Schiffskatastrophen gewarnt. Trotzdem entschied sich die EU, die italienische Seerettungsmission Mare Nostrum vor Libyen 2014 zu beenden. Das zeigt eine am Montag vorgestellte Studie des Londoner Goldsmith College. Darin haben die Wissenschaftler teils interne EU-Dokumente und Tagungsprotokolle ausgewertet.

Demnach hielt Frontex die Mission Mare Nostrum für einen Pull-Faktor: Sie verleite Flüchtlinge in Libyen, in See zu stechen, weil sie nicht weit kommen müssten, um Aussicht auf Rettung zu haben. Genau diese Aussicht sollte es nicht mehr geben, dann würden nennenswert weniger Migranten den Aufbruch riskieren. Deshalb sollte die Operation der italienischen Marine gestoppt und das Seegebiet vor Libyen nicht weiter überwacht werden. Ersatzweise sollte Frontex eine eigene Mission namens Triton starten, die nur die unmittelbaren Küstengewässer Italiens im Blick behält.

In einem im August 2014 von Frontex verfassten Konzept für die Triton-Mission warnte die Agentur jedoch, es sei wahrscheinlich, dass der Rückzug von Italiens Marine einen Anstieg der Todeszahlen zur Folge haben. Die Priorität von EU und Frontex gehörte klar der Abschreckung. Das hatte Vorrang vor Menschenleben,

Sie wussten, was sie tun Mittelmeer Auf EU-Geheiß beendete Italien 2014 die Seeüberwachung vor Libyen. Stattdessen kontrollierte Frontex nur die Küste Italiens.....

kommentierte der Goldsmith-Forscher Lorenzo Pezzani. Den EU-Entscheidungssträgern sei das Risiko im Detail bewusst gewesen .

Am 3. September 2014 lud der Innenausschusses LIBE des Europäischen Parlaments den damaligen Frontex-Chef Gil Arias zu einer Anhörung ein. Die Abgeordnete Barbara Spinelli fragte ihn, ob er sich bewusst sei, dass wieder mehr Menschen im Mittelmeer sterben werden , wenn Mare Nostrum beendet sei. Arias antwortete, die Triton - Mission werde Mare Nostrum nicht ersetzen, weder ihr Mandat noch ihre verfügbaren Ressourcen.

Trotzdem lief Mare Nostrum Ende 2014 offiziell aus, an ihre Stelle trat Triton . Italien war nicht ganz wohl mit dieser Entscheidung: Rom beendete zwar offiziell Mare Nostrum , ließ aber einige Schiffe vorerst weiterhin für Rettungseinsätze nahe Libyen kreuzen. Frontex versuchte dies zu unterbinden: In einem Brief vom Dezember 2014 forderte die Agentur die italienische Regierung auf, dies zu unterlassen es entspreche nicht dem operativen Plan .

In den folgenden Monaten gingen die Unglückszahlen steil nach oben. Zwei Wochen nach den schweren Schiffsunglücken, am 29. April 2015, nannte EU-Kommissionspräsident Jean-Claude Juncker das Ende von Mare Nostrum einen Fehler, der Menschenleben gekostet hat . Einige Staaten, darunter Deutschland, schickten daraufhin Marineeinheiten, die EU weitete das Einsatzgebiet von Triton aus: Statt 30 Meilen patrouillierten die Schiffe nun bis zu 138 Seemeilen südlich von Italien noch immer weit von Libyen entfernt. Trotzdem wurde 2015 nach der Zahl der ertrunkenen Flüchtlinge zum Rekordjahr.

Meinung + Diskussion SEITE 12

Durch Frontex sollten nennenswert weniger Migranten den Aufbruch riskieren

Flüchtlinge

Von Papst Franziskus bis zur Wissenschaft: Die Kritik an der Politik der EU zur Abwehr von Menschen wächst

Schlepper mit neuen Routen

Von Ägypten nach Italien: Nach Schließung der Balkanroute weichen Schleuser auf andere Wege aus. Zuletzt stoppte die griechische Küstenwache südwestlich der Halbinsel Peloponnes ein Holzboot mit 41 Flüchtlingen, das vermutlich von Ägypten Richtung Italien unterwegs war. An Bord seien Flüchtlinge aus Syrien und dem Irak gewesen, hieß es. Sollten sich Herkunft und Ziel des Bootes bewahrheiten, spräche das für eine Aktivierung neuer Routen. So könnten Schleuser Griechenland umschiffen und Flüchtlinge auf anderen Wegen nach Europa bringen.

Warten in Idomeni: In Griechenland bleibt die Grenze gen Norden geschlossen in Idomeni hoffen seit Wochen mehr als 10.000 Menschen darauf, dass sich die Passage doch noch öffnen könnte. Griechenland will die Flüchtlinge nun dazu bewegen, das Lager zu verlassen.

Fehlende Fachleute: Tausende Flüchtlinge auf den griechischen Inseln warten auf ihre Rückführung in die Türkei. Für Asylbescheide fehlt indes das Personal. Von den zugesagten 2.300 Asylfachleuten, die aus ganz Europa kommen sollten, ist bisher nur gut die Hälfte eingetroffen.

Load-Date: April 17, 2016

Separate Unterkünfte für LGBT-Flüchtlinge; Niederlande Wegen Bedrohung und Diskriminierung in Asylheimen stellt die Stadt Amsterdam gesonderte Plätze für homosexuelle Flüchtlinge bereit

taz, die tageszeitung

Donnerstag 10. Dezember 2015

Copyright 2015 Contrapress media GmbH Vervielfältigung nur mit

Genehmigung des taz-Verlags All Rights Reserved



Section: AUSLAND; S. 13

Length: 562 words

Byline: Tobias Müller

Highlight: Niederlande Wegen Bedrohung und Diskriminierung in Asylheimen stellt die Stadt Amsterdam gesonderte Plätze für homosexuelle Flüchtlinge bereit

Body

Aus Amsterdam Tobias Müller

Das niederländische Kabinett will keine gesonderte Unterbringung von homo- und bisexuellen sowie Transgender-Flüchtlingen. Das hat die regierende Koalition aus Liberalen und Sozialdemokraten jetzt klargestellt und damit auf entsprechende Forderungen aus Politik und Gesellschaft reagiert. Ministerpräsident Mark Rutte betonte, alle müssten in den Standardunterkünften untergebracht werden. Wenn das unsicher ist, muss das angegangen und gelöst werden. Neuankömmlinge müssten sich von Anfang an an die niederländischen Normen und Werte halten. Das bedeute, dass diese Minderheiten völlig akzeptiert werden.

Die Diskussion, die im Herbst schon einmal hochkochte, kam jüngst wieder in die Schlagzeilen. Die Amsterdamer Tageszeitung Het Parool hatte bekannt gemacht, dass es in der Hauptstadt bereits seit September ein Angebot für eine Extraunterbringung gibt. Zunächst wurden in Zusammenarbeit mit einem Wohnungsbauträger und der Heilsarmee fünf Flüchtlinge in einer eigenen Wohnung untergebracht. Drei davon kommen aus Syrien, jeweils einer aus Iran und Irak. Inzwischen sind zwei weitere Personen außerhalb der Sammelunterkunft untergebracht. Vier sollen demnächst ebenfalls gemeinsam eine Wohnung beziehen.

Simone Kukenheim, die Amsterdamer Dezernentin für Diversität, begründet diesen Ansatz mit der zusätzlichen Verletzbarkeit von LGBT-Flüchtlingen. Ich finde es wichtig, dass sie in einer sicheren Umgebung zur Ruhe kommen. Verschiedene Homosexuellen-Organisationen gingen in den vergangenen Wochen mit alarmierenden Meldungen an die Öffentlichkeit. Danach würden homosexuelle Migranten in den Sammelunterkünften bedroht, bespuckt, beschimpft und verhöhnt.

Wir konnten das Gefühl von Sicherheit nicht garantieren, zitiert Het Parool den Heilsarmeedirektor Harry Doef. Der Sprecher der Homosexuellen-Interessenvertretung COC, Philip Tijsma, bilanziert: Was nützt einem Flüchtling ein

Separate Unterkünfte für LGBT-Flüchtlinge Niederlande Wegen Bedrohung und Diskriminierung in Asylheimen stellt die Stadt Amsterdam gesonderte Plätze für homosex....

Dach über dem Kopf, wenn er sich nicht mehr aus seinem Zimmer traut? Er fordert deshalb, dass auch andere Kommunen entsprechende Maßnahmen ergreifen.

Drei weitere LGBT-Organisationen haben Ende November eine Petition an den zuständigen Staatssekretär Klaas Dijkhoff gerichtet, in der sie safe houses für entsprechende Flüchtlinge fordern. Hohe Wellen geschlagen hatte das Thema bereits im Oktober.

Ein irakischer Flüchtling hatte damals anonym in einer Fernsehsendung von täglicher Diskriminierung berichtet. Unmittelbar danach wurde er von Mitbewohnern, die ihn dennoch erkannten, bedroht. Auch die November-Ausgabe des Magazins Gay & Night widmete sich der Situation. Ein 19-jähriger Syrer berichtet dort vom Alltag in seiner Notunterkunft, zu dem Bedrohungen wie Mach schneller, Schwuchtel, sonst schlag ich dich zusammen gehören.

Während es im Parlament zahlreiche Stimmen für die Option safe houses gibt, vertritt die Regierung den Standpunkt, dass eine getrennte Unterbringung nicht akzeptabel ist. Zu stigmatisierend, erklärte Staatssekretär Dijkhoff in einem Brief an das Parlament. Gerade eine gesonderte Unterkunft könnte ein Ziel für Bedrohungen werden. Vizepremier Lodewijk Asscher fordert, dass gerade diejenigen, die homosexuelle Mitbewohner bedrohen und belästigen, in einem strengen Regime alleine untergebracht werden müssten. Die Behörde für Asylbewerber (COA) solle dann sicherstellen, dass sie dort nicht erneut auffällig werden.

Load-Date: December 9, 2015

McKinsey; Die Unternehmensberater helfen der Bundesregierung in der Flüchtlingsfrage und das zunächst sogar kostenlos

taz, die tageszeitung

Samstag 26. September 2015

Copyright 2015 Contrapress media GmbH Vervielfältigung nur mit

Genehmigung des taz-Verlags All Rights Reserved



Section: MEINUNG UND DISKUSSION; S. 10

Length: 309 words

Byline: Paul Wrusch

Highlight: Die Unternehmensberater helfen der Bundesregierung in der Flüchtlingsfrage und das zunächst sogar kostenlos

Body

Liebeserklärung

Das krieg ich doch nie alleine hin, dachte sich wohl der neue Chef des Bundesamtes für Migration (Bamf), Frank-Jürgen Weise. Und wer kann einem Großunternehmen wie der Bundesrepublik Deutschland helfen? Klar, die Unternehmensberater von McKinsey.

Zehn Consultants sollen Weise und die Regierung sechs Wochen lang beraten, wie man Asylverfahren beschleunigt und bundesweit eine Struktur zur Registrierung und Versorgung etabliert. Klingt toll. Und günstig wird es noch dazu, denn die Berater sollen zunächst unentgeltlich arbeiten. Legt man einen Tagessatz von 5.000 Euro an – was bei den Top-Beratern nicht abwegig ist –, spart der Bund somit 2,1 Millionen Euro. Wie großzügig, dieser hilflosen und verzweiferten Regierung beizustehen.

Denn wer sich diese Typen ins Haus holt, bei dem müssen die Probleme schon groß sein. Klar, dass die Regierung das nicht groß thematisieren will, es nur am Rande erwähnt. Ist ja auch unangenehm. Dabei muss einem so was nicht peinlich sein. Sich das eigene Unvermögen einzugestehen ist ein erster Schritt auf dem Weg zur Lösung. Könnte von McKinsey stammen, der Satz.

Dass McKinsey Asylverfahren beschleunigen kann, haben sie bereits in Schweden gezeigt. Nachdem sie dort 2008 die Regierung beraten hatten, sank die Zeit, bis über einen Asylantrag entschieden wurde, von neun auf drei Monate. Von Schweden lernen heißt Siegen lernen.

Oder haben sich Innenminister Thomas de Maizière und Bamf-Chef Weise mit McKinsey doch den Teufel ins Haus geholt? Denn manchmal stinkt der Fisch ja vom Kopf her – und wer, wenn nicht die Beratungsprofis, hat die Eier, solche Wahrheiten auszusprechen? Das werden die McKinsey-aner aber natürlich nicht machen. Schließlich soll nach der kostenlosen Testphase beschlossen werden, ob die Hilfe von McKinsey noch länger benötigt wird. Und wer entscheidet darüber? Genau. Paul Wrusch

McKinsey Die Unternehmensberater helfen der Bundesregierung in der Flüchtlingsfrage und das zunächst sogar kostenlos

Load-Date: September 25, 2015

End of Document

Gefährliche Flucht über die Ostsee; Skandinavien Beim Versuch, von Dänemark nach Schweden zu gelangen, kentert ein Floß mit vier Asylsuchenden. Sie werden von der Küstenwache gerettet. Derartige Fälle könnten sich häufen

taz, die tageszeitung

Donnerstag 12. Mai 2016

Copyright 2016 Contrapress media GmbH Vervielfältigung nur mit

Genehmigung des taz-Verlags All Rights Reserved



Section: AUSLAND; S. 11

Length: 680 words

Byline: Reinhard Wolff

Highlight: Skandinavien Beim Versuch, von Dänemark nach Schweden zu gelangen, kentert ein Floß mit vier Asylsuchenden. Sie werden von der Küstenwache gerettet. Derartige Fälle könnten sich häufen

Body

Stockholm taz | Sie sprachen nur sehr schlechtes Englisch, aber es wurde klar, dass sie dachten, sie seien in Schweden, erzählt der auf der Insel Saltholm wohnende Dirch Jansen Schmidt. Und: Sie baten, die Polizei anzurufen, damit sie Asyl beantragen könnten. Doch die Flüchtlinge waren nicht in Schweden gelandet, sondern auf dieser im Öresund liegenden dänischen Insel.

Wie sich später herausstellte, waren es vier Asylsuchende – drei Männer und eine Frau –, die offenbar die Absicht hatten, mit einem Gefährt, das die Küstenwache als selbst gebautes Floß bezeichnete, am Montagnachmittag den Öresund zwischen Kopenhagen und Malmö zu überqueren.

Sie hatten vor einiger Zeit Asyl in Dänemark beantragt und waren in dem rund 30 Kilometer von Kopenhagen entfernt liegenden Sandholm-Zentrum untergebracht, der dänischen Erstaufnahmeeinrichtung für Flüchtlinge. Bei Saltholm waren sie gekentert und an Land geschwommen. Zwei versuchten trotz der eisigen Wassertemperatur, zur nächstliegenden Insel Pepparholm zu schwimmen, und mussten von der Küstenwache gerettet und ins Krankenhaus gebracht werden. Alle sind nun wieder in Dänemark.

Es kommt nicht unerwartet, dass Flüchtlinge versuchen, die Grenze nach Schweden auf dem Seeweg zu überwinden, um dort einen Asylantrag zu stellen. Wir haben mit entsprechenden Versuchen gerechnet, sagt Mattias Lindholm, Pressesprecher der schwedischen Küstenwache.

Seit Einführung der Grenzkontrollen Anfang des Jahres sei man in stärkerer Alarmbereitschaft und ständig mit mindestens einem Boot im Öresund – einer zwischen 3,5 und 30 Kilometer breiten Meerenge zwischen Dänemark und Schweden – unterwegs. Aber bis auf einen Vorfall im Januar, als zwei Asylsuchende den Sund an der

Gefährliche Flucht über die Ostsee Skandinavien Beim Versuch, von Dänemark nach Schweden zu gelangen, kentert ein Floß mit vier Asylsuchenden. Sie werden von de....

schmalsten Stelle zwischen dem dänischen Helsingør und dem schwedischen Helsingborg in einem Gummiboot überquerten und festgenommen wurden, seien weitere Versuche nicht bekannt geworden.

Von einem regelrechten Fluchtweg könne zwar keine Rede sein, meint Lindholm, aber angesichts der wärmeren Jahreszeit und des besseren Wetters sei man auf die Zunahme eines solchen Verkehrs eingestellt.

Schwedens Innenminister Anders Ygeman versuchte in Reaktion auf den jetzigen Vorfall, das Risiko herunterzuspielen, dass mehr Flüchtlingsboote über den Öresund oder die Ostsee kommen könnten. Das werde kein größeres Problem.

Doch bei der Polizei der südschwedischen Provinz Skåne sieht man das anders. Man habe Hinweise darauf, dass eine entsprechende Schleusertätigkeit vorbereitet werde, sagt Polizeisprecherin Ewa-Gun Westford. Von Personen, die sowohl kommerzielle als auch ideelle Motive hätten. Allerdings müssten alle bereits in Dänemark oder Deutschland registrierten Asylsuchenden wissen, dass sie umgehend dorthin zurückgebracht würden.

Bei dem Versuch, von Dänemark in das offenbar als attraktiver eingeschätzte Asyl Land Schweden zu gelangen, schrecken Flüchtlinge mittlerweile auch vor anderen riskanten Wegen nicht zurück. Zwischen Januar und April seien rund 50 Personen im Tunnel der Öresundquerung festgenommen worden, teilte die dänische Polizei mit.

Dieser Weg ist aufgrund der dortigen Kameraüberwachung wenig aussichtsreich und wegen des Bahn- und Autoverkehrs extrem gefährlich. Wiederholt entdeckten Angestellte von Fähren in den vergangenen Wochen auch Menschen, die, unter Lkws versteckt, versuchten, ins Land zu kommen. In den Fährhäfen hat die Polizei ebenso wie in den dänischen Jachthäfen die Kontrollen verschärft.

Vor solch lebensgefährlichen Fluchtwegen hatten Flüchtlingshilfsorganisationen schon bei der Einführung der Grenzkontrollen gewarnt. Nun fühlen sie sich bestätigt. Die jetzigen vier waren ganz sicher nicht die Letzten, sagt Martin Lemberg-Pedersen, Migrationsexperte an der Universität Kopenhagen.

Und die schwedische Tageszeitung Skanska Dagbladet kommentiert am Mittwoch: Angesichts der geschlossenen Grenzen und der repressiven Flüchtlingspolitik ist es nur eine Frage der Zeit, dass wir hier die ersten Todesopfer zu beklagen haben. Reinhard Wolff

In den dänischen Fähr- und Jachthäfen werden die Kontrollen verschärft

Load-Date: May 11, 2016

Mikroskop und Fingerabdruck THEMA DES TAGES; Prüfung Auf dem Papier betreibt das Bamf einen erheblichen Aufwand, um die Identität von Flüchtlingen festzustellen

taz, die tageszeitung

Montag 19. September 2016

Copyright 2016 Contrapress media GmbH Vervielfaeltigung nur mit

Genehmigung des taz-Verlags All Rights Reserved



Section: AKTUELLES; S. 2

Length: 430 words

Byline: Tobias Schulze

Highlight: Prüfung Auf dem Papier betreibt das Bamf einen erheblichen Aufwand, um die Identität von Flüchtlingen festzustellen

Body

Berlin taz | Kritik an Entscheidungen des Bundesamts für Migration und Flüchtlinge (Bamf) ist nicht neu. Schon Ende 2015 bemängelte der Betriebsrat der Behörde in einem internen Brief: De facto werde in den Asylverfahren nicht mehr überprüft, ob die angegeben Identität eines Antragstellers tatsächlich stimmt. Damals wie heute weist das Bamf die Kritik aber zurück und verweist auf eine Reihe von Kontrollmaßnahmen.

Ausweis

Zweifeln Mitarbeitern in den Bamf-Außenstellen an der Echtheit eines Ausweises, schicken sie ihn in die Behördenzentrale nach Nürnberg. In der Abteilung PTU (kurz für Physikalisch-technische Urkundenuntersuchung) sitzen Experten, die das BKA eigens ausgebildet hat. Sie verfügen über eine Sammlung mit hunderten Originaldokumenten aus der ganzen Welt. Mit Hilfe dieser Sammlung kontrollieren sie, ob der Ausweis eines Flüchtlings echt oder gefälscht ist. Dafür verwenden sie unter anderem hochauflösende Mikroskope (mit denen sie etwa die Drucktechnik untersuchen) oder UV-Lampen (die fluoreszierende Wasserzeichen sichtbar machen). Das hilft allerdings nichts, wenn die Passvorlage echt und nur die Identität gefälscht ist.

Sprachanalyse

Bleiben nach der Urkundenuntersuchung Zweifel oder legt eine Personen erst gar keinen Ausweis vor, kann das Bamf auch auf eine Sprachanalyse zurückgreifen. Dafür zeichnen die Mitarbeiter Gespräche mit Flüchtlingen auf, die Aufnahmen werden dann von ausgebildeten Sprachwissenschaftlern überprüft. Nach Angaben der Behörde können Sprache und Dialekt in einem spontanen Text von einiger Dauer in aller Regel nicht grundlegend verändert oder verfälscht werden. Deshalb lässt sich durch die Sprachanalyse zuverlässig feststellen, aus welcher Region eine Person stammt.

Mikroskop und Fingerabdruck THEMA DES TAGES Prüfung Auf dem Papier betreibt das Bamf einen erheblichen Aufwand, um die Identität von Flüchtlingen festzustellen

Fingerabdruck

Standardmäßig muss jeder Flüchtling seine Fingerabdrücke abgeben. Diese gleicht das Bamf mit verschiedenen Datenbanken ab. Auf europäischer Ebene gehört dazu zum Beispiel die Eurodag-Datenbank, die Fingerabdrücke von Personen enthält, die illegal in die EU eingereist sind oder innerhalb der EU Asyl beantragt haben. Auf nationaler Ebene vergleicht sie die Fingerabdrücke mit denen von polizeibekannten Personen, die das BKA gespeichert hat.

Landeskenntnisse

Zweifeln bezüglich der Identität können Entscheider in den Außenstellen des Bamf auch selbst in Gesprächen nachgehen. Die Mitarbeiter verfügen laut der Behörde über sehr detailliertes Wissen zu geografischen Gegebenheiten, Sitten und Bräuchen in den Herkunftsländern und können daher einschätzen, ob sich ein Flüchtling in seiner angegebenen Heimat tatsächlich auskennt. Tobias Schulze

Load-Date: September 18, 2016

Warum nicht gleich so; Einzelfall Eine Romni aus Mazedonien wird von der Polizei geschlagen und malträtiert. Erst das Verwaltungsgericht Oldenburg gewährte ihr Schutz

taz, die tageszeitung

Samstag 06. August 2016

Copyright 2016 Contrapress media GmbH Vervielfältigung nur mit

Genehmigung des taz-Verlags All Rights Reserved



Section: SCHWERPUNKT; S. 56-57

Length: 545 words

Byline: Jean-Philipp Baeck

Highlight: Einzelfall Eine Romni aus Mazedonien wird von der Polizei geschlagen und malträtiert. Erst das Verwaltungsgericht Oldenburg gewährte ihr Schutz

Body

Bis Sevdihan O. zu ihrem Recht kam, dauerte es fast drei Jahre. Von einem abgelehnten Asylantrag erreichte es die Romni aus Mazedonien erst durch eine Klage, dass ihr ein Flüchtlingsschutz zuerkannt wurde – undenkbar ohne juristische Unterstützung.

2012 floh sie nach Deutschland und beantragte Asyl. In Mazedonien hatte sie eine Menschenrechtsorganisation gegründet, Übergriffe auf Roma durch Sicherheitskräfte dokumentiert: Dafür wurde sie über Jahre von der Polizei malträtiert, schikaniert, in ihrer Arbeit behindert und verprügelt. Ein unrechtmäßiger Akteneintrag verhinderte, dass sie über das Arbeitsamt eine Stelle bekommen konnte. 2011 wurde sie von PolizistInnen so schwer verletzt, dass sie ihr ungeborenes Kind verlor. Sie habe sich geweigert, Stimmen aus der Roma-Community für die Regierungspartei zu sammeln – eine Episode eines vermutlichen Wahlbetrugs durch die Regierung, der bis heute für eine politische Krise in Mazedonien sorgt.

All das hatte sie auch bei ihrer Anhörung dem Bundesamt für Migration und Flüchtlinge vorgetragen. Doch im September 2013 folgte die Entscheidung: Asylantrag abgelehnt. Damit wäre ihr Schicksal zumindest von Seiten des Bundesamtes besiegelt gewesen. Deren nächster Schritt sah nur eines vor: die Abschiebung.

Auch die Statistik sprach gegen Sevdihan O.: 2013 hatten die Sachbearbeiter neben ihrem Asylantrag noch über 6.399 weitere Fälle von Menschen aus Mazedonien entschieden – und nur 17 Menschen wurde Schutz gewährt. O. war nicht dabei.

Und politisch sowieso: Nach Meinung der schwarz-roten Bundesregierung war Asyl für O. eigentlich nicht vorgesehen. Denn 2014 wurde Mazedonien zusammen mit Serbien und Bosnien-Herzegowina per Gesetz pauschal zum sicheren Herkunftsland erklärt. Damit wurden die Einwände von Menschenrechtsorganisationen

Warum nicht gleich so Einzelfall Eine Romni aus Mazedonien wird von der Polizei geschlagen und malträtirt.
Erst das Verwaltungsgericht Oldenburg gewährte ihr S....

ignoriert und Bundesamt-Statistiken mit den geringen Schutzquoten als Beleg angeführt. Auch Angehörige der Roma-Minderheit hätten in Mazedonien angeblich nichts zu befürchten.

Doch O. gab nicht auf und reichte im September 2013 mit Unterstützung des Osnabrücker Anwalts Henning J. Bahr gegen die Asylablehnung Klage ein. Es folgten weitere zwei Jahre der Unsicherheit, des Wartens und einer Zeit, in der keine Zukunftsplanung möglich war. O. blieb nichts, außer durchzuhalten.

Am 18. September 2015 sprach ihr das Verwaltungsgericht Oldenburg schließlich eine Flüchtlingsanerkennung zu, den höchsten Schutzstatus, den es neben politischem Asyl in Deutschland gibt. Ihr drohe politische Verfolgung, heißt es in dem Urteil. Und: Die Verfolgungshandlungen gehen von der Polizei aus.

Juristisch eine Entscheidung im Einzelfall., politisch aber ein Paukenschlag: Eben das, was O. als Romni an Malträtierungen und Diskriminierung glaubhaft machte, berichten Menschenrechtsorganisationen und Nichtregierungsorganisationen für viele weitere Fälle aus Mazedonien, bei denen Angehörige der Roma-Minderheit betroffen sind. All das, obwohl das Land als sicher gilt.

Anders als viele andere Flüchtlinge konnte Sevdihan O. dokumentieren, was ihr widerfuhr. Sie hatte den langen Atem, um die Entscheidung des Bundesamtes nicht hinzunehmen und war durch einen Anwalt gut beraten. Ein Kampf gegen die Abschottungsbosheiten des deutschen Asylsystems, der nicht allen gelingt. jean-philipp baeck

Load-Date: August 5, 2016

Wir stecken in der Populismus-Falle ; Rechtsruck Nach Köln verspricht die Politik schnelle Lösungen, die schwer umzusetzen sind, sagt der Konflikt- und Gewaltforscher Andreas Zick. Deren absehbares Scheitern stärke die Rechtspopulisten weiter

taz, die tageszeitung

Freitag 15. Januar 2016

Copyright 2016 Contrapress media GmbH Vervielfältigung nur mit

Genehmigung des taz-Verlags All Rights Reserved



Section: SCHWERPUNKT; S. 2

Length: 1270 words

Byline: Sabine am Orde

Highlight: Rechtsruck Nach Köln verspricht die Politik schnelle Lösungen, die schwer umzusetzen sind, sagt der Konflikt- und Gewaltforscher Andreas Zick. Deren absehbares Scheitern stärke die Rechtspopulisten weiter

Body

Interview Sabine am Orde

taz: Herr Zick, wie beurteilen Sie die Debatte über die sexuellen Übergriffe in der Kölner Silvesternacht?

Andreas Zick: Das war alles absolut erwartbar. Als ich gehört habe, was passiert ist und dass bei den Tätern ein **Migrationshintergrund** eine Rolle spielt, war klar, dass es in rechten Netzwerken sofort Verabredungen darüber gibt, was nun zu tun ist. Diese Gruppen arbeiten nicht mehr so sehr ideologisch, sondern sehr handlungsorientiert.

Und jenseits der rechten Netzwerke? Die Debatte ist nicht nur dort unsachlich und interessengeleitet geführt worden.

Das stimmt. Schon 2014 haben in unseren Studien 58 Prozent der Befragten gesagt, man könne nichts Schlechtes über Ausländer und Juden sagen, ohne gleich als Rassist beschimpft zu werden. Dieser Meinung repräsentiert also eine deutliche Mehrheit der Bevölkerung. Das zeigt, wie sehr die Gesellschaft in einer Populismus-Falle steckt. Köln hat nun deutlich gemacht, wie tief wir bereits in diese populistischen Kämpfe um Deutungshoheiten hineingeraten sind – das gilt auch für die Medien und die Politik. Und diese Polarisierungen erzeugen nun einen Kampf um die angemessene Sprache, die man vorher schon verloren hat.

Woher kommt das?

Das ist ein längerer Prozess. Ein Beispiel ist die monatelange Diskussion um die Frage, wie die Sorgenbürger anzusprechen sind. Das Bemühen von Medien und Politik um Verständnis für Pegida mögen nachvollziehbar sein. Es wurde aber ausgeblendet, dass hinter den Sorgen Ansprüche standen. Auch wurde lange der Versuch

Wir stecken in der Populismus-Falle Rechtsruck Nach Köln verspricht die Politik schnelle Lösungen, die schwer umzusetzen sind, sagt der Konflikt- und Gewaltfors....

unternommen, Mythen wie die Islamisierung zu widerlegen. Doch Ideologien betrachten Versuche, sie zu widerlegen, als Bestätigung. Die Politik hat versäumt, hier klare Gegenpositionen zu vertreten.

Kippt da was in der Politik?

Definitiv. Wir haben in der Spitzenpolitik jetzt den einheitlichen Reflex, dass man im Bereich der Migration sehr harte Zeichen setzen muss und das in ungeheurer Geschwindigkeit. Es geht nur noch um Sicherheit. Schon wenige Tage nach Köln wurden harte Maßnahmen beschlossen: schärfere Strafen, schnellere Abschiebungen, bald wird Frau Merkel auf die Begrenzung der Migration einschwenken. Erfolgt dies dann nicht so schnell, weil es bürokratisch wie rechtlich nicht so einfach geht, werden viele es sofort als Staatsversagen und Kontrollverlust deuten. Das Ausmaß an Demokratiemisstrauen wird weiter wachsen, die Polarisierungen werden zunehmen. Das ist dann wieder Wasser auf den Mühlen der Rechtspopulisten.

Die Rhetorik von Spitzenpolitikern in diesen Tagen ist bemerkenswert: Justizminister Maas spricht von einem Zivilisationsbruch in Köln, Exinnenminister Friedrich vom Schweigekartell in den Medien und alle von Sahra Wagenknecht bis zur Kanzlerin vom verwirkten Gastrecht, wo es doch eigentlich um das Asylrecht geht.

Ja, wo unterscheidet sich mancher Reflex von Politikern auf Köln von dem, was Rechtspopulisten vor einem halben Jahr gesagt haben? Das ist bedenklich. Politik wurde in diese populistischen Kämpfe hineingezogen und ist Teil des Problems geworden.

Herr Zick, in Ihren Studien sprechen Sie von der fragilen Mitte. Was passiert derzeit mit dieser?

Dieser Begriff der politischen Mitte ist sehr unbestimmt, in unseren Umfragen zählen sich etwa 60 Prozent der Befragten selbst dazu. Sie ist fragil, wenn sie in lauter Parallelgesellschaften zerfällt und die Konflikte zwischen den Gruppen nicht mehr vermittelbar sind.

Wird die Mitte anfälliger für rechtspopulistische Parolen?

Das ist nach unseren Studien deutlich der Fall. Darin definieren wir Rechtspopulismus über die Elemente Fremdenfeindlichkeit, Vorurteile gegenüber Muslimen, Roma und Asylsuchenden, einen straforientierten Autoritarismus und Demokratiemisstrauen. Wir haben zuletzt 2.000 Personen im Jahr 2014 dazu eine Reihe von Sätzen vorgelegt, jeder Fünfte stimmt eindeutig zu. Setzt man das Kriterium leichter, fallen sogar 42 Prozent darunter. Dabei gehen Zustimmungen deutlich einher mit einer Wut gegen Asylsuchende und Ausländer.

Welche Rolle spielt die AfD?

Sie war und ist ein Sammelbecken. Sie lebt von dieser rechtspopulistischen Mentalität in der Mitte und ist gerade in ihrer Schlicht- und Unbestimmtheit erfolgreich.

Die AfD arbeitet an einem Grundsatzprogramm. Das wird der Partei aus Ihrer Sicht also eher schaden?

Ja, wenn die AfD Begriffe wie das Volk oder nationale Identität genauer definieren muss, dann wird es innere Kämpfe geben, bei Integrationsfragen werden manche feststellen, dass die Einwanderungsgesellschaft längst weiter ist. Wir unterschätzen auch, dass viele Bürger in modernen Gesellschaften viele Fragen haben: Ist Migration ein Problem oder ein Segen? Klappt das mit den vielen Flüchtlingen? Soll Deutschland sich am Krieg in Syrien beteiligen? Was tun wir gegen die Terrorgefahr? Auf diese komplexen Fragen bekommen sie keine eindeutigen Antworten. Der Populismus aber gibt sie meist auf Basis von Vorurteilen, also einer Ideologie der Ungleichwertigkeit von Gruppen.

Wie sieht es mit der Gewaltbereitschaft aus? Bei den Angriffen auf Flüchtlingsheime gibt es zunehmend Täter, die der Polizei vorher nicht bekannt waren und die nicht aus der rechtsextremen Szene stammen: besorgte Bürger, die meinen, das Geschehen selbst in die Hand nehmen zu müssen. Ist zu befürchten, dass diese Gewalt weiter zunimmt?

Wir stecken in der Populismus-Falle Rechtsruck Nach Köln verspricht die Politik schnelle Lösungen, die schwer umzusetzen sind, sagt der Konflikt- und Gewaltfors....

Ja, das ist zu befürchten. Der Reflex von vielen Bürgern, individuell ein Zeichen zu setzen, weil alle anderen versagen, ist stark. Die Gefährdung von Menschen, die migrantisch aussehen, ist hoch.

Bietet Köln auch eine Chance? Dass über Sexismus geredet wird?

Ja. Wir beobachten seit vielen Jahren, wie weit verbreitet sexistische Einstellungen in der Gesellschaft sind. Aber diese Einstellungen werden nicht bearbeitet. Man versucht, Sexismus an die Migrationsdebatte zu hängen und damit den eigenen Sexismus als Problem loszuwerden. Vielleicht ist das Staunen über die Kölner Übergriffe umso dramatischer, je weniger wir eigene sexistische Bilder bearbeitet haben. Wir müssen uns endlich mit Sexismus beschäftigen, weil sich nur so Zivilcourage erhöhen lässt.

Schon 2014 haben in unseren Studien 58 Prozent der Befragten gesagt, man könne nichts Schlechtes über Ausländer und Juden sagen, ohne gleich als Rassist beschimpft zu werden. Diese Meinung repräsentiert also eine Mehrheit der Bevölkerung

Köln und die Folgen

Mit dem Ruf nach Härte reagiert die Politik von CSU bis Linkspartei auf die Straftaten und hilft so Verfechtern simpler Lösungen

Mehr als 650 Anzeigen und 10.000 Euro Belohnung

Anzeigen: Zwei Wochen nach den Übergriffen auf Frauen in der Kölner Silvesternacht ist die Zahl der Anzeigen am Donnerstag auf 652 gestiegen. 331-mal wurde ein Sexualdelikt angezeigt. Die Anzeigen betreffen insgesamt 739 Opfer, weil manche gemeinsam zur Polizei gingen.

Belohnung: Die Ermittler haben 10.000 Euro Belohnung für entscheidende Hinweise auf die Täter ausgesetzt. Die Summe soll später unter den Tippgebern aufgeteilt werden.

Konsequenzen: Mit 500 neu eingestellten Polizisten und schnelleren Strafverfahren will die NRW-Landesregierung auf die Kölner Übergriffe reagieren. Das sagte Ministerpräsidentin Hannelore Kraft (SPD) am Donnerstag im Landtag.

Forderung: CDU-Fraktionschef Armin Laschet legte Kraft die Entlassung von Innenminister Ralf Jäger (SPD) nahe. Ein Neuanfang bei der inneren Sicherheit sei mit diesem Minister nicht möglich, sagte Laschet. (dpa, taz)

Andreas Zick

53, ist Sozialpsychologe und leitet das Institut für interdisziplinäre Konflikt- und Gewaltforschung an der Universität Bielefeld. Er hat mit Wilhelm Heitmeyer die Untersuchungen Deutsche Zustände durchgeführt und zuletzt zu Rechtspopulismus publiziert.

Load-Date: January 14, 2016

Her mit den Flüchtlingen!; ASYL Die evangelische Kirche möchte weitere mehrere Tausend Flüchtlinge in Berlin unterbringen, verkündet Bischof Markus Dröge. Diakonische Träger für diese Pläne stehen bereit - Gebäude jedoch noch nicht

taz, die tageszeitung

Dienstag 03. März 2015

Copyright 2015 Contrapress media GmbH Vervielfältigung nur mit

Genehmigung des taz-Verlags All Rights Reserved



Section: BERLIN; S. 23

Length: 557 words

Byline: FANNY LÜSKOW

Highlight: ASYL Die evangelische Kirche möchte weitere mehrere Tausend Flüchtlinge in Berlin unterbringen, verkündet Bischof Markus Dröge. Diakonische Träger für diese Pläne stehen bereit Gebäude jedoch noch nicht

Body

VON FANNY LÜSKOW

Die Evangelische Kirche Berlin-Brandenburg-schlesische Oberlausitz (EKBO) sieht Möglichkeiten, weitere mehrere Tausend Flüchtlinge in Berlin aufzunehmen. Nach einem Treffen mit Regierungschef Michael Müller (SPD) und anderen Vertretern des Senats erklärte Bischof Markus Dröge am Montag auf einer Pressekonferenz: Wir sind bereit, weitere Plätze zur Unterbringung von Flüchtlingen zu schaffen. Dazu stehen mehrere diakonische Träger bereit. Über konkrete Gebäude zur Unterbringung sei noch nicht gesprochen worden, dies werde aber zeitnah angangen.

Betreuen und beraten

Insgesamt leben laut Angaben der evangelischen Kirche zurzeit 685 Flüchtlinge (Stand: 24. 2. 2015) in vier Gemeinschaftsunterkünften, die von der Diakonie betrieben werden. Außerdem kommen vier Notunterkünfte hinzu, worin zurzeit 407 Menschen leben. Insgesamt sind es demnach 1.092 Personen, die momentan in allen diakonischen Einrichtungen leben, beraten und begleitet werden.

Die diakonischen Notunterkünfte sind aber nicht mit Einrichtungen zu verwechseln, die Kirchenasyl gewähren, so der Pressesprecher der evangelischen Kirche, Christoph Heil. Kirchenasyl schafft Zeit für die erneute Überprüfung einer Abschiebung. Es ist die letzte Möglichkeit, gemeinsam mit Behörden eine Lösung zu erarbeiten, um die Rechte der Flüchtlinge geltend zu machen.

In Berlin wurde zum ersten Mal 1983 Kirchenasyl gewährt, so Heil. Zurzeit gewähren fünf evangelische Kirchengemeinden in Berlin Kirchenasyl davon sind 14 Flüchtlinge betroffen. Bisher führte das in 90 Prozent der

Her mit den Flüchtlingen! ASYL Die evangelische Kirche möchte weitere mehrere Tausend Flüchtlinge in Berlin unterbringen, verkündet Bischof Markus Dröge. Diakon....

Fälle dazu, dass Flüchtlinge eine rechtlich geregelte Aufenthaltserlaubnis erhielten. Auch für etwa 85 bis 90 Flüchtlinge vom Oranienplatz wurden Kirchen ein neues Zuhause. Für sie werde derzeit eine juristisch akzeptable Lösung gesucht, so der Regierende Bürgermeister.

Die juristische Beratung stellt bei der Arbeit des Diakonischen Werkes einen Schwerpunkt dar. Insgesamt sind es derzeit monatlich rund 50 bis 80 Fälle, in denen Flüchtlinge durch haupt- und ehrenamtliche MitarbeiterInnen von Kirche und Diakonie beraten werden, so Heil. Von den Flüchtlingen am Oranienplatz seien 180 Flüchtlinge vom Diakonischen Werk beraten worden.

Die EKBO steht aufgrund ihrer biblischen Tradition für eine offene Gesellschaft, die Migranten und Flüchtlinge willkommen heißt und insbesondere das Grundrecht auf Asyl als wichtigen Pfeiler der Demokratie begreift, erklärt Christoph Heil das Selbstverständnis der evangelischen Kirche. Im Rahmen ihres verkündigenden, diakonischen und gesellschaftspolitischen Auftrags engagieren sich deshalb Kirchengemeinden, Einrichtungen und Dienste der Diakonie für und mit Flüchtlingen.

Die Landessynode das Kirchenparlament der EKBO hat laut Heil im Herbst 2014 einen Fonds in Höhe von 500.000 Euro für die Begleitung von Flüchtlingen in Berlin, Brandenburg und in der schlesischen Oberlausitz zur Verfügung (und im neuen Haushaltsjahr weitere 500.000 Euro in Aussicht) gestellt. Hiermit soll unter anderem das ehrenamtliche Engagement für Flüchtlinge durch fachliche Begleitung und Koordinierung gestützt werden. In einer Berliner Kirche werde künftig Beratung und Engagement mit Flüchtlingen gebündelt, sagte Christoph Heil. Das Konzept werde gerade noch erarbeitet.

Landessynode stellt 1 Million Euro für die Begleitung von Flüchtlingen zur Verfügung

Load-Date: March 2, 2015

Keine Einwanderungspolitik à la carte ; Griechenland Politiker und Zeitungen in Athen reagieren entsetzt auf die jüngsten Drohungen eines Ausschlusses aus dem Schengen-Raum

taz, die tageszeitung

Freitag 29. Januar 2016

Copyright 2016 Contrapress media GmbH Vervielfältigung nur mit

Genehmigung des taz-Verlags All Rights Reserved



Section: SCHWERPUNKT; S. 3

Length: 567 words

Byline: Jannis Papadimitriou

Highlight: Griechenland Politiker und Zeitungen in Athen reagieren entsetzt auf die jüngsten Drohungen eines Ausschlusses aus dem Schengen-Raum

Body

Athen taz | Wenn die Regierung in Athen nicht endlich mehr für die Sicherung der Außengrenzen unternimmt, dann muss man auch über den vorüber-gehenden Ausschluss Griechenlands aus dem Schengenraum offen diskutieren dürfen erklärte Österreichs Innenministerin Johanna Mikl-Leitner jüngst in der Welt am Sonntag. Das war der wohl vorläufige Höhepunkt einer aufgeregten Debatte um die Rolle Griechenlands in der europäischen **Flüchtlingskrise**.

In Athen glaubt man, dass dies keine Einzelmeinung war. Ohne Zustimmung Deutschlands hätte ein österreichisches Kabinettsmitglied so etwas nicht gesagt. Der deutsche Außenminister Frank-Walter Steinmeier (SPD) versuchte dem sofort zu begegnen: Er kritisierte öffentlich die Drohung aus Wien.

Aber der Eindruck bleibt: Die EU wolle die Grenzen Griechenlands im Norden für zwei Jahre abriegeln und das Land dadurch in ein elendes Seelenlager Europas verwandeln, titelt am Mittwoch die Athener Zeitung Ethnos. Für die linksliberale Zeitung der Redakteure legten die EU-Partner sogar Hysterie an den Tag. Griechenlands linksgeführte Regierung weist immer wieder darauf hin, dass die Genfer Flüchtlingskonvention gebrochen würde, wenn die Griechen Asylsuchende an der EU-Außengrenze zurückschickten. Allein in den vergangenen zwei Tagen kamen mindestens 25 Menschen auf dem Weg zu den Inseln Samos und Kos ums Leben.

Einwanderungsminister Io-an-nis Mouzalas ein in Griechenland hoch respektierter Arzt, der an mehr als dreißig Hilfsmissionen in Afrika und Asien teilgenommen hat mahnt: Eine europäische Einwanderungspolitik à la carte dürfe es nicht geben. Die einen wollen keine Schwarzen, die anderen keine Alleinstehenden, andere wiederum keine Frauen mit Kindern. Das ist doch keine europäische Perspektive , klagte er im TV-Sender Skai. Die Entscheidung Dänemarks, Asylbewerbern Bargeld und Wertgegenstände im Wert von mehr als umgerechnet 1.340 Euro abzunehmen, erinnere ihn an die Judentransporte, donnerte er.

Keine Einwanderungspolitik à la carte Griechenland Politiker und Zeitungen in Athen reagieren entsetzt auf die jüngsten Drohungen eines Ausschlusses aus dem Sc....

Griechenland sei selbstverständlich bereit, mit den EU-Partnern zusammenzuarbeiten, sagte er, und das könnte so aussehen: Flüchtlinge, die keine Aussicht auf Asyl hätten, würden auf den griechischen Inseln registriert und gleich am nächsten Tag in Frontex-Schiffen zurück in die Türkei gebracht.

Wiederholt erklärte Regierungschef Alexis Tsipras, nicht Griechenland, sondern die Türkei sei das Eingangstor Europas für Flüchtlinge. Unerwähnt bleibt allerdings zumeist nicht zuletzt in den Reden griechischer Amtsträger , dass die Türkei über 2 Millionen Menschen aus Syrien Zuflucht geboten und damit einen wichtigen Beitrag zur Meisterung der Flüchtlingskrise geleistet hat. Jannis Papadimitriou

Flüchtlingspolitik

Weil bisherige Ideen etwa die "Hotspots" nicht viel brachten, gerät die Sicherung der EU-Außengrenzen wieder in den Vordergrund

Überraschungsinspektionen

Was? EU-Ermittler haben bei Überraschungsinspektionen in Griechenland nach eigenen Angaben große Mängel bei den Kontrollen der EU-Außengrenzen festgestellt. Die Checkpoints würden eintreffende Flüchtlinge nicht immer richtig registrieren, ihnen Fingerabdrücke abnehmen und ihre Pässe prüfen.

Und nun? Migrationsminister Ioannis Mouzalas sprach von einem schlechten Bericht . Er dokumentiere aber etwas, was wahr ist . Im TV-Sender Skai sagte der Minister, er habe dabei ein ungutes Gefühl, weil es Versuche gibt, eine Atmosphäre gegen Griechenland zu schaffen . (ap)

Load-Date: January 28, 2016

Einwanderer kommen gut an; Meinung Eine Umfrage zeigt: Die hohen Flüchtlingszahlen ändern nichts an der Toleranz der Berliner. Es bleibt jedoch am rechten Rand eine Gruppe, die sich gewaltbereit äußert

taz, die tageszeitung

Dienstag 08. September 2015

Copyright 2015 Contrapress media GmbH Vervielfältigung nur mit

Genehmigung des taz-Verlags All Rights Reserved



Section: BERLIN AKTUELL; S. 17

Length: 735 words

Byline: Antje Lang-Lendorff

Highlight: Meinung Eine Umfrage zeigt: Die hohen **Flüchtlingszahlen** ändern nichts an der Toleranz der Berliner. Es bleibt jedoch am rechten Rand eine Gruppe, die sich gewaltbereit äußert

Body

von Antje Lang-Lendorff

Trotz der vielen **Flüchtlinge**, die nach Berlin kommen, gibt es in der Stadt keine wachsende Fremdenfeindlichkeit. Das ist das Ergebnis einer repräsentativen Befragung, die das Meinungsforschungsinstitut Info am Montag vorstellte. Mitte August, also bereits unter dem Eindruck der gestiegenen **Flüchtlingszahlen**, befragten die MitarbeiterInnen am Telefon knapp 1.400 wahlberechtigte BerlinerInnen zu ihrer Haltung gegenüber **Migranten**. Dreiviertel zeigten dabei eine positive Einstellung. Ich finde es sehr gut für Berlin, dass hier viele Ausländer und **Migranten** leben – dieser Aussage stimmten 62 Prozent zu. Ein Viertel der Befragten, darunter viele aus den Ostbezirken sowie viele Ältere, äußerten sich dagegen negativ. Damit hat sich der Anteil der Ablehnenden im Vergleich zu 2011 kaum verändert.

In den einzelnen Bereichen lassen sich sogar erfreuliche Veränderungen feststellen. So sagten 2011 nur zwei von drei Befragten, Muslime gehörten zu Berlin wie Christen, Juden und Angehörige anderer Religionen. Jetzt sind bereits vier von fünf dieser Meinung. **Migranten** werden auch weniger für Probleme verantwortlich gemacht: 2011 glaubten noch 27 Prozent, die vielen Ausländer seien schuld an der hohen Kriminalität. Heute denken so nur noch 20 Prozent.

Für Parteien am rechten Rand ist bei so einer Stimmungslage wenig zu holen: Wäre nicht erst in einem Jahr, sondern bereits jetzt Abgeordnetenhauswahl, käme die AfD der Befragung zufolge auf magere 3 Prozent, die NPD auf 1 Prozent.

Wesentlich für die Einstellung ist der persönliche Kontakt zu Menschen nichtdeutscher Herkunft, sagte am Montag Holger Liljeberg, Geschäftsführer des Instituts. Immerhin eine Million BerlinerInnen haben laut dem Amt für Statistik inzwischen einen Migrationshintergrund. Das heißt: Sie sind entweder Ausländer, wurden außerhalb von

Einwanderer kommen gut an Meinung Eine Umfrage zeigt: Die hohen Flüchtlingszahlen ändern nichts an der Toleranz der Berliner. Es bleibt jedoch am rechten Rand e....

Deutschland geboren oder eingebürgert. Auch die Kinder von Ausländern oder eingebürgerten Eltern zählt man zu dieser Gruppe.

Laut der Umfrage gibt es heute etwas mehr Kontakte als vor fünf Jahren: 30 Prozent der Befragten gaben an, Migranten in der Familie oder Verwandtschaft zu haben. 2011 waren es noch 25 Prozent. Auch die Überschneidungen von Bio-Deutschen und Migranten im Freundes- und Bekanntenkreis haben leicht zugenommen.

Das gilt nicht für ganz Berlin gleichermaßen. Im Westteil der Stadt gibt es solche Kontakte deutlich häufiger als im Ostteil. Gleichzeitig findet man in den Ostbezirken überdurchschnittlich viele Vorbehalte gegenüber Migranten. Trauriger Spitzenreiter ist Marzahn-Hellersdorf mit 44 Prozent. In Treptow-Köpenick und Lichtenberg-Hohenschönhausen sieht es nur wenig besser aus. Am tolerantesten sind der Umfrage zufolge die Menschen in Charlottenburg-Wilmersdorf, Mitte und Friedrichshain-Kreuzberg.

Viele Rentner sind unter denen, die Zuwanderer ablehnen. Etliche sind auch schlechter gebildet und verdienen weniger als die Berliner im Schnitt. Skeptisch bis gewaltbereit gegenüber Flüchtlingen äußern sich dagegen eher Jüngere.

Wenn in meiner Nähe ein Flüchtlingsheim eröffnet werden sollte, würde ich aktiv etwas dagegen unternehmen auch mit dieser Aussage haben MitarbeiterInnen des Instituts die Befragten konfrontiert. 88 Prozent lehnten sie ab, doch immerhin 7 Prozent stimmten ihr zu. Hochgerechnet sind das knapp 190.000 Personen. Ähnlich viele sind der Umfrage zufolge auch der Meinung, dass alle Ausländer in ihre Herkunftsländer zurückkehren sollten sie würden die deutsche Kultur notfalls auch mit Gewalt gegen Einwanderer verteidigen, so eine der Aussagen.

Liljebergs Fazit: Zwar habe die Aufgeschlossenheit der Berliner insgesamt zugenommen. Es gebe aber eine Minderheit mit Gewaltpotenzial und damit einen hohen politischen Handlungsbedarf zur Gefahrenabwendung .

Wesentlich für die Einstellung ist der persönliche Kontakt zu Menschen nichtdeutscher Herkunft

Meinung in Zahlen

60 Prozent der Befragten finden, Migranten müssen selbst viel aktiver werden, um sich in Berlin zu integrieren. 2011 waren noch 78 Prozent dieser Meinung.

Für eine erfolgreiche Integration von Migranten in Berlin ist vor allem die Politik zuständig dieser Aussage stimmten 61 Prozent der Befragten zu.

Nur ein Drittel der Befragten meint, dass die Gesellschaft stärker auf die Gewohnheiten der Einwanderer Rücksicht nehmen sollte.

75 Prozent denken, dass man Flüchtlinge aus Krisengebieten gegenüber anderen Zuwanderern bevorzugen sollte. (all)

Load-Date: September 7, 2015

Europa schottet sich ab; EU-GIPFEL Erhoffte Kehrtwende in der Flüchtlingspolitik bleibt aus. NGOs: Programm zur Sterbebegleitung

taz, die tageszeitung

Samstag 25. April 2015

Copyright 2015 Contrapress media GmbH Vervielfältigung nur mit

Genehmigung des taz-Verlags All Rights Reserved



Section: AKTUELLES; S. 04

Length: 604 words

Byline: CHRISTIAN JAKOB

Highlight: EU-GIPFEL Erhoffte Kehrtwende in der Flüchtlingspolitik bleibt aus. NGOs: Programm zur Sterbebegleitung

Body

VON CHRISTIAN JAKOB

Um wirklich jedes Missverständnis auszuräumen, hatte der Frontex-Chef Fabrice Leggeri es am Mittwoch noch einmal im britischen Guardian zu Protokoll gegeben: Triton kann keine Such- und Rettungsoperation sein. Das ist nicht unser Mandat. Die EU-Grenzschutzbehörde ist zum Grenzenschützen da und keine Gesellschaft zur Rettung Schiffbrüchiger – das ist die simple Wahrheit.

Bis nach Brüssel drang sie nicht: Einen Tag später trafen sich dort die EU-Staats- und -Regierungschefs. Sie beschlossen ein Sofortprogramm zur Verhütung weiterer Lebensverluste auf See. Dessen Kern: eine Verdreifachung des Budgets der Frontex-Operation Triton auf 9 Millionen Euro im Monat. Genau so viel hat Italiens Seerettungsmission Mare Nostrum gekostet. Die wurde eingestellt, weil die EU nicht dafür bezahlen wollte. Die Italiener patrouillierten bis an die libysche Küste, Frontex soll sich anders, als die Kommission am Dienstag ankündigte, weiter auf die italienischen Gewässer beschränken. Außerhalb dieses Gebiets müssen Schiffbrüchige darauf hoffen, dass die völlig überlasteten Küstenwachen Italiens und Maltas ausrücken – ohne Unterstützung Europas.

Viele hatten nach der entsetzlichen Zahl von Opfern in den vergangenen Tagen auf eine Kurskorrektur gehofft. Das Gegenteil ist eingetreten: Die EU verfolgt das Programm der Abschottung entschiedener als zuvor. Staaten wie Sudan, Mali und Niger will sie Geld bezahlen, damit diese Flüchtlinge schon tief in Afrika aufhalten. Programme zur Zusammenarbeit bei der Migrationskontrolle im Sahel gibt es schon seit einigen Jahren – nun sollen sie intensiviert werden. Eine militärische Mission soll gegen Schlepper in Libyen vorgehen – wie genau, ist unklar. Großbritannien, Frankreich und Deutschland wollen Kriegsschiffe ins Mittelmeer verlegen.

Die Beschlüsse wurden von vielen Organisationen äußerst kritisch aufgenommen. Von einem Programm zur Sterbebegleitung sprach Karl Kopp von Pro Asyl. De facto wurde den Flüchtlingen einmal mehr der Krieg erklärt, befand Ramona Lenz von medico international. Der Beschluss ist ein weiteres Aussitzen der humanitären

Europa schottet sich ab EU-GIPFEL Erhoffte Kehrtwende in der Flüchtlingspolitik bleibt aus. NGOs: Programm zur Sterbebegleitung

Katastrophe und wird in den nächsten Monaten viele weitere Menschenleben kosten , sagte Selmin Çalkan, die Generalsekretärin von Amnesty International in Deutschland. Der Fokus bleibt darauf gerichtet, die Grenzen zu schützen, statt jene zu retten, die beim Versuch, diese Grenzen zu erreichen, sterben , sagte Human-Rights-Watch-Direktor Kenneth Roth. Menschenleben zu retten hat für die EU keine Priorität , befand Aurélie Ponthieu von Ärzte ohne Grenzen.

Ähnlich äußerten sich Oppositionspolitiker. Dass nun Frontex für das Retten von Menschenleben zuständig sein soll, ist fahrlässig. Flüchtlinge sind für Frontex in erster Linie eine Bedrohung, die abgewehrt gehört , sagte die Grüne EU-Parlamentarierin Barbara Lochbihler. Die Linken-Bundestagsabgeordnete Ulla Jelpke glaubt nicht, dass die Zahl der Migranten gesenkt werden kann: Die Not, vor der sie fliehen, ist größer als ihre Sorge vor den Risiken der Überfahrt nach Europa , sagte sie.

In den Tagen vor den Gipfel hatten NGOs vielfach gefordert, Flüchtlingen in Nordafrika Visa auszustellen, damit diese mit Fähren kommen können. Ersatzweise müsse es zumindest eine effektive Rettungsmission bis in libysche Gewässer geben. Am Mittwoch wird das EU-Parlament über die Situation im Mittelmeer und den Gipfel beraten. 60 Abgeordnete haben in einem offenen Brief an Parlamentspräsident Martin Schulz angekündigt, dem EU-Haushalt nicht zuzustimmen, wenn es keine Mittel für humanitäre Seenotrettung gibt.

Reportage SEITE 8, 9

Argumente SEITE 10, 11

Load-Date: April 24, 2015

Erst ausbilden, dann abschieben; JOBS Diakonie qualifiziert Flüchtlinge zu dringend gesuchten Pflegehelfern doch die Ausländerbehörde sortiert einige aus

taz, die tageszeitung

Samstag 18. Juni 2016

Copyright 2016 Contrapress media GmbH Vervielfältigung nur mit

Genehmigung des taz-Verlags All Rights Reserved



Section: BERLIN AKTUELL; S. 52

Length: 573 words

Byline: Susanne Memarnia

Highlight: JOBS Diakonie qualifiziert Flüchtlinge zu dringend gesuchten Pflegehelfern doch die Ausländerbehörde sortiert einige aus

Body

Jeder kennt den ekla-tan-ten Mangel an Pfl-e-ge-fach-kräf-ten. Und jeder weiß: In Flücht-lings-heimen sit-zen Tau-sen-de Men-schen, die Arbeit suchen. Warum also nicht Asylbewerber zu Pflegehilfskräften qualifizieren, dach-te sich Karl-Mar-tin See-berg, Ge-schäfts-füh-rer des Dia-ko-nie-Pfle-ge Ver-bund Berlin, als An-ge-la Mer-ke! im Sommer 2015 mit ihrem Wir schaf-fen das zu So-li-da-ri-tät und un-kon-ven-tio-nel-len Lö-sun-gen auf-rief.

Am Don-ners-tag haben nun die ers-ten zehn Flücht-lin-ge in Ber-lin von der Dia-ko-nie ihre Pfl-e-ge-hel-fer-zer-ti-fi-kate über-reicht be-kom-men. 720 Stun-den Qua-li-fi-zie-rung hat See-berg für sie or-ga-ni-siert, finanziert aus Spen-den. Die zehn Männer und Frauen, die etwa aus Armenien, Syrien und Mali kommen, haben Prak-ti-ka ge-macht, Deutsch ge-lernt und das Rad-fah-ren, um zu den Pa-ti-en-tin-nen fah-ren zu kön-nen. Alle sollten bei der Dia-ko-nie angestellt werden. Vier haben schon Ar-beits-ver-trä-ge, zu Gehäl-tern, von denen sie leben können, sagt Seeberg. Bei vier sei man dabei, die nötigen Genehmigungen von Arbeitsamt und Ausländerbehörde zu bekommen.

In zwei Fäl-len hat die Aus-län-der-be-hör-de die Ar-beits-er-laub-nis aber verweigert. Es geht um zwei Frau-en aus so-ge-nann-ten si-che-ren Her-kunfts-län-dern, eine aus Al-ba-ni-en, eine aus dem Ko-so-vo. Ihre Asyl-an-trä-ge wur-den kürz-lich ab-ge-lehnt. An diese Entscheidung des Bundesamts für Migration sei man ge-bun-den, er-klärt ein Spre-cher der Se-nats-innen-ver-wal-tung der taz. Die Aus-rei-se-pflicht müs-sen durch-ge-setzt wer-den, wenn keine frei-wil-li-ge Aus-rei-se er-fol-ge.

500.000 Euro Strafe

Die Behörde habe sehr wohl Spielraum, widerspricht Boume-di-en Ha-bi-bes, Ju-rist und Flücht-lings-be-ra-ter bei der Dia-ko-nie Stadt-mit-te. Sie könne auch abgelehnten Asylbewerbern Duldung und Arbeitserlaubnis geben, etwa aus erheblichem öffentlichen Interesse. Dass dies angesichts des Pflege-notstands vorhanden sei, liege auf der

Erst ausbilden, dann abschieben JOBS Diakonie qualifiziert Flüchtlinge zu dringend gesuchten Pflegehelfern
doch die Ausländerbehörde sortiert einige aus

Hand. Zumal, ergänzt Seeberg, beide Frauen hoch motiviert seien, hervorragende Prüfungen mit besten Praxisbeurteilungen abgelegt hätten und fließend Deutsch sprächen. Wir suchen händeringend nach Personal, betont der Geschäftsführer des Diakonie-Pflege Verbund Berlin, der mit 900 MitarbeiterInnen rund 2.000 Menschen in Berlin pflegt. Auf jeder Pflegestation gibt es unbesetzte Stellen. Die Weigerung der Ausländerbehörde, den qualifizierten Flüchtlingen eine Arbeitserlaubnis zu erteilen, sei mit Blick auf das öffentliche Interesse sogar fahrlässig, findet Seeberg. Er hofft nun, dass sich die Härtefallkommission des Landes der beiden Fälle annimmt.

Besonders ärgert Seeberg, dass die Ausländerbehörde ihm ein Buß-geld von 500.000 Euro androht, wenn er die bei-den Frau-en trotzdem ein-stel-lt. Gegenüber der taz begründet das die Innenverwaltung ebenfalls mit gesetzlichen Vorschriften zu illegaler Beschäftigung.

Beschwerden von Arbeitgebern, dass die Ausländerbehörde die von Politik und Wirtschaft geforderte Anstellung von Flüchtlingen verhindere, gibt es in letzter Zeit oft. Ende April klagten der Paritätische anlässlich der Bilanz eines Projekts zur Vermittlung von Flüchtlingen an Berliner Betriebe, seine Bemühungen scheiterten häufig an der verweigerten Arbeitserlaubnis.

Seeberg lässt sich davon nicht abschrecken. Im Herbst soll der nächste Kurs Flüchtlinge zu PflegehelferInnen starten, erzählt er. Wir haben genug Spenden bekommen.

Susanne Memarnia

Load-Date: June 17, 2016

Innerhalb einer Woche ; Bundesregierung Asylanträge aus sicheren Herkunftsstaaten sollen künftig binnen weniger Tage erledigt werden. Eine weitere massive Verfahrensbeschleunigung ist bei vorübergehenden Grenzkontrollen vor der Einreise vorgesehen

taz, die tageszeitung

Montag 21. September 2015

Copyright 2015 Contrapress media GmbH Vervielfältigung nur mit

Genehmigung des taz-Verlags All Rights Reserved



Section: SCHWERPUNKT; S. 5

Length: 508 words

Byline: Christian Rath

Highlight: Bundesregierung **Asylanträge** aus sicheren Herkunftsstaaten sollen künftig binnen weniger Tage erledigt werden. Eine weitere massive Verfahrensbeschleunigung ist bei vorübergehenden Grenzkontrollen vor der Einreise vorgesehen

Body

Berlin taz | Die Bundesregierung plant eine radikale Beschleunigung vieler **Asylverfahren**. In bestimmten Konstellationen sollen sie nur noch eine Woche dauern. Das geht aus dem 128-seitigen Gesetzentwurf der Regierung hervor, der sich derzeit noch in der Ressortabstimmung befindet.

Die Dauer der Asylverfahren ist ein zentraler Kritikpunkt an Bundesinnenminister Thomas de Maizière (CDU). Laut Bild am Sonntag forderte SPD-Vize Ralf Stegner sogar de Maizières Rücktritt, falls eine Beschleunigung nicht gelingt.

Die durchschnittliche Verfahrensdauer beträgt derzeit 5,3 Monate, 2014 waren es 7,1 Monate. Trotzdem schiebt das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF) einen Berg von rund 270.000 unerledigten Verfahren vor sich her.

Der Regierungsentwurf sieht vor, dass bei Antragstellern aus sicheren Herkunftsstaaten ein beschleunigtes Verfahren angewandt werden kann. Dabei wird der Antrag immer noch individuell geprüft, aber das Verfahren soll innerhalb einer Woche beendet sein.

Bisher werden Anträge vom Westbalkan (unabhängig vom Status des Landes) vom BAMF prioritär bearbeitet, was aber immer noch drei bis fünf Monate dauert. Derzeit gelten Bosnien, Serbien und Mazedonien als sichere Herkunftsstaaten. Die Liste soll laut Gesetzentwurf um Albanien, Kosovo und Montenegro erweitert werden.

Innerhalb einer Woche Bundesregierung Asylanträge aus sicheren Herkunftsstaaten sollen künftig binnen weniger Tage erledigt werden. Eine weitere massive Verfahr....

Das beschleunigte Verfahren soll auch anwendbar sein, wenn der Antragsteller nichts Asylrelevantes vorträgt, wenn er falsche Angaben macht oder wenn er einen Folgeantrag stellt, nachdem sein Erstantrag auf Asyl abgelehnt wurde.

Inhaftierung vor Einreise

Eine weitere massive Verfahrensbeschleunigung ist an der Grenze vorgesehen, solange es vorübergehende Grenzkontrollen gibt. Hier sollen Asylantragsteller sofort inhaftiert werden können, bevor sie als eingereist gelten. Noch an der Grenze soll dann geprüft werden, ob Anträge unzulässig oder offensichtlich unbegründet sind. Als offensichtlich unbegründet gilt ein Antrag zum Beispiel, wenn der Antragsteller offensichtlich aus wirtschaftlichen Gründen eingereist ist oder um einer allgemeinen Notsituation zu entgehen .

Die Grenzpolizisten sollen dazu künftig Anhörungen durchführen (nachdem sie eine Grundschulung erhalten haben). Die Entscheidung soll aber weiter das BAMF treffen. Wenn binnen einer Woche keine Entscheidung fällt oder der Antrag aussichtsreich ist, kann der Antragsteller einreisen und kommt in eine Erstaufnahme-Einrichtung.

Bei allen anderen Asylanträgen soll das Prüfverfahren innerhalb von drei Monaten, längstens innerhalb von sechs Monaten abgeschlossen sein. In komplexen Fällen oder wenn es zu viele Anträge gibt, kann die Frist aber auf 15 Monate verlängert werden.

Sozialministerin Andrea Nahles hat am Wochenende de Maizières Vorschlag abgelehnt, Dublin-Flüchtlingen nur noch den Reisebedarf in das zuständige Asylland zu gewähren. Das Bundesverfassungsgericht habe klar gesagt: Existenzminimum ist Existenzminimum.

Christian Rath

Asylverfahren

Alte Überzeugungen würden derzeit weggefeht, warnt Boris Palmer. De Maizière will Gesetze verschärfen

Load-Date: September 20, 2015

Auf Abschiebekurs; ENDE Im Vergleich zu vergangenem Jahr schieben die meisten Bundesländer 2016 doppelt so viele Menschen ab. Mit dem Sommer des Ankommens hat das nur indirekt zu tun eher mit verschärften Gesetzen und einem härteren Abschieberegime der Behörden

taz, die tageszeitung

Donnerstag 28. Juli 2016

Copyright 2016 Contrapress media GmbH Vervielfältigung nur mit

Genehmigung des taz-Verlags All Rights Reserved



Section: NORD AKTUELL; S. 41

Length: 647 words

Byline: Katharina Schipkowski

Highlight: ENDE Im Vergleich zu vergangenem Jahr schieben die meisten Bundesländer 2016 doppelt so viele Menschen ab. Mit dem Sommer des Ankommens hat das nur indirekt zu tun eher mit verschärften Gesetzen und einem härteren Abschieberegime der Behörden

Body

von Katharina Schipkowski

Möglichst schnell die **Flüchtlinge** loswerden das ist offenbar die Devise bei den Innenministerien der Bundesländer. Deutschlandweit ist die Zahl der Abschiebungen im ersten Halbjahr 2016 deutlich angestiegen, vergleicht man die Zahlen mit dem Zeitraum des Vorjahres.

So auch in den norddeutschen Bundesländern: In Niedersachsen ist die Zahl der Abschiebungen, die zwischen Januar und Juni 2016 durchgeführt wurden, mehr als doppelt so hoch wie im ersten Halbjahr 2015. Sie stieg von 410 auf 1032. In Hamburg erhöhte sich die Anzahl von 227 auf 435.

In den anderen Nord-Bundesländern ist das Verhältnis ähnlich: In Schleswig-Holstein waren es in der ersten Hälfte des letzten Jahres 115 und in den ersten sechs Monaten dieses Jahres 436 Abschiebungen. In Mecklenburg-Vorpommern stieg die Zahl von 180 auf 416. Nur Bremen fällt aus der Reihe, dort ging die Zahl zurück von 17 Abschiebungen auf 14.

Man setze dort eben mehr auf eine freiwillige Ausreise Abschiebungen kämen nur als letztes Mittel infrage, sagte die Sprecherin des Bremer Innensenators Rose Gerdts-Schiffler. Und räumte dann aber ein, dass auch freiwillige Ausreisen alles andere als freiwillig seien. Die Menschen hätten alles dafür gegeben, hier bleiben zu können.

Rechnet man die Zahl dieser freiwilligen Ausreisen dazu, ist der Anstieg noch drastischer in Hamburg kommt man dann auf die vierfache Zahl im Vergleich zum Vorjahreszeitraum. 2.066 Menschen mussten den Stadtstaat gegen ihren Willen verlassen.

Auf Abschiebekurs ENDE Im Vergleich zu vergangenem Jahr schieben die meisten Bundesländer 2016 doppelt so viele Menschen ab. Mit dem Sommer des Ankommens hat da....

Im Unterschied zu Abschiebungen beteiligt sich bei freiwilligen Ausreisen das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge an den Kosten und die Geflüchteten bekommen keinen entsprechenden Vermerk in ihren Pass. So ist ihnen die Wiedereinreise eher möglich. Vor allem aber ist die so genannte freiwillige Ausreise etwas weniger demütigend, sagte Kai Weber vom Niedersächsischen Flüchtlingsrat.

Die Gründe für den Abschiebeeifer der Behörden sind vielfältig, ihn als logische Folge der erhöhten Anzahl an AsylbewerberInnen zu verstehen, greift zu kurz. Die Flüchtlinge, die jetzt abgeschoben werden, sind nicht die, die mit dem großen Schwung im letzten Sommer gekommen sind, sagte der Sprecher der Hamburger Innenbehörde, Frank Reschreiter.

Ein Asylverfahren dauert die, die jetzt abgeschoben werden, sind teilweise schon Jahre hier. Er machte die verschärfte Gesetzeslage für die vielen Abschiebungen verantwortlich also die von der Bundesregierung verabschiedeten Asylpakete I und II und die Regelung über die sicheren Herkunftsstaaten. Zudem hat die rot-grüne Koalition in Hamburg das Abschiebe-Personal in der Ausländerbehörde im letzten Jahr von 10 auf 30 BeamtInnen aufgestockt.

Ähnliche Gründe sieht Kai Weber, der die Entwicklungen alarmierend nennt. Neben den Gesetzesverschärfungen spiele die Schließung der Balkanroute und der innereuropäischen Grenzen eine große Rolle, sagte er. Aber auch ein rigideres Abschieberegime der Behörden. Als Beispiel nannte er die Rückkehr zu unangekündigten Abschiebungen sowie die Durchsetzung der Ausreisepflicht bei kranken Flüchtlingen.

Ein weiteres Problem sei die fehlende Rechtsberatung für Flüchtlinge, deren Asylanträge abgelehnt würden. Bei eilig errichteten Erstaufnahmelagern dauere es, bis sich Beratungsstrukturen etabliert hätten. Da laufen tausende Verfahren ohne vernünftige Beratung, das ist eine Katastrophe, sagte Weber.

Die Hamburger Abgeordnete der Linkspartei Christiane Schneider verurteilte insbesondere die Abschiebung von Schulkindern. Wie aus einer Kleinen Anfrage der Linkspartei hervorgeht, mussten allein im letzten Quartal 154 Hamburger Schulkinder ausreisen. Schneider sagte: Zurück bleiben MitschülerInnen, bei denen immer, wenn jemand aus ihrer Mitte verschwindet, die Angst vor der eigenen Abschiebung unerträglich wird.

Die Menschen hätten alles dafür gegeben, hier bleiben zu können

Load-Date: July 27, 2016

Grüne blockieren neuen Asylkompromiss ; Flucht Der Grüne Winfried Kretschmann würde wohl weiteren sicheren Herkunftsländern zustimmen aber die Partei mauert

taz, die tageszeitung

Donnerstag 30. Juli 2015

Copyright 2015 Contrapress media GmbH Vervielfältigung nur mit

Genehmigung des taz-Verlags All Rights Reserved



Section: INLAND; S. 6

Length: 599 words

Byline: Anja Maier

Highlight: Flucht Der Grüne Winfried Kretschmann würde wohl weiteren sicheren Herkunftsländern zustimmen aber die Partei mauert

Body

Aus Berlin Anja Maier

Vor knapp einem Jahr hat es funktioniert. Damals, am 19. September, stimmte der Bundesrat in Berlin dem sogenannten **Asylkompromiss** zu. Dass seither **Asylanträge** von Menschen aus Serbien, Mazedonien und Bosnien-Herzegowina nach Paragraph 29a **Asylgesetz** als offensichtlich unbegründet abgelehnt werden, ist vor allem die Verantwortung eines Politikers: des grünen Ministerpräsidenten Winfried Kretschmann. Zum Entsetzen vieler Partei-freunde hatte auch er an jenem Freitag für die Gesetzesänderung gestimmt.

Mittlerweile drängt Schwarz-Rot darauf, weitere Staaten zu sicheren Herkunftsländern zu erklären. Diesmal will man Ankömmlinge aus Albanien, Montenegro und dem Kosovo zurückschicken. Aber seit dem Eklat im Bundesrat haben sich dort die Mehrheitsverhältnisse verändert. In Thüringen regiert mittlerweile ein linker Ministerpräsident mit den Grünen und der SPD. Nicht nur rechnerisch, sondern auch politisch ist es deutlich schwieriger geworden, eine Mehrheit im Verfassungsorgan zu organisieren. Mindestens ein weiteres großes Bundesland, in dem die Grünen mitregieren, müsste zustimmen. Doch von dort ist einhellige Ablehnung zu vernehmen.

Der rheinland-pfälzische Grü-nen--Fraktionschef Daniel Köbler sagte der Welt, man lehne das Konstrukt sichere Herkunftsstaaten als diskriminierend ab. Das Asylrecht könne nicht für ganze Gruppen abgeschafft werden. Ähnlich äußerten sich andere Spitzenpolitiker der Grünen aus Hamburg und Nordrhein-Westfalen. Ein Sprecher der hessischen Grünen erklärte gegenüber der Welt, das schwarz-grün regierte Hessen habe schon dem Asylkompromiss vom letzten Jahr nicht zugestimmt. Einen neuen Diskussionsstand gebe es nicht.

Die Grünen-Chefin Simone Peter sagte der Frankfurter Rundschau, die Zahl der Asylsuchenden aus Serbien, Bosnien-Herzegowina und Mazedonien sei seit der Einstufung als sichere Herkunftsländer nicht relevant zurückgegangen. Diese Haltung hat auch Fraktionschefin Katrin Göring--Eckardt jüngst vertreten.

Grüne blockieren neuen Asylkompromiss Flucht Der Grüne Winfried Kretschmann würde wohl weiteren sicheren Herkunftsländern zustimmen aber die Partei mauert

Für dieses Jahr rechnet das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF) laut neuesten Prognosen mit 600.000 Erst-anträgen auf Asyl. Mehr als 40 Prozent davon werden derzeit von Menschen aus westlichen Balkanländern gestellt. Ihre Ablehnungsquote liegt bei 90 Prozent. Die Bearbeitung eines Antrags dauert derzeit im Schnitt 5,3 Monate. Bei den sicheren Herkunftsstaaten dauert das Verfahren 3,6 bis 4,8 Monate.

BAMF-Präsident Manfred Schmidt sprach sich am Mittwoch in der ARD für die Deklaration weiterer sicherer Herkunftsländer und eine befristete Wiedereinreise-Sperre für bereits abgelehnte AsylbewerberInnen aus. Dass Menschen sich aus Armut auf den Weg nach Deutschland machten, sei nachvollziehbar, sagte Schmidt. Doch laut der Genfer Flüchtlingskonvention sei Armut kein Asylgrund.

Aus dem SPD-regierten Brandenburg meldete sich am Mittwoch Innenminister Karl-Heinz Schröter zu Wort. Wenn Armutsflüchtlinge aus sicheren Herkunftsländern die Erstaufnahme nach drei Monaten verlassen, sollten sie statt Bargeld wieder Gutscheine und Sachleistungen erhalten , sagte Schröter der Bild. Damit weiß sich der SPD-Politiker in guter Gesellschaft von CDU-Mann Volker Bouffier. Auch der hessische Ministerpräsident hat gerade Sachleistungen statt Bargeld für Flüchtlinge befürwortet. Ein Lehrer aus Albanien bekomme in Deutschland in drei, vier, fünf Monaten mehr Geld als in zwei bis drei Jahren in seiner Heimat. Wie jemand, der mit den Grünen im Bundesrat mehr sichere Herkunftsländer verhindern würde, klang er dabei nicht.

Es ist schwieriger geworden, die Mehrheit im Bundesrat zu organisieren

Load-Date: July 29, 2015

Agentur: in aller kürze; Neuen Koordinator berufenDer Lei

taz, die tageszeitung

Dienstag 13. Oktober 2015

Copyright 2015 Contrapress media GmbH Vervielfältigung nur mit

Genehmigung des taz-Verlags All Rights Reserved



Section: HAMBURG AKTUELL; S. 24

Length: 355 words

Body

in aller kürze

Neuen Koordinator berufen

Der Leiter des Amtes für Zentrale Dienste in der Sozialbehörde, Amselm Sprandel, ist neuer **Flüchtlingskoordinator** in Hamburg. Der 56 Jahre alten Kenner der Verwaltung sei mit sofortiger Wirkung berufen worden, teilten Innen- und Sozialbehörde am Montag mit. Sprandel soll federführend die Unterbringung von **Flüchtlingen** koordinieren. Ihm zur Seite stehen soll im Zentralen Koordinierungsstab **Flüchtlinge** ein rund 25-köpfiges Team aus der Sozial- und der Innenbehörde. Der Stab ist mit Befugnissen ausgestattet, die schnelle Entscheidungen und Umsetzungen ermöglichen, erklärten die beiden Behörden. Sie sind direkt mit der Versorgung der Schutzsuchenden befasst, die Innenbehörde ist für die Erst-, die Sozialbehörde für die Folgeunterbringung zuständig. (dpa)

Roma verlassen Michel

Nach fast vier Wochen haben rund 40 Roma die Gemeinderäume des Michels wieder verlassen. Vor einigen Tagen sind sie in eine andere kirchliche Unterkunft der Stadt gezogen, wie der Sprecher vom Kirchenkreis Ost, Remmer Koch, am Montag mitteilte. Dadurch stünde den Familien mehr Platz zur Verfügung. Wie lange die Roma-Flüchtlinge in kirchlicher Obhut bleiben werden, sei noch nicht klar. Die Beratungsstelle prüfe gerade die Abschiebungsbescheide. Die Roma hatten Mitte September im Michel gegen ihre drohende Abschiebung protestiert und dann nach längeren Verhandlungen mit der Kirche Unterschlupf in den Gemeinderäumen erhalten. Roma aus Serbien, Bosnien und Mazedonien haben kaum Chancen auf Asyl in Deutschland, die Staaten gelten als sichere Herkunftsländer. (dpa)

Betriebe wollen Flüchtlinge anstellen

Vier von fünf Unternehmen in der Stadt sind nach einer Umfrage der Handelskammer grundsätzlich bereit, Flüchtlinge als Praktikanten oder feste Mitarbeiter einzustellen. 70 Prozent der Firmen könnten sich vorstellen, Migranten als Auszubildende zu beschäftigen, teilte die Handelskammer am Montag mit. Für etwa zwei Drittel der befragten Unternehmen ist die Bereitschaft der Flüchtlinge zur Integration sehr wichtig und für über 60 Prozent der Wille der Flüchtlinge, rasch deutsch zu lernen. (epd)

Agentur: in aller kürze Neuen Koordinator berufenDer Lei

Load-Date: October 12, 2015

End of Document

Ein echtes Paradies für Männer; Frankreich Die Bürgermeisterinnen von Paris und Madrid informieren sich vor Ort über das geplante neue Lager für allein reisende Flüchtlinge. Es soll Beispielcharakter haben

taz, die tageszeitung

Montag 19. September 2016

Copyright 2016 Contrapress media GmbH Vervielfältigung nur mit

Genehmigung des taz-Verlags All Rights Reserved



Section: AUSLAND; S. 10

Length: 1061 words

Byline: Rudolf Balmer

Highlight: Frankreich Die Bürgermeisterinnen von Paris und Madrid informieren sich vor Ort über das geplante neue Lager für allein reisende Flüchtlinge. Es soll Beispielcharakter haben

Body

Aus Paris Rudolf Balmer

Noch ist es nur ein riesiger staubiger Bauplatz am nördlichen Stadtrand von Paris an der Porte de la Chapelle. Er liegt eigentlich sogar jenseits der Ringautobahn Périphérique, die wie eine anachronistische Stadtmauer die zwanzig Arrondissements der Kapitale umschließt. Vor einem baufälligen Industriehangar schaufelt ein Bagger Schutt zum Abtransport auf einen Laster, andere Baumaschinen ebnen den Platz hinter dem von misstrauischen Sicherheitsagenten bewachten Toreingang. Sie tragen rote Armbinden mit der Aufschrift Sécurité und schwarze Sonnenbrillen wie Leibwächter von Stars und wollen keinesfalls fotografiert werden. Dabei gibt es hier außer dem lärmenden Baubetrieb noch gar nichts zu sehen.

Bereits Mitte Oktober aber soll es auf diesem seit Jahren brach liegenden Industriegebiet von Menschen aus aller Welt wimmeln. In knapp einem Monat nämlich möchte die Pariser Bürgermeisterin Anne Hidalgo in diesen Hallen, die früher der Bahngesellschaft SNCF als Lager und Reparaturwerkstatt dienten, ein neuartiges Aufnahmelager für frisch eingetroffene Flüchtlinge einweihen. Das Konzept soll mustergültig werden.

Stolz auf ihre Idee führt sie bereits Gäste, wie an diesem Dienstag ihre Amtskollegin aus Madrid, Manuela Carmena, durch das ausgehöhlte zweistöckige Gebäude. Da Hidalgo selber aus Andalusien stammt, unterhalten sich die beiden Politikerinnen auf Spanisch. Bei der Besichtigung tragen beide einen roten Helm. Zu betrachten gibt es Betonwände mit kunstvollen Tags und Graffiti-Malereien.

Unbeeindruckt von den prominenten Besuchern lassen sich die Bauarbeiter vom fieberhaften Hämmern und Bohren nicht abhalten. Sie müssen im Rekordtempo nach den Plänen des jungen Architekten Julien Beller im Inneren einer 10.000 Quadratmeter großen Fläche Metallgerüste mit Bretterboden montieren, auf denen anschließend Unterkünfte aus Seefrachtcontainern gestellt werden. In sechs Blocks, die je mit Duschen, Toiletten

Ein echtes Paradies für Männer Frankreich Die Bürgermeisterinnen von Paris und Madrid informieren sich vor Ort über das geplante neue Lager für allein reisende

und Stromversorgung ausgerüstet werden, sollen dann insgesamt 400 bis 600 Flüchtlinge eine vorübergehende Unterkunft finden. Nur alleinstehende Männer finden hier ein Dach über dem Kopf, für Frauen und Kinder oder ganze Familien soll ein anderes Zentrum in Ivry-sur-Seine, im Süden der Hauptstadt eröffnet werden.

Hidalgo weist das Argument, mit solchen Zentren würden zusätzlich Flüchtlinge angelockt, zurück. Die Flüchtlinge sind da, es geht darum, eine menschenwürdige Lösung zu finden, sagt sie. Seit Monaten überleben Hunderte und manchmal Tausende von Flüchtlingen und Migranten in Zelten unter Autobahnbrücken, in Parkanlagen, besetzten Abbruchhäusern oder stillgelegten Schulen, von wo sie jeweils regelmäßig von der Polizei vertrieben werden, ohne dass die Behörden den meisten von ihnen eine echte Alternative anzubieten hätten.

Diese trostlose Situation soll sich nun dank des Zentrums an der Porte de la Chapelle ändern, verspricht die Bürgermeisterin: Die Flüchtlinge bleiben hier eine erste Zeit, um sich zu erholen. Sie können eine medizinische oder psychologische Untersuchung erhalten und sich bei der Einreichung eines Asylantrags beraten lassen. Rund zehn Tage sollen sie dann im Lager am Boulevard Ney bleiben. Anschließend sollen sie in anderen Gebäuden an anderen Orten untergebracht werden. Wo genau diese späteren Unterkünfte existieren, präzisiert die Bürgermeisterin nicht.

Noch gar nichts zu sehen ist auch von der aufblasbaren Halle aus PVC-Kunststoff (die Bulle), die Hidalgo Vorstellung zufolge draußen vor dem Lagergebäude am Boulevard Ney als erste Anlaufstelle dienen soll. Hier können die Flüchtlinge Kontakt aufnehmen mit der vom Obdachlosenpriester Abbé Pierre gegründeten Organisation Emmaus Solidarité, die dieses Lager unabhängig von den Stadtbehörden führen wird, sowie mit deren Hilfswerken wie Médecins du Monde. Die Hilfswerke hätten freie Hand, versichert Emmaus-Präsident Marc Prévot. Auch habe die Polizei keinen Zutritt zum Lager. Finanziert wird das jährliche Budget für den Betrieb (8 Millionen Euro) je zur Hälfte von der Stadt Paris und vom französischen Staat.

Wir werden den Termin der Eröffnung einhalten, verspricht Hidalgo ihrer Kollegin aus Madrid. Vor den Medienvertretern kündigen die beiden Bürgermeisterinnen an, dass sie eine Föderation der europäischen Kapitalen zur Kooperation in der Flüchtlingspolitik bilden wollen. Am 10. Dezember werden sie dazu vom Papst im Vatikan zu einer Audienz empfangen. Hidalgo weiß aber auch, dass ihr Projekt in Paris auf Widerstand stößt. Je schneller das Zentrum in Betrieb genommen werden kann, desto weniger kann es der konservativen Opposition und einer Bürgerinitiative aus dem benachbarten Quartier des 18. Arrondissements gelingen, ihre Pläne noch zu stoppen.

Mehr als tausend Einwohner hätten bereits eine Petition gegen das Flüchtlingscamp unterzeichnet, sagt dazu Pierre Liscia, ein lokaler Vertreter von Nicolas Sarkozys konservativer Partei Les Républicains in diesem sehr kosmopolitischen Arrondissement im Norden der Hauptstadt.

Am jetzigen Standort der Flüchtlingsaufnahme sollte nämlich bereits ab 2019 ein Campus für Studierende erstellt werden. Jetzt befürchten sie, dass aus dem vermeintlichen Provisorium ein dauerhaftes Flüchtlingslager wird wie einst (vor 2001) Sangatte am Ärmelkanal bei Calais. Sangatte ist für die Gegner ein Albtraum, und Calais ist über Frankreich hinaus zum Synonym für eine ungelöste Aufnahme von oft bloß durchreisenden Flüchtlingen und Migranten geworden. Das ist für alle der abschreckende Sündenfall der französisch-britischen Flüchtlingspolitik.

Die Flüchtlinge sollen von der sozialen Organisation Emmaus betreut werden

Paris räumt Flüchtlingslager

Die Pariser Polizei hat ein ungenehmigtes Straßenlager mit 2.083 Flüchtlingen im Nordosten der französischen Hauptstadt geräumt. Das berichtete die für Wohnen verantwortliche Ministerin Emmanuelle Cosse am Freitag. Nach Angaben der Regionalzeitung Le Parisien standen rund 50 Busse bereit, um die Migranten in provisorische Unterkünfte im Pariser Großraum zu bringen. Bereits im August war zum wiederholten Mal ein Straßenlager nahe der Metrostation Stalingrad im Nordosten von Paris geräumt worden. Seit dem vergangenen Jahr leben in der Stadt Tausende Flüchtlinge, die häufig aus Afrika stammen, auf der Straße. Für alle Fälle wild siedelnder Flüchtlinge ist das neue Lager als dringend notwendige Lösung gedacht. (afp)

Ein echtes Paradies für Männer Frankreich Die Bürgermeisterinnen von Paris und Madrid informieren sich vor Ort über das geplante neue Lager für allein reisende

Load-Date: September 18, 2016

End of Document

Erst nach vier Uhr abholen und dann ab ins Flugzeug; ASYL Baden-Württemberg legt seine Abschiebe-Kriterien offen. Allzu human klingen sie nicht

taz, die tageszeitung

Mittwoch 25. Februar 2015

Copyright 2015 Contrapress media GmbH Vervielfältigung nur mit

Genehmigung des taz-Verlags All Rights Reserved



Section: INLAND; S. 07

Length: 402 words

Byline: LENA MÜSSIGMANN

Highlight: ASYL Baden-Württemberg legt seine Abschiebe-Kriterien offen. Allzu human klingen sie nicht

Body

STUTTGART taz | Der Fall der Familie Ametovic, die vor rund einem Monat mit sechs Kindern aus Freiburg nach Serbien abgeschoben wurde, hat in Baden-Württemberg hohe Wellen geschlagen: Die Frau und ihre Kinder leben nun in einem Elendsviertel der Stadt Nis. Die Fraktionschefin der Grünen im baden-württembergischen Landtag, Edith Sitzmann, war erschüttert. Sie forderte vom Innenministerium, transparent zu machen, wann Abschiebungen aus humanitären Gründen ausgesetzt werden müssten.

Seit dieser Woche sind diese Kriterien nun öffentlich. Ein Verhandlungserfolg der Grünen ist darin aber kaum zu erkennen.

In den Kriterien heißt es zum Beispiel, dass eine Abschiebung ausgesetzt wird, wenn eine dringende ärztliche Behandlung ansteht, die im Herkunftsland nicht gewährleistet ist. Auch Jugendliche, die kurz vor Abschluss der Schule oder einer Ausbildung stehen, sollen nicht abgeschoben werden.

Andreas Linder, Leiter der Geschäftsstelle des Flüchtlingsrats Baden-Württemberg, hält die Kriterien für zu streng. Ein Jugendlicher, der noch am Anfang seiner Ausbildung steht, wird laut Papier nur dann nicht abgeschoben, wenn er bereits mehr als sechs Jahre in Deutschland ist. Das wird nur sehr wenigen Leuten helfen, sagt Linder. Carlos Mari, Geschäftsführer des Jugendhilfswerks Freiburg, das für das Bleiberecht der Großfamilie aus Freiburg gekämpft hat, nennt das Papier lächerlich.

Darin steht auch, dass Menschen am Tag der Abschiebung nicht vor vier Uhr zu Hause abgeholt werden sollen. Das ist mitten in der Nacht. Es ist dreist, dass sich Grün-Rot hinstellt und sagt, das sei human, kritisiert Mari. In Niedersachsen ist in der Winterzeit eine Abholung frühestens um 6 Uhr vorgesehen.

Im Innenministerium sieht man hingegen kaum Handlungsspielraum: Das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BaMF) prüfe, ob ein Abschiebungsverbot auszusprechen ist, eine nochmalige Prüfung durch das Land wäre

Erst nach vier Uhr abholen und dann ab ins Flugzeug ASYL Baden-Württemberg legt seine Abschiebe-Kriterien offen. Allzu human klingen sie nicht

rechtswidrig , heißt es. Nach BaMF-Prüfung seien 2014 rund 30 Prozent der Asylantragsteller geschützt worden, die reine Asylanerkennungsquote liege bei unter 2 Prozent.

Am Dienstag fand am Flughafen Karlsruhe/Baden-Baden wieder eine Sammelabschiebung statt, die von Protestaktionen begleitet war. Nach Angaben von Beobachtern wurden mindestens 60 Personen, darunter viele Kinder, aus unterschiedlichen Bundesländern in ihre Herkunftsländer im Balkan abgeschoben. LENA MÜSSIGMANN

Meinung + Diskussion SEITE 12

Load-Date: February 24, 2015

End of Document

Aufnahme muss sinnvoller organisiert werden ; ASYL Behörden definieren Schutzsuchende als Belastung, nutzen überfüllte Notunterkünfte zur Abschreckung und versuchen, Selbsthilfe möglichst zu verhindern, sagt Kai Weber vom Flüchtlingsrat Niedersachsen. Sprachkurse gibt es nicht für alle

taz, die tageszeitung

Mittwoch 28. Oktober 2015

Copyright 2015 Contrapress media GmbH Vervielfältigung nur mit

Genehmigung des taz-Verlags All Rights Reserved



Section: NORD AKTUELL; S. 25

Length: 742 words

Byline: Andreas Wyputta

Highlight: ASYL Behörden definieren Schutzsuchende als Belastung, nutzen überfüllte Notunterkünfte zur Abschreckung und versuchen, Selbsthilfe möglichst zu verhindern, sagt Kai Weber vom Flüchtlingsrat Niedersachsen. Sprachkurse gibt es nicht für alle

Body

INTERVIEW Andreas Wyputta

taz: Herr Weber, allein in Niedersachsen leben Tausende Flüchtlinge in Zelten. Tut das Bundesland genug für die Menschen, die bei uns Schutz suchen?

Kai Weber: Die Beamten bemühen sich wirklich. Trotzdem sollte selbstverständlich sein, dass Anfang November niemand mehr in unbeheizten Zelten leben muss. Doch dazu muss die Aufnahme und Unterbringung der Flüchtlinge sinnvoller organisiert werden.

Inwiefern?

Täglich bekommen wir Post von Menschen, die schon länger bei uns leben und die jetzt Verwandte oder Freunde, die auf der Flucht sind, aufnehmen wollen. Absurd ist: Sie dürfen das nicht.

Warum nicht?

Weil unser Staat auf eine gleichmäßige Verteilung der Flüchtlinge auf die Bundesländer setzt und wohl aus Abschreckungsgründen weiterhin daran festhält, dass Asylsuchende regelmäßig in Gemeinschaftsunterkünften untergebracht werden sollen. Allerdings sind die Erstaufnahmen und Notunterkünfte seit Wochen völlig überfüllt schließlich bitten -jeden Tag 1.000 Menschen allein in Niedersachsen um Schutz.

Was geschieht mit ihnen?

Aufnahme muss sinnvoller organisiert werden ASYL Behörden definieren Schutzsuchende als Belastung, nutzen überfüllte Notunterkünfte zur Abschreckung und versuch....

Die Menschen müssen warten und warten. Aktuell dreht sich alles um Verteilungsquoten: Es gibt Flüchtlinge, die kommen etwa in Bayern an und könnten dort bei Freunden oder Verwandten unterkommen. Das dürfen sie aber nicht, weil Bayern seine Aufnahmequote übererfüllt. Als kommen sie nach Niedersachsen. Weil hier die Erstaufnahmen überfüllt sind, kommen sie in ein Notaufnahmелager. Dort sollen sie von mobilen Teams erfasst werden. In manchen Fällen mussten Flüchtlinge aber sechs Monate warten, bis sie überhaupt registriert wurden und erst dann steht das Asylverfahren an.

Und wie lange dauert das?

Das zuständige Bundesamt für Migration und Flüchtlinge, kurz Bamf, ist überfordert. Aktuell werden vor allem Menschen aus Syrien und dem Irak bevorzugt angehört. Wer aus Somalia stammt, muss zwei, manchmal auch vier Jahre warten, bis klar ist, wie es weitergeht.

Vier Jahre Ungewissheit?

Das ist quälend und belastend, klar. Doch auch während dieser Zeit bleibt das System absurd: Aus den Notaufnahmелagern wird streng nach Quote weiter verteilt. Dabei achtet jede Kommune peinlich genau darauf, nicht zu viele Schutzsuchende aufzunehmen. Das führt dazu, dass etwa im Landkreis Gifhorn in einer Gemeinde Wohncontainer aufgestellt werden, obwohl ein paar Kilometer weiter Wohnungen leer stehen. Und: Selbst aktiv werden, also etwa zu Freunden ziehen und sich dort Hilfe suchen, dürfen Flüchtlinge nach der Verteilung auf die Kommunen erst recht nicht.

Mit welcher Begründung ist ihnen das verboten?

Weil die Aufnahme von Flüchtlingen behördlicherseits als Belastung definiert ist, die gleichmäßig zu verteilen ist. Die Behörden sehen in Flüchtlingen eine große, ungeordnete Masse, die es zu kanalisieren gilt. Auf die Idee, dass Flüchtlinge sich selbst helfen können, kommen sie gar nicht. Auch wer auf eigene Faust einen Job gefunden hat und für sich sorgen kann, darf nicht einfach in eine eigene Wohnung ziehen.

Gibt es in Niedersachsen überhaupt genug Wohnungen?

In Regionen wie Hannover ist der Markt natürlich sehr eng. Deshalb muss der soziale Wohnungsbau nicht nur für Flüchtlinge massiv angeschoben werden, sondern auch für Studierende, Alleinerziehende für alle, die es schwer haben, eine bezahlbare Wohnung zu finden. Allerdings: Die 480 Millionen Euro, die etwa in Niedersachsen dafür zur Verfügung stehen, reichen längst nicht aus: Damit können gerade einmal 6.000 Wohnungen gebaut werden.

Und wie steht es um Sprachkurse und Hilfe bei der Jobsuche?

Auch hier gibt es keine konsequente Linie, auch hier schwankt das Bundesinnenministerium zwischen Integration und Repression. Privilegierte Gruppen, aktuell aus Syrien, dem Irak, dem Iran und Eritrea, werden während des Asylverfahrens zu Integrationskursen zugelassen und haben damit Zugang zu Sprachkursen. Menschen aus Afghanistan dagegen werden ausgeschlossen.

Wieso?

Weil CDU-Bundesinnenminister Thomas de Maizière wieder nach Afghanistan abschieben lassen will. Ich halte das für haarsträubend, für absolut skandalös: Kunduz wird überrannt, Schulen, die die Bundeswehr mit aufgebaut hat, werden zerschossen doch die Menschen, die bei uns Schutz gesucht haben, sollen wieder dorthin zurück. Deshalb will ich mir nicht vorstellen, dass Niedersachsen dabei mitmacht.

Kai Weber

54, ist seit 25 Jahren beim Flüchtlingsrat Niedersachsen und arbeitet dort heute als Geschäftsführer. In Asyl-Initiativen hat er sich schon als Student engagiert.

Aufnahme muss sinnvoller organisiert werden ASYL Behörden definieren Schutzsuchende als Belastung,
nutzen überfüllte Notunterkünfte zur Abschreckung und versuch....

Load-Date: October 27, 2015

End of Document

Gegen Gauck und Flüchtlinge; BAYERN CSU-Chef Horst Seehofer kritisiert freundlichen Appell des Bundespräsidenten und geißelt Asylmissbrauch . Kipping nennt das gefährlich , Göring-Eckardt billig

taz, die tageszeitung

Freitag 26. Juni 2015

Copyright 2015 Contrapress media GmbH Vervielfältigung nur mit

Genehmigung des taz-Verlags All Rights Reserved



Section: AKTUELLES; S. 02

Length: 899 words

Byline: ANJA MAIER

Highlight: BAYERN CSU-Chef Horst Seehofer kritisiert freundlichen Appell des Bundespräsidenten und geißelt Asylmissbrauch . Kipping nennt das gefährlich , Göring-Eckardt billig

Body

VON ANJA MAIER

BERLIN taz | Bayerns Ministerpräsident Horst Seehofer ist bekannt für seine markigen Sprüche. In einem Interview mit dem Münchner Merkur hat der CSU-Politiker diesmal überraschend kräftig gegen das Staatsoberhaupt ausgeteilt. Und weil er gerade dabei war, auch gleich und vor allem gegen Flüchtlinge.

Am zurückliegenden Wochenende hatte Bundespräsident Joachim Gauck eine Rede zum Gedenktag für die Opfer von Flucht und Vertreibung gehalten. Darin hatte er das Schicksal der nach 1945 umgesiedelten Deutschen in einen historischen Zusammenhang mit den aktuell hier eintreffenden Flüchtlingen gestellt. Ich wünschte, die Erinnerung an die geflüchteten und vertriebenen Menschen von damals könnte unser Verständnis für geflüchtete und vertriebene Menschen von heute vertiefen , hatte Gauck erklärt.

Gegen diese Denkfigur verwahrt sich Horst Seehofer. Ich weiß aus vielen Gesprächen mit Heimatvertriebenen, dass sie solche Vergleiche nicht gern hören , sagt der CSU-Vorsitzende im Interview. Heute gehe es um massenhaften Asylmissbrauch .

Wie man dem künftig begegnen solle, weiß der bayerische Ministerpräsident auch. Wegen der extrem hohen Zahlen beim Asylmissbrauch aus Balkanstaaten sinke die Hilfsbereitschaft in der Bevölkerung. Die Rückführung abgelehnter Asylbewerber muss noch stärker stattfinden als bisher. Die Länder bräuchten mehr Geld. Außerdem müsse der Gesetzgeber mehr Balkanländer zu sicheren Drittstaaten erklären, in die wir dann schneller abschieben können . Für Flüchtlinge, die es nach Bayern verschlagen hat, erwägt Seehofer den Entzug von Bargeld und die Wiedereinführung von Essenspaketen.

Gegen Gauck und Flüchtlinge BAYERN CSU-Chef Horst Seehofer kritisiert freundlichen Appell des Bundespräsidenten und geißelt Asylmissbrauch . Kipping nennt das

Der Widerspruch kam umgehend. Linkspartei-Chefin Katja Kipping nannte gegenüber der taz die Äußerungen des CSU-Vorsitzenden hinterwäldlerisch und gefährlich . Wer angesichts von Tausenden toten Flüchtlingen im Mittelmeer konsequent gegen massenhaften Asylmissbrauch vorgehen und schneller abschieben will, der gießt Öl ins Feuer , sagte Kipping. Horst Seehofer rede denen das Wort, die Flüchtlinge angreifen.

Kipping sieht einen direkten Zusammenhang zu den aktuellen Ereignissen in Freital. In der sächsischen Gemeinde demonstrieren seit Tagen Fremdenfeinde gegen eine Asylunterkunft (siehe Text unten). Flüchtlinge und deren Unterstützer bräuchten Solidarität, sagte Kipping, sie sind die besorgten Bürger und nicht der braune Mob mit blau-weißer Unterstützung .

Auch die Fraktionsvorsitzende der Grünen im Bundestag, Katrin Göring-Eckardt, kritisierte Seehofer scharf. Dieser betreibe billigen Populismus auf dem Rücken von Flüchtlingen. Die Kritik am Bundespräsidenten ist deplatziert . Seehofer kopiere die Argumente von Pegida und Co.

Bei der Schwesterpartei der CSU mochte man Seehofers Äußerungen nicht kommentieren. Der innenpolitische Sprecher der Unions-Bundestagsfraktion sprang Horst Seehofer bei. Asylverfahren für nicht schutzbedürftige Zuwanderer zügig abzuschließen und diese möglichst rasch zurückzuführen, ist zwingende Voraussetzung dafür, den wirklich Hilfsbedürftigen angemessen helfen zu können , sagt der CSU-Abgeordnete Stephan Mayer der taz. Er könne nicht erkennen, dass Horst Seehofer fremdenfeindliche Ressentiments bedient. Es geht darum, die Zustimmung der Bevölkerung zur Asylpraxis auf dem derzeit hohen Niveau halten zu können. Die Einstufung weiterer Länder als sichere Herkunftsstaaten nennt Mayer eine hilfreiche Maßnahme .

Seine Fraktionskollegin Cemile Giousouf findet Seehofers Wortwahl zu scharf . Sie könne den Eindruck erwecken, dass Menschen unrechtmäßig Zuflucht in Deutschland finden , sagt die Integrationsbeauftragte der Union auf taz-Anfrage. Die Situation von Heimatvertriebenen und Flüchtlingen sei insofern vergleichbar, dass viele Deutsche nach 1945 auf Solidarität angewiesen waren . So erkläre sie sich die große Hilfsbereitschaft.

Europäische Quotenkiller

EU-Ratspräsident Donald Tusk hat die Mitgliedstaaten zu Zusagen für die Aufnahme von Flüchtlingen gedrängt. Solidarität ohne Opfer ist reine Heuchelei , sagte er am Donnerstag in Brüssel vor dem EU-Gipfel mit Blick auf den Widerstand in vielen Hauptstädten, Flüchtlinge aus Italien und Griechenland anhand fester Quoten aufzunehmen.

Italien und Griechenland sind mit der Ankunft von mehr als 100.000 Bootsflüchtlingen seit Beginn des Jahres überlastet. Die EU-Kommission hat die Verteilung von 40.000 der Migranten mit Aussicht auf Flüchtlingsstatus unter allen 28 Mitgliedstaaten über verpflichtende Quoten vorgeschlagen, wogegen sich aber viele Länder wehren. Im Entwurf der Gipfelerklärung kommen jedoch keine verpflichtenden Quoten vor.

Tusk sagte, bis spätestens Ende Juli müssten die Regierungen nun aber glaubwürdige und präzise Zusagen machen, wie viele Flüchtlinge sie freiwillig aufnehmen wollen. Der britische Premier David Cameron gehört zu den Quotengegnern. Er forderte in Brüssel einen umfassenden und koordinierten Ansatz in der Flüchtlingskrise und sagte zu, Großbritannien werde seine Rolle spielen . London könne insbesondere Expertise einbringen, um kriminelle Schleuserbanden zu bekämpfen.

Am Mittwoch hatte das Parlament der Slowakei mit großer Mehrheit verpflichtende Flüchtlingsquoten abgelehnt. Dieser Beschluss steht im Widerspruch zum bisherigen Stimmverhalten der slowakischen Abgeordneten zum EU-Parlament. Diese hatten dort fast alle für die Quoten gestimmt. (afp, dpa)

Meinung + Diskussion Seite 11

Load-Date: June 25, 2015

Gegen Gauck und Flüchtlinge BAYERN CSU-Chef Horst Seehofer kritisiert freundlichen Appell des Bundespräsidenten und geißelt Asylmissbrauch . Kipping nennt das

End of Document

Ab Freitag wird gestritten; Richtung Wenn sich die Grünen zum Parteitag treffen, wird vor allem um die Flüchtlingspolitik gerungen. Klar ist: Mit Asylrechtsverschärfungen soll Schluss sein

taz, die tageszeitung

Mittwoch 18. November 2015

Copyright 2015 Contrapress media GmbH Vervielfältigung nur mit

Genehmigung des taz-Verlags All Rights Reserved



Section: INLAND; S. 6

Length: 771 words

Byline: Ulrich Schulte

Highlight: Richtung Wenn sich die Grünen zum Parteitag treffen, wird vor allem um die Flüchtlingspolitik gerungen. Klar ist: Mit Asylrechtsverschärfungen soll Schluss sein

Body

aus Berlin Ulrich Schulte

Erst im September haben die von den Grünen mitregierten Länder der größten Asylrechtsverschärfung seit Helmut Kohl zugestimmt. Doch jetzt soll Schluss sein mit Zugeständnissen an die Große Koalition: Der Bundesvorstand der Grünen wird auf dem Parteitag am Wochenende dafür werben, sich klar von Wünschen der Union und der SPD abzugrenzen.

Ein Antrag, den die Parteispitze in letzter Minute formuliert hat, wendet sich gegen Ideen, die Angela Merkels Koalition bereits beschlossen hat. So lehnen es die Grünen ab, den Familiennachzug zu begrenzen. Flüchtlinge von ihren Familien zu trennen, erschwert die Integration und zwingt noch mehr Frauen und Kinder auf lebensgefährliche Wege nach Europa, heißt es in dem Papier.

Der Grünen-Vorstand kritisiert auch die Anordnung von Innenminister Thomas de Maizière (CDU), die Dublin-Regelungen wieder in Kraft zu setzen. Dies verlangsame Asylverfahren, statt sie zu beschleunigen. Die Idee der Koalition, Flüchtlinge aus Afghanistan schneller abzuschieben, bezeichnet die Grünen-Spitze in ihrem Antrag als absurd.

Die Flüchtlingspolitik wird auf dem Grünen-Parteitag, der von Freitag bis Sonntag in Halle/Saale stattfindet, eine wichtige Rolle spielen. Die Anschläge in Paris und die Versuche der CSU, den Terror für schärfere Regelungen gegen Flüchtlinge zu instrumentalisieren, tragen das Ihre dazu bei. Dem zynischen Versuch von Herrn Söder, Terrorangst gegen Flüchtlinge zu schüren, erteilen wir eine klare Absage, sagt Grünen-Chefin Simone Peter.

Die Parteispitze ist erkennbar bemüht, Pflöcke einzuschlagen. Sie fordert ein Integrationsministerium im Bund, welches für Einwanderung, Flüchtlingspolitik und Integration zuständig sein soll. Dies wäre ein Projekt für eine

Ab Freitag wird gestritten Richtung Wenn sich die Grünen zum Parteitag treffen, wird vor allem um die Flüchtlingspolitik gerungen. Klar ist: Mit Asylrechtsversch...

grüne Regierungsbeteiligung ab 2017. Außerdem schlägt der Vorstand einen Deutschlandfonds für Integration vor. In jenen sollen der Staat und Unternehmen einzahlen, damit Kommunen mehr Geld für ihre Aufgaben bekommen.

Die Grünen-Chefs wissen, dass die Sehnsucht nach Profilierung groß ist. Angeführt von Baden-Württembergs Ministerpräsident Winfried Kretschmann hatten grüne Landesregierungen zuletzt Schmerzhaftes abgesegnet. Die Länder und Kommunen bekamen Milliarden Euro vom Bund. Dafür willigten die Grünen in mehr sichere Herkunftsstaaten ein. Außerdem stimmten sie zu, Asylbewerbern das Taschengeld zugunsten von Sachleistungen zu streichen.

Die Entscheidung wurde von einigen Grünen als moralischer GAU empfunden. Mehrere Migrationspolitiker traten aus. Ein Kretschmann-kritischer Aufruf mit dem Titel: Nicht in unserem Namen! kursiert, bisher haben ihn über 350 Parteimitglieder unterzeichnet darunter Monika Herrmann, die Bürgermeisterin des Berliner Bezirks Friedrichshain-Kreuzberg.

Die Diskussion in Halle wird die Kompromissbereitschaft der Grünen neu definieren. Allen ist klar, dass die Partei schon bald wieder mitbestimmen könnte. Bereits jetzt deutet sich an, dass Merkels Koalition mehr Verschärfungen plant. Sie diskutiert, den Familiennachzug auch für Syrer zu begrenzen. Die Kanzlerin und SPD-Chef Sigmar Gabriel machen sich auch für Flüchtlingskontingente auf europäischer Ebene stark, die eine Obergrenze bedeuten können.

Die Koalition wird für manche Beschlüsse den Bundesrat benötigen. Die Grünen regieren in neun Ländern mit und besitzen eine Sperrminorität. Was der Parteitag beschließt, bildet die Grundlage für solche Verhandlungen. Vor allem Linksgrünen geht es darum, Stoppschilder aufzustellen. Die Bundesregierung arbeitet an einem Zwei-Klassen-Asylrecht, sagt der Parteilinke Sven Lehmann, Landeschef in Nordrhein-Westfalen. Die Grünen müssten klar signalisieren, dass es mit ihnen keine Verschärfungen mehr gebe.

Genau diese Frage wird umstritten sein. Manche Grüne halten das Parteiprogramm an einigen Stellen für überholt. Dieter Janecek, der Wirtschaftsexperte der Bundestagsfraktion, fordert in einem Antrag, den Deutschlandfonds zu streichen. Dies klinge nach Sondersteuer, sagt Janecek mit Blick auf den verunglückten Wahlkampf 2013. Er und andere Grüne plädieren zudem dafür, von der Abschaffung des Asylbewerberleistungsgesetzes abzurücken. Es komplett zu streichen, wäre eine finanzielle Katastrophe für Länder und Kommunen, argumentiert Janecek.

Diese Position wird auf dem Parteitag eher wenig Chancen haben. Das Asylbewerberleistungsgesetz sei bürokratisch und diskriminierend, sagt Luise Amtsberg, die Flüchtlingsexpertin der Fraktion. Der Antrag von Janecek sei ein unnötiger und fachlich völlig unausgeglichener Schnellschuss.

Ein Kretschmann-kritischer Aufruf kursiert, bisher -haben ihn über 350 Parteimitglieder unterzeichnet

Load-Date: November 17, 2015

Nachrichten; Göttinger Initiativen wollen ein

taz, die tageszeitung

Donnerstag 16. Juli 2015

Copyright 2015 Contrapress media GmbH Vervielfältigung nur mit

Genehmigung des taz-Verlags All Rights Reserved



Section: NORD AKTUELL; S. 42

Length: 224 words

Body

Nachrichten

Göttinger Initiativen wollen einen Fonds gründen, um Flüchtlinge ohne Bleiberecht finanziell zu unterstützen, kündigten die Initiatoren Mittwoch an. Zu ihnen zählen der Göttinger Arbeitskreis Asyl, der Integrationsrat und das vom evangelischen Kirchenkreis Göttingen getragene Migrationszentrum. Finanzielle Unterstützung sei nötig, da Menschen ohne Bleiberecht, die von Abschiebung bedroht seien, keine Sozialleistungen erhielten und nicht arbeiten dürften. +++ Der wegen Mordes verurteilte Ex-Pfleger Niels H. könnte noch mindestens zehn weitere Menschen getötet haben. Das haben Exhumierungen auf Friedhöfen in Ganderkesee und Delmenhorst ergeben. Dort wurden 29 Leichen ausgegraben. Bei zehn von ihnen seien Rückstände eines Herzmedikaments gefunden worden, sagte ein Sprecher der Oldenburger Staatsanwaltschaft. Niels H. ist wegen des Todes von fünf Patienten am Klinikum Delmenhorst zu lebenslanger Haft verurteilt worden, weil er ihnen eine Überdosis eines Herzmedikaments spritzte. +++ Die Bahn-Tochter DB Regio soll nach dem Willen der zuständigen Parlamentsausschüsse in Schleswig-Holstein von Dezember 2016 an die Bahnstrecke Hamburg-Sylt befahren. In einer Sitzung gaben Wirtschafts- und Finanzausschuss Mittwoch grünes Licht. Unterlegene Bieter können Einspruch einlegen. Noch betreibt die Nord-Ostsee-Bahn die Strecke. +++

Load-Date: July 15, 2015

Auf Daten-Jagd; KONTROLLE Geflüchtete werden in Baumärkten und Erstunterkunft jetzt von Zoll und Bundeswehr erkenntungsdientlich behandelt

taz, die tageszeitung

Donnerstag 19. Mai 2016

Copyright 2016 Contrapress media GmbH Vervielfältigung nur mit

Genehmigung des taz-Verlags All Rights Reserved



Section: HAMBURG AKTUELL; S. 44

Length: 523 words

Byline: Kai von Appen, Kaija Kutter

Highlight: KONTROLLE Geflüchtete werden in Baumärkten und Erstunterkunft jetzt von Zoll und Bundeswehr erkenntungsdientlich behandelt

Body

von Kai von Appen und Kaija Kutter

Das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF) möchte die Bearbeitung von Asylverfahren in Hamburg beschleunigen. Zu diesem Zweck suchen zurzeit mobile Teams von Zoll und Bundeswehr im Auftrag des BAMFs die Erstaufnahmeeinrichtungen und Unterkünfte in ehemaligen Baumärkten in der Stadt auf, um die Geflüchteten erkenntungsdienstlich zu behandeln. Das bestätigte Bundesamt-Sprecherin Kira Gehrman der taz.

Es ist eine Art Nacherfassung, sagte Kerstin Graupner, die Sprecherin des Hamburger Flüchtlingskoordinators Anselm Sprandel. Bei dem Andrang in den Wintermonaten sind nicht alle richtig erfasst worden.

Fingerabdrücke genommen

Jetzt werden Daten wie Name und Herkunft erfasst, Fingerabdrücke genommen und biometrische Lichtbilder aufgenommen. Damit werden sogenannte Vorakten erstellt, sagte Gehrman. Wenn nun ein Geflüchteter bei der BAMF-Außenstelle einen Asylantrag stelle, könne der Schritt der erkenntungsdienstlichen Behandlung übersprungen werden, weil bereits die wichtigen Daten erfasst seien, sagte Gehrman. Das dient dazu, die Bearbeitung eines Asylantrags zu beschleunigen.

Diese Maßnahme könnte allerdings auch die Vorbereitung für schnelle Abschiebungen sein. Das berichten zumindest Helfer aus einer der Einrichtungen für Geflüchtete, die entsprechende Bemerkungen der eingesetzten Zollbeamten mitbekommen haben. Vor allem Menschen aus Afghanistan, Tschetschenien, Iran und den Balkanstaaten hätten kaum eine Chance, zu bleiben, hieß es.

Seit vergangenem Donnerstag werden neu ankommende Geflüchtete dieser erkenntungsdienstlichen Prozedur in der neu geschaffenen Erstaufnahmeeinrichtung (EAE) im Rahlstedter Bargkoppelweg sofort unterzogen.

Auf Daten-Jagd KONTROLLE Geflüchtete werden in Baumärkten und Erstunterkunft jetzt von Zoll und Bundeswehr erkenntnisdienlich behandelt

Mitarbeiter der Ausländerbehörde nehmen in Registrierbüros die Daten der Menschen auf, sichern Fingerabdrücke und fertigen biometrische Fotos an. Die entsprechende Technik haben Mitarbeiter der Bundesdruckerei dort installiert. Die Ausländerbehörden der Länder und das BAMF können dann auf diese Daten zugreifen. Das entsprechende Gesetz für den einheitlichen Flüchtlingsausweis wurde im Januar im Eiltempo durch den Bundestag gebracht.

Schnelle Registrierung

Diese schnelle Registrierung kann für die Flüchtlinge aber auch nützlich sein, sofern sie dadurch schneller in Folgeunterkünften untergebracht werden.

Ende April lebten laut Antwort auf eine Anfrage der CDU-Politikerin Karin Prien noch knapp 4.000 Menschen in ehemaligen Baumarkthallen und 266 Menschen in Zelten. Die Stimmung unter den Bewohnern der Großunterkünfte soll verzweifelt sein. Menschen aus Ländern mit geringer Bleibeperspektive, aus sogenannten sicheren Herkunftsländern also, sollen teilweise seit acht Monaten in den zur Notunterkunft umfunktionierten Baumarkthallen leben und nie heraus gekommen sein, weil sie keine Sprach- oder Integrationskurse bekommen.

Abgelehnten Asylbewerbern bleibt der Rechtsweg offen, wie Innensenator Andy Grothe (SPD) bei der EAE-Eröffnung betonte. Doch die Beratungsangebote der Stadt sollen nach Angaben von Helfern überlastet sein. Sozialarbeiter in den Unterkünften berichten, sie seien angehalten, keine Rechtsberatung zu erteilen.

Load-Date: May 18, 2016